

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt Wien 40

Stenographisches Protokoll

92. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

X. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 12. November 1965

Tagesordnung

1. Führung des Bundeshaushaltes in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1966
2. Veräußerung von unbeweglichem Bundeseigentum im zweiten Vierteljahr 1964
3. Veräußerung von unbeweglichem Bundeseigentum im dritten Vierteljahr 1964
4. Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im 4. Viertel 1964
5. Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im 1. Viertel 1965
6. Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im 2. Viertel 1965

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 4896)
 Entschuldigungen (S. 4896)
 Ordnungsrufe (S. 4934, S. 4949, S. 4956, S. 4960 und S. 4983)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortungen 338 und 339 (S. 4896)

Ausschüsse

Zuweisung der Anträge 181 bis 185 (S. 4896 und S. 5010)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (900 d. B.): Führung des Bundeshaushaltes in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1966 (907 d. B.)
 Berichterstatter: Machunze (S. 4896)

Redner: Dr. Broesigke (S. 4897), Prinke (S. 4900), Uhlir (S. 4912), Dr. van Tongel (S. 4929), Moser (S. 4936), Dipl.-Ing. Doktor Scheuch (S. 4941), Dr. Withalm (S. 4946), Zeillinger (S. 4956), Dr. Staribacher (S. 4966), Meißl (S. 4972), Wallner (S. 4975), Dr. Kos (S. 4979), Ulbrich (S. 4983), Mahnert (S. 4989), Mitterer (S. 4993), Kindl (S. 5000) und Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz (S. 4926 und S. 5005)
 Annahme des Gesetzentwurfes (S. 5008)

Mißtrauensantrag des Abgeordneten Dr. van Tongel und Genossen (S. 4935) — Ablehnung (S. 5008)

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministeriums für Finanzen, betreffend Veräußerung von unbeweglichem Bundeseigentum im zweiten Vierteljahr 1964 (908 d. B.)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministeriums

für Finanzen, betreffend Veräußerung von unbeweglichem Bundeseigentum im dritten Vierteljahr 1964 (909 d. B.)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministeriums für Finanzen, betreffend Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im 4. Viertel 1964 (910 d. B.)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministeriums für Finanzen, betreffend Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im 1. Viertel 1965 (911 d. B.)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministeriums für Finanzen, betreffend Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im 2. Viertel 1965 (912 d. B.)

Berichterstatter: Machunze (S. 5009)

Kenntnisnahme der fünf Berichte (S. 5010)

Eingebracht wurden

Anträge der Abgeordneten

Rosa Weber, Altenburger, Kindl und Genossen, betreffend 14. Novelle zum GSPVG. (184/A)

Rosa Weber, Altenburger, Kindl und Genossen, betreffend 9. Novelle zum LZVG. (185/A)

Anfragen der Abgeordneten

Zankl, Fröhnbauer, Populorum, Ulbrich und Genossen an den Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, betreffend die beabsichtigte Einstellung der Gurktalbahn (353/J)

Müller, Robak und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Besetzung von ausgeschriebenen Stunden für das Lehrfach Leibesübungen am Musisch-pädagogischen Bundesrealgymnasium in Güssing (354/J)

Exler, Jessner und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend dislozierte Klassen der Mittelschule Gleisdorf in Weiz (355/J)

Katzengruber, Horejs, Jungwirth und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend Verbesserungen des Reisepasses (356/J)

Holoubek, Ernst Winkler und Genossen an den Bundeskanzler, betreffend Verteilung der 1954 für die Katastrophenopfer gespendeten Gelder (357/J)

Regensburger, Scheibenreif, Mitterer, Grundemann-Falkenberg und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend die Weiterführung der Verhandlungen über ein neues Finanzausgleichsgesetz (358/J)

Pay, Zingler, Sekanina und Genossen an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, betreffend Zuteilung aus Mitteln der Bergbauförderung an die Kohlenbergbaue der Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft (359/J)

Dr. van Tongel und Genossen an den Präsidenten des Nationalrates, betreffend Verweigerung der Beantwortung einer mündlichen Anfrage in der 91. Sitzung des Nationalrates am 10. 11. 1965 durch den Bundesminister für Finanzen (II-887 d. B.)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Unterricht auf die mündliche Anfrage des Abgeordneten Jungwirth (338/A. B. zu 1078/M)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Wielandner und Genossen (339/A. B. zu 319/J)

des Präsidenten des Nationalrates auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. van Tongel und Genossen (II-893 d. B. zu II-887 d. B.)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 91. Sitzung des Nationalrates vom 10. November 1965 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Eibegger und Hoffmann.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Haberl, Brauneis, Eberhard, Heinz, Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer, Glaser, Staudinger, Leisser, Dr. Tončić und Dipl.-Ing. Dr. Leitner.

Die eingelangten Anträge weise ich zu wie folgt:

Antrag 181/A der Abgeordneten Dr. Hurd, Uhlir und Genossen, betreffend vorzeitige Beendigung der X. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates, dem Verfassungsausschuß,

Antrag 182/A der Abgeordneten Uhlir, Machunze, Kindl und Genossen, betreffend eine Änderung des Heeresversorgungsgesetzes, dem Ausschuß für soziale Verwaltung und

Antrag 183/A der Abgeordneten Dr. Haider und Genossen, betreffend Abänderung des Gesetzes über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, dem Justizausschuß.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall.

Die zwei eingelangten Anfragebeantwortungen wurden den Fragestellern übermittelt. Sie wurden nach ihrer Vervielfältigung auch an alle Abgeordneten verteilt.

Es ist mir der Vorschlag zugekommen, die Debatte über die Punkte 2 bis einschließlich 6 der heutigen Tagesordnung unter einem abzuführen.

Es sind dies die fünf Berichte des Bundesministeriums für Finanzen über die Veräußerung von unbeweglichem Bundeseigentum im zweiten und dritten Vierteljahr 1964 sowie

über Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im 4. Viertel 1964 und im 1. und 2. Viertel 1965.

Falls dieser Vorschlag angenommen wird, wird zuerst der Berichterstatter seine fünf Berichte geben, sodann wird die Debatte über alle fünf Punkte unter einem abgeführt. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in solchen Fällen — getrennt.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall. Die Debatte über die Punkte 2 bis einschließlich 6 der heutigen Tagesordnung wird daher gemeinsam abgeführt.

1. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (900 der Beilagen): Bundesgesetz, betreffend die Führung des Bundeshaushaltes in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1966 (907 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Führung des Bundeshaushaltes in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1966.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Machunze. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu berichten.

Berichterstatter **Machunze:** Hohes Haus! Bedingt durch den Rücktritt der Bundesregierung, mußte Vorsorge für die Führung des Bundeshaushaltes getroffen werden. Nach langwierigen Verhandlungen kam eine Einigung zwischen den beiden Regierungsparteien darüber zustande, daß dem Hohen Haus ein Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. Jänner 1966 bis 30. Juni 1966 zur Behandlung und Beschlußfassung vorgelegt wird.

Die Regierungsvorlage 900 der Beilagen bestimmt, daß in dem erwähnten Zeitraum der Bundeshaushalt gemäß den Bestimmungen des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1965 zu führen ist. Daher bilden auch die Geldvoranschläge des Jahres 1965 einen Bestandteil des Budgetprovisoriums, und in den ersten

Machunze

sechs Monaten des kommenden Jahres wird für jeden Monat ein Zwölftel der Bruttoausgaben und Bruttoeinnahmen festgesetzt.

Das Bundesfinanzgesetz 1965 wird in einigen Punkten abgeändert.

Der Artikel I entfällt.

Die Absätze 1, 2 und 3 des Artikels II entfallen. Im Absatz 5 ist „3 und“ zu streichen. Der im Absatz 6 festgesetzte Betrag von 450 Millionen ist auf die Hälfte reduziert.

Im Artikel III entfällt der Absatz 3.

Gemäß Artikel V Z. 1 war der Bundesminister für Finanzen im laufenden Jahr berechtigt, Kreditoperationen bis zu 1,5 Milliarden durchzuführen. Für die Dauer des Budgetprovisoriums dürfen solche Kreditoperationen nur bis zu 1,2 Milliarden erfolgen. Der im Artikel V Z. 1 vorgesehene Betrag von 450 Millionen wird auf 225 Millionen herabgesetzt.

Kurzfristige Kreditoperationen mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 1966 dürfen bis zum Betrag von 1,5 Milliarden erfolgen.

Der Artikel VII des Bundesfinanzgesetzes 1965, der die Bildung von Rücklagen vorsah, scheint im Budgetprovisorium nicht auf.

In den Artikeln VI, VIII und IX ist die Jahreszahl 1965 durch 1966 zu ersetzen. Diese Artikel betreffen die Ermächtigungen zur Übernahme von Bundeshaftungen und Veräußerungen von Bundesvermögen. Die in den Artikeln enthaltenen Beträge dürfen für die Dauer des Budgetprovisoriums nur zur Hälfte ausgenützt werden.

Artikel X: Gegenüber dem Dienstpostenplan 1965 wird die Zahl der Dienstposten der Personalreserve geändert.

Im Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes für das Jahr 1965 traten keine Veränderungen ein.

Die Artikel XII und XIII entfallen.

Der § 3 der Regierungsvorlage bestimmt, daß gesetzliche und vertragliche Verpflichtungen auch dann zu erfüllen sind, wenn im Bundesfinanzgesetz 1965 für derartige Ausgaben nichts vorgesehen war.

Hinweisen darf ich auf Absatz 4 des § 3, durch den der Finanzminister ermächtigt wird, Überschreitungen unter dem Titel „Milchpreisausgleich“ für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1966 bis zu einem Betrag von 75 Millionen zu genehmigen.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich mit der Vorlage am 10. November 1965 beschäftigt, und ich stelle daher den Antrag, der Nationalrat wolle der Regierungsvorlage die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Gleichzeitig stelle ich den Antrag, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen. — Ein Einwand wird hiegegen nicht erhoben. General- und Spezialdebatte wird daher unter einem vorgenommen.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Broesigke. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Broesigke** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister für Finanzen hat in seiner vorgestrigen Rede zu diesem Budgetprovisorium die ebenso kühne wie unzutreffende Behauptung aufgestellt, daß die Regierung im Rahmen der wenigen bestehenden Möglichkeiten ihrer Verantwortung gegenüber der Kaufkraftherhaltung des Schillings entsprechend der Regierungserklärung gerecht geworden sei.

Man muß sich wundern, daß ein Mitglied der nunmehr abgetretenen Regierung die Kühnheit hat, eine Regierungserklärung zu zitieren, die seinerzeit ein in diesem Umfang unerfülltes Programm vordekklariert hat. Ob es jetzt die Frage der Wohnungen ist, ob die Frage der verstaatlichten Betriebe, ob die Regelung unseres Verhältnisses zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, alles, was damals am 2. April 1964 gesagt und versprochen worden ist, ist unerfüllt geblieben; ebenso die versprochene Regelung der Fragen von Rundfunk und Fernsehen, wobei hier noch dazu kommt, daß diejenigen, die das erste Volksbegehren der Republik Österreich unterschrieben haben, noch verhöhnt werden, indem die Regierungskoalition es ablehnt, in diesem Hause sich mit dem Volksbegehren überhaupt in Form einer endgültigen Abstimmung zu beschäftigen, sodaß es durch eine Auflösung des Nationalrates gegenstandslos sein wird.

Einer jener unerfüllten Punkte des Regierungsprogramms aber — und es war, wie der Finanzminister richtig zitiert hat, das oberste Prinzip — ist die Kaufkraftherhaltung des österreichischen Schillings. Jede Hausfrau in diesem Lande weiß, daß alles teurer geworden ist; daß gegenüber dem April 1964 die Preise in einem unvorstellbaren Ausmaß gestiegen sind. Wenn Sie das den Hausfrauen, den Leuten in diesem Land nicht glauben, so gibt es den Index der Lebenshaltungskosten des Statistischen Zentralamtes, der mit nüchternen Zahlen diese von der Regierungskoalition verschuldete Preiserhöhung zeigt.

Als die Regierung Klaus-Pittermann im April 1964 ihre Regierungserklärung abgab, da stand der Index der Lebenshaltungskosten bei 117,7; im Herbst dieses Jahres war er

Dr. Broesigke

125,7. Wenn Sie nun bedenken, daß fünf Jahre vorher, im April 1959, der Index bei 100 stand, so ergibt dies, daß die Regierung Klaus-Pittermann nur eineinhalb Jahre für eine Verschlechterung der Kaufkraft unserer Währung gebraucht hat, für die bei den vorhergehenden Regierungen zweieinhalb Jahre gebraucht wurden. (*Abg. Zeillinger: Ist das keine Leistung?*) Daß die Regierung sich um diese Dinge nicht gekümmert hat, das zeigt, daß der Herr Bundeskanzler in der vorletzten Fragestunde nicht einmal wußte, um wieviel Prozent in der Zeit der Tätigkeit der jetzigen Regierung die Kaufkraft des Schillings sich verschlechtert hat. Er mußte eingestehen, daß er es nicht einmal weiß, obwohl er in seiner Regierungserklärung feierlich versprochen hat, für die Kaufkraft der Währung einzutreten und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Ich habe Ihnen die allgemeinen Indexziffern gesagt. Es ist aber nun so, daß auf einigen Teilgebieten eine besondere Verminderung der Kaufkraft, eine besondere Teuerung eingetreten ist. Der Index der Kosten für die Ernährung zum Beispiel zeigt eine Steigerung der Lebensmittelpreise um mehr als 10 Prozent in der Zeit der Regierung Klaus-Pittermann, und der Baukostenindex ist in derselben Zeit von 1308 auf 1434 gestiegen, also ebenfalls um 10 Prozent. Wo ist jetzt das Märchen von dem Eintreten für die Erhaltung der Kaufkraft? Wo ist das Märchen vom währungsneutralen Budget, das uns im Herbst 1964 hier erzählt worden ist, als das Budget für das Jahr 1965 vorgelegt wurde?

Der Herr Finanzminister hat sich ausführlich mit der wirtschaftlichen Lage beschäftigt. Er hat eingangs seiner Betrachtungen sehr richtig festgestellt, daß die ganzen Prognosen, die er uns voriges Jahr anlässlich seiner Budgetrede mitgeteilt hat, unrichtig gewesen sind und daß sich durch die Entwicklung herausgestellt hat, daß die Schätzungen falsch waren und die Prognosen nicht eingetroffen sind.

Das ist nun ein Einbekenntnis, das wir registrieren, zu dem wir aber noch hinzufügen müssen, daß diese Tatsache unrichtiger Prognosen keine Entschuldigung dafür darstellt, daß man in den Budgetvoranschlag für 1965, der nun auch die Grundlage des Provisoriums für das erste halbe Jahr 1966 darstellt, die Einnahmen bewußt falsch eingestellt hat, wie die Entwicklung seither gezeigt hat. Man hat es nämlich nach dem bewährten Mittel gemacht: Um soviel Geld, als zur Bestreitung der Ausgaben noch gefehlt hat, hat man die Einnahmen hinaufnumerierte. Im Laufe des Jahres 1965 hat sich eben dann

gezeigt, daß das Ganze nicht gestimmt hat. Die Einnahmen sind nicht in dieser Höhe eingeflossen, und das ist mit einer Schuld für die eingetretene Teuerung und die Schwierigkeiten bei den Staatsfinanzen.

Wir glauben daher, daß wir auch gegenüber der Vorschau für das Jahr 1966, die in der Rede des Herrn Bundesministers gegeben wurde, skeptisch sein müssen. Wir wissen genau, daß die Wirtschaft Österreichs belastet ist durch die zunehmenden Erschwerisse beim Export, weil es die Koalition verabsäumt hat, zu einer Regelung unseres Verhältnisses zur EWG zu kommen, durch die sinkenden Investitionen — das hat der Herr Finanzminister erwähnt —, weil die Koalition es verabsäumt hat, die Wachstumsgesetze oder die Kapitalmarktgesetze, wenn Sie wollen, zu beschließen, von denen so viel die Rede war, aus denen aber nichts geworden ist; auch das ist ein unerfüllter Punkt der Regierungserklärung. Weiters ist die österreichische Wirtschaft natürlich durch die Mißwirtschaft der Koalition belastet, wie sie im Staatshaushalt für 1965 und in diesem Budgetprovisorium deutlich zum Ausdruck kommt.

Das Budgetprovisorium, das dem Hohen Hause heute vorgelegt wird, ist eine Regierungsvorlage, die durch eine einstweilige Bundesregierung eingebracht wurde. Ich bin mir des Problematischen der verfassungsrechtlichen Lage völlig bewußt, habe aber schon im Ausschuß die Frage aufgeworfen, ob eine provisorische Regierung nach der Verfassung überhaupt berechtigt ist, solche Regierungsvorlagen einzubringen. Es gibt ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes aus dem Jahre 1929. Dabei handelt es sich um die Anfechtung eines Gesetzes des Landes Wien durch die Bundesregierung; hier wurde einer einstweiligen Regierung dieses Recht bestritten. Aus dem Wortlaut der Verfassung ist nichts zu entnehmen. Der Verfassungsgerichtshof hat sich damals an den Wortlaut gehalten, er hat gesagt: Eine einstweilige Regierung ist zur Anfechtung von Gesetzen vor dem Verfassungsgerichtshof befugt. Aus dem Sinn der Bundesverfassung ergibt sich aber doch wohl, daß die Rechte von endgültigen Bundesregierungen und von einstweilig betrauten notwendigerweise nicht dieselben sein können. Ohne daß also hier einwandfreie rechtliche Feststellungen getroffen werden können, meinen wir doch, daß die Frage ernsthaft geprüft werden mußte, denn nicht nur dieses Gesetz, sondern auch zahlreiche andere sollen in diesem Hohen Hause noch beschlossen werden. Die Verfassungsmäßigkeit aller dieser Gesetze ist fraglich, wenn nicht eindeutig festgestellt

Dr. Broesigke

ist, ob die einstweilige Regierung zur Einbringung von Regierungsvorlagen berechtigt ist. Das zur formellen Seite des Budgetprovisoriums.

Zum Inhalt ist zu sagen, daß das eigentümliche Nebeneinander von Bestimmungen des Bundesfinanzgesetzes 1965 und des Budgetprovisoriums die Sache unübersichtlich macht. Dadurch entstehen dann auch technische Fehler und Punkte, wo man über die Bedeutung im Zweifel sein kann.

Das gilt insbesondere für die Ziffer 1 des Artikels V. Da wird also in der Vorlage des Budgetprovisoriums gesagt, daß die Befugnis des Finanzministers, Kreditoperationen durchzuführen, mit der Abweichung gilt, daß für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. Juni 1966 die Ermächtigung auf 1,2 Milliarden eingeschränkt wird. Nun erhebt sich die große Frage: Wird jetzt die Zahl von 1,5 Milliarden, die hier drin steht, auf 1,2 Milliarden eingeschränkt? Das würde nämlich nur für den Einzelfall gelten, und der Finanzminister würde das Recht haben, in mehreren Einzelfällen solche Kreditoperationen zu 1,2 Milliarden durchzuführen. Oder aber es handelt sich hier um eine Gesamtbeschränkung? Das geht aber deshalb nicht deutlich hervor, weil der Artikel V Z. 1 auf den Artikel II Abs. 1 Bezug nimmt. Dieser wird durch das Budgetprovisorium aufgehoben, den gibt es nämlich gar nicht mehr. Infolgedessen bringt diese Formulierung die Vollmachten, die der Herr Bundesminister für Finanzen haben wird, nicht klar zum Ausdruck, und die Erläuterungen, die in der Budgetrede, also in der Einbegleitungsrede, gebracht wurden, sind ja schließlich kein Teil des Gesetzes und nicht geeignet, für seine Auslegung zu dienen.

Nun ist außerdem zu sagen: Auf der einen Seite eine Einschränkung von 1,5 Milliarden auf 1,2 Milliarden Vollmacht zum Schuldenmachen, auf der anderen Seite aber wieder eine Ausdehnung bei den sogenannten Kassenstärkern — das ist ja eigentlich das Instrument, durch das die Staatsverschuldung entsteht — von 1 Milliarde auf 1,5 Milliarden. Also auf der einen Seite 300 Millionen Schilling weniger, auf der anderen Seite 500 Millionen Schilling mehr; das macht also eine Differenz von 200 Millionen Schilling.

Es ist also völlig klar, daß hier mit einer neuerlichen Schuldenwirtschaft das Jahr 1966 — zumindest in seiner ersten Hälfte — bestritten werden soll. Das ergibt sich auch aus der Regelung bezüglich der neuen gesetzlichen Verpflichtungen. Es sind im Laufe des Jahres 1965 neue gesetzliche Verpflichtungen hinzugekommen, für die vorgesorgt werden muß.

Es ist nun interessant, festzustellen, wie die bisherigen Budgetprovisorien das geregelt haben. Im Jahre 1952 hieß es, daß die neuen gesetzlichen Verpflichtungen dadurch gedeckt werden, daß Ausgaben, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht, unterbleiben. Im Jahre 1962 hieß es schon: entweder durch Einsparungen — das ist also dasselbe wie 1952 — oder durch Mehreinnahmen. Und jetzt heißt es: „Mehreinnahmen oder Kreditoperationen“. Da meist das Zweite zutrifft, so ist also anzunehmen, daß schon von vornherein beabsichtigt wird, Kreditoperationen durchzuführen, weil es anders nicht ausgeht.

Der Herr Bundesminister für Finanzen hat erklärt, es sei das dritte Budgetprovisorium, zumindest kann man seine Rede so verstehen; es ist in Wirklichkeit das vierte, denn es gab schon 1949 ein Budgetprovisorium für die ersten Monate 1950. Sowohl damals, 1949, als auch im Jahre 1952 hat das Budgetprovisorium ausdrücklich festgelegt, daß in den einzelnen Ministerien Ersparungskommissäre zu bestellen sind, die auf die Sparsamkeit der Gebarung achten. Wir wissen, daß das nicht sehr wirksam gewesen ist, weil diese armen Ersparungskommissäre damals dem betreffenden Bundesminister unterstellt wurden. Es erscheint uns aber einigermaßen symptomatisch zu sein, daß diese Ersparungskommissäre sang- und klanglos verschwunden sind und auch in diesem Budgetprovisorium nicht aufscheinen, weil es mit solchen Ersparungskommissären dann unter Umständen doch nicht möglich wäre, daß 6 km Bahn eröffnet werden, wie wir letzstens in der Fragestunde ausführlich gehört haben. (*Abg. Zeilinger: Wenn man nicht mehr baut, kann man nicht mehr eröffnen! — Abg. Dr. van Tongel: Oder neue Werkverträge geschlossen werden!*)

Nun die Staatsschuld. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat in seiner Budgetrede festgestellt, daß die Staatsschuld im Jahre 1965 nicht in jenem Umfang abgedeckt wurde wie vorgesehen. Nebenbei bemerkt, ergibt sich schon aus dieser Feststellung, daß das berühmte währungsneutrale Budget kein wirklich währungsneutrales Budget war, weil ja die Formel für das währungsneutrale Budget darin bestand, daß Defizit und Rückzahlung der Staatsschuld gleich hoch sein sollen, was dann in Wirklichkeit nicht der Fall gewesen ist. Nach den Ausführungen des Herrn Finanzministers ist die Staatsschuld, die Ende 1964 27,3 Milliarden betrug, daher im Laufe des Jahres 1965 nicht niedriger, sondern höher geworden; die Staatsschuld vergrößert sich also. Die Schuldenwirtschaft und damit das Problem der Rückzahlung der Schuld und der Zahlung der Zinsen, die unseren Bundeshaushalt so

Dr. Broesigke

sehr belastet, wird auch durch dieses Budgetprovisorium weiter fortgesetzt.

Das Konzept des währungsneutralen Budgets konnte also nicht durchgeführt werden. Es war nicht währungsneutral, wie die Entwicklung bewiesen hat und wie alle Fachleute heute einmütig feststellen. Daher ist auch das Provisorium nicht währungsneutral, denn es beruht genauso wie das Budget, auf dem es aufbaut, auf einer unrichtigen Einschätzung der Einnahmen und auf einem falschen Ausgabenrahmen und muß daher notwendigerweise die Folge haben, daß sich die Verschlechterung der Kaufkraft der Währung auch in Zukunft weiter fortsetzt.

Der Herr Bundesminister für Finanzen hat in seiner Rede offen ausgesprochen, daß dieses Budgetprovisorium für die österreichische Wirtschaft schlecht ist, und zwar währungspolitisch schlecht und schlecht auch vom Grundsatz der Förderung des Wirtschaftswachstums aus. Diesen seinen Feststellungen hätte eigentlich nur die Konsequenz zu folgen, daß ein Budgetprovisorium, das der zuständige Ressortminister selbst als unrichtig und schlecht bezeichnet, abgelehnt wird. Es ist daher ein auffälliger Widerspruch, wenn der Herr Minister sagt: Das, was ich dem Hohen Hause vorlege, ist für die österreichische Wirtschaft, für die österreichische Währung ein Nachteil, aber ich bitte, es anzunehmen. Die logische Konsequenz könnte doch nur sein, das, was er als schlecht erkannt hat, auch zur Ablehnung zu empfehlen.

Wir können daher, wenn wir den eigenen Ausführungen des Herrn Bundesministers folgen — er hat ausdrücklich das Wort Rückschritt gebraucht, das Budgetprovisorium bedeute auf dem Gebiet der Wachstumspolitik einen Rückschritt, und ausdrücklich auf die währungspolitischen Folgen aufmerksam gemacht —, wenn wir also diesen Ausführungen folgen und zum Unterschied von ihm die logische Konsequenz daraus ziehen, dieses Budgetprovisorium nur ablehnen. Die freiheitliche Fraktion betrachtet dieses Budgetprovisorium als ein Denkmal der Unfähigkeit der österreichischen Regierungskoalition, das sie sich zum Ablauf dieser Gesetzgebungsperiode selbst gesetzt hat, und wird es deshalb ablehnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist Abgeordneter Prinke. Ich erteile es ihm. *(Abg. Zeillinger: Pro oder kontra?)*

Abgeordneter **Prinke** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zum drittenmal in den 20 Jahren der Dritten Republik *(Abg. Dr. van Tongel: Noch nicht!)* steht der Nationalrat vor einer ungewöhnlichen Situation. *(Abg. Zeillinger: Zweite Republik!*

Erst nach den Wahlen ist es vielleicht eine Dritte!) Wir haben die Dritte Republik. Wenn Sie historisch den Aufbau seit 1918 verfolgen, dann werden Sie feststellen, daß wir derzeit die Dritte Republik haben. *(Heiterkeit. — Abg. Zeillinger: Das müssen Sie das nächste Mal aber der Regierung sagen, denn das weiß nicht einmal der Kanzler! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Wie 1952 und 1962 hat sich die Regierung auch heuer über das Budget für das nächste Jahr nicht geeinigt. Anders als sein Vorgänger hat Bundespräsident Jonas diesmal die allerdings verfassungsrechtlich vorgeschriebene Demission des Kabinetts angenommen. Die Folge ist, daß das österreichische Volk am 6. März sein neues Parlament wählen wird, um einer neuen Regierung die Möglichkeit zu fruchtbarer Arbeit zu geben.

Wir werden also bis zur Neubildung der Bundesregierung ein Interregnum haben. Ich glaube, daß man in dieser Situation zunächst einmal einige Feststellungen treffen muß. In der Öffentlichkeit wird die Situation nämlich bewußt oder vielleicht auch unbewußt mißverstanden. Daher ist zunächst einmal mit allem Nachdruck zu sagen, daß die Differenzen rund um den Staatsvoranschlag für 1966, der darauffolgende Rücktritt der Bundesregierung und die nächste Woche zu beschließende Auflösung des Nationalrates weder eine Staatskrise noch eine Krise der Demokratie verursacht haben oder verursachen werden. *(Abg. Dr. van Tongel: Uns genügt das völlig!)*

Der Nationalrat bleibt ja bis zum Zusammentritt der am 6. März neu zu wählenden Volksvertretung im Amt. Was immer auch in dieser Zeit an unvorhergesehenen Ereignissen eintreten mag, wird in Form einer Sondersitzung des Parlaments auch während des Wahlkampfes behandelt werden können. *(Abg. Zeillinger: Zum Beispiel das Volksbegehren!)* Das gleiche gilt für den Hauptausschuß, der ja permanent zur Verfügung steht. Der Übergang von der obersten gesetzgebenden Gewalt des jetzigen Parlaments zu der des Parlaments auf Grund der Wahlergebnisse vom 6. März ist daher nahtlos!

Auch die Bundesregierung bleibt im Amt. Sie trägt wohl nur den Titel eines „geschäftsführenden Kabinetts“, wird aber ihre Aufgaben in den einzelnen Ressorts, deren Minister und Staatssekretäre gleichfalls bis zur Ablösung durch allenfalls andere Männer oder Frauen im neuen Kabinett verbleiben, zu erfüllen haben.

Österreich ist eine parlamentarische Demokratie. *(Abg. Zeillinger: Nur bemerkt man es manchmal nicht! — Ruf bei der ÖVP: Sie nicht, wir merken es ganz gut!)* Die Betonung liegt auf dem Wort Parlamentarismus! Dieser Parlamentarismus ist weder ausgeschaltet noch

Prinke

beurlaubt oder gar beendet. Er ist im Gegenteil voll aktionsfähig, und deshalb gibt es keine Krise der Demokratie!

Die Bundesregierung ist auch in ihrer „geschäftsführenden Funktion“ arbeitsfähig und arbeitsbereit. *(Zwischenrufe der Abg. Zeillinger und Hartl.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Es hat jeder noch Gelegenheit, zu sprechen! Das Wort hat der Redner!

Abgeordneter Prinke *(fortsetzend)*: Was immer an unvorhergesehenen Ereignissen bis zur Ablösung durch das kommende Kabinett eintritt, sie wird sich mit ihnen zu befassen haben. Daher gibt es keine Krise des Staates.

Herr Kollege Zeillinger! Sie können mich nicht aus der Fassung bringen. Ihr Geschrei ist im ganzen Haus bekannt, und Sie sind als Schreihals überall gut angeschrieben. Daher kann es mich auch nicht aus dem Konzept bringen. *(Abg. Zeillinger: Herr Kollege! Ich habe gar nicht mit Ihnen gesprochen! Ich habe mit dem Hartl gesprochen!)*

Präsident: Es sollte aber überhaupt nicht geredet werden. *(Heiterkeit bei der FPÖ. — Abg. Dr. van Tongel: Das würde der Koalition so passen!)* Nicht von den Bänken aus!

Abgeordneter Prinke *(fortsetzend)*: Was immer an unvorhergesehenen Ereignissen bis zur Ablösung der Regierung an uns herantreten wird, man wird sich immer wieder mit ihnen befassen können. Daher gibt es auch keine Krise des Staates.

Bleibt also nur noch die Frage zu untersuchen, ob es eine Krise der Koalition gibt. Eine Antwort darauf werden die Wähler am 6. März zu geben haben. Sicher ist, daß es bei gutem Willen vor allem der Spitzenpersönlichkeiten auf der anderen Seite keine Krise der Koalition schlechthin geben müßte, jedenfalls keine solche, die das gegenwärtige, seit 20 Jahren im Grundsatz bewährte System zertrümmern müßte. Was es hingegen sehr wohl gibt, ist eine Krise in der Koalition. Wäre es anders, würde die Legislaturperiode dieses Nationalrates nicht vorzeitig beendet werden.

Am 6. März soll nun das österreichische Volk sein neues Parlament wählen und einer neuen Regierung die Möglichkeit zu fruchtbarer Arbeit geben.

Aber wie ist es zur Budgetkrise gekommen? Das zu untersuchen ist der Sinn der heutigen Parlamentsdebatte. Schließlich haben zunächst die Öffentlichkeit und später die Geschichtsschreiber ein Anrecht darauf, die Wahrheit und nur die Wahrheit über die Gründe und Hintergründe der Vorgänge am 22. Oktober und der Tage vorher zu erfahren. Bleiben wir

also beim 22. Oktober und untersuchen wir die differenten Auffassungen zum Budgetentwurf des Finanzministers, die schließlich so gravierend waren, daß ein Zusammenkommen der Regierungspartner nicht möglich war.

Am 15. April 1965 wurden die Richtlinien zur Erstellung des Budgets 1966 den Ressorts zugestellt. Die darauffolgenden Verhandlungen auf Beanitzenebene dauerten vom 28. Juni bis zum 24. August. Die Besprechungen auf Ministerebene begannen am 14. September und waren am 11. Oktober abgeschlossen. Termingerech — und ich lege Wert auf diese Feststellung — brachte der Finanzminister, und zwar auf Grund einer Absprache zwischen Bundeskanzler Dr. Klaus und Vizekanzler Dr. Pittermann, den Entwurf für das Bundesfinanzgesetz 1966 in der Ministerratssitzung vom 12. Oktober ein. Der Regierungspartner behauptet, das wäre zu spät gewesen. Nun darf ich Sie daran erinnern, daß der Budgetentwurf im Vorjahr, über den man sich auch geeinigt hat, dem Ministerrat sogar einen Tag später, nämlich am 13. Oktober 1964, vorgelegen hat.

Aber gehen wir nun in unseren Untersuchungen weiter. Am 18. Oktober 16 Uhr begann der Ministerrat über das Budgetkonzept zu diskutieren, und zwar in Permanenz. In Vor- und Nachmittags-, ja sogar Nachtsitzungen dauerten die außerordentlichen Budgetberatungen des Ministerrates vom 18. Oktober bis zum 22. Oktober 22.20 Uhr. In dieser Zeit ist nicht weniger als 36¼ Stunden über den Budgetentwurf verhandelt worden. Wie wir wissen, hatte er einen Ausgabenrahmen von über 70 Milliarden Schilling und basierte auf folgenden Grundlagen:

1. Dem Budgetkonzept für das nächste Jahr lag eine realistische Schätzung der Einnahmen auf Grund des zu erwartenden 4prozentigen Wachstums der Wirtschaft im Jahre 1966 zugrunde.

2. Die Ausgaben im ordentlichen Haushalt orientierten sich nach den Einnahmen, was eine Kürzung der Ermessenskredite notwendig machte.

3. Die Ausgaben im außerordentlichen Haushalt wiederum waren aus Gründen der Erstellung eines währungsneutralen Budgets an die Schuldentilgung im ordentlichen Haushalt gebunden.

4. Der Finanzminister hatte überdies ein Eventualbudget für den Fall einer günstigeren Einnahmenentwicklung unter Berücksichtigung der Priorität verschiedener Ausgaben vorgesehen. Vorrang sollten dabei die Erfordernisse des Unterrichtsressorts haben, um den bekannten fast skandalösen Bildungs-

Prinke

notstand im Kulturstaat Österreich beheben zu können.

Damit aber nicht genug. Der Finanzminister und mit ihm die Österreichische Volkspartei hatten für eine Reihe weiterer dringender finanzieller Anliegen vorgesorgt.

So befanden sich, meine Damen und Herren, im Budgetentwurf des 22. Oktober 1965 500 Millionen Schilling für die Erhöhung der Beamtengehälter. Als die berechtigten Wünsche der Beamtenschaft nach Erhöhung ihrer Bezüge zeitgerecht seitens der zuständigen Gewerkschaft deponiert wurden, haben weder der Finanzminister noch die Österreichische Volkspartei auch nur eine Minute mit der Aufnahme erster Verhandlungen zur möglichst weitgehenden Erfüllung der Beamtenforderungen gezögert. Mit Rücksicht auf die angespannte Lage im Staatshaushalt konnte man zunächst nur 500 Millionen in das Budget für 1966 einbauen. Sie sollen zu einem noch festzulegenden Zeitpunkt und zu einem noch auszuhandelnden Prozentsatz die Bezüge der öffentlich Bediensteten im nächsten Jahr verbessern. Ich möchte gleich festhalten, daß wir uns — im positiven Sinn — bei den kommenden Verhandlungen auch über einen ordentlichen Haushaltsplan für das nächste Jahr mit diesem Verlangen unserer beamteten Mitarbeiter in der Verwaltung auseinandersetzen müssen.

Der Herr Bundeskanzler hat als Bundesparteiohmann erst am vergangenen Dienstag dem Bundessektionsobmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes Bundesrat Dr. Gasperschitz die Erklärung abgegeben, daß die Österreichische Volkspartei alles daransetzen wird, damit die jetzt ohne ihre Schuld abgebrochenen Verhandlungen mit der Beamtengewerkschaft so bald als möglich wiederaufgenommen werden. Der Herr Bundeskanzler hat auch gestern wiederum und vorher schon erklärt, die ÖVP werde auf die Anliegen der öffentlich Bediensteten in gebührendem Ausmaß Bedacht nehmen. Die österreichische Beamtenschaft kann diese unsere Feststellungen als verbindliches Versprechen zur Kenntnis nehmen.

Im übrigen hat der Bundeskanzler — auch das hat Herr Dr. Gasperschitz am 9. November mitgeteilt — dafür gesorgt, daß das Pensionsgesetz, das bereits den Finanzausschuß beschäftigt hat, noch vor Auflösung des Nationalrates am 1. Jänner 1966 wirksam wird. Der Finanz- und Budgetausschuß hat sich, wie erwähnt, mit diesem Gesetz bereits beschäftigt und wird sich neuerlich mit dieser Vorlage beschäftigen. Es wird daher voraussichtlich in der nächsten Sitzung beschlossen werden. Damit werden alle Begünstigungen dieses neuen Gesetzes, wie beabsichtigt, termingerecht sämtlichen beteiligten Gruppen der Pensionisten zuteil werden.

Im Entwurf des Budgetprovisoriums 1966 sind auch die für die Durchführung der 14. Gehaltsgesetz-Novelle erforderlichen Dienstposten enthalten. Auf diese Weise wird es möglich sein, alle Beförderungen durchzuführen, die bei Inkrafttreten eines Bundesfinanzgesetzes 1966 in Aussicht genommen waren.

Schließlich liegt dem Parlament der Entwurf eines Gesetzes vor, durch das die ungestörte Fortsetzung der für die Beamtenschaft wichtigen Dienstprüfungen gesichert wird. Auch er wird vom Nationalrat hoffentlich noch vor Auflösung zum Beschluß erhoben werden.

200 Millionen Schilling hatte der Finanzminister in Form einer weiteren Aufstockung der Bundesanleihe zugunsten der Hochwasseropfer freigestellt. Über die Notwendigkeit einer raschen und umfassenden Hilfe bedarf es angesichts des Ausmaßes der diesjährigen Katastrophen wohl keiner weiteren Diskussionen.

Mit insgesamt 700 Millionen Schilling in Form von Budgetmitteln, verschiedener Zuschüsse und im Anleiheweg sollten die Mittel zur Verstärkung des Wohnungsneubaus aufgestockt werden.

Hohes Haus! Aber sehr bald kristallisierte sich das zentrale Problem dieses Budgets für 1966 heraus: das Defizit der Bundesbahnen.

Finanzminister Dr. Schmitz hat in buchstabengetreuer Erfüllung seiner Ministerpflicht einen ausgeglichenen Staatshaushalt empfohlen, der das Wirtschaftswachstum kräftig fördern und Preisauftriebendenzen aller Art verhindern sollte. Daher hat er angesichts der Riesenzunahme des Abganges bei den Bahnen von zusätzlich 500 Millionen Schilling im nächsten Jahr, nämlich von insgesamt 2,9 auf 3,4 Milliarden im kommenden Jahr, eine Stabilisierung des Budgets der Bahnen wenigstens auf dem derzeitigen Niveau gefordert. Dieses Verlangen ist recht und billig. Schon jetzt müssen von den Steuerleistungen jedes Österreicherers pro Jahr 850 S zur Deckung des Bundesbahndefizits abgezweigt werden. Ein präliminierter Abgang bei den Bahnen von 3,4 Milliarden im nächsten Jahr würde bedeuten, daß jeder lohn- oder einkommensteuerpflichtige Mitbürger um 150 S mehr, nämlich einen runden Tausender, bezahlen müßte!

Meine Damen und Herren! Das kann natürlich nur schwer realisiert werden. Allgemein bekannt ist, daß durch das Eintreten der ÖVP unsere drei Steuersenkungsaktionen in den vergangenen Jahren eine Entlastung des Steuerzahlers bewirkt haben. Der von unserem Koalitionspartner immer wieder verlachte Finanzminister Dr. Kamitz brachte es im Jahre 1955 zuwege, die Zehnmilliardenlast

Prinke

des Staatsvertrages, den Kaufpreis für unsere Freiheit, ohne jede Erhöhung des Steueraufkommens zu bezahlen. Damals hätte die Öffentlichkeit eine Art von Notopfer für den Staatsvertrag ohne weiteres verstanden. Daß man dies vermeiden konnte, ist eine der vielen, in der Öffentlichkeit viel zuwenig beachteten Leistungen der von der Österreichischen Volkspartei gestellten Finanzminister in der Zweiten Republik.

Wenn wir die Staatsvertragslasten ohne Steuererhöhung verkraften konnten, um wieviel eher muß es uns gelingen, die immer bedrohlicher werdende Defizitwirtschaft bei den Bundesbahnen abzustoppen! Die 10 Milliarden Schilling als Preis für Österreichs Freiheit mußten aufgebracht werden, da gab es keinerlei Ausweichmöglichkeiten. Bei den Bundesbahnen hingegen ist es anders. Dort bestehen zahlreiche reale Chancen für eine Verbesserung der Wirtschaft und der Ertragslage dieses größten öffentlichen Betriebes in unserem Lande. Man muß diese Chancen nur nützen, aber sie wurden bisher nicht genützt. Immer wieder wird der viel bequemere Weg zum Finanzminister gewählt, ohne im eigenen Bereich auch nur einen Finger zur Ordnung der Dinge zu rühren. Diese Praxis kann man aber nicht ad infinitum fortsetzen.

So hat der Finanzminister auf der Grundlage dieses Sachverhaltes in seinem Ministeratsvortrag vom 12. Oktober, als er seinen gedruckten Budgetentwurf einbrachte, Alternativen für eine Stabilisierung des Bahndefizits aufgezeigt. In diesem Papier, das nicht Bestandteil des Budgets war, wie es jetzt in der Öffentlichkeit wahrheitswidrig behauptet wird, wurden dem Verkehrsminister Einsparungen in einem Ausmaß vorgeschlagen, die eine weitere Steigerung des Abganges verhindern könnten.

Die zweite Alternative bestand allerdings in einer Erhöhung der Bundesbahntarife. Ja was hätte der Finanzminister in dieser Situation anderes tun sollen? Hätte er ernsthaft erwägen sollen, dem Straßenbau, der Kultur, der sozialen Verwaltung oder der ohnedies schwergeprüften Landwirtschaft Geld wegzunehmen und in den unersättlichen Rachen der Bundesbahnen zu schütten? Das hätte die Öffentlichkeit keineswegs verstanden, und der Finanzminister hat eine solche Pseudolösung auch abgelehnt. Aber Sie, meine Herren von der anderen Fraktion in der Bundesregierung, allen voran der Herr Verkehrsminister, haben das im Ernst vom Finanzminister gefordert. Das ist unbegreiflich, aber leider wahr.

Finanzminister Dr. Schmitz hat nun in seiner begreiflichen Verzweiflung über die

starre Haltung seines ministeriellen Partners aus dem Verkehrsressort noch vorgeschlagen, eine wenn möglich auch aus ausländischen Fachleuten zusammengesetzte Kommission zur Überprüfung der Rationalisierungsmöglichkeiten bei den Bahnen einzusetzen. Damit wäre wenigstens der Anfang zur Verwirklichung eines langfristigen Konzeptes mit dem Ziele einer allmählichen Stabilisierung des Bahndefizits, ja vielleicht sogar einer Wirtschaftlichkeit gemacht worden. Aber auch das hat der Herr Verkehrsminister abgelehnt. Er hat höchstpersönlich beim kürzlichen Kongreß der Eisenbahnergewerkschaft diesen Vorschlag Doktor Schmitz' als eine Zumutung, ja sogar als eine Beleidigung der Bahnbediensteten klassifiziert.

Hier ist eine Klarstellung notwendig. Niemand, am wenigsten die Österreichische Volkspartei, wollte die Bahnbeamten brüskieren. Im Gegenteil, es ist unser Wunsch, aus den Bundesbahnen ein florierendes Unternehmen zu machen, dessen überzeugende Erfolge jedem einzelnen unserer braven Eisenbahner, vom Lokomotivführer über die Werkstattearbeiter bis zum Verwaltungsbeamten, zum Ruhm und zur Ehre gereichen. Aber die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Wirtschaftlichkeit ist absolut keine Beleidigung der Bundesbahnen (*Abg. Fröhbauer: Von ausländischen Bahnverwaltungen, die mehr Defizit haben als wir!*), denn sie könnten aus ihrem eigenen Bereich ebenfalls eine solche Kommission einsetzen. Bisher haben wir dazu allerdings noch keine Ansätze bemerken können. Die Bediensteten der Bundesbahnen würden zweifellos lieber in einem Unternehmen tätig sein, von dem man in der Öffentlichkeit nur Gutes sagt und das nicht immer im Mittelpunkt unerfreulicher Diskussionen steht.

Jetzt allerdings, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, wo es am 6. März Neuwahlen gibt, gehen Sie hin und verkünden nun auf Ihren ersten Wahlplakaten und in Ihren Reden, die böse Österreichische Volkspartei sei eine Preistreiberpartei, weil sie die Erhöhung der Bahntarife im Budget verlangt hat. Sie hat sie aber gar nicht verlangt, wie wir feststellen können, und Sie werden auch in keinem Budget solche Ansätze finden. Was Sie sagen, ist eine glatte Unwahrheit, die auch dann nicht zur Wahrheit wird, wenn sie tausendmal von Ihnen wiederholt wird.

Es gab noch eine zweite wesentliche Budgethürde. Sie lag in der Notwendigkeit einer Erhöhung der Staatsmittel für die privaten und öffentlichen Leidtragenden der Hochwasserkatastrophe dieses Jahres. Auch um eine Lösung dieses Problems waren der Finanzminister und die Österreichische Volkspartei bemüht. Daher kam von uns zuerst der Vor-

Prinke

schlag eines geringfügigen, auf ein Jahr befristeten Zuschlages zur Lohn- und Einkommensteuer. Im Falle der Verwirklichung wäre das die gerechteste Lösung und zugleich die sozialste gewesen. Wer auf Grund seines Einkommens weniger Steuer zahlt, der wäre auch nur im geringsten Ausmaß zu dieser Solidarleistung herangezogen worden. Höherverdienende hätten mehr bezahlen müssen, kleine und kleinste Einkommensempfänger sowie kinderreiche Familien wären überhaupt verschont geblieben. Wir bezeichnen diese Empfehlung als ein nationales Notopfer, wie es eine nationale Katastrophe war, die unser Land betroffen hat. Wir sind heute noch der Meinung, daß die Österreicher gerne bereit gewesen wären, ein geringes, dazu nur auf ein Jahr befristetes Scherflein zur Linderung der furchtbaren Not ihrer von solchen Naturkatastrophen betroffenen Mitbürger beizutragen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Diesen sichtbaren Ausdruck der Solidarität aller Staatsbürger haben Sie abgelehnt und mit klassenkämpferischen Gegenvorschlägen beantwortet. Das war und ist eine Art von Politik, wie wir sie aus den finstersten Zeiten des Klassenkampfes kennen. *(Abg. Dr. Migsch: Aber, aber!)* Fragen Sie einmal die deutschen Sozialdemokraten, Ihre Freunde von der englischen Arbeiterpartei oder die von Ihnen so verherrlichten Sozialdemokraten in den skandinavischen Ländern um ihre Meinung zu dem Verhalten ihrer österreichischen Genossen in dieser Frage. Wir sind überzeugt, daß die Antwort für Sie keine schmeichelhafte sein wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Den Gedanken eines Notopfers haben Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, abgelehnt. Sie haben damit den Finanzminister zum Suchen nach anderen Möglichkeiten gezwungen. Uns ist es nämlich mit einer raschen und umfangreichen Beseitigung der Katastrophenfolgen und mit einer wirksamen Hilfe für die davon Betroffenen wirklich ernst. Daher kamen wir zu dem Vorschlag, durch einen relativ geringfügigen Zuschlag zur Mineralölsteuer insgesamt 450 Millionen Schilling für die Behebung der argen Verwüstungen im öffentlichen Bereich aufzubringen. Diese Hochwasserhilfe, die aus 450 Millionen für Straßenbauten und aus 40 Millionen für die Eisenbahn, aus 30 Millionen für Hochwasserschutzbauten und aus 5 Millionen für die Post bestehen sollte, hätte die Unterstützung beider Koalitionsparteien gebraucht. Sie hat sie nicht bekommen und ist damit wie ein Baustein aus dem Budget 1966 herausgefallen. Es war klar, daß dieser Ausgabenüberhang im Budget nur dann wirksam werden konnte, wenn die Einnahmen dafür auch einvernehmlich beschlossen werden.

Diesen Vorschlag einer Erhöhung der Mineralölsteuer haben Sie auch abgelehnt, wobei auch dafür die gleiche Feststellung wie beim Problem des Bahndefizits gilt. Es war ein Vorschlag, eine Diskussionsgrundlage und kein Bestandteil des Budgets. Wenn Sie jetzt das Gegenteil behaupten, dann sagen Sie vollkommen bewußt die Unwahrheit!

Doch die ÖVP hat Ihnen schon damals nicht getraut, daher veröffentlichte sie angesichts des sozialistischen Nein zu allen Empfehlungen bereits am 13. Oktober 1965 eine parteiamtliche Erklärung durch den Mund ihres dazu berufenen Generalsekretärs Doktor Withalm und in ihrer offiziellen Korrespondenz, nämlich im „ÖVP-Pressedienst“. In einer dritten Aussendung dieser Agentur, die am 13. Oktober allen Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen übermittelt wurde, kam Generalsekretär Dr. Withalm auf den damaligen Stand der Budgetverhandlungen zu sprechen, betonte das Bemühen des Finanzministers um einen ausgeglichenen Haushalt, stellte weiter das Bestreben der Österreichischen Volkspartei nach einer Bereinigung der Hochwasserprobleme heraus und gab die Ablehnung der ÖVP-Vorschläge durch die SPÖ in der Ministerratsitzung des Vortages bekannt. Dann sagte Dr. Withalm wörtlich:

„Auf Grund dieser ihrer Haltung muß die SPÖ zur Kenntnis nehmen, daß diese Vorschläge in aller Form zurückgezogen werden und daß sie die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, mitzutragen haben wird.“

Ein ausgeglichener Staatshaushalt ist und bleibt das oberste Gebot. Bekanntlich hat sich auch die sozialistische Parteivertretung dieser Meinung angeschlossen und am 7. Oktober dieses Jahres festgestellt: „Die Sozialistische Partei ist für ein im ordentlichen Haushalt ausgeglichenes Budget.“ Wenn keine Mehrbelastung der Bevölkerung erfolgt, dann müssen wir uns allerdings vollkommen darüber im klaren sein, daß nun der Ausgleich innerhalb des Rahmens, der durch die realistischere Weise zu erwartenden Einnahmen gegeben ist, erfolgen muß. Das bedeutet weitere Einschränkungen auf der Ausgabenseite, nicht zuletzt für den Verkehrsminister. Das Defizit der Bundesbahnen darf im nächsten Jahr nicht größer werden. Dieses Defizit, das unter sozialistischen Verkehrsministern bis auf 3 Milliarden Schilling im Jahr angewachsen ist, trägt ohnehin die Hauptschuld am Defizit des Staatshaushaltes und würde 1966 sogar um 1 Milliarde größer sein als das Gesamtdefizit.

Wir können im nächsten Jahr angesichts der innerhalb und außerhalb unserer Grenzen herrschenden Preissituation unter keinen Umständen mehr ausgeben, als wir einnehmen.

Prinke

Ein Loch im ordentlichen Haushalt des Staates wü ße auch ein Loch in jede Geldbö ße des einzelnen Staatsbü rgers reißen. Wenn also die SPÖ nicht bereit ist, Meh einnahmen für die Instandsetzung und den Bau von Straßen und Bahnanlagen mitzuverantworten, wird sie sich entweder zur Mitverantwortung von Einsparungen bekennen oder zugeben müssen, daß sie in diesem Staate überhaupt keine Verantwortung zu tragen bereit ist.“

Die Vorschläge wurden also, wie erwähnt, zurückgezogen, und Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, behaupten nun unentwegt, Sie hätten das Budget des Finanzministers ablehnen müssen, weil es angesichts der Preissituation dieses Jahres unverantwortlich wäre, einer Erhöhung der Bahntarife und des Zuschlages zur Mineralölsteuer zuzustimmen.

Zur Politik, meine Damen und Herren, gehört auch die Ehrlichkeit. Ich weiß, daß in Wahlzeiten und auf der Jagd auch die Demagogie mitunter eine große Rolle spielt und Märchen erzählt werden. (*Abg. Dr. Witzhalm: Auf der Jagd! — Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Glauben Sie ja nicht, daß die von Ihnen verbreitete und jederzeit dokumentarisch zu widerlegende Unwahrheit über die Vorgänge während der Budgetverhandlungen in der Öffentlichkeit viel Verständnis für die Haltung Ihrer Partei erwecken wird. Aber vielleicht besinnen Sie sich noch rechtzeitig eines Besseren und kehren zur Wahrheit zurück. (*Abg. Holoubek: Da müssen Sie nach rechts schauen! — Abg. Dr. Neugebauer: Sie sehen den Splitter im Auge des anderen, aber nicht den Balken im eigenen Auge!*) Ich komme darauf zurück. Ich will Sie durchaus nicht provozieren, ich versuche nur, es so darzustellen, wie sich tatsächlich alles abgespielt hat.

Zu dieser Wahrheit gehört auch, daß der Finanzminister nach dem Grundsatz „Doppelt hält besser!“ in der außerordentlichen Ministeratssitzung vom 18. Oktober um 16 Uhr auch seinerseits offiziell seine Vorschläge vom 12. Oktober zurückgezogen hat. Unter der Zahl 105.971-I/65 legte er einen Nachtrag zum Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1966 vor — er steht Ihren Ministerkollegen zur Verfügung —, der dezidiert die Ausklammerung der Mineralölsteuer und der Tarife bei der Post und der Bahn zum Inhalt hatte. Das war gewissermaßen eine Sicherheitsmaßnahme gegen fälschliche Legendenbildungen.

Zur Wahrheit gehört, daß die Sozialisten sehr wohl von der Zurückziehung der Erhöhungsvorschläge für den Benzinpreis und die Bahntarife Kenntnis hatten. Die „Arbeiter-Zeitung“ und die übrigen sozialistischen

Tagesblätter in den Bundesländern veröffentlichten nämlich am Donnerstag, den 14. Oktober, Herr Kollege Neugebauer, die Tatsache der Zurücknahme dieser Empfehlungen. Trotzdem wird immer wieder behauptet, besonders von Herrn Vizekanzler Pittermann — auch in der Pressekonferenz nach dem Budgetkrach am 25. Oktober —, trotz mehrerer Vorhalte zahlreicher Journalisten, daß die SPÖ nicht genau gewußt hätte, ob im Budgetentwurf des Finanzministers diese Erhöhungen enthalten sind oder nicht; Sie von der Sozialistischen Partei seien der Meinung, daß Doktor Schmitz in sein Budget Benzinpreis- und Bahntarifänderungen aufgenommen habe, was seitens der SPÖ abgelehnt hätte werden müssen.

Ein Blick in den Entwurf, der vorgelegen hatte, hätte genügt, um festzustellen, daß dem nicht so ist, daß die Tarife ausgenommen sind.

Was hier gespielt wird, ist — seien Sie mir nicht böse — auch so eine Jagdfabel und gehört in den Bereich der Demagogie. Ich will es mir trotz der gespannten innenpolitischen Situation und trotz der schon allenthalben vorherrschenden Wahlkampfstimmung versagen, unter Berufung auf die parlamentarische Immunität diese Art von Politik mit dem richtigen Namen zu qualifizieren.

Wie ging es dann weiter? Die Verhandlungen wurden am 21. Oktober fortgesetzt und dauerten bis zum 22. knapp vor Mitternacht. An diesem von der Verfassung festgelegten letzten Tag zur Budgeteinigung war die weitere Marschrichtung der Sozialistischen Partei noch nicht klar ersichtlich. Am Vortag jedenfalls zeichnete sich immer mehr die mangelnde Bereitschaft der Sozialisten zu einem Übereinkommen ab. Trotzdem kam es aber im Verlauf des 22. Oktober zur Klarheit über die Erhöhung der Mittel für den Wohnungsbau sowie über die Art und Weise einer weiteren Hinaufsetzung der Geldmittel für die Beseitigung der Hochwasserschäden. Diese Einigungen erzielte man in zwei eigens dafür eingesetzten Ministerkomitees; in den Plenarsitzungen hingegen erschien die Situation völlig festgefahren.

Ab 19 Uhr des 22. Oktober wurde es dann wie in den Schlußszenen eines Kriminalfilms dramatisch! Der Finanzminister gab zu dieser Stunde Anweisung, das bisherige Verhandlungsergebnis in einem schriftlichen Elaborat zusammenzufassen. Als letzter Entwurf wurde es knapp nach 20 Uhr den Sozialisten übergeben. Diese Sitzung dauerte jedoch nur 20 Minuten. Der Finanzminister beantragte die Abstimmung über das Bundesfinanzgesetz

4906

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Prinke

des nächsten Jahres, und der Herr Bundeskanzler fügte, zu Herrn Vizekanzler Dr. Pittermann gewendet, hinzu, es wäre gut, wenn die Sozialistische Partei beziehungsweise ihre Unterhändler ihre letzte und endgültige Entscheidung bis gegen 22 Uhr fällen könnten.

Dieses Ersuchen empfand der Herr Vizekanzler als ein Ultimatum. Von einem Ultimatum, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, kann aber keine Rede sein! Was der Herr Bundeskanzler mit Recht vermeiden wollte, war eine Wiederholung des Wettlaufes mit der Zeit, wie wir es in den vergangenen zwei Jahren erlebt haben. Sie erinnern sich, daß die Budgeteinigung am 22. Oktober 1964 erst 7 Minuten nach Mitternacht, also nach dem Auslaufen des Verfassungstermins, zustande kam. Sie erinnern sich sicherlich auch der beißenden Kommentare, mit denen dieses Vorgehen in der Öffentlichkeit kritisiert wurde. Hatte Herr Bundeskanzler Klaus nicht recht, wenn er im heurigen Jahr ein solches beschämendes Schauspiel vermeiden wollte?

Die Geduld und das Entgegenkommen der Österreichischen Volkspartei und ihr Bemühen, das Budget 1966 um Gottes willen nicht an persönlichen Mißverständnissen scheitern zu lassen, führten schließlich kurz nach der Unterbrechung der Plenarsitzung des Ministerrates zu einem Telefongespräch. Herr Bundeskanzler Klaus rief Dr. Pittermann an und teilte ihm ausdrücklich mit, daß das erbetene Limit mit 22 Uhr selbstverständlich nicht als Ultimatum, sondern nur als eine Anregung aufzufassen sei. Sollte die Sozialistische Partei beziehungsweise sollten ihre Unterhändler länger als bis 22 Uhr mit dem Studium des an sich klaren finanzministeriellen Budgetentwurfes brauchen, so könnten sie natürlich beliebig viel Zeit bis 24 Uhr, das heißt bis zum verfassungsmäßigen Termin, verwenden.

Mit der Feststellung dieser Tatsache ist ein weiteres sozialistisches Alibi zur Erklärung des Budgetkrachs zusammengebrochen. Die These vom „Ultimatum des Bundeskanzlers“ ist nicht aufrechtzuerhalten.

Dann ging es sehr schnell. Schon nach 10 Minuten kehrten die sozialistischen Unterhändler in die Plenarsitzung des Ministerrates zurück und gaben ihre Ablehnung des Budgetentwurfes bekannt. Nach einer neuerlichen Unterbrechung kamen die Regierungsglieder um 22 Uhr das letzte Mal zusammen, um die Nichteinigung offiziell festzustellen und den sich daraus ergebenden verfassungsmäßig vorgeschriebenen Rücktritt des Kabinetts Dr. Klaus zu beschließen.

Wir stellen also fest, daß die Sozialistische Partei eineinhalb Stunden vor dem Ende des ver-

fassungsmäßigen Termins, nämlich um 22 Uhr 20 Minuten, den Abbruch der Verhandlungen und damit das Ende dieser Legislaturperiode herbeigeführt hat.

Bevor ich auf die zweite jetzt im Umlauf befindliche Wahlkampflüge, wenn ich so sagen darf, nämlich auf die angeblich von der ÖVP provozierten Preiserhöhungen zu sprechen komme, gestatten Sie mir noch ein paar Worte zu den ÖVP-Vorschlägen über die Regulierung der Bundesbahntarife und des Benzinpreises.

Obwohl es nicht stimmt, daß die Österreichische Volkspartei gewissermaßen ultimativ eine Erhöhung der Bahntarife verlangt hat, weil ihr selbstverständlich Einsparungen im Verkehrsressort lieber gewesen wären, so gab es doch Zeiten, in denen die Sozialistische Partei sehr wohl eine Hinaufsetzung der Bahntarife forderte. Herr Vizekanzler Pittermann war es, der in den vergangenen Jahren immer dann, wenn die Budgetdecke für die Erfüllung aller Forderungen zu kurz wurde, von der „Erschließung neuer Einnahmequellen“ sprach. So zum Beispiel laut „Arbeiter-Zeitung“ vom 21. Oktober 1958 auf dem steirischen Parteitag der Sozialistischen Partei, wo der Herr Vizekanzler folgendes erklärte:

„Der Finanzminister lehnt noch immer eine Erhöhung zurückgebliebener Tarife ab und will die fehlenden Beträge durch Anleihen hereinbringen. Anleihen sind aber kein taugliches Mittel, um einen strukturell bedingten Abgang auszugleichen. Dies kann vielmehr nur so geschehen, daß man auch den öffentlichen Betrieben schrittweise wieder das gewährt, was bei privaten Unternehmungen als selbstverständlich angesehen wird, nämlich eine Angleichung der Preise an die gestiegenen Kosten.“ (Abg. Dr. van Tongel: Herr Prinke, strapazieren Sie sich nicht, Sie bringen die nicht aus der Ruhe!) „Das ist zwar weniger populär als eine Propaganda mit Verlusttarifen, denn eine Tarifierhöhung trifft die Bevölkerung härter als die Illusion der Anleihen, für die relativ hohe Zinsen zu bezahlen sind.“

Die sogenannten Schilling-Schützer von heute in Ihrer Partei waren aber nicht nur in diesem einen Fall Vertreter von Preis- und Tarifierhöhungen. In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. Oktober 1960 — bitte, das können Sie nachlesen — wird mit Stolz darüber berichtet, daß die sozialistischen Unterhändler bei den damals geführten Budgetverhandlungen für eine höhere Besteuerung von Schaumwein, weiters für eine Erhöhung der Branntweinsteuer und der Branntweinmonopolabgabe, für eine Erhöhung der Vermögensteuer und schließlich für die Einführung einer Bodenwertzuwachssteuer eingetreten sind. (Abg. Ing.

Prinke

Scheibengraf: Wir stehen dazu!) Damit nicht genug: Auch die Einhebung des vollen Heizölzolles und die Erhöhung der Bergbauförderungsumlage war ein Bestandteil ihres Hinaufnumerierer-Konzeptes. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist allerhand! — Abg. E. Winkler: Das haben wir verantwortet! — Abg. Dr. Tull: Beim Schaumwein ja, aber nicht bei der Milch! — Abg. Rosa Weber: Besser Schaumwein als Milch!*) Wir sprachen ja nicht nur vom Schaumwein allein. Ich erwähne es nur, weil es in einem Zug von Ihnen verlangt wurde. Ich sprach ja auch vom Heizöl und auch von der Einführung einer Bodenwertzuwachsabgabe. Sie wissen, welche Schwierigkeiten wir jetzt mit der Grundsteuer hatten, mit der vollen Erhöhung der Einheitswerte, die zustande gekommen ist. Wenn also der Bodenwert auch noch erhöht worden wäre, dann wäre wahrscheinlich das Bauen in Österreich vollständig zum Erliegen gekommen.

Am 4. November 1960 berichtet die gleiche „Arbeiter-Zeitung“ von einer Rede wieder des Herrn Vizekanzlers; ich muß meinem Bedauern Ausdruck geben, daß ich immer wieder ihn zitieren muß. Er hielt damals eine Rede vor dem Parteirat der Sozialistischen Partei im Favoritner Arbeiterheim. Sie können auch das wieder nachlesen.

„Wir Sozialisten“, sagte der Vizekanzler, „haben in zwei Wahlkämpfen seit dem Abschluß des Staatsvertrages die Ansicht vertreten, daß nur ein ausgeglichener Staatshaushalt die dauernde Sicherheit der Schilling-Stabilität findet. Wir haben daher stets verlangt, daß neue Ausgaben, die der Staat übernimmt, durch die Erschließung neuer Einnahmen gedeckt werden müssen.“ (*Ruf bei der SPÖ: Das ist doch in Ordnung! — Abg. Holoubek: Es ist nur die Frage, von wo sie kommen! — Abg. Dr. Tull: Ein Zuschlag zur Vermögensteuer ist klassenkämpferisch, nicht wahr?*) Genau! Ich habe es ja gesagt: bei der Einkommensteuer, bei allen diesen Dingen wollten Sie ja die Erhöhung! Lassen Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, diese goldenen Worte Ihres Parteivorsitzenden in Ihren Ohren nachklingen, und denken Sie bitte an die ÖVP-Reaktion auf die Erschließungstheorie des Herrn Vizekanzlers.

Mit eiserner Konsequenz hat die Volkspartei ihre Grundsätze in bezug auf ein währungsneutrales Budget verteidigt. Wir haben uns gegen diese von Ihnen geforderte Erschließung neuer Einnahmequellen ständig gewehrt. Mit Engelszungen redeten wir von der Notwendigkeit, im öffentlichen Bereich Einsparungen vorzunehmen und vor allem endlich eine sichtbare Entlastung auch des Staatshaushaltes durch eine Verwaltungsreform durchzuführen.

Seit 20 Jahren reden wir von der Verwaltungsreform; wir sind bis heute keinen Schritt weitergekommen. Trotz der ständig wachsenden Aufgaben des Staates müßte es doch möglich sein, mit den vorhandenen Personalständen diese Aufgaben zu bewältigen. Die Einrichtung immer neuer Ämter, die Aufstellung von immer mehr Schreibtischen in immer größeren Büros und Ämtern müßte kein Krebsübel unserer Zeit sein, weil nach unserer festen Überzeugung dies nicht unheilbar ist. Man müßte nur wollen, und manches könnte in unserem Staate auch auf diesem Gebiet besser werden.

Auch in jüngster Zeit ist bei den Bundesbahnen, wie überhaupt im Ressort des Herrn Verkehrsministers, einiges hinaufnumeriert worden. Den Schilling-Schützern in Ihrer Partei sei ins Stammbuch geschrieben, daß der Herr Verkehrsminister am 1. Jänner dieses Jahres die Liegewagengebühr um 50 Prozent, nämlich von 40 S auf 60 S, erhöht hat. Erst kürzlich, nämlich am 15. August, wurde die Gepäcksaufbewahrungsgebühr um 50 Prozent, nämlich von 2 S auf 3 S pro Tag und Gepäckstück, hinaufgesetzt. (*Abg. Rosa Weber: Jetzt ist es wieder schlecht!*)

Es sind ja nicht immer diese großen oder kleinen Brocken — wie Sie es nennen wollen — von Preis- und Tarifierhöhungen, wie zum Beispiel jene vom Verkehrsministerium durchgesetzte Erhöhung des Strompreises, die die Kalkulationsfaktoren belasten und letztlich die Preise erhöhen, sondern es sind in summa diese tausend Kleinigkeiten, die das Lohn- und Preisgefüge empfindlich stören. Und zu diesen Kleinigkeiten gehören auch die Preiserhöhungen bei den Liegewagen, bei der Gepäcksaufbewahrung und so weiter, und so weiter. (*Abg. Holoubek: Das mit der Gepäcksaufbewahrungsgebühr meinen Sie doch nicht ernst!*)

Sicherlich fällt jede einzelne davon, für sich allein betrachtet, nicht ins Gewicht, alle zusammen aber belasten das Haushaltsbudget aller unserer Mitbürger und stellen zudem noch gewichtige Posten in den Kalkulationsrechnungen unserer Wirtschaft dar. Die Vertreter beider Parteien und die Repräsentanten der Kammern und des Gewerkschaftsbundes in der Paritätischen Kommission prüfen — wie Sie alle wissen — eingereichte Preiserhöhungsanträge sehr genau. Ihnen müssen sehr präzise Kalkulationsrechnungen vorgelegt werden, aus denen sich die Notwendigkeit und das Ausmaß der Preiserhöhung überzeugend darstellen muß. Dort können Sie die von mir erwähnten „tausend Kleinigkeiten“ finden. Sie werden feststellen können, daß sie Mosaiksteinchen gleich das Bild vom „höheren Preis“ ergeben. Der Nachweis, daß es die Schuld des ÖVP-Teiles

Prinke

der Regierung Klaus wäre, wenn der Schilling vom April 1964 im Oktober 1965 nur mehr 93 Groschen wert ist, wird Ihnen von der Sozialistischen Partei nicht gelingen.

Ich werde mich im folgenden bemühen, die harte Sprache der Tatsachen reden zu lassen. Daraus soll die Öffentlichkeit erkennen, daß wir auch in dieser Frage am Beginn einer gigantischen Vernebelungskampagne der Sozialistischen Partei aus rein wahltaktischen Erwägungen stehen. Die Wahrheit sieht wiederum ganz anders aus, als es die Sozialisten in ihrer Sucht nach Propagandaeffekten darzustellen versuchen. (*Abg. Libal: Wer hat denn früher mit der Propaganda mit dem Schilling angefangen? So eine Verdrehung der Tatsachen!*)

Im Jahre 1963 jedenfalls ist der Lebenshaltungskostenindex tatsächlich fühlbar angestiegen. Der Grund für die Verteuerung lag in der Nachziehung wichtiger Nahrungsmittelpreise, in der Erhöhung von indirekten Steuern und Monopolpreisen sowie in einer nicht ungefährlichen Lohnwelle, die wir damals über uns ergehen lassen mußten. Um die Jahreswende 1963/64 kam es außerdem zur Steigerung der Bahn-, Autobus- und der Bädertarife. Bis die Auswirkungen voll spürbar wurden, nämlich im Juli und August 1964, lag der Verbraucherpreisindex um 5,4 Prozent beziehungsweise 5,2 Prozent höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Nun sagen Sie in Ihrer Propaganda — wir lesen es auf den Plakaten —, daß die Regierung Klaus, das heißt der ÖVP-Teil der jetzigen Regierung, gegen diese Entwicklung nichts unternommen hätte!

Es tut mir leid, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, aber auch das ist, schlicht und einfach gesagt, nicht wahr. Denn wiederum sieht die Wahrheit ganz anders aus als Ihre Propaganda. Die Regierung hat nämlich sofort nach der Übernahme der Kanzlerschaft durch Dr. Klaus im Frühjahr und dann im Herbst 1964 je ein Stabilisierungsprogramm beschlossen. (*Abg. Dr. Tull: Dann ist der Klaus auf den Naschmarkt gegangen!*) Wohlgemerkt: Die Bundesregierung hat es beschlossen, aber nur die ÖVP-Minister haben es durchgeführt. Der Herr Sozialminister hat die ihn betreffenden Vorschläge glatt mißachtet. Von ÖVP-Ministern hingegen wurden zweimal die Zölle gesenkt, einmal bei Kaffee und Tee, das andere Mal bei nicht weniger als 90 Warenpositionen! Außerdem senkte der Finanzminister die Umsatzsteuer für den Kleinhandel mit Lebensmitteln, drosselte durch zahlreiche Maßnahmen das Kreditangebot und erstellte schließlich für 1965 entsprechend den Richtlinien des Stabilisierungsprogramms (*Abg. Dr. Tull: Alles ist teurer geworden!*) ein ausgeglichenes und währungsneutrales Budget.

Der Herr ÖVP-Handelsminister wiederum führte zwei große Liberalisierungsmaßnahmen durch, wobei die Einfuhr fast aller Waren freigegeben wurde. Das Ziel ist klar: Das Warenangebot auf den Inlandsmärkten sollte verstärkt werden, um damit einen Preisdruck ausüben zu können. Dieses Ziel ist auch erreicht worden. Der Preisauftrieb, der im August 1964 noch 5,4 Prozent ausmachte, war im Dezember 1964 auf 3,5 Prozent zurückgegangen. (*Abg. Dr. Tull: Und wie sieht es 1965 aus?*) Ich komme schon da auf.

Meine Damen und Herren! Das sind die Preisenkungsmaßnahmen, die wir durchgeführt haben, und zwar mit Erfolg. Sagen Sie uns und der Öffentlichkeit doch genauso konkret, wie wir das hier tun, welche wirklich ins Gewicht fallenden Maßnahmen seitens des SPÖ-Teiles der Bundesregierung gegen den Preisauftrieb durchgeführt worden sind. (*Abg. Libal: Sie haben etwas vergessen! Der Herr Bundeskanzler war auf dem Naschmarkt, das hat auch dazu beigetragen! — Abg. Fachleutner: Sie würden nicht ernst genommen werden! — Abg. Libal: Sie auch nicht! — Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel. — Weitere lebhaftes Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Wie war das dann weiter mit den Preisen? Auf Antrag des Innenministers sind Anfang 1965 die Stromtarife im Bundesdurchschnitt um 6,9 Prozent gestiegen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Aber bitte, jetzt sind wir nicht auf dem Naschmarkt! (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Prinke (fortsetzend): Das noch immer nachwirkende Stabilisierungsprogramm jedoch hielt den damit angeregten Preisanstieg in engen Grenzen. Im ersten Quartal des Jahres 1965 lag der Verbraucherpreisindex nur um 2 bis 3 Prozent über dem Stand des Vorjahres. Dann kam der lange Winter. Ihm folgten zwei Unwetterkatastrophen unvorstellbaren Ausmaßes in weiten Teilen des Bundesgebietes, wie sie Österreich seit hundert Jahren nicht erlebt hat. Das hatte automatisch eine starke Verknappung der landwirtschaftlichen Saisonprodukte zur Folge. Die Ausweichmöglichkeiten in den Import waren minimal, da die Hauptlieferländer für Obst und Gemüse, wie zum Beispiel Italien, selber von ähnlichen Katastrophen betroffen wurden. Auch in diesen Ländern herrschte akuter Mangel wie bei uns in Österreich. Der starke Anstieg des Verbraucherpreisindex blieb nicht allein auf Österreich beschränkt, sondern er faßte ganz Europa. Er lag im Juni 1965 um etwa 8,8 Prozent über dem Vorjahresstand.

Prinke

Begreiflicherweise hat die Wirtschaft diese beängstigende Entwicklung als ein Alarmzeichen empfunden. Bundeskanzler Dr. Klaus reagiert blitzartig: Mitten während der Urlaubssaison berief er den Ministerrat zur Erörterung der Lage und zur Beschlußfassung über Gegenmaßnahmen ein. Auch die Paritätische Kommission für Lohn- und Preisfragen wurde mehrmals mit diesem Problem befaßt. Wiederum waren es nur die ÖVP-Mitglieder der Bundesregierung, die wirksame Schritte zur Eindämmung des Preisauftriebes unternommen haben. Der Landwirtschaftsminister verfügte die sofortige Freigabe der Einfuhr von etwa 30 Obst- und Gemüsesorten. Der Finanzminister leistete seinen Beitrag durch die unverzügliche Aufhebung des Zolles für Enten, Gänse, Truthühner und Importeier sowie durch die Beseitigung der Ausgleichsteuer bei Kartoffeln. Auch diese Maßnahmen wurden unmittelbar wirksam. Der Preisauftriebsrekord von 8,8 Prozent im Juni war im September bereits auf 5,5 Prozent und ohne Saisonprodukte sogar auf 3,6 Prozent zurückgegangen.

Die Österreichische Volkspartei ließ es aber nicht nur bei kurzfristigen und sofort wirksamen Maßnahmen bewenden, sondern betreibt eine Wirtschaftspolitik, die langfristig eine Preisberuhigung herbeiführen soll. In unserem System der sozialen Marktwirtschaft können und sollen die Preise nicht wie in Volkendemokratien willkürlich festgesetzt werden. Sie unterliegen vielmehr den Gesetzen der Nachfrage und des Angebotes, und da wieder vor allem der Kostenstruktur. Dementsprechend darf sich die Wirtschaftspolitik nicht nur mit der Bekämpfung kurzfristiger Symptome begnügen, sie muß vielmehr jene Voraussetzungen schaffen, die eine Entfaltung der Marktkräfte durch die Belebung der Konkurrenz und eine Verringerung der Kostenstruktur ermöglichen. Gerade in einer vollbeschäftigten Wirtschaft, wie wir sie heute Gott sei Dank haben, ist das von besonderer Bedeutung.

Wenn wir wollen, daß unsere Löhne steigen, müssen wir auch eine Verminderung der Lohn-tangente pro Produkteinheit anstreben, indem wir den Übergang zu einer kapitalintensiveren Produktion vor allem steuerlich fördern.

Was wir wollen, ist eine solide, ehrliche und wirtschaftlich fundierte Erhöhung unseres Realeinkommens. Dafür kann der Staat Voraussetzungen schaffen. Er tut es auch durch eine kluge Wirtschafts-, Finanz- und Kreditpolitik und unter Anwendung aller Mittel, die unsere moderne Wirtschaftspolitik eben kennt.

Eines allerdings kann der Staat nicht bestimmen: die Anhebung der Leistung der vielen Millionen Menschen, die in der Produk-

tion arbeiten. Das Problem einer Produktivitätssteigerung, also einer allgemeinen Anhebung des Leistungsniveaus, ist nicht minder groß als alles zusammen, was von der Währungs-, Kredit- und Finanzpolitik des Staates her unsere Lebenshaltung bestimmt. Wir müssen also mehr Ware billiger produzieren und da und dort — gestatten Sie mir diese offene Feststellung — rascher und rationeller arbeiten.

Es gibt einzelne Sparten in unserer Wirtschaft, in denen gerade diese Dinge nicht in Ordnung sind. Dort hat man den bequemeren Weg zu einem höheren Nominaleinkommen gewählt, nämlich den zur Kasse des Unternehmens oder des Staates. Er mag uns vorübergehend wohl eine Erhöhung des Nationaleinkommens bringen, er kostet uns aber schon kurz darnach ein Absinken unseres realen Verdienstes. Auch eine Steigerung der Produktivität, der Arbeitsleistung eines jeden einzelnen also, ist mitentscheidend für die Stabilität der Währung, für die Vergrößerung des Warenangebotes, für eine Erhöhung unseres Realeinkommens und damit für ein besseres Leben unseres Volkes!

Viele dieser Grundsätze hat die Österreichische Volkspartei in ihrem Konzept für die Wirtschaftswachstumsgesetze verarbeitet. Daß sie bisher nicht beschlossen worden sind, liegt nicht an der Österreichischen Volkspartei, sondern an jenen Sozialisten, die sich wohl nach außen hin zu solchen Notwendigkeiten bekennen, in der Praxis aber an ihrer Verwirklichung nicht interessiert sind. Die Ursache dafür liegt offenbar noch immer im marxistischen Kern der sozialistischen Wirtschaftsüberlegungen, denen jedes marktwirtschaftliche Denken fremd ist. Die gleichen Sozialisten, die jetzt mit der Preistreiberei-Parole in die Wahlen gehen wollen, haben aus rein demagogischen Gründen auch einer wirtschaftlich vernünftigen Sanierung der verstaatlichten Unternehmungen Widerstand um Widerstand entgegengesetzt. (Abg. Dr. Tull: *Das glauben Sie doch selbst nicht, Herr Prinke! Das hat man Ihnen aufgesetzt! Das verlesen Sie jetzt!*) Beispiele kann ich Ihnen bringen: siehe Raxwerke! Das führte nicht nur zu einer weiteren Verknappung des Arbeitsmarktes, sondern trug auch zu einer kaum mehr vertretbaren Ausweitung der Staatsausgaben bei. (Abg. Dr. Tull: *Eine undankbare Aufgabe, so eine Rede zu halten!* — Abg. Ing. Helbich: *Er ist schon 20 Jahre im Parlament!*) Es sind also Strukturprobleme, die zur Lösung anstehen und die bereinigt werden müssen, wenn wir auf lange Sicht der schleichenden Inflation den Boden entziehen wollen.

Zum Thema Preisentwicklung lassen Sie mich abschließend noch einige internationale

Prinke

Vergleiche anstellen. Der allgemeine Geldwertschwund ist keine auf Österreich allein beschränkte Erscheinung. Durch den intensiven Waren- und Kapitalverkehr besonders zwischen den westeuropäischen Ländern besteht heute so etwas wie eine wirtschaftspolitische Schicksalsgemeinschaft. Kein Land ist in der Lage, Preisauftriebendenzen, die teilweise durch die Waren- und Geldströme über die Grenzen ausgelöst werden, von sich aus allein zu neutralisieren. Im Rahmen dieser wirtschaftlichen Gemeinschaft hat sich aber Österreich hervorragend gehalten!

Wie aus einer Untersuchung einer amerikanischen Großbank hervorgeht, liegt Österreich im Durchschnitt der Jahre 1954 bis 1964 mit einer Inflationsrate von 2,7 Prozent im Rahmen der 13 EWG- und EFTA-Länder hinter Luxemburg, Belgien, der Schweiz, der Bundesrepublik und Holland an fünfter Stelle. (Abg. Rosa Jochmann: *Nur verdienen die mehr als unsere!*) Die traditionell sozialistischen Länder, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, Schweden, Dänemark, bis zum September auch Norwegen, findet man mit einem deutlichen Abstand hinter Österreich. Ihre Inflationsrate ist wesentlich höher als die unsere.

Schauen wir doch nach England! Auch in diesem sozialistisch regierten Land hörte man vor den Wahlen die Parolen, daß einzig und allein die Sozialisten in der Lage wären, das Pfund Sterling zu retten. Und was ist wirklich geschehen? Als die Labour Party im Oktober 1964 zur Regierung kam, bescherte sie der englischen Bevölkerung einen Zollzuschlag von 15 Prozent auf alle importierten Güter und bis August dieses Jahres, also innerhalb von zehn Monaten nach Regierungsantritt, eine Preissteigerung von 5 Prozent. (Abg. Dr. Tull: *Weil die Konservativen die Wirtschaft abgewirtschaftet haben!* — *Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.* — Abg. Hartl: *Das ist die Ausrede!*) Das ist Ihre Ausrede. Vielleicht ist es für die Briten ein Trost, wenn sie wissen, daß die Lage im sozialistischen Schweden noch viel schlimmer ist als bei ihnen. Dort sind die Lebenshaltungskosten allein im ersten Quartal ... (Abg. Dr. van Tongel: *Für die Österreicher ist das kein Trost, daß es bei uns auch ist!* — Abg. Zeillinger: *In Afrika haben sie noch keine Hosen!* — *Heiterkeit.*) Es scheint mir, Sie streben in Afrika einen Parlamentssitz an, denn sonst könnten Sie nicht so ungeschickt daherreden. (Abg. Zeillinger: *Nein, Herr Kollege, dort sind noch mehr Schwarze, da bleibe ich lieber da!* — *Lebhafte Heiterkeit.*)

In Schweden sind die Lebenshaltungskosten im ersten Quartal um 4 Prozent hinaufge-

schnellt, im gleichfalls sozialistisch regierten Dänemark um 5,6 Prozent.

Weder bei uns noch in den übrigen europäischen Ländern sind die Sozialisten also wirklich in der Lage, die Marktgesetze außer Kraft zu setzen oder durch bessere zu ersetzen, noch sind sie fähig, die marktgesetzliche Ordnung herzustellen und zu erhalten. Hierin offenbart sich der ganze Zwiespalt des demokratischen Sozialismus als dauernder Wanderer zwischen den gesellschaftspolitischen Prinzipien der freien Welt und den Totalitätsbestrebungen des orthodoxen Marxismus, wie er uns in den kommunistischen Ländern auf Schritt und Tritt begegnet. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Neugebauer: *Mein Gott! Herr Kollege Prinke, zu Ihrer Rede könnte man einen tschechischen Ausspruch sagen: Starý verkl, nová klika!* — *Altes Werkel mit neuem Griff!* — Abg. Holoubek: *Über die Wohnungen reden Sie sich leichter!*)

Auf ihrem ersten Wahlplakat hat die Sozialistische Partei in ihrem affichierten Katalog der Unwahrheiten die Österreichische Volkspartei des Strebens nach einer Mietzinserhöhung beschuldigt. Hier und jetzt ist der Platz und die Gelegenheit, auch diese unwahre Behauptung in aller Schärfe zurückzuweisen. (Abg. Dr. van Tongel: *Eine harte Sprache!*) Die Österreichische Volkspartei verlangt seit 15 Jahren eine Generalreform der Wohnungswirtschaft, die allein in der Lage ist (Abg. Holoubek: *Jetzt ist er bei seinem Leisten!*), die skandalösen Zustände auf dem Wohnungsmarkt seit mehr als 50 Jahren durch eine sinnvolle Ordnung zu ersetzen. Im Sommer dieses Jahres sind Verhandlungen zwischen den Koalitionspartnern über dieses Problem gescheitert. Der Grund lag in der Weigerung der Sozialistischen Partei, einen sehr sinnvollen Vermittlungsvorschlag der Österreichischen Volkspartei zu akzeptieren. Nicht nur die Österreichische Volkspartei, sondern alle vernünftigen Menschen werden einsehen, daß eine Bekämpfung der Wohnungsnot und aller damit verbundenen negativen Nebenerscheinungen durch das Bauen neuer Wohnhäuser allein nicht zum Ziele führen kann. (Abg. E. Winkler: *Wohnungsanforderung!*) Natürlich sind wir für eine Verstärkung der Neubautätigkeit, aber ihr sind sowohl finanzielle als auch kapazitätsmäßige Grenzen gesetzt. Allein aus öffentlichen Geldern, nämlich aus den zweckgebundenen Einnahmen der Wohnbaufonds, wurden im heurigen Jahr zirka 2,8 Milliarden Schilling dem Wohnungsbau zugeführt. Rechnet man die Eigenmittel und die Bautätigkeit der Gebietskörperschaften hinzu, so erhöht sich diese Summe um ein beträchtliches.

Prinke

Alle Regierungen haben sich in den vergangenen Jahren um eine Verstärkung des Wohnungsbaues bemüht und versprochen, den Neubau bis zu 50.000 Wohnungen pro Jahr anzuheben. Tatsächlich beträgt jedoch die Zahl der in den vergangenen Jahren errichteten Wohnungen jährlich 35.000 bis 40.000. Das ist weder auf mangelnden guten Willen noch auf eine zu geringe finanzielle Unterstützung durch den Staat zurückzuführen. Die Ursachen liegen vielmehr in der unumstößlichen Tatsache, daß die Kapazität der österreichischen Bauwirtschaft — von der Baustoffproduktion bis zur Versorgung mit Arbeitskräften — ihre Obergrenze erreicht hat. Man wird die Zahl wohl noch etwas korrigieren können, zum Beispiel durch eine stärkere Forcierung des Fertigteilbaues oder durch eine noch straffere Koordinierung der Kreditvergabe durch die öffentlichen Fonds, aber man wird nie und nimmer die Neubautätigkeit bis zur bedarfsdeckenden Höhe ausweiten können. Das alles sind Binsenwahrheiten, die auch Ihnen sehr wohl bekannt sind.

Wenn man das aber weiß, kommt man automatisch auf den Kern des Problems, nämlich auf die Notwendigkeit der Erhaltung und Pflege des Althausbestandes. Hier aber geschieht durch die sozialistische Blockade jeder sinnvollen Lösung nichts oder fast nichts, jedenfalls aber zuwenig.

Meine Damen und Herren! Wir können es uns einfach nicht leisten, unsere schon bestehenden Wohnhäuser Jahr für Jahr mehr verfallen zu lassen. Wir lasten mit dieser Politik uns selber eine Verantwortung auf, die wir gegenüber den Wohnungssuchenden als Volksvertreter einfach nicht mehr tragen können. Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei in diesem Parlament und sicherlich auch jene, die nach dem 6. März als neugewählte Vertreter des Volkes in dieses Haus einziehen werden, werden wieder von diesen Dingen reden und die Sozialistische Partei zu einer Umkehr ihrer verhängnisvollen Haltung in der Wohnungsfrage zu bewegen versuchen.

In der Schlußphase der Verhandlungen im September dieses Jahres hat die Österreichische Volkspartei in der Frage des Althausbestandes einen Vorstoß unternommen. Sie schlug ihren Verhandlungspartnern vor, die leerstehenden und freiwerdenden Wohnungen aus der Mietzinsbildung herauszunehmen und freie Mietzinsvereinbarungen zwischen den Wohnungssuchenden und den Hauseigentümern bis zu einer bestimmten Höhe, die im Gesetz festzulegen wäre, zuzulassen. Wohlgemerkt: Dieser Vorschlag bezog sich ausschließlich auf leerstehende und leerwerdende Wohnungen.

(*Abg. Holoubek: Ablöse plus Zinserhöhung!*) Kein Hauseigentümer hätte demnach die Möglichkeit gehabt, etwa aus spekulativen Gründen ein Mietverhältnis mit niedrigem Mietzins zu kündigen und die so freiwerdende Wohnung dann unter Berufung auf die Möglichkeit freier Zinsvereinbarungen zu einer höheren Miete zu vergeben. Der Kündigungsschutz für alle bestehenden Mietverhältnisse wurde von unserem Vorschlag nie und nimmer berührt, ja mehr noch, auch das Erbrecht der Familienangehörigen nach dem Tode des Hauptmieters sollte ausdrücklich bestätigt werden.

Unser Bestreben war es, mit diesem Vorschlag eine scharfe Waffe gegen den skandalösen Ablösesewucher zu schmieden. (*Abg. Holoubek: Glauben Sie, das hätte aufgehört? Glauben Sie das wirklich?*) Lesen Sie doch die Wochenendausgaben der Tageszeitungen! Es ist nicht maßgebend, was ich glaube. Dort finden Sie trotz aller gesetzlichen Verbote (*Zwischenruf: Was hat man alles versprochen!*) leerstehende Wohnungen gegen horrenden Ablöseforderungen angeboten. Wo bleibt da der Herr Justizminister, und wo bleiben die den Sozialisten unterstehenden Organe der Exekutive und der Justiz, die diesen Gesetzesbrechern zu Leibe rücken könnten? (*Abg. Czettel: Sie wollen uns den Schwarzen Peter zuspielen, Prinke! Das kauft Ihnen niemand ab!*) Wer ist für das Mietengesetz verantwortlich? Für das Mietengesetz ist das Justizministerium und niemand anderer zuständig! (*Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Czettel: Sie spielen uns den Schwarzen Peter zu!*) Ich gebe ihn Ihnen zurück. (*Abg. Zeillinger: Wohnungssuchende ins Häfen! — Heiterkeit.*) Glauben Sie nicht, daß junge Menschen eher bereit sind, einen wirtschaftlich vernünftigen Mietzins für ein eigenes Heim zu zahlen, als hunderttausend und mehr Schilling als Ablöseforderung für eine Wohnung auf den Tisch zu legen, die sie dann außerdem noch für viele weitere 10.000 Schilling renovieren müssen? Die Annahme unseres Vorschlages hätte nach unserer festen Überzeugung eine schlagartige Vermehrung freier Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt bewirkt. Sie haben es abgelehnt. Dafür beschuldigen Sie uns jetzt in dieser Phase der Verhandlungen, eine allgemeine Mietzinserhöhung gefordert zu haben.

Hier aber verhält es sich so wie bei den Budgetverhandlungen. Auch im Wohnungskomitee der Koalition wurde nur eine Mietzinserhöhung verlangt, und die kam von Ihnen: eine Erhöhung des Mietzinses um 50 Groschen für den Reparaturausgleichsfonds. Auch wir haben im Wohnungskomitee der Koalition

Prinke

jede Mietzinserhöhung abgewiesen. Sie behaupten aber trotzdem — und Sie tun das bis heute gegen Ihr besseres Wissen (*Abg. Moser: Freie Vereinbarung ist keine Mietzinserhöhung?*) —, wir seien für Mietzinserhöhungen eingetreten.

Wenn wir schon bei den Mietzinserhöhungen sind, dann werfen wir doch einen Blick dorthin, wo die Sozialisten allein die Mietzinspolitik bestimmen (*Ruf bei der ÖVP: Die Gemeinde Wien!*): die Gemeinde Wien. Sie ist der größte Wohnungsbauherr Österreichs und damit zugleich der größte, gigantischste Hausherr unseres Landes, ja vielleicht sogar ganz Europas. (*Abg. Hella Hanzlik: Sie verlangt aber keine Ablöse! — Abg. Mitterer: Aber schöne Zinse! — Abg. Hella Hanzlik: Es sind aber auch schöne Wohnungen!*) Man sollte also meinen, daß die sozialistische Wiener Rathausmehrheit eine so soziale Mietenpolitik betreibt, daß den „bösen“ privaten Hausherrn Hören und Sehen vergeht. Leider ist es anders. Wir müssen das Gegenteil feststellen! In den Jahren 1960 bis 1963 hat die Gemeinde Wien den durchschnittlichen Mietzins in den Gemeindewohnungen um 60 Prozent, nämlich von 3,50 S auf 5,50 S pro Quadratmeter und Monat, erhöht. (*Abg. Holoubek: Sie müssen die Ausstattung rechnen! Das weiß er ganz gut!*) Im gleichen Zeitraum stiegen die Mieten für manche Typen gemeindeeigener Wohnungen in der Bundeshauptstadt bis auf 12 S pro Quadratmeter. (*Abg. Holoubek: Sie wissen ganz gut, was das für Wohnungen sind! — Abg. Dr. Weißmann: Das Finanzgenie Slavik!*) Ich muß natürlich loyalerweise dazusagen, daß das mit Zentralheizungen und bestem Komfort ausgestattete Wohnungen sind. Meine Damen und Herren! Da hören Sie anscheinend nicht gerne zu, wenn Sie diese Dinge hören und wenn wir von Preissteigerungen überhaupt reden. (*Abg. Rosa Jochmann: O ja, wir hören sehr gern zu! — Abg. Mitterer: Das sind „kosten-deckende Preise“, bei anderen sind es „Wucherzinse“!* — *Beifall bei der ÖVP.*) Ihr Spiel um die Wohnungsfrage herum wird uns auch in der Zukunft dazu zwingen, immer wieder von der Doppelzüngigkeit der sozialistischen Politik auch in der Wohnungsfrage zu reden.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen. (*Abg. Dr. Neugebauer: Endlich! — Bravorufe bei der SPÖ.*) Ich habe mich in meiner Rede um die Darlegung des Standpunktes der Österreichischen Volkspartei bemüht. Ich habe das sachlich und ruhig getan (*Abg. Holoubek: Nicht immer!*), weil es mir der parlamentarischen Demokratie unwürdig erscheint, diese letzte Aussprache in der Volksvertretung mit allzu krassen und

dissonanten Tönen ausklingen zu lassen. In der Demokratie ist die Anrufung des Volkes als Schiedsrichter über existenzielle, aber differente Auffassungen ihrer Regierenden ein legales Mittel. Tragen wir in der kommenden Auseinandersetzung unsere Argumente fair und sachlich vor (*Abg. Rosa Jochmann: Dashaben Sie nicht getan!*), vermeiden wir jede Gehässigkeit ... (*Abg. Holoubek: Da kann man sich nach dieser Rede ungefähr vorstellen, wie der Wahlkampf sein wird!*) Sie können mir kein Wort von Gehässigkeit nachweisen! Sorgen wir als verantwortungsvolle Politiker dafür, daß in diesem Wahlkampf nicht so viel Porzellan zerschlagen wird, daß wir dann vor einem Scherbenhaufen stehen. (*Abg. Thahammer: Das müssen Sie dort hinüber sagen!*) Denken wir daran, daß dem Ende dieser Legislaturperiode ein Anfang der nächsten folgen muß. (*Abg. Dr. Tull: Richten Sie Ihre Worte an Ihr Generalsekretariat! — Abg. Altenburger: Wenn Sie reden, bleiben nur Scherben übrig! — Gegenrufe bei der SPÖ.*) Wenn wir diese selbstverständlichen Gesetze ... (*Abg. Dr. Withalm: Die ersten Plakate über-picken Sie schon, wo doch der Wahlkampf noch gar nicht begonnen hat! — Abg. Rosa Jochmann: Wir nicht! — Abg. Dr. Withalm: Wer denn? — Abg. Dr. Gorbach: Das macht der Olah wahrscheinlich! — Abg. Rosa Jochmann: Wissen Sie, wer sie überpickt?*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Der Wahlkampf hat noch nicht begonnen! (*Abg. Dr. Tull: Doch, am Semmering hat er begonnen! — Abg. Rosa Jochmann: Sie wissen es auch nicht!*)

Abgeordneter **Prinke** (*fortsetzend*): Wenn wir diese Gesetze der persönlichen Anständigkeit und der politischen Fairneß zur Maxime unseres Handelns in den kommenden Wochen machen, dann werden wir vor dem Volk trotz unserer Verschiedenheiten (*Ruf bei der FPÖ: Trotz Propaganda!*) bestehen können. Dann wird aber auch die Demokratie keinen Schaden leiden, und darauf kommt es an! (*Anhaltender Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Uhlir. Ich erteile es ihm. (*Abg. Dr. Gorbach: Schweres Gepäck! — Abg. Uhlir: Jawohl, man muß sich vorbereiten, ich habe gut daran getan!*)

Abgeordneter **Uhlir** (SPÖ): Hohes Haus! Der Wahlkampf wirft seine Schatten voraus. (*Abg. Zeillinger: Wir haben schon Plakate gesehen!*) Zu dieser Feststellung muß man kommen, wenn man sich die Rede des Herrn Kollegen Prinke angehört hat. Er hat hier Naturlaute von sich gegeben (*Heiterkeit*), die wir bei ihm nicht vermutet haben. Aber

Uhlir

seine Rede — und das sage ich mit allem Nachdruck — war gespickt mit bewußten Unwahrheiten! (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenruf bei der ÖVP.*) Es tut mir leid, diese Feststellung machen zu müssen. (*Abg. Dr. van Tongel: Koalition! — Abg. Altenburger: Jetzt kommt das Wahrheitsserum!*) Wir haben dabei einen Vorgeschmack davon bekommen, wie es in diesem Wahlkampf zugehen wird. (*Abg. Doktor Withalm: Das lesen wir seit Wochen in der „Arbeiter-Zeitung“! — Abg. Mayr: Ihr habt mit der Lügenpropaganda schon begonnen!*) Ist die Wahrheit so hart, daß man sie nicht hören kann? Bei Ihnen ist es offenbar so. (*Abg. Dr. Withalm: Das hat für Sie gegolten!*) Es fällt einem schwer, zu einer solchen Rede sachliche Argumente zu finden. (*Abg. Altenburger: Das war euch immer schwer!*) Es fällt einem wirklich schwer. Sie sind darauf eingestellt, die heutige Budgetdebatte zu einem Theater zu machen, anders kann ich mir das nicht vorstellen. Es ist eine sehr unernste Form der Zwischenrufe. (*Abg. Doktor Kummer: Das ist unerhört!*) Ich möchte mich sehr ausführlich und sehr nachdrücklich mit den Problemen des Budgets, der Finanz- und der Wirtschaftspolitik beschäftigen, und wenn ich gleich am Anfang in solche Zwischenrufe hineingeworfen werde, müssen Sie damit rechnen, daß ich Ihnen die entsprechenden Antworten gebe! (*Abg. Dr. Withalm: Die Zwischenrufe haben Sie, Herr Kollege, durch Ihre Ausführungen provoziert!*) Das mußte festgestellt werden, Herr Kollege Withalm (*Abg. Dr. Withalm: Hätten Sie mit Ihren sachlichen Ausführungen gleich begonnen!*), um hier den entsprechenden Trennungsstrich zwischen einem ehrlichen politischen Kampf um das Vertrauen der Wähler und dem zu ziehen, was wir heute vom Kollegen Prinke gehört haben! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Dann sagen Sie ruhig die Wahrheit in Ihren Ausführungen!*) Das ist kein ehrlicher Kampf mehr um das Vertrauen der Wähler. Um das Vertrauen der Wähler wollen wir ehrlich und offen kämpfen und ringen (*Abg. Dr. Withalm: Das werden wir machen!*), das wollen wir tun, und ich glaube auch, daß die draußen unsere Worte und unsere Art, zu sprechen, besser verstehen werden als Ihre Worte! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Nun zur Sache. (*Abg. Doktor Hurdus: Richtig!*) Als die sozialistischen Abgeordneten am Freitag vergangener Woche dem Präsidenten dieses Hauses den Antrag übermittelten, den Nationalrat am Mittwoch dieser Woche zu einer Sitzung einzuberufen, da war dieses Verlangen der Sozialisten getragen von der großen Sorge: Was wird sein, wenn kein Budgetprovisorium ins Haus kommt, wenn das Parlament darüber nicht beschließen kann,

wie wird sich die Verwaltungstätigkeit ab 1. Jänner kommenden Jahres abwickeln? (*Abg. Mitterer: Nachtigall, ich hör dir trampen! — Heiterkeit.*) Es war die Sorge, es könnte ein Verwaltungsnotstand entstehen, der unabsehbare innenpolitische Folgen gehabt hätte. Uns andere Gedanken zu unter-schieben, wie es in Äußerungen namhafter Regierungsmitglieder geschehen ist, ist unrichtig. (*Abg. Dr. Withalm: Da müssen Sie fürchterlich gelitten haben!*) Wir hatten die Sorge: Was kann in diesem Staate geschehen, damit eine vernünftige Verwaltungstätigkeit ab 1. Jänner des kommenden Jahres geführt werden kann? (*Abg. Zeillinger: Nichts wird geschehen, solange die Regierung bleibt! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Am selben Tage, an dem wir diesen Antrag gestellt haben, hat der Finanzminister den Regierungsmitgliedern den Entwurf eines Gesetzes über die Führung des Bundeshaushaltes in der Zeit vom 1. Jänner bis zum 30. Juni 1966 übergeben. Dieser Entwurf ist den Abgeordneten am Mittwoch vor der Sitzung ausgefolgt worden. Es hat also zweieinhalb Wochen von dem Tage an, an dem man sich über das Budget nicht einigen konnte, gedauert, bis endlich das getan wurde, was die unmittelbare Aufgabe der mit der Fortführung der Geschäfte betrauten Regierung gewesen wäre: uns sofort zu sagen, was ab 1. Jänner geschehen soll. Wir haben den Antrag auf Einberufung einer solchen Sitzung gestellt, um Klarheit über die wirtschaftliche Zukunft Österreichs zu erhalten.

Ich möchte die Geschichte, wie sich das abgespielt hat, nicht wiederholen, wie es zu dieser Uneinigkeit, zu diesem Nichteinvernehmen über das Budget 1966 gekommen ist. Ich werde hier noch einiges vorlesen, bei dem mir der Herr Kollege Prinke zugeben wird, daß einiges, was er gesagt hat, den Tatsachen nicht entspricht.

Die Bundesregierung konnte sich über den Bundesvoranschlag 1966 nicht rechtzeitig einigen. Die in unserer Bundesverfassung hierfür vorgesehene Frist war abgelaufen, der Herr Bundeskanzler hat dem Herrn Bundespräsidenten die Demission der Bundesregierung unterbreitet. Die Demission wurde angenommen, die Minister wurden vom Herrn Bundespräsidenten mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte betraut. Ich sage nochmals: Die erste Aufgabe wäre wohl gewesen, sofort ein Budgetprovisorium auszuarbeiten und dem Haus vorzulegen. Es wäre aber auch die Aufgabe der Bundesregierung gewesen, denn schließlich und endlich ist sie dem Parlament verantwortlich, in diesem Hause einen ordnungsgemäßen Bericht über die Er-

Uhlir

eignisse der Budgetnacht zu erstatten, die Meinung der Abgeordneten dazu zu hören, und man hätte diesem Forum, dem man verantwortlich ist, Rechenschaft über diese Zeit ablegen müssen. Daß man es nicht für notwendig gefunden hat, dem Parlament zu berichten, ist eine ganz eigentümliche Situation, die wir jetzt schon einige Male mitgemacht haben.

Die Bundesregierung kann sich also über ein Budget nicht einigen. Das Budget wird vom Finanzminister ausgearbeitet und der Bundesregierung vorgelegt. Was wäre das Logische? Daß man dem Finanzminister sagt: Du bist mit deinem Budget nicht durchgekommen!, und eine andere Persönlichkeit mit der Ausarbeitung eines Budgets betraut. Aber was macht man hier in Österreich? Man sagt: Na ja, man ist nicht durchgekommen! — und löst den Nationalrat auf. (*Abg. Dr. Kos: Da wirken Sie mit!*) Hören Sie mir zu! Man löst den Nationalrat auf und schickt die Abgeordneten, wie wir sagen, in die Wüste. Ein solcher Vorgang ist einer parlamentarischen Demokratie unwürdig. Eine solche Vorgangsweise finden wir in keinem anderen demokratischen Staat, in dem das Parlament noch als das höchste Forum des Staates bezeichnet wird. (*Abg. Mitterer: Dort gibt es auch keine solche Koalitionsvereinbarung!*) Man kann trotz Koalitionsvereinbarung dem Parlament berichten! Man kann uns aber nicht bei einem Anlaß so nebenbei sagen, daß die Regierung demissioniert hat, bei einem Anlaß, der absolut nicht geeignet war zu einer solchen Erklärung. Eine Debatte darüber bei der Beratung des Gesetzes über den Staatsfeiertag abzuführen, war absolut nicht am Platze. Ich sage dies mit allem Nachdruck, weil ich der Meinung bin, daß man in das Parlament gehen und hier diskutieren hätte sollen. Wir haben in diesem Parlament vor allem auch in diesem Jahr schon sehr ernste Probleme gelöst und haben uns trotz sehr gegensätzlicher Auffassungen über manche Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, immer wieder zu sehr positiven Entscheidungen gefunden. Ich bin daher der Auffassung, daß man diesen Weg hätte beschreiten müssen. Aber daß der Abgeordnete erst aus den Zeitungen erfährt, was in der Bundesregierung vor 12 Uhr Mitternacht geschehen ist, daß ihm erst die Zeitungen mitteilen, daß die Regierung demissioniert hat, ist doch ein bißchen zu hart für ihn. Das entspricht nicht unserer Auffassung. (*Abg. Dr. Withalm: Herr Kollege! Gehören Sie zur Oppositionspartei oder zur Regierungspartei? Sie reden hier, als ob Sie der Führer der Opposition in diesem Hause wären! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Nein, ich bin nur ein

ganz einfacher Abgeordneter, der seine Meinung über die parlamentarische Demokratie ausdrückt! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Aber Sie tragen genau die gleiche Verantwortung wie wir! Genau die gleiche!*) Ja, die trage ich, das sage ich ganz offen und ehrlich. Sie stehen zu Ihren Ministern, und wir stehen zu unseren Ministern. Auch wir selbst tragen natürlich die Verantwortung. (*Abg. Dr. Kos: Das ist doch Demagogie! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Aber trotz alledem wäre der Weg meines Erachtens doch ein anderer gewesen. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Wir waren in den ersten Wochen des Herbstes durchaus der Meinung, das Parlament könnte noch bis Ende der Legislaturperiode arbeiten. Eine Fülle von Gesetzen liegt in den Ausschüssen, man hätte also wahrlich die Möglichkeit gehabt, einiges zu beraten, wenn der gute Wille dafür vorhanden gewesen wäre. (*Abg. Horr: Warum habt ihr so geschrien? — Abg. Dr. Kos: Weil ihr alle schlaft! — Heiterkeit.*) Es hat anders kommen wollen. Ich sage diese Kritik nicht wegen einer Vorgangsweise, die einer Ausschaltung des Parlaments gleichkommt, sondern ich sage dies mit ernster Sorge um die weitere Entwicklung der parlamentarischen Demokratie. (*Abg. Dr. Withalm: Die haben wir auch, Herr Kollege, überhaupt dann, wenn ich Sie höre!*)

Wir müssen bei unvermeidbaren Budgetkrisen in Hinkunft einen Weg einschlagen, bei dem die Demokratie nicht ernstlichen Schaden erleidet. Wir haben schon in den vergangenen Jahren wiederholt festgestellt, daß unsere Verfassung — der Herr Finanzminister hat es auch in seiner das Budgetprovisorium einbegleitenden Rede gesagt — hinsichtlich der Lösung solcher Budgetkrisen lückenhaft ist. Die Verfassung sieht wohl vor, daß dann, wenn das Parlament nicht wirksam wird, wenn also das Parlament das Budget nicht zeitgerecht verabschiedet, automatisch ein Budgetprovisorium in Kraft tritt, das sich auf die ersten zwei Monate des kommenden Jahres erstreckt und das auf dem dem Parlament vorgelegten Budget des laufenden Jahres aufgebaut ist. Nichts vorgesehen ist jedoch für den Fall, daß die Regierung kein Budget ins Parlament einbringt, daß also das Parlament über ein Budget nicht verhandeln kann. Der Herr Finanzminister hat auch darauf hingewiesen, daß uns diese Lücke völlig bekannt ist. In den Verhandlungen über das Haushaltsrecht ist diese Lücke im völligen Einvernehmen geschlossen worden. Ich nehme auch an, daß es doch möglich sein wird, dieses Haushaltsrecht in der nächsten Legislaturperiode zu verabschieden, sodaß eindeutige verfassungsrecht-

Uhlir

liche Grundlagen auch für den Fall bestehen, daß das Budget dem Parlament nicht vorgelegt werden kann.

Zum vorliegenden Gesetzentwurf des Budgetprovisoriums möchte ich einige Feststellungen treffen. Dieses Budgetprovisorium gilt sechs Monate. Nach unserem Gefühl ist dies eine lange Zeit, denn wir haben uns bei der Beratung des Haushaltsrechtes auf eine maximale Zeitdauer des Budgetprovisoriums von vier Monaten geeinigt. Der Herr Finanzminister hat bei der Besprechung dieses Gesetzentwurfes darauf hingewiesen, daß ein solches Budgetprovisorium der Investitionstätigkeit Schwierigkeiten machen würde. Ich glaube aber, es wäre richtiger gewesen, wenn er den Zeitraum so eng wie nur möglich festgesetzt hätte. (*Abg. Dr. Withalm: Sie wollten dieses Provisorium ja auf zwölf Monate machen!*) Nein, wir wollten ein ordentliches Budget für zwölf Monate haben. Das wollten wir haben ... (*Abg. Dr. Withalm: Siehe „Arbeiter-Zeitung“ von vorgestern! Sie schreibt das, was Sie gewollt haben!*) Nein, ein Budget, das ordnungsgemäß in diesem Haus beraten wird und das auch von diesem Parlament beschlossen werden soll. Aber ein Budgetprovisorium auf sechs Monate — das ist eine sehr lange Zeit! (*Abg. Dr. Withalm: Sie haben genau das bekommen, was Sie wollten!*)

Wenn man die Auswirkungen finanzpolitischer Maßnahmen auf die Wirtschaft in Betracht zieht, dann kann man sich auch hier einer gewissen Sorge nicht verschließen. Ich hoffe nur — und das sage ich ganz offen —, daß wir uns, wenn die Wahlen am 6. März vorüber sind und die Regierungsverhandlungen über die Regierungsbildung möglichst rasch abgeschlossen sein werden ... (*Der Redner bemerkt, daß der Finanzminister nicht auf seinem Platz sitzt.*) Ich rede nicht zum Sessel des Herrn Finanzministers. Eine Budgetdebatte macht man, wenn der Finanzminister da ist, aber ohne Finanzminister nicht! (*Abg. Dr. Withalm: Es sitzt ja der Bundeskanzler oben, Herr Kollege! — Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Eine feine Art ist das; das ist eine feine Art, sich über das Parlament hinwegzusetzen. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist Demagogie! — Ruf bei der SPÖ: Der Finanzminister geht nach Hause! — Gegenrufe bei der ÖVP.*) Nein, nein, das ist keine Demagogie. Das Parlament hat ein Recht darauf, daß der Finanzminister herinnen ist, wenn man dazu etwas sagt. Wir haben keine Lust, zu seinem Sessel zu sprechen (*Abg. Prinke: Der Finanzminister kommt schon wieder! — Bundesminister Dr. Schmitz, der eine Geschäftsordnung in der Hand hält: Geschäftsordnung! — Abg. Dr. Withalm: Der Finanzminister be-*

ruhigt Sie, Herr Kollege!), sondern zu ihm, wenn man über das Budgetprovisorium redet. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident **Wallner**: Ich bitte, den Redner sprechen zu lassen.

Abgeordneter **Uhlir** (*fortsetzend*): Die über den Bundesvoranschlag hinausgehenden gesetzlichen Verpflichtungen haben in diesem Budgetprovisorium ihre Deckung gefunden. Für kurzfristige Kreditoperationen ist durch Ermächtigungen vorgesorgt, sodaß, wie ich hoffe, saisonale Schwankungen bei den Einnahmen aufgefangen werden können. Die Ermächtigung für Militärkredite ist — allerdings auf Geräteauslieferungen aus amerikanischen Krediten beschränkt — entsprechend der Dauer des Budgetprovisoriums auf die Hälfte reduziert. Für die Erfüllung von Vertragsverpflichtungen, die bis 31. Oktober dieses Jahres eingegangen wurden, ist ebenfalls vorgesorgt. Es ist auch vorgesorgt worden, daß für den Milchpreisausgleich entsprechende Überschreitungsmöglichkeiten bis 30. Juni 1966 gegeben sind, und zwar im Höchstbetrag von 75 Millionen Schilling.

Der Herr Finanzminister hat auf die Budgetbindungen verzichtet; er braucht sie auch nicht, denn mitten im Jahr macht man keinen Ausgleich im Budget. Der Herr Finanzminister hat allerdings den Kreditrahmen auf 1,2 Milliarden reduziert. Ich glaube, hier ist er zu optimistisch. Ich muß das sagen, damit man uns nicht wegen dieser Frage einmal den Vorwurf macht: Die Abgeordneten haben wieder etwas beschlossen, was dann zum Schluß nicht gehalten wird. Ich bitte Sie, Herr Finanzminister, sich diese Ziffern zu überlegen.

Wir haben beim Bundesvoranschlag für das Jahr 1965 Gesamtausgaben im Betrag von 66,8 Milliarden Schilling, die Hälfte davon sind 33,4 Milliarden. Dazu kommen noch die gesetzlichen Verpflichtungen im Ausmaß von etwa 2,5 Milliarden Schilling, die Hälfte davon sind rund 1,3 Milliarden Schilling. Das heißt also: Es sind Gesamtausgaben in der Höhe von 34.692.000.000 S vorhanden, ohne die vertraglichen Verpflichtungen und ohne die Milchpreiserhöhung, weil man annimmt, daß diese durch gewisse andere Einnahmen gedeckt werden.

Der Herr Finanzminister hat in seinem Budgetentwurf angenommen, daß im Jahre 1966 rund 67 Milliarden, genau 66.932.000.000 S, an Einnahmen eingehen werden. Die Hälfte davon sind also 33.466.000.000 S.

Nun ergibt sich, wenn man die Einnahmen eines halben Jahres zusammenrechnet, immer wieder die Situation, daß im ersten Halb-

Uhlir

jahr die sechs Zwölftel nicht in vollem Ausmaß eingehen, sondern erst im zweiten Halbjahr die entsprechende Ergänzung erfolgt. Wenn wir diese Entwicklung in den letzten Jahren verfolgen, können wir feststellen, daß im ersten Halbjahr des Jahres 1963 43,9 Prozent eingegangen sind, im Jahre 1964 sind es 46,9 Prozent gewesen, und für das Jahr 1965 schätzt man diese Einnahmen auf 46 Prozent.

Wenn ich das von der Hälfte der ziffernmäßig fixierten Einnahmen abrechne, dann bleibt mir ein Abgang von 4238 Millionen Schilling. Dem Herrn Finanzminister stehen nach seinem Budgetprovisorium 1,5 Milliarden Schilling für kurzfristige Kreditoperationen zur Verfügung. Er hat die Deckung der Kreditmaßnahmen auf 1,2 Milliarden reduziert, er hat also zur Deckung von den 4,2 Milliarden 2,7 Milliarden verfügbar. Es bleibt also noch immer ein Abgang von 1,5 Milliarden Schilling bestehen.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihr Budget in dieser Hinsicht nicht ganz stimmt. Ich möchte nicht haben, daß man dem Parlament sagt: Ihr habt wieder etwas ungesehen und ohne es nachzurechnen beschlossen. Ich mache darauf aufmerksam, daß ein solcher Abgang in der Mitte des Jahres vorhanden sein wird, und man wird sich zeitgerecht mit der Bedeckung eines solchen Abganges beschäftigen müssen. *(Abg. Wührer: Nur dem Finanzminister machen Sie Vorwürfe!)* Aber ich mache ihm keine Vorwürfe, ich rechne es ihm vor, er braucht es ja nur nachzurechnen, dann wird er zu denselben Schlußfolgerungen kommen.

Der Herr Finanzminister hat in seinem Budgetentwurf für das Jahr 1966 finanzpolitische Maßnahmen vorgesehen, denen wir nicht zustimmen konnten. Die Tatsache ist ja unwiderrspochen, daß wir in diesem Jahr den größten Kaufkraftschwund des Schillings haben. Die Preissteigerungen haben in diesem Jahr eine Höhe erreicht, die wir in den vergangenen Jahren niemals zu verzeichnen gehabt haben. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten macht rund 5 Prozent aus. Weitere Preiserhöhungen wären unerträglich gewesen. Von diesem Budget 1966 dürfen keine Preisauftriebstendenzen ausgehen, und wir haben daher all das abgelehnt, was zu einer solchen Entwicklung hätte führen können. Hier sagte Herr Kollege Prinke nicht all das, was wirklich richtig ist.

Ich möchte vor allem darauf verweisen, daß in den Budgetentwürfen, die zur Verhandlung gestanden sind, echte Erhöhungen enthalten waren. *(Abg. Dr. Withalm: Das ist uninteressant, Herr Kollege! Interessant ist, was am Schluß drinnengestanden ist! Das*

wissen Sie ganz genau!) Nein, nein, denn sonst wäre auch das uninteressant gewesen, was Kollege Prinke gesagt hat. *(Abg. Dr. Withalm: Interessant ist ausschließlich das, was am Schluß drinnengestanden ist!)* Hören Sie sich auch einmal das Gegenteil an! Warum sind Sie denn so nervös, Herr Generalsekretär? Haben Sie eine so große Angst vor dem 6. März? *(Weitere Zwischenrufe.)* Ich stelle nur fest: Das ist drinnen gewesen. Und es ist notwendig, das festzustellen, damit man die Entwicklung, die sich um 9 Uhr im Bundeskanzleramt abgespielt hat, richtig einschätzen und richtig würdigen kann. *(Abg. Dr. Withalm: Aber dann schildern Sie die Entwicklung wahrheitsgetreu!)*

Es ist eine entsprechende Erhöhung der Tarife der Post, es ist auch eine Erhöhung der Mineralölsteuer vorgesehen gewesen. *(Abg. Prinke: Im Budget?)* Im Budgetvoranschlag des Herrn Finanzministers! *(Abg. Prinke: Nein, das ist unwahr!)* Momenterl, wenn Sie sagen, das sei unwahr, dann muß ich Ihnen gleich etwas vorlesen *(Abg. Prinke: Das war in einem separaten Papier, aber nicht im Budget!)*: Vortrag an den Ministerrat, am 11. Oktober 1965. *(Abg. Kulhanek: Da liegt der Unterschied! Das ist der Vortrag an den Ministerrat! — Abg. Prinke: Das ist ein eigenes Papier gewesen, nur zur Diskussion!)* Im Budget des Herrn Finanzministers ist das als Einnahme berücksichtigt gewesen. Wenn Sie etwas anderes sagen, dann sagen Sie die Unwahrheit! *(Abg. Altenburger: Wo ist das Budget? Nicht das Papierl, das Budget zeigen Sie uns! Wo ist das?)* Ich komme schon dazu! Hören Sie zu, Kollege Altenburger! *(Abg. Altenburger: Nicht einen privaten Ministervorschlag, der interessiert uns nicht! Wo ist das Budget? Zeigen Sie es uns!)* Ich werde Ihnen etwas anderes sagen, damit Sie sich das merken, Kollege Altenburger! Wissen Sie, daß ein subaltern Beamter in einem Vortrag des Finanzministeriums am 5. Oktober die gesamten Ziffern des Budgets bekanntgegeben hat? Wenn Sie das nicht wissen, sage ich es Ihnen! *(Abg. Altenburger: Sie haben sich auf das zu berufen, was im Budget steht, nicht, was der subalterne Beamte macht!)* Wissen Sie, daß die „Finanznachrichten“ diese Ziffern gebracht haben? Nehmen Sie das endlich einmal zur Kenntnis! *(Abg. Altenburger: Wo ist das Budget, von dem Sie sprechen, nicht Ihr Papierl da? — Abg. Czettel: „Papierl“ nennen Sie das, was im Ministerrat vorgebracht wurde?)* Das ist ein Antrag, der dem Ministerrat vorgelegt wurde. Wenn es für Sie ein „Papierl“ ist... *(Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident Wallner: Ich bitte um Ruhe.

Uhlir

Abgeordneter **Uhlir** (fortsetzend): Sehen Sie, gegen diese Aufnahme in das Budget des ... (Abg. Czettel zum Abg. Altenburger: Sie formalisteln jetzt! — Abg. Altenburger: Herr Innenminister! Wie viele Vorträge haben denn Sie schon gemacht, die nicht bekannt sind? — Abg. Czettel: Der Vortrag mit dem Antrag! Das war ein Antrag, ein Regierungsantrag! — Abg. Altenburger: Das war kein Antrag!) Ich hab' Zeit, Sie werden meine Rede zu Ende hören, da kann ich Ihnen nicht helfen. Ich hoffe, es trifft dich, Altenburger, dabei nicht der Schlag! (Abg. Altenburger: Das war kein Antrag! — Abg. Czettel: Das war ein Antrag, ein Regierungsantrag! — Weitere Zwischenrufe.) Noch etwas dazu! (Abg. Czettel: Ein Ministerratsantrag! — Abg. Altenburger: Das ist ein vertraulicher Bericht, einer, der gar nicht in seine Hände gehört! Sie müßten als Minister besser informiert sein, auch als junger Minister!) Ist das, was da drinnensteht, wahr oder nicht, Altenburger? Warum regst du dich so auf?

Präsident **Wallner** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter **Uhlir** (fortsetzend): Reg dich wieder ab, und hör mir freundlich zu; das wird gut sein. Ja, um das sofort zu widerlegen, was du gesagt hast, deshalb habe ich es gesagt. Ja, die Wahrheit hört man oft nicht gerne. (Abg. Altenburger: Aber die richtige!) Ja, ja.

Wie sich das um 9 Uhr abend abgespielt hat, da hat Kollege Prinke ... (Abg. Altenburger: Sie sagen die rote Wahrheit, ich möchte die schwarze haben! — Heiterkeit. — Ruf bei der SPÖ: Die schwarze Wahrheit kennen wir! — Abg. Moser: Wir haben die Wahrheit sogar schwarz auf weiß!)

Meine Damen und Herren! Auch zu der Art der Verhandlungen muß ich ein Wort sagen. In den vergangenen 20 Jahren hat sich so etwas niemals in dieser Form bei den Beratungen des Budgets in der Bundesregierung abgespielt. Die vorhergehenden Finanzminister sind mit einem konstruktiven Budget gekommen und haben um dieses Budget gerungen. Dieses Budget wurde aber im Laufe der Verhandlungen und an diesem Tag ununterbrochen verändert. Um 9 Uhr wurde überhaupt nur mehr mit Globalziffern argumentiert. Und aus diesen Globalziffern war überhaupt nichts mehr zu erkennen und nichts zu erkennen. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Ja, Herr Finanzminister, nicht einmal Ihre Beamten haben sich zum Schluß mehr ausgekannt bei diesen Ziffern, die vorgelegt wurden. (Abg. Dr. Withalm: So einfältig sind die Minister der SPÖ nicht, daß sie nicht gewußt hätten, worum es geht! Der Herr Vize-

kanzler bestimmt nicht! Sie waren sehr gut im Bilde!) Ich werde Ihnen noch vorlesen, was unsere Minister dazu gesagt haben, das werden Sie auch zur Kenntnis nehmen müssen. (Abg. Dr. Withalm: Sie waren sehr gut im Bilde!) Das weiß ich nicht. Aber ich möchte noch etwas dazusagen. Nicht einmal mehr die Beamten haben sich in all dem Ziffernwirrwarr ausgekannt.

Aber als das dem Verhandlungskomitee vorgelegt wurde, da wurde vom Herrn Bundeskanzler die Frist bis 22 Uhr gestellt, aber mit einer Bemerkung, und das muß ich zur Steuer der Wahrheit ebenfalls sagen, denn auch Kollege Prinke hat nicht das gesagt, was richtig ist. Der Herr Bundeskanzler hat zu unseren Unterhändlern gesagt: Meine Herren, ich hab' keine Lust, bis Mitternacht zu warten! Ich erwarte von Ihnen eine Antwort bis 10 Uhr! (Abg. Wührer: Da hat er vollkommen recht gehabt!) Und das soll kein Ultimatum sein? (Widerspruch bei der ÖVP.) Eine solche Art der Verhandlung hat es bisher in einer Regierung beim Budget noch niemals gegeben. (Weitere Zwischenrufe.) Ich weiß, es ist Ihnen unangenehm, wenn man Ihnen das sagt. (Abg. Prinke: Hat das Telefongespräch zwischen Kanzler und Vizekanzler stattgefunden?)

Präsident **Wallner**: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen, sonst bin ich genötigt, die Verhandlung zu unterbrechen. (Abg. Horr: Das geht aber schnell! Wo gibt es denn so etwas? — Zwischenrufe der Abg. Flöttl und Czettel.)

Abgeordneter **Uhlir** (fortsetzend): Das ist Tatsache. Das ist eine Art und Weise, die nicht haltbar ist.

Ich möchte Ihnen jetzt vorlesen, was unsere Minister damals um 10 Uhr schriftlich den Verhandlungspartnern übergeben haben. Das ist am Freitag, den 22. Oktober um 22 Uhr übergeben worden. Der Herr Bundeskanzler muß es ja bei seinen Akten haben.

„Die SPÖ-Fraktion der Bundesregierung erklärt, keinerlei Ausgabenerhöhungen gegenüber dem Budget 1965 zu verlangen. Ein im ordentlichen Haushalt ausgeglichenes Budget für 1965 kann auf dieser Basis jederzeit erstellt werden. Sofern durch gesetzliche Verpflichtungen, die im Jahre 1965 vom Nationalrat beschlossen wurden, wie die Pensionsdynamik, die Bauernkrankenversicherung oder die Bezugserhöhung für die öffentlichen Bediensteten, Mehrausgaben erwachsen, die keine Bedeckung in dem vom Finanzminister angenommenen natürlichen Einnahmenezuwachs finden, ist der Haushaltsausgleich durch Kürzung der Ausgaben zu sichern, die auf alle Ressorts im gleichen Prozentsatz aufzuteilen ist. Einer Erhöhung des Milchpreises, der Eisenbahn-

Uhler

und Autobustarife sowie des Benzinpreises stimmt die SPÖ nicht zu.“ (*Beifall bei der SPÖ.*) „Ein Sparbudget auf dieser Grundlage sichert den Schilling.“ (*Abg. Dr. Withalm: Da haben Sie offene Türen eingerannt, Herr Kollege!*)

Das ist die Erklärung, die unsere Unterhändler um 22 Uhr dem Herrn Bundeskanzler als dem Führer der Verhandlung übergeben haben. (*Abg. Wührer: Da hätten Sie ein Budget beschließen müssen! — Weitere Zwischenrufe.*) Das ist die Wahrheit, und das ist richtig. (*Abg. Dr. Withalm: Das war ja schon für die „Arbeiter-Zeitung“ berechnet, Herr Kollege!*) Nein, nein. Das war die Meinung, die hier festgelegt wird. (*Abg. Doktor Withalm: Die „Arbeiter-Zeitung“ hat das gebracht! Wenn Sie es um 10 Uhr hingeben — wir wissen ja, wie das ist — wird es gebracht, wenn Sie es bis um 12 Uhr hinbringen, wird es nicht mehr gebracht! — Abg. Czettel: Dr. Withalm, das ist unangenehm, was wir bringen! — Abg. Dr. Withalm: Das ist gar nicht unangenehm!*)

Zu dem, was Kollege Prinke noch über Preiserhöhung und Preisgestaltungen gesagt hat, werden noch andere Kollegen von mir Stellung nehmen. Auch zu dem, was du über Wohnbaufragen gesagt hast, wird noch jemand Stellung nehmen. (*Abg. Prinke: Sehr gut!*) Zu dem, was über die Bundesbahnen gesagt wurde, wird ein Bundesbahner Stellung nehmen. Wir werden also zu all diesen Dingen eine klare und eindeutige Antwort geben. Erlauben Sie nur, daß ich mich mit den Budgetfragen im besonderen beschäftige. (*Abg. Doktor Withalm: Wer spricht denn dann zur Kultur, Herr Kollege?*) Das werden Sie von mir hören. Ich maße mir an, auch über Kultur zu reden, Herr Kollege. (*Abg. Dr. Withalm: Da bin ich sehr neugierig, was die Forschungsförderung anlangt!*) Warum so neugierig sein? Sie werden zur Kenntnis nehmen müssen, was wir dazu zu sagen haben. (*Abg. Dr. Withalm: Der Vorrang für den Unterrichtsminister, für die Forschung und Forschungsförderung, für die Bildung!*)

Meine Damen und Herren! Zum Budget selbst. Wir haben im abgelaufenen Jahr schon sehr harte Diskussionen über die Einhaltung und die Durchführung des Budgets 1965 gehabt. Der Herr Finanzminister hat im Juli, nachdem 14 Budgetüberschreitungsgesetze ins Parlament zur Beschlußfassung gekommen sind, Kürzungen der Ansätze der Ermessenskredite angeordnet. Ich habe damals erwidert, daß eine solche Maßnahme übereilt ist, denn Mindereingänge, die sich bis zum Juli ergeben, können verschiedene Ursachen haben. Die Ursache kann darin liegen — wie ich ja schon sagte —, daß im ersten Vierteljahr überhaupt immer wieder geringere Einnahmen eingehen.

Sie kann auch darin liegen — die Katastrophen, die wir erlebt haben, waren sicherlich Anlaß dafür —, daß manche Voraussetzungen und manche Annahmen, die wir für das Budget 1965 gehabt haben, nicht mehr zutreffen.

Was wäre die logische und richtige Folge gewesen? Diese Entwicklung zu untersuchen, festzustellen: Woher kommen und wo liegen die Ursachen einer solchen Mindereinnahme?, und daraus die entsprechenden budgetären Konsequenzen zu ziehen, das heißt — was wir immer seit Jahr und Tag verlangen —, dann mit einem Nachtragsbudget ins Parlament zu gehen und die entsprechende Zustimmung des Parlaments zu verlangen.

Das ist nicht geschehen. Die Zahlen, die wir damals in der Öffentlichkeit angeführt haben, waren doch für uns sehr maßgebend. Wir haben festgestellt — ich wiederhole es eben deshalb, weil damals die Bundeswirtschaftskammer sofort ein Dementi herausgegeben hat —, daß die Steuereinnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer weit hinter den Ansätzen zurückgeblieben sind. Wir haben festgestellt, daß die Steuereinnahmen auf Grund der Lohnabzugssteuer über die Ansätze hinausgegangen sind, und wir haben daraus Schlußfolgerungen gezogen (*Abg. Mitterer: Aber falsche!*), daß man hier offenbar mit der Einhebung — ich werde Ihnen noch etwas sagen — dieser Steuern bei jenen, die die Steuern selbst veranlagen müssen, ein bißchen saumselig gewesen ist und daß die Steuerrückstände ein sehr großes Ausmaß annehmen. (*Abg. Mitterer: Da werde ich Ihnen dann etwas erzählen über die Steuer!*) Steuerrückstände bei den Arbeitern und Angestellten gibt es nicht! Ihre Steuern werden ihnen vom Lohn oder Gehalt abgezogen, sie werden sofort abgeführt. Da gibt es also keine Diskussion.

Aber wir haben noch etwas anderes festgestellt. Der Herr Finanzminister hätte in sein Budget 1966 bald falsche Ziffern genommen. Wir haben festgestellt, daß bei den Steuereinnahmen eine völlig andersgeartete Entwicklung entstanden ist, daß die veranlagte Einkommensteuer von Jahr zu Jahr rückläufig ist und daß die Lohnabzugssteuer von Jahr zu Jahr steigt. (*Abg. Kulhanek: Das sind Löhne und Preise!*) Wir haben erlebt und seinerzeit festgestellt, daß die veranlagte Einkommensteuer unter dem Ausmaß der Lohnabzugssteuer liegt. Das Jahr 1965 bringt die Tatsache, daß nunmehr die Lohnabzugssteuer höher ist, mehr einbringt als die veranlagte Einkommensteuer. (*Abg. Mitterer: Was ist die „Lohnabzugssteuer“? — Abg. Holoubek: Die Lohnsteuer!*)

Was hat der Herr Finanzminister in seinen Budgetentwurf 1966 aus rein optischen Grün-

Uhlir

den hineingenommen? Er hat beide Steuern mit 5,8 Milliarden Schilling in gleicher Höhe eingesetzt, obwohl ihm auf Grund seiner eigenen Berechnungen bewußt ist, daß die veranlagte Einkommensteuer in diesem Ausmaße niemals eingehen wird. Das festzustellen ist, glaube ich, notwendig, und damit ist das Dementi, das die Handelskammer damals auf meine Äußerungen in die Öffentlichkeit hinausgegeben hat, glaube ich, echt widerlegt. (*Abg. Mitterer: Nein! Nein!*) Es ist Tatsache, daß die Lohnabzugssteuer mehr eingebracht hat und die veranlagte Einkommensteuer weniger. (*Abg. Mitterer: Erstens gibt es keine „Lohnabzugssteuer“! Die gibt es gar nicht! — Abg. Holoubek: Haben Sie sich noch nicht versprochen? Lassen Sie ihn reden! Sie wissen genau, daß er „Lohnsteuer“ meint! Das ist kleinlich!*)

Es gibt aber noch etwas dazu zu sagen, warum geringere Eingänge waren. (*Zwischenruf des Abg. Mitterer.*) Kollege Mitterer! Sie haben sich ohnehin zum Wort gemeldet, dann können Sie ja alles sagen.

Aber wir müssen noch etwas feststellen: Die Ursachen zu ermitteln, warum es zu Mindereingängen kommt, wäre durchaus richtig gewesen. Der Herr Finanzminister hat — wahrscheinlich mit Recht, ich kann es nicht beurteilen — am Ende des Jahres 1964 erklärt: Ich habe mehr Steuern eingenommen, eine Anzahl von Firmen, die sonst erst im kommenden Jahr bezahlen, haben Steuern bezahlt. Ich bin also bereit, die Bindungen des Jahres 1964 in einem bestimmten Ausmaße aufzuheben.

Wenn man diese Steuereingänge des Jahres 1965 in das Jahr 1964 hinüberzieht, dann muß natürlich der Abgang im Jahre 1965 relativ größer sein, denn zweimal kriegt man es nicht, man kriegt es nur einmal oder (*Abg. Zeillinger: Manchmal gar nicht!*) in diesem Fall überhaupt nicht. Das war die zweite Ursache.

Die dritte Ursache ist, daß im Juli Steuerermäßigungen beschlossen wurden — ich habe es Ihnen in der Debatte über das Budget 1965 schon gesagt, wir haben uns schon damals über die Ziffern unterhalten (*Abg. Mitterer: Ich habe Ihnen darauf schon geantwortet!*) —, die nicht mehr im Budget ihre Verankerung gefunden haben, die also nicht drinnen waren. Ein so gestaltetes Budget muß natürlich dann zu Mitte des Jahres, besonders wenn es zu solchen Unwetterkatastrophen kommt, eine Lücke aufweisen. Hier wäre es richtiger gewesen, nicht den Weg der Bindung zu gehen, sondern mit einem Nachtragsbudget ins Haus zu kommen und dafür zu sorgen,

daß ein entsprechender Ausgleich gefunden wird.

Es ist eine große Gefahr in der Wirtschaftspolitik — die Vergangenheit und vor allem die Wirtschaftskrise in der Ersten Republik haben uns das ja klar und deutlich gelehrt —, wenn man in Zeiten rückläufiger wirtschaftlicher Entwicklung — und die haben wir zweifelsohne im ersten Halbjahr feststellen müssen — mit Restriktionen vorgeht, die diese Entwicklung noch mehr verschärfen.

Wir haben von Ihrem Vorgänger, Herr Finanzminister, von Herrn Dr. Kamitz, Jahre hindurch immer wieder schöne Reden zum Budget gehört. Er hat uns mit sehr großer Überzeugung diese antizyklische Wirtschaftspolitik dargelegt. Das, was Sie gemacht haben, war weit entfernt von einer antizyklischen Wirtschaftspolitik. Diesem Grundsatz haben Sie absolut nicht Rechnung getragen. (*Abg. Dr. Withalm: Mir scheint, jetzt ist der Kamitz schon ein guter Mann, Herr Kollege!*) Ja, wir haben auch darüber etwas zu sagen. Auch Dr. Kamitz hat wohl über antizyklische Wirtschaftspolitik gesprochen, aber sie nicht durchgeführt, das wissen wir sehr genau. (*Abg. Dr. Withalm: Bei Ihnen hätte er es machen können? — Abg. Wührer: Lügen haben kurze Beine!*) Das läßt sich ziffernmäßig ohne weiteres nachweisen. Es hat also für eine solche Bindung keine Notwendigkeit bestanden, und wir hätten uns wahrscheinlich eine völlig andere Ausgangsbasis für das Budget 1966 geschaffen, wenn man hier ein bißchen verantwortungsbewußter vorgegangen wäre.

Zur Frage der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung und zur Frage dieses Budgetprovisoriums nun auch hier ein ganz ehrliches Wort: Der Herr Finanzminister bezeichnet das Budget als „währungsneutral“. Wir haben für diese Begriffe, für diese Gestaltung des Budgets immer wieder andere Bezeichnungen gehört. Herr Dr. Kamitz hat also über die „antizyklische Budgetpolitik“ gesprochen, der Herr Dr. Klaus hat als Finanzminister von einem „währungsgerechten Budget“, von einem „konjunkturgerechten Budget“ gesprochen. Es wird hier mit Schlagworten herumgeworfen, die wirtschaftswissenschaftlich überhaupt keine Bedeutung haben. Ich sage das nicht aus eigenem Wissen und Können, ich habe mir nie angemaßt, diese Dinge aus eigenem Wissen und Können zu beurteilen, sondern ich möchte Ihnen dazu nur etwas vorlesen, was im Oktober 1964 die „Finanznachrichten“ zu dieser Frage, eine Bezeichnung für ein Budget zu finden, geschrieben haben. Es wird hier gesagt:

Uhler

„Währungsneutral ... Wie immer der Voranschlag für 1965 aussehen wird, als ‚währungsneutral‘ wird er mit Sicherheit deklariert werden. Zu Recht oder zu Unrecht? Es könnte nicht wundernehmen, wenn sich daran die Gemüter erhitzen. Wundernehmen hingegen müßte es, würde man in dieser hitzigen Diskussion wider Erwarten auf irgendeinen konkreten Vorstellungsinhalt des Modebegriffes ‚währungsneutral‘ stoßen.“

„Man erinnere sich: Noch vor zwei, drei Jahren war ein gutes Budget nicht ‚währungsneutral‘, sondern ‚konjunkturgerecht‘, und wieder ein paar Jahre früher mußte jedes honette Budget ‚ausgeglichen‘ sein (auch wenn dabei das ganze Extraordinarium ebenso wegdisputiert wurde wie der Trick, eine stattliche Reihe von Ausgaben abwechselnd ins ordentliche und ins außerordentliche Budget zu stecken).“

„Geboren“ wurde das ‚währungsneutrale‘ Budget ... in einem stillen Kämmerlein des Finanzministeriums, wo sich ein Berater des damaligen Ministers den Kopf darüber zu zerbrechen hatte, unter welcher klingvollen Marke man ein Budget ‚verkaufen‘ könne, das als ‚konjunkturgerecht‘ auch mit beträchtlichem Rabatt nicht mehr an den Mann zu bringen war. Und siehe da: ‚Währungsneutral‘, anfangs nur eine Verlegenheitslösung, erwies sich als prächtiger Slogan.

Die Frage, was ein ‚währungsneutrales‘ Budget sei, bringt den Nationalökonom etwa in dieselbe Verlegenheit wie den Physiker die Bitte um eine Erklärung des von Pril ‚entspannten‘ Wassers oder des ‚aromaerösteten‘ Bali-Kaffees. ... Aber kommt es auf eine sinnvolle Erklärung an? Solange die Hausfrau glaubt, daß Pril das Wasser ‚entspannt‘, hat der Slogan seinen Zweck erfüllt, und wenn das ‚währungsneutrale‘ Budget dem Mann auf der Straße das Gefühl gibt, daß mit dem Staatshaushalt alles in Ordnung ist, möge ein beliebiger Voranschlag als ‚währungsneutral‘ angepriesen werden ...“

Das sagen also die Fachleute auf diesem Gebiet, die Experten. Wozu füttert man uns mit Ausdrücken, mit Begriffen, die sinnlos sind und zu denen man keine einzige wissenschaftliche Erklärung abgeben kann?

Es würde mich interessieren, solch eine wissenschaftliche Erklärung darüber zu hören. Auch darüber sagt man etwas. Bei einer Staatsprüfung an der juristischen Fakultät wurde ein Kandidat gefragt, was er sich unter einem „neutralen Budget“ vorstelle. Er gab zur Antwort — vielleicht war es die vernünftigste Antwort, die er da gegeben hat —, als neutrales Budget werde ein Budget bezeichnet,

das alle an den Staat gestellten Forderungen erfülle. — Auch eine Antwort, muß ich sagen. (Abg. Dr. Withalm: Ist er durchgekommen oder durchgefallen, Herr Kollege?) Ich glaube, er ist durchgekommen — weil nämlich die Professoren auch nicht sagen können, was ein währungsneutrales Budget ist. (Abg. Holoubek: Vielleicht wird er noch Finanzminister!)

Ich sage nur, man soll aufhören, mit solchen Begriffen herumzuwerfen, die keinen Sinn haben, die also zur völligen Mißdeutung führen, denn die Währung ist in den vergangenen Jahren durch kein Budget in Gefahr gebracht worden. Die Währung war niemals gefährdet. Wenn man die Währungspolitik, die Fragen der Währungspolitik betrachtet, dann muß man sagen: Es steht dem Staate und den staatlichen Einrichtungen ein vielfältiges Instrumentarium zur Verfügung, um Eingriffe in die Währungsstabilität zu verhindern.

Ich wiederhole, was wir zum Überdruß in diesem Hause immer wieder gesagt haben: Wir verlangen von der Wirtschaftspolitik drei Zielsetzungen: die Erhaltung der Vollbeschäftigung, die Stabilität der Währung, die Sicherung der Kaufkraft des Schillings. Ich weiß schon, daß die Lösung der ersten Frage, Erhaltung der Vollbeschäftigung, und Sicherung der Kaufkraft des Schillings ungeheuer schwierig ist. Wir werden diese Frage nur dann einer zielsicheren Lösung zuführen können, wenn eine vernünftige Koordinierung der jeweils zu treffenden Maßnahmen erfolgen kann.

Man kann die Frage der Preisbildung und der Preisbewegung nicht einfach so beantworten oder versuchen, die Mittel so zu finden, daß man auf den Markt geht und sich dort einige Dinge geben läßt. Das ist eine sehr geschmacklose Publicity. Mit solchen Dingen soll man aufhören. Das hat doch mit einer ernsten Wirtschaftspolitik doch keineswegs etwas zu tun. Die Sicherung der Vollbeschäftigung und die Sicherung der Kaufkraft des Schillings ist für uns maßgebend und entscheidend, und der Lösung dieser Frage, der Erhaltung der Vollbeschäftigung und der Sicherung der Kaufkraft, haben wir in Zukunft unser großes Augenmerk zuzuwenden.

Nun zu einer anderen Frage, die gleichfalls vom Herrn Finanzminister bei der Betrachtung des Budgets dargelegt wurde. Er sagte, es seien wachstumsfördernde Maßnahmen für das Budget notwendig. Auch hierüber — ich sage das, obwohl ich auf dem Standpunkt stehe, daß eine durchschnittliche Wachstumsrate notwendigerweise anzustreben ist — sind sich die Volkswirtschaftler keinesfalls einig.

Uhlir

Ich habe hier den „Volkswirt“ vom Jänner dieses Jahres, ein Blatt, das keinesfalls unsere Meinung hinsichtlich der Wirtschafts- und Finanzpolitik vertritt. Was sagen sie hier? Sie führen hier einige maßgebliche Wirtschaftstheoretiker an, die sich gegen diese übertriebene Wachstumspolitik und das ständige Daraufhinweisen zur Wehr setzen. In diesem „Volkswirt“ wird geschrieben — Sie teilen diese Auffassung nicht, das muß ich zur Steuer der Wahrheit schon sagen —:

„Ein Streben nach größtmöglichem Wirtschaftswachstum wird heute nicht allgemein gutgeheißen. Es wird abwertend als ‚Wachstumsfanatismus‘, als ‚Wachstumshysterie‘ bezeichnet ...“

Es wird da aus Amerika zitiert. Und dann heißt es: „... selbst in den hochentwickelten Ländern des Westens gibt es Wachstumsfanatiker, die wie gebannt auf die jährliche Steigerungsrate des Sozialproduktes starren ...“

Professor Röpke sagt: „Tatsächlich beherrscht der moderne Inflationismus das Feld stärker, als wir anzunehmen gewillt sind. Wir haben es mit einer wahren Wachstumshysterie zu tun ...“

Warum soll man nun alles Heil von der rasanten Entwicklung der Wachstumsrate erwarten? Man wird die Wachstumsrate nicht in allen Zeiten in einer maximalen Höhe halten können, sondern man wird eine mittlere Wachstumsrate als das erstrebenswerte Ziel ansehen. Das wird uns auch vor weiteren Schwierigkeiten und einer hektischen Entwicklung in der Wirtschaft bewahren.

Welche reale Zuwachsrate haben wir in den vergangenen Jahren gehabt? 1958 3,6 Prozent, 1959 2,4 Prozent, 1960 9 Prozent, 1961 5,2 Prozent, 1962 1,5 Prozent, 1963 4,4 Prozent und 1964 6 Prozent.

Ich weiß schon, es hängt mit der Konjunkturentwicklung und mit dem Konjunkturzyklus zusammen, daß hier immer unterschiedliche Realergebnisse festzustellen sind. Wenn wir eine mittlere Wachstumsrate erhalten wollen, wenn das der tragende Pfeiler unserer Wirtschaftspolitik sein soll — hier könnte man sich wahrscheinlich eine Wachstumsrate von 4 bis 4,5 Prozent vorstellen —, dann muß man dazu auch etwas tun. Dann kann man nicht sagen: Wir schöpfen alles aus dem Budget heraus.

Wir haben im Jahre 1963, als das zehnjährige Investitionsprogramm abgelaufen war, in unserem Klub ein weiteres Zehnjahresprogramm ausgearbeitet. — Leider ist der Kollege Withalm wieder nicht da. — In diesem zehnjährigen Investitionsprogramm haben wir die Bauten für die Hochschulen miteingerechnet. Man wird

nur dann zu einer ernsten, vernünftigen, verantwortungsbewußten Wirtschaftspolitik kommen können, wenn man sich ein solches langfristiges Investitionsprogramm zurechtlegt.

Uns wurde damals gesagt: Zehn Jahre sind zu lang, fünf Jahre genügen. Was ist geschehen? Vom Jahre 1963 bis jetzt — nichts! Man hat gar nichts gemacht! Man glaubt, man kann aus den laufenden Einnahmen alles für eine Investitionstätigkeit herausschöpfen. Das ist unmöglich, das ist ausgeschlossen. In der Regierungserklärung und in Reden des Herrn Finanzministers wurde versichert, daß er im Jahre 1964 ernsthaft darangehen wird, ein solches Investitionsprogramm zu erstellen. Wie notwendig das ist, brauche ich Ihnen nicht ausdrücklich zu sagen. Herr Staatssekretär Kotzina hat uns vor einigen Monaten einen Plan vorgelegt, daß man die Autobahnen weiterbauen und die Straßen ausbauen müsse. Das ist durchaus richtig, damit sind wir einverstanden. Aber aus laufenden Einnahmen wird man solche Investitionen niemals schöpfen können. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Gehen Sie's z'samm einmal, das ist ja schon zu blöd! Immer diese Zwischenrufe, die tepperten! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Ich bin der Meinung, daß es richtig und notwendig ist, sich mit diesen Grundbegriffen der Wirtschaftspolitik zu beschäftigen und so rasch als möglich zu einem solchen Investitionsprogramm zu gelangen. Mit einem solchen Investitionsprogramm kann man dauernd zu einer richtigen und maximalen, der Volkswirtschaft dienenden Wachstumsrate kommen. Denn mit diesem Investitionsprogramm hat man ein Instrument, um die Investitionen richtig zu steuern und zu gestalten. Das, glaube ich, ist notwendig. Daher bedaure ich es sehr, daß man keinen Versuch unternommen hat, ein langfristiges Investitionsprogramm zu erstellen. Wir brauchen es notwendig. Es sollte eine der ersten Aufgaben sein, die eine Regierung zu erfüllen hat *(Abg. Kulhanek: Ebenso notwendig brauchen wir die Wirtschaftswachstumsgesetze!)* — auch darauf komme ich noch zu sprechen, Kollege Kulhanek —; das ist eine Notwendigkeit.

Wir müssen jetzt aber auch untersuchen, welche Möglichkeiten bestehen, außerhalb eines solchen Investitionsprogramms zu einer vernünftigen und nicht hysterischen Wachstumsentwicklung zu kommen. Schon unter Korinek und dann in den vergangenen zwei Jahren sind uns solche Gesetze vorgelegt worden. Sie wurden immer in einer anderen Verpackung präsentiert. Sie haben Kapitalmarktgesetze geheißen, dann Investitionsgesetze, jetzt heißen sie Wirtschaftswachstumsgesetze. Wenn man

Uhler

aber die Gesetze genau anschaut, kommt man drauf, daß es immer wieder die gleichen Gesetze sind. Sie werden nur anders bezeichnet. Man hat dafür einen Modeausdruck gefunden, um es der Öffentlichkeit schmackhaft zu machen. Wir sind durchaus für entsprechende Gesetze, die uns eine vertretbare Wachstumsrate garantieren.

Bei einer früheren Verlängerung der Geltungsdauer des bald wieder ablaufenden Bewertungsfreiheitsgesetzes verlangten wir — das ist auch in einem Entschließungsantrag niedergelegt worden —, man solle ein Wirtschaftsförderungsgesetz ausarbeiten, in dem alle diese Notwendigkeiten ihre gesetzliche Verankerung finden. Zu einem solchen Wirtschaftsförderungsgesetz ist es bis jetzt nicht gekommen. Nur eine Zeitung hat etwas darüber geschrieben. Wir werden uns in unserem Klub trotz des Wahlkampfes die Zeit noch erübrigen, uns mit dieser Frage zu beschäftigen, und werden im neuen Jahr versuchen, einen Entwurf vorzulegen, wie diese Wachstumsgesetze nach unserer Meinung wirksam gestaltet werden können. (*Abg. Dr. van Tongel: Genauso wie der Initiativantrag über das Volksbegehren! Das ist genau dasselbe!*) So geht das nicht, wie man jetzt das Bewertungsfreiheitsgesetz auslegt und benützt. Ich weiß, es ist ein kleines Beispiel, aber solche Beispiele kann man vielfach anführen. In den letzten Tagen ist mir dieses Beispiel kraß vergegenwärtigt worden:

In Klosterneuburg baut sich ein Unternehmer, ein Kaufmann, eine Villa, die ungefähr einen Aufwand von 2 bis 3 Millionen Schilling erfordert. In dieser Villa ist ein riesiger Keller. Dieser Keller ist vollgepfropft mit Waren. Der Kaufmann sagt: Die Waren lasse ich drinnen, bis alles genehmigt ist, dann nehme ich alles wieder heraus und mache mir einen schönen Weinkeller.

Dazu hat das Bewertungsfreiheitsgesetz nicht zu dienen. Wir glauben daher, daß beim Bewertungsfreiheitsgesetz mit uns zusammen eine Lösung gefunden werden muß. (*Abg. Mitterer: Wieso wissen Sie den Fall? Haben Sie sich die Steuererklärung angesehen, ob das abgesetzt ist?*) Ja, ja, das weiß ich schon, das überlassen Sie nur mir. Ich sage keine Dummheiten, das sollten Sie schon wissen. (*Abg. Mitterer: Von Dummheiten ist keine Rede! Es ist nur die Frage, ob es die Wahrheit ist!*) Wir kennen doch viele solcher Fälle, das wissen Sie doch ganz genau. Aber Sie wissen doch ebenso ganz genau, Kollege Mitterer, daß Sie ebenfalls gegen solche Machinationen mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen, weil damit die Wirtschaftsförderung oder das Bewertungsfreiheitsgesetz ins Gegenteil verkehrt wird.

(*Abg. Dr. Withalm: Er hat nur gefragt, wieso Sie das wissen!*) Alle meine Geheimnisse wollen Sie wissen? (*Heiterkeit.*) Ich werde Ihnen nur so viel sagen, wie ich will, aber alles werden Sie von mir nicht erfahren. Nehmen Sie das zur Kenntnis. (*Abg. Dr. Withalm: Das wäre sehr interessant, woher Sie das wissen!*) Ich brauche noch etwas für den Wahlkampf, ich muß mir etwas aufheben. (*Abg. Dr. Withalm: Ist das eine Reserve?*) Auch das ist eine Reserve.

Beim Bewertungsfreiheitsgesetz spielen folgende theoretischen und praktischen Erwägungen eine Rolle: Eine Bewertungsfreiheit und eine echte Investitionstätigkeit oder eine Investitionstätigkeit, die der Bewertungsfreiheit unterworfen wird, kann man nicht für jene Investitionen in Anspruch nehmen, wo es sich lediglich um die Werterhaltung, um die Beseitigung des Wertverzehr handelt. Eine echte Bewertungsfreiheit, die zum Wachstum führt, soll die über diese Maßnahmen hinausgehenden Investitionen erfassen. Erst dann hat das Bewertungsfreiheitsgesetz den richtigen Sinn und den richtigen Inhalt gefunden. (*Abg. Mitterer: Die Sektion IV wird es schon richtig formulieren!*) Nein, wir werden es formulieren, nicht die Sektion IV! Das können Sie uns überlassen!

Es gibt in der Welt einiges, wo wir etwas abschauen können. Wir brauchen nur in die nordischen Staaten zu gehen, dort gibt es sehr vernünftige Maßnahmen, die eine solche konjunkturelle Entwicklung für die Dauer sichern. (*Abg. Mitterer: Hoffentlich schauen wir uns etwas anderes auch an!*)

Meine Damen und Herren! Bei allen diesen Wirtschaftswachstumsgesetzen muß eines bei uns zum Ausdruck kommen: Es muß die Investition gesichert sein. Wir haben das auch bei den Verhandlungen mit dem damaligen Finanzminister Dr. Korinek gesagt: Jede Maßnahme werden wir unterstützen, wo eine solche Steuermäßigung tatsächlich in eine Investition umgewandelt wird. Aber wir sind nicht dafür, nur eine Steuerermäßigung zu geben, damit diese Mehreinnahme, dieser größere Verdienst, einfach ganz gewöhnlich verzehrt wird, denn dann hat diese Maßnahme nicht mehr den Sinn, nicht mehr die entsprechende Wirkung. (*Abg. Mitterer: Wenn das nicht Demagogie ist, dann weiß ich nicht!* — *Abg. Dr. Withalm: Ganz einer Meinung!*) Ja! Wir werden uns treffen. Obwohl wir Sozialisten und Sie ÖVP-ler sind, können wir uns auf diesem Gebiet der kapitalistischen Wirtschaftstheorie ohne weiteres finden. Wir sind zu jeder solchen Maßnahme bereit. (*Abg. Dr. Hurdes: Das Vernünftige kann man immer tun!* — *Abg. Dr. Withalm: Das war*

Uhlir

interessant, das letzte! — Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Hämmerle.) In Vorarlberg können Sie auch auf einiges achtgeben, damit die Bewertungsfreiheit nicht zu Unrecht angewendet wird. Auch von dort haben wir schon Mitteilungen bekommen.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Wirtschafts- und Finanzpolitik kann man in diesem Staate ohne unsere aktive Mitwirkung nicht betreiben. Wir haben das Recht, hier mitzubestimmen, hier mitzugestalten, und wir sind bereit, auch mit die Verantwortung zu tragen. Wir sind im Interesse der großen Schichte der arbeitenden Bevölkerung zu einer positiven Mitarbeit unter gemeinsamer wirtschafts- und finanzpolitischer Zielsetzung bereit. Aber ich warne vor einem, meine Herren: zu glauben, daß man mit Wirtschaftspolitik Parteipolitik machen kann! Das ist unmöglich! Das ist ausgeschlossen! Vor diesem Weg möchte ich warnen. Denn dadurch kann die Wirtschaft großen Schaden erleiden. *(Abg. Mitterer: Da müßten wir von Ihnen erst lernen!)* Geh, geh, Mitterer! Das ist so wie der Witz: „Was ist ein Leutnant?“ Das kommt mir fast so vor! *(Abg. E. Winkler: Sie haben schon viel gelernt von uns!)* Das können Sie aber ruhig tun, ich werde Sie gar nicht daran hindern.

Noch zu einigen weiteren Fragen. *(Abg. Dr. Withalm: Ach so! Ich habe gedacht, das ist abschließend! Das war ein Mißverständnis!)* Wir sind der Auffassung, daß man sich bei den Fragen der allgemeinen Politik in Österreich auch mit allen anderen Problemen zu beschäftigen hat, die sehr maßgeblich für das Leben des einzelnen Menschen sind.

Wir haben — und ich rühre dieses heiße Eisen mit allen Konsequenzen an — eine Wahlreform gefordert. Wir haben diese Wahlreform mit Fug und Recht gefordert. Wir haben gesagt und wir sagen das auch heute wieder, daß das heute geltende Wahlgesetz eine einzige Partei bevorzugt: das ist Ihre Partei, das ist die Österreichische Volkspartei! *(Abg. Dr. Hurdes: Das hat der Dr. Renner gemacht!)* Das weiß ich. *(Abg. Dr. Hurdes: Dr. Renner! Der war damals so „gut“ mit uns!)* Wahrscheinlich. *(Abg. Dr. Withalm: Mit Überzeugung ist er dafür eingetreten!)*

Ich sehe mir jetzt die Wahlzahlen an, die nächstes Jahr wieder zur Anwendung kommen werden. In meinem Wahlkreis — Kollege Kummer, das sind unsere gemeinsamen Sorgen —, das ist Wien Nordost, sind für ein Nationalratsmandat 26.210 Stimmen erforderlich. Im Wahlkreis Wien Innen-West sind für ein Mandat nur 18.131 Stimmen erforderlich. Und im berühmten Mühlviertel — wie könnte ich darauf vergessen *(Beifall des Abg.*

Ing. Helbich) — sind 17.882 Stimmen für ein Mandat erforderlich. *(Abg. Dr. Withalm: Dort gibt es mehr Kinder!)*

Wenn so große Unterschiede sind, dann kann man von einer wirklich echten Bewertung der Stimmen nicht mehr sprechen. *(Abg. Mayr: Wir sind ja auch Volksvertreter und nicht Wählervertreter! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich verstehe ja völlig, daß Sie sagen: Das lassen wir uns nicht wegnehmen! Denn wenn Ihnen 60.000 Stimmen mehr fünf Mandate einbringen, werden Sie doch nicht sagen: Ich verzichte darauf. Das verstehe ich völlig. *(Abg. Dr. Withalm: Wir vertreten das ganze Volk, Herr Kollege!)* Aber uns werden Sie das Recht geben müssen, dieses Unrecht aufzuzeigen und festzustellen, daß die Stimmen der Menschen in diesem Staate völlig unterschiedlich bewertet sind. Und das ist, glaube ich, entscheidend. *(Abg. Dr. Hurdes: Wir sind Volksvertreter!)* Ich weiß schon: Wenn wir uns darüber geeinigt hätten, würden wir ja wahrscheinlich die Wahlen unter ganz anderen Voraussetzungen führen können. *(Abg. Mayr: Nie, nie werden wir dem zustimmen!)*

Ich hoffe nur, und ich bin davon überzeugt, daß wir unsere Stimmenzahl sehr bedeutend und sehr beachtlich vergrößern werden können. *(Abg. Dr. Withalm: Hoffen Sie nur weiter, Herr Kollege!)* Tu ich, tu ich unentwegt! *(Abg. Dr. Hurdes: Auch der Olah hofft! Hoffen kann man ja! — Abg. Scheibenreif: Das ist ja erlaubt!)* Ich bin überzeugt davon, meine Damen und Herren, daß der Zeitpunkt kommen wird, wo es möglich sein wird, dieses Wahlrecht anders zu gestalten *(Beifall bei der SPÖ)*, es so zu gestalten, daß jede Stimme den ihr zukommenden Wert erhält. *(Abg. Dr. Hurdes: Glauben Sie, eine Zweidrittelmehrheit zu bekommen? Das ist ja eine Verfassungsbestimmung!)* Möchten tät ich's schon. *(Abg. Dr. Hurdes: Soviel kennen wir ja die Verfassung! — Abg. Dr. Withalm: Das haben ja die Universitäten festgestellt!)*

Noch eine Frage möchte ich aufwerfen, weil sie für die Betrachtung unserer politischen Vergangenheit und auch für unsere parlamentarische Arbeit maßgebend ist. Ich möchte nicht davon sprechen, daß wir die Geschäftsordnung jetzt ununterbrochen ändern müssen. Wir haben aber leider erlebt, daß es in zwei Sitzungen zu Geschäftsordnungsdebatten gekommen ist. In diesen zwei Geschäftsordnungsdebatten mußten wir feststellen, daß man mit dieser Geschäftsordnung nicht mehr das Auslangen finden kann, ja daß es auch zu einer Auslegung von Geschäftsordnungsbestimmungen kommt, die nicht mehr akzeptabel ist.

Ich glaube, wir sollten uns damit beschäftigen, hier eine Ordnung herbeizuführen. Es

Uhlir

sind Geschäftsordnungsdebatten in diesem Hause nicht angenehm, sie werden auch in der Öffentlichkeit nicht verstanden. Meine Bitte geht nur dahin, daß wir uns so rasch als nur möglich in der neuen Legislaturperiode zusammenfinden, um diese Geschäftsordnung den gegebenen Notwendigkeiten anzupassen. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Geschäftsordnung eine Zwangsjacke sein muß. Ich bin vielmehr der Meinung, daß hier eine gewisse Bewegungsfreiheit gegeben sein muß und daß man sich auch ein gewisses Gewohnheitsrecht zurechtlegen muß. Aus diesem Gewohnheitsrecht kann ja dann ein Recht entstehen, das wir in der Geschäftsordnung verankern.

Aber ich möchte noch auf etwas verweisen, und dagegen nehme ich sehr entschiedenen Stellung: Und zwar betrifft es die Art, wie die Minister unsere Anfragen hier in diesem Hause beantworten, wie sie sich über das Parlament hinwegsetzen.

Wir haben an den Herrn Minister Dr. Bock am 17. März 1965 eine Anfrage gerichtet, und zwar war sie von den Abgeordneten Flöttl, Horr und Genossen. Wir haben gebeten, uns mitzuteilen, wie den Empfehlungen des Wirtschaftsbeirates zur Bauwirtschaft Rechnung getragen wurde. Wir haben keine Antwort bekommen. Wir haben am 25. Oktober neuerlich eine Anfrage an den Herrn Minister gerichtet. Wir haben bis heute keine Antwort bekommen.

Ja glaubt denn der Herr Minister, daß die Abgeordneten nur Fragen stellen, und er kann sagen: Schmeck's, ich geb euch keine Antwort!? Wie stellen sich denn die Herren das vor? Glauben sie denn, daß sie so hoch über das Parlament hinwegspringen können? (*Abg. Dr. Hurdes: Warum stellen Sie die Frage nicht hier im offenen Haus? Wir haben ja die mündliche Fragestunde! — Abg. Horr: Sie ist ja gestellt worden!*) Sie ist auch gestellt worden.

Sie wissen ganz genau, Herr Kollege, worauf ich hinziele. Und hier mache ich keine Ausnahme vor einem Minister. Wenn hier eine Fragestunde ist, haben es sich die Minister so einzuteilen, daß sie bei der Fragestunde da sind. (*Abg. Zeillinger: Jawohl! — Abg. Dr. Hurdes: Richtig!*) Man kann nicht bei der Fragestunde nicht da sein, aber eine Minute später, wenn die Fragestunde aus ist, hier in dem Haus sitzen. (*Ruf bei der SPÖ: Und schreien!*) Man muß es sich einteilen. Wenn die Abgeordneten den Minister fragen, dann hat er hier im Haus Antwort zu geben. (*Beifall bei der SPÖ.*) Das gilt auch für Sie, Herr Finanzminister. (*Bundesminister Doktor Schmitz: Wieso?*) Wir haben Ihnen schon

eine schriftliche Anfrage auf den Tisch gelegt. In der letzten Fragestunde haben Sie gesagt, Sie geben über etwas keine Antwort, keine Auskunft. (*Abg. Dr. Hurdes: Das ist aber in der Geschäftsordnung vorgesehen!*) Nein, das ist nicht vorgesehen, das ist ein Verwaltungsakt, zu dem auch Sie, Herr Minister, Antwort zu geben haben, wenn Sie der Abgeordnete fragt. Man wird sich in diesem Haus schön langsam darauf einstellen müssen, daß eben den Abgeordneten eine Frage beantwortet wird. Im privaten Leben sagt man von jemandem, der einem, wenn man ihm schreibt, einem keine Antwort gibt, das sei ein muffter Kerl. Wenn man aber den Herrn Minister fragt, bekommt man nicht einmal nach acht oder neun Monaten eine Antwort. Das ist unmöglich und das ist ausgeschlossen.

Nun zu einer anderen Frage. Hier möchte ich auch sehr klar und deutlich sagen, ich habe zu dieser Frage immer wieder eindeutig Stellung genommen: zur Frage des Volksbegehrens. Wir haben unsere Meinung dargelegt, es ist verhandelt worden, aber dann zu keinem Ergebnis gekommen. Das Volksbegehren wird also nicht mehr in dieser Legislaturperiode behandelt werden. Für uns ist bei diesem Volksbegehren eine Tatsache entscheidend gewesen: die Tatsache, daß man eine völlig unterschiedliche politische Bewertung des Staatsbürgers vornimmt, daß ein Mandatar, ein politischer Funktionär, in einer solchen Organisation nicht eine entsprechende Funktion ausüben kann. Seit wann wird ein politischer Funktionär diskriminiert? Seit wann kann die Aufgabe, die sich ein Staatsbürger stellt, an dem politischen Leben regen Anteil zu nehmen, dazu führen, daß man sagt, er habe in einer bestimmten Sache nichts zu tun und dort nichts zu suchen? Wir sind also hier der Meinung, daß man so keine Werturteile abgeben kann. Wenn es möglich gewesen wäre — die entsprechenden Besprechungen sind ja geführt worden —, dann hätten wir es sehr gerne erlebt, daß es zu einer Ordnung auch auf dem Gebiete des Rundfunks und Fernsehens kommt. Aber ich muß Ihnen auch hier nochmals klar und deutlich — auch für den Wahlkampf, denn diese Frage wird ja eine Rolle spielen — sagen: Einer „Lex Freund“ werden wir niemals in diesem Hause unsere Zustimmung geben. So kann man Menschen, die ihr Amt in vorzüglicher Weise ausgeübt haben, nicht behandeln. (*Abg. Dr. Fiedler: Ihre Macht!*) Nein, ihre Aufgabe erfüllt haben, Kollege Fiedler; wir haben uns mit Ihnen schon sehr oft unterhalten. (*Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ.*) So kann man Menschen nicht politisch diskriminieren und von ihrer Funktion, in der sie Leistungen erbracht haben, nicht einfach entfernen. (*Bei-*

Uhlir

fall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Fiedler: Ich zitiere nur Gratz!)

Aber noch etwas, Herr Finanzminister! Sie sind bei den Budgetbindungen immer sehr hart. Sie sagen, hier müsse das Auslangen gefunden werden. Wir haben jetzt noch in der letzten Minute — das wird leider nicht mehr behandelt — den Rechnungsabschluß für 1964 bekommen. Was finden wir da auf Seite 249? Da ist eine Überschreitung im Landesverteidigungsbudget um mehr als 600, fast 662 Millionen Schilling. Ich weiß schon, wie das entstanden ist. (*Bundesminister Dr. Schmitz: 1964!*) Ja, 1964. Da schreibt der Rechnungshof unter „Waffen- und Geräte-lieferungen aus den USA und aus Italien“: „Für diese Kreditüberschreitung liegt keine verfassungsmäßige Genehmigung vor.“

Ja was sind denn das für Dinge? Hier werden 600 Millionen Schilling ausgegeben, ohne daß man die entsprechende Zustimmung des Parlaments einholt. Das ist also nicht möglich. Auch das ist eine Frage: Wie hält man das Budget ein? Wie kann man von diesen Ziffern, die in diesem Parlament beschlossen werden, annehmen, daß dafür auch die Garantie gegeben wird, daß sie das ganze Jahr hindurch gehalten werden? Wir haben Verständnis dafür, daß man nicht alles im voraus sagen kann, daß man nicht alles vor-ausblickend feststellen kann. Aber ob ich 662 Millionen Schilling ausgeben muß oder nicht, das kann ich wahrlich voraussagen. Aber wenn ich es nicht voraussehen kann, und ich muß sie doch ausgeben, dann habe ich den Weg ins Parlament zu finden, und hier habe ich mir die Zustimmung zu diesem Gesetz geben zu lassen. Auch darauf muß ich Sie aufmerksam machen. Das ist das große Packerl, das ich da mitgeschleppt habe.

Nun zur letzten Frage, zur Hochschulpolitik. Meine Damen und Herren! Sie, Kollege Dr. Withalm, waren leider nicht hier, ich habe schon bei dem Investitionsprogramm darauf hingewiesen, daß wir in unser Investitionsprogramm, das wir ausgearbeitet haben, die gesamten Aufwendungen für die Hochschulbauten hineingenommen haben; das ist auch richtig. Die Hochschulbauten erfordern ungeheuer viel Geld, der Ausbau der Bundesbahnen, der Ausbau von Straßen erfordert Geld. Das aus dem laufenden Budget zu schöpfen ist unmöglich. Wenn man also vor zwei Jahren mehr Verständnis für unsere Überlegungen aufgebracht hätte, wären die Mittel wahrscheinlich zu beschaffen gewesen, um diese Bauvorhaben, die notwendig sind, auch zu erfüllen.

Es soll die übrige Hochschulpolitik doch losgelöst werden von den Bau-

aufwendungen, die ja in ganz gewaltigem Ausmaß nicht nur in Wien, sondern auch in Landeshauptstädten für das Hochschulwesen notwendig sein werden.

Hohes Haus! Wir haben ein Studienbeihilfengesetz beschlossen. Wir sind sehr froh darüber und sehr stolz, weil damit viel Not und Elend der Studenten wenn auch nicht völlig beseitigt, so doch gemildert wird. Es ist für uns doch die Voraussetzung dafür gewesen, nun zu einer umfassenden Hochschulreform zu kommen.

Von uns ist eine Gesamtreform des Studien- und Prüfungswesens angestrebt worden, und wir haben Maßnahmen zur Schaffung echter Lehrfreiheit und zur Schaffung eines geistigen Wettbewerbs an den Hochschulen gefordert. Wir haben auch die Sicherstellung der Forschung gefordert. Als ich als Klubobmann in dieses Haus eingezogen bin — das ist jetzt ungefähr sechs oder sieben Jahre her —, war es das erste, daß ich von den Professoren mit der Frage des Forschungsbeirates beschäftigt wurde. Sechs Jahre sind vergangen. Es ist auf diesem Gebiet nichts geschehen, um zu einer vernünftigen Forschung zu gelangen, um die entsprechenden Mittel dafür auch ständig zur Verfügung zu haben.

Wir haben, um unserer Auffassung mehr Nachdruck zu geben, den Entwurf eines Forschungsgesetzes eingebracht. Dieser Entwurf liegt im Parlament, er ist nicht behandelt worden, der Herr Minister Dr. Piffl-Perčević kümmert sich auch nicht viel darum. (*Abg. Harwalik: Darf ich Ihnen, Herr Abgeordneter, zu diesem Kapitel sagen, was der Herr Redakteur Dr. Pfitzner am 24. August in der „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben hat: Wir würden mit dem Studienbeihilfengesetz 4 Millionen verschwenden! Und Sie haben sehr richtig gesagt, daß es segensreich ist, daß wir es im Parlament verabschiedet haben!*) Wer hat das gesagt? In der „Arbeiter-Zeitung“? (*Abg. Dr. Withalm: Das ist die Differenz zwischen der „Arbeiter-Zeitung“ und Ihrer Darstellung, das ist die Wirklichkeit! — Abg. Harwalik: Dr. Konrad Pfitzner!*) Ich weiß es nicht, ich kann Ihre Meinung nicht widerlegen, weil ich mich nicht entsinnen kann, so etwas gelesen zu haben, aber wir Sozialisten, das wissen Sie ganz genau, sind durchaus positiv zu dem Studienbeihilfengesetz gestanden. Von einem Ihrer Mitglieder ist die Bemerkung gekommen: „Jetzt kommen wir auch schon zur Studentenrente!“ Sie wissen ja, wer das gesagt hat. Und an diesen Einwendungen ist damals das Studienbeihilfengesetz gescheitert. Es mußte zurückgestellt werden und es ist, glaube ich, durch ein Jahr hindurch verzögert worden. Sie werden mir recht geben. (*Abg. Dr. Withalm: Sie müssen die*

Uhlir

„Arbeiter-Zeitung“ etwas sorgfältiger lesen!) Ich lese halt Ihre Zeitung viel sorgfältiger (*Heiterkeit*), wir machen es gegenseitig.

Die Verhandlungen sind mit dem Vorgänger des Herrn Dr. Piffi-Perčević, mit dem Herrn Minister Dr. Drimmel, in einer vernünftigen Atmosphäre geführt worden, und jetzt kommt es zu keinem Gespräch mit dem Herrn Minister. Ich glaube, da haben Sie in den eigenen Reihen dafür zu sorgen, daß endlich einmal diese Aussprachen durchgeführt werden, die notwendig sind, das große Problem, die großen Aufgaben einer gemeinsamen Lösung zuzuführen. Aber man kann es nicht so tun, daß man sich einfach um alle Argumente, die wir vorbringen, nicht kümmert.

Die Entwicklung des kulturellen Lebens, die Entwicklung der Forschung ist eine notwendige Aufgabe, die wir zu erfüllen haben. Beide Regierungsparteien werden diese Aufgaben erfüllen müssen, wir werden beide zu diesen Aufgaben zu stehen haben.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich habe versucht, zu den Problemen des Budgetprovisoriums Stellung zu nehmen. Wir werden diesem Budgetprovisorium unsere Zustimmung geben.

Ich möchte aber noch etwas abschließend sagen. Zu dieser Äußerung sehe ich mich nach dem Diskussionsbeitrag, den der Kollege Prinke hier im Hause gebracht hat, verpflichtet:

Wenn wir am Mittwoch nächster Woche die Auflösung des Nationalrats beschließen, wenn der Wahlkampf, wie dies schon aus Anzeichen erkennbar ist, mit überaus großer Schärfe geführt und brennend wird, dann sollten wir uns — ich stimme da mit den letzten Ausführungen des Kollegen Prinke durchaus überein — bewußt sein, daß wir uns nach den Wahlen wieder zusammensetzen müssen. Und je vernünftiger, je anständiger dieser Wahlkampf geführt wird, desto besser werden wir nach den Wahlen zusammenarbeiten können. Vergiften wir nicht die Atmosphäre mit unsinnigen Argumenten, sondern versuchen wir als Menschen, die doch schon Jahrzehnte im politischen Leben stehen, eine vernünftige Art des Werbens um das Vertrauen der Wähler zu finden!

Wir Sozialisten sind uns unserer Stärke durchaus bewußt. Wir sind überzeugt davon, daß wir auf Grund unserer verantwortungsbewußten Tätigkeit, die wir in den abgelaufenen 20 Jahren in diesem Parlament geleistet haben, das entsprechende Vertrauen erhalten werden. Wir Sozialisten fordern jedoch — das ist das Recht, das wir uns in jahrzehntelanger verantwortungsbewußter Tätigkeit erworben haben —, daß wir entsprechend dem Ver-

trauen, das wir erhalten, auch an der weiteren Zukunft unseres Staates mitwirken und mitentscheiden können.

Wir können heute unter diesen Aspekten die feierliche Erklärung abgeben: Sollte es dazu kommen — wir streben es an, und das ist unser Recht —, daß wir als jene Partei aus dem Wahlkampf hervorgehen, die mit größerer Verantwortung belastet wird, dann ist auch nachher die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien eine Selbstverständlichkeit!

In diesem Sinne wollen wir dem Budgetprovisorium unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Finanzminister. Ich erteile es ihm auf Grund der §§ 31 und 59 Abs. 3 der Geschäftsordnung.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Schmitz**: Hohes Haus! Ich habe mich zum Wort gemeldet, erstens um nicht mein Schlußwort durch alle Details, die jetzt aufgeworfen wurden, zu überlasten, zweitens deswegen, weil ich nicht sicher bin, ob ich dann alle meine Notizen noch lesen kann, und drittens vor allem deswegen, weil ich mir vorgenommen habe, wenn eine Unwahrheit über den Verlauf der Budgetnacht geäußert wird, mich sofort zum Wort zu melden und das richtigzustellen.

Hohes Haus! Der Entwurf vom 12. Oktober für ein Bundesfinanzgesetz 1966 war ein Entwurf, der schon deswegen keine bestimmten Einnahmenerhöhungen vorsehen konnte, weil sie ja, wenn sie neu eingeführt werden sollen, einer Beschlußfassung bedürfen, die bis dahin aber nicht stattgefunden hat.

Ich darf hier den Ministerratsvortrag vom 12. Oktober verlesen, der in der Presse nur teilweise photokopiert worden ist, obwohl nach meiner Meinung auch die photokopierten Teile nicht schlüssig sind. Ich werde das aber verlesen, und Sie werden sehen, daß von einer Antragstellung schon damals keine Rede sein konnte.

Der Ministerratsvortrag vom 12. Oktober hatte an der Stelle, wo es sich um die Schließung eines ansonsten überdimensionierten Defizits gehandelt hat, folgenden Wortlaut, ich habe dort geschrieben:

„Trotz der vorerwähnten starken Kürzung der Ermessenskredite für Anlagen und Förderungen ergibt sich auf Grund des letzten Verhandlungsstandes noch ein Gesamtgebarungsabgang in einer Größenordnung von 3460 Millionen Schilling, der das Ausmaß der Finanzschuldtilgungen und tilgungsähnlichen Ausgaben um rund 1015 Millionen Schilling überschreitet. Zur Beseitigung dieses

Bundesminister Dr. Schmitz

Abganges könnten“ — hier steht: könnten! — „folgende Maßnahmen in Erwägung gezogen werden, die in der Spalte ‚Bedeckungsvorschläge‘ der eingangs zur Darstellung gebrachten Gesamtübersicht bereits angeführt sind“ — nämlich hier in diesem Ministerratsvortrag:

„a) Stabilisierung des Defizits der Österreichischen Bundesbahnen durch Ausgabenverminderungen oder Tarifkorrekturen in einem Gesamtausmaß von etwa 500 Millionen Schilling“. (*Rufe bei der SPÖ: Na also!*) Es liegt beim Herrn Verkehrsminister, zu entscheiden, auf welche Weise er stabilisieren will. Ich kann keine Tarife vorschlagen. (*Andauernde Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*) Wenn er sagt, er entscheidet sich nicht für Erhöhungen, dann muß eingespart werden. Das ist eine sekundäre Frage, denn hier ist ein „oder“ gestellt. Die Stabilisierung des Defizits ist noch kein Anlaß, etwas zu erhöhen.

„b) Verringerung des gestiegenen Abganges der Post durch Ausgabenverminderungen oder Tarifänderungen von etwa 60 Millionen“. (*Neuerliche Zwischenrufe und Unruhe bei der SPÖ.*) Da ist wieder dasselbe. Ich bin nicht verantwortlich für die Gebarung dieser Bundesbetriebe. Der zuständige Ressortchef muß wissen, wie er die Betriebsführung gestaltet, damit die sprunghafte Entwicklung des Defizits beseitigt wird. (*Beifall bei der ÖVP. — Weitere Zwischenrufe.*)

Weiters ist enthalten, auch als Vorschlag: „Aufhebung der Zollfreistellung für Importtreibstoffe in einem Ausmaß von etwa 180 Millionen Schilling“ und — auch als eine Erwägung, daß damit das Defizit gedeckt werden könnte — „Erhöhung des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer um 20 Groschen mit Wirkung vom 1. November 1965 und einer Auswirkung von 300 Millionen Schilling netto für den Bund.“ Das ist auch ein Vorschlag, was kommen „könnte“. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Sie werden im Antrag auf Seite 6 vergeblich einen Antrag suchen, das zu beschließen. Sie werden aber doch Verständnis dafür haben, daß in der Regierung diskutiert werden muß, ob die Milliarde herausgestrichen oder bedeckt werden soll — gerade im Sinne der Wachstumspolitik, wie sie der Herr Abgeordnete Uhlir heute erwähnt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie immer Sie das bewerten mögen, ich muß sagen, das als Antrag zu bezeichnen, dazu fehlt jeder Anlaß, außer ein Propaganda-bedarf. Wie immer Sie es werten mögen, es kann kein Zweifel bestehen, daß in dem Antrag, der einzig und allein im Ministerrat zur Abstimmung gekommen ist, und in dem

Antrag, zu dem Ihre Parteifreunde in der Regierung nein gesagt haben, keine Rede davon war.

Die Zitierung, die der Herr Abgeordnete Uhlir jetzt vorgetragen hat, stimmt bis zu dem Satz, wo es als Begründung für das Nein in der Bundesregierung heißt: „Einer Erhöhung des Milchpreises, der Eisenbahn- und Autobustarife sowie des Benzinpreises stimmt die SPÖ nicht zu.“ Soweit stimmt es. Das haben wir oft gehört, und es stimmt. Er hat es aber unterlassen, den nächsten Satz auch vorzulesen, der nämlich die Unwahrheit bringt, um die es dabei geht und die ich hier mit aller Entschiedenheit richtigstellen muß. (*Abg. Uhlir: Seien Sie vorsichtig mit „Unwahrheit“!*) Es ist eine Unwahrheit. Ich sage es nicht anders, um es nicht diskriminierender auszudrücken. Es gibt aber ein krasserer Vokabel, das ich aber schonenderweise nicht verwenden möchte. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Uhlir: Das ist eine Frechheit!*)

Hohes Haus! Ich bin noch ein naiver Politiker, der auf dem Standpunkt steht, in der Politik gilt dieselbe Moral wie im gesamten übrigen öffentlichen Leben. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Uhlir: Schämen Sie sich! — Abg. Czettel: Lassen Sie sich einmal wählen! Zuerst wählen lassen und dann im Parlament reden!*) Meine Herren! Ich darf um Ruhe bitten, sonst kann ich mich nicht verständlich machen! Ich habe Ihren Redner auch nicht unterbrochen! Nehmen Sie das zur Kenntnis! (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident **Wallner** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe! Der Herr Finanzminister hat das Wort.

Bundesminister für Finanzen **Dr. Schmitz** (*fortsetzend*): Ich glaube, ich bin noch am Wort! (*Abg. Dr. Neugebauer: Dazu ist die Ministerverantwortlichkeit nicht da!*) Ich glaube, ich bin noch am Worte! Es heißt diese Stelle, mit der die Vertreter der SPÖ in der Regierung meinen Entwurf abgelehnt haben, folgendermaßen. (*Abg. Uhlir: Setzen Sie sich! Sie haben gar nichts zu reden! — Abg. Dr. Neugebauer: Sie haben nicht zu polemisieren!*) „Einer Erhöhung“ — ich zitiere jetzt Ihren Text, ich hoffe, das ist nicht polemisch! (*Abg. Mayr: Sie vertragen die Wahrheit nicht! — Ruf bei der SPÖ: In welchem Ton ein Minister mit diesem Parlament redet! — Abg. Mayr: Weil er die Wahrheit sagt! Die Wahrheit vertragen Sie nicht! — Abg. Dr. Tull: Sie vertragen die Wahrheit nicht!*)

Meine Herren! Wenn ein Abgeordneter ein Regierungsmitglied polemisch kritisiert, so hat das Regierungsmitglied das Recht, sich hier zu verteidigen! Ich lasse mir das von

Bundesminister Dr. Schmitz

niemandem nehmen! Nehmen Sie das zur Kenntnis! (Beifall der ÖVP. — Abg. Moser: Es ist unglaublich, in welchem Ton ein Minister mit diesem Parlament redet!) „Einer Erhöhung“—ich bin noch am Wort ... (Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Mayr: Weil er die Wahrheit sagt! Die Wahrheit vertragen Sie nicht! — Abg. Dr. Tull: Das ist unser Haus! — Abg. Altenburger: Noch stehen wir nicht unter eurem Terror!) Ich muß den Satz fertiglesen.

Präsident Wallner (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe! Der Herr Finanzminister hat jetzt das Wort! (Anhaltende Zwischenrufe.)

Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz (fortsetzend): „Einer Erhöhung des Milchpreises ... stimmt die SPÖ nicht zu.“ Und jetzt kommt der Satz.

„Da der der sozialistischen Regierungsfraktion um 21.00 Uhr ...“ (Anhaltende heftige Zwischenrufe.) Es ist doch unmöglich, hier zu reden bei diesem Lärm! (Weitere heftige Zwischenrufe. — Abg. Czettel: Ich bin Abgeordneter! Er nicht! — Abg. Dr. Hurdes: Aber auch der Minister darf hier reden, Herr Abgeordneter Czettel! — Rufe bei der SPÖ: Er ist kein Abgeordneter!)... überreichte Entwurf des Herrn Finanzministers diesen Voraussetzungen nicht entspricht, kann die sozialistische Regierungsfraktion nicht ihre Zustimmung geben.“

Hier wird behauptet, daß der von mir am 22. Oktober um 21 Uhr überreichte Entwurf nicht den Voraussetzungen entspricht, die Sie oben angeführt haben. Ich kann nur sagen: Das stimmt nicht! Da war alles draußen, was irgendwann einmal zur Defizitverminderung zur Diskussion gestanden ist. Das stimmt daher nicht. Es ist abgelehnt worden. (Abg. Rosa Jochmann: Weil wir nicht zugestimmt haben!) Aus welchem Grund, das steht Erwägungen offen, aber nicht aus diesem Grund, weil er nicht zutrifft, und ich werde es nicht unterlassen, das Hohe Haus und die Öffentlichkeit jederzeit zu informieren, wenn diese Behauptung aufrechterhalten bleiben sollte. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Czettel: Wir werden die Wahrheit schon unter das Volk bringen! — Abg. Altenburger: Jetzt sind Sie nicht in Ihrem Betrieb! Dort können Sie Ihren Terror ausüben!)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel. Ich erteile es ihm. (Anhaltende stürmische Zwischenrufe.) Ich bitte um Ruhe! (Weitere stürmische Zwischenrufe. — Abg. Czettel: Ich bin 13 Jahre da!)

Ich bitte um Ruhe! Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel. (Abg.

Altenburger zu Abg. Czettel: Sie könnten Sträflingshalter werden bei Gericht! — Weitere anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Czettel eilt von seinem Abgeordnetenplatz in den sozialistischen Bankreihen quer durch den Sitzungssaal zu dem auf seinem Platz sitzenden Abg. Altenburger und ruft ihm mit erhobener Stimme etwas zu. Seine Worte gehen in einem langanhaltenden tumultartigen Lärm unter. — Abg. Dr. J. Gruber: Wie ein Minister soll er sich benehmen! Herr Minister! Das lassen wir uns nicht bieten! — Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mayr: Ich stelle fest, daß Ihre Methode, wie Sie den Finanzminister unterbrochen haben, Ihrer Stellung als Minister nicht würdig ist! — Anhaltende stürmische Zwischenrufe. — Abg. Zeillinger: Wo sind wir denn, Herr Präsident? — Präsident Wallner gibt wiederholt das Glockenzeichen.)

Ich bitte um Ruhe! Der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel hat das Wort. Bitte, ihn nicht zu stören! (Anhaltende Zwischenrufe.) Sie zwingen mich, die Sitzung zu unterbrechen. (Abg. Ing. K. Hofstetter: So etwas ist Innenminister! Pfuiat di Gott! Trauriges Österreich, das so einen Innenminister hat! — Abg. Dr. Hurdes: Der Innenminister hat für Ordnung zu sorgen! Gehen Sie auf Ihren Platz!)

Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, mit Ihrem Referat zu beginnen. (Andauernde Zwischenrufe. — Abg. Czettel geht zu seinem Platz zurück, bleibt dabei mitten im Halbrund des Saales stehen und ruft Präsident Wallner zu: Der „Sträflingshalter“ nach dem Herrn Altenburger steht hier! Herr Präsident! Korrigieren Sie diesen Zwischenruf! Ich bin kein Sträflingshalter! — Abg. Zeillinger: Das ist ein Parlament, meine Herrschaften! — Abg. Altenburger: Sie können den Ordnungsruf verlangen! — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.)

Ich werde feststellen, in welchem Zusammenhang das Wort gefallen ist, und wenn es angezeigt ist, auch nicht zurückschrecken, einen Ordnungsruf zu erteilen. (Abg. Altenburger zu Abg. Czettel: Sie haben als Minister einen Minister attackiert! So fängt es an! — Abg. Prinke: Das Protokoll wird überprüft! — Abg. Zeillinger: Sollen wir hinausgehen, damit die Herren ungestört streiten können?)

Ich bitte! Bei diesem Lärm können Sie nicht verlangen, daß ich einwandfrei feststellen kann, in welchem Zusammenhang und wie dieser Ausspruch gefallen ist! (Zwischenruf des Abg. Uhlir.) Ich werde es feststellen lassen (weitere anhaltende heftige Zwischenrufe) und werde einen Ordnungsruf erteilen, wenn es mir zweckmäßig und notwendig erscheint. (Abg. Czettel: Herr Präsident! Ich bin kein Sträflingshalter! Amtieren Sie entsprechend Ihrer Pflicht!) Wenn das jemand gesagt hat,

Präsident Wallner

dann wird er den Ordnungsruf bekommen; ich werde das sofort feststellen. (*Das Glockenzeichen gebend, zu Abg. Dr. van Tongel:*) Bitte, Herr Abgeordneter! (*Abg. Konir: Jede Frechheit muß man sich nicht gefallen lassen! — Abg. Altenburger: Was Sie dem Finanzminister angetan haben, ist eine Art, die nicht würdig ist! — Abg. Konir: Darüber kann man reden, aber nicht schimpfen! — Anhaltende Zwischenrufe.*)

Ich stelle fest, daß ich angeordnet habe, festzustellen, wie dieser Ruf zustande gekommen ist, und ich werde nicht zurückhalten, den Ordnungsruf zu erteilen, wenn es hier notwendig ist, das zu tun! Ich bitte jetzt, den Redner nicht zu unterbrechen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Er hat noch gar nicht angefangen! — Abg. Zeillinger: Sollen wir hinausgehen, damit wir die Herren nicht bei der Zusammenarbeit stören? — Heiterkeit. — Anhaltende Unruhe.*) Ich bitte die Herren Abgeordneten, Ihren eigenen Klubkollegen nicht zu stören!

Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, uns einen Vorgeschmack davon zu geben, wie die „nahtlose Koalition“ und wie der heute hier in so rührender Weise gewünschte faire und vornehme Wahlkampf aussehen sollen und aussehen werden, so haben wir diesen Vorgeschmack soeben bekommen.

Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst auf einen Vorfall, der sich vorgestern, am Mittwoch, den 10. November, in der Fragestunde des Nationalrates ereignet hat, zurückkommen. Der Herr Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz hat in dieser Fragestunde die Antwort auf meine Anfrage, um welche Themen es sich in einer Sitzung, die unter seinem Vorsitz im Finanzministerium im Dezember 1964 abgehalten wurde, gehandelt habe, mit einem schlichten „Nein“ verweigert. Meine Fraktion hat diesen Vorfall zum Anlaß genommen, an den Herrn Präsidenten Dr. Maleta als den Hüter der Verfassung in diesem Hause, als den Hüter des Geschäftsordnungsgesetzes eine entsprechende Anfrage zu richten, die Ihnen allen zukommen wird. Ich darf eines sagen: Wenn der Herr Finanzminister weiterhin diese Frage offenläßt und sie nicht beantwortet, so werden wir die Öffentlichkeit in geeigneter Weise wissen lassen, worum es sich bei dieser Sitzung gehandelt hat, daß es in Wahrheit keine Informationssitzung gewesen ist, die angeblich der Information des Herrn Finanzministers gedient hat, sondern daß in dieser Sitzung gewisse Ansinnen an die Finanzverwaltung gestellt wurden. (*Abg. Dr. Neuner: Das ist*

unwahr!) Mehr möchte ich darüber heute nicht sagen. Sie sind ja einer der Teilnehmer an dieser Sitzung, Herr Dr. Neuner, Sie können ja hier dem Parlament genau mitteilen, was Sie dort geredet haben in dieser Sitzung. Es wird sehr interessant sein. Aber bitte, ich warte. (*Abg. Dr. Neuner: Was Sie sagen! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Nein, nicht was ich sage, ich war nicht dabei, Sie waren dort! (*Abg. Dr. Kos zu Abg. Dr. Neuner: Er wird sich hüten! Reden Sie doch! Solange Sie schweigen, sind Sie schuldig!*) Er kann sich ja zum Wort melden. (*Abg. Zeillinger: Traut euch, die Wahrheit zu sagen!*)

Meine Damen und Herren! Ich muß eine Erklärung des Herrn Finanzministers, die in den heutigen Zeitungen enthalten ist, richtigstellen, da sie nicht den Tatsachen entspricht. Der über Druck ... (*Abg. Mayr: Sozialistische Schützenhilfe!*) Das ist eine Frechheit, diese Bemerkung! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Sozialistische Schützenhilfe! Ich verwahre mich gegen diesen unsinnigen, unsachlichen Zwischenruf, den Sie zu beweisen haben! Es wird Ihnen aber gleich die Lust vergehen! (*Abg. Zeillinger: Wie oft haben Sie schon gegen die Roten gestimmt? Wie oft haben Sie gegen die Marxisten gestimmt, Mayr? Weil Sie zu feig sind!*) Meine Tonart wird sich dem anpassen. (*Abg. Zeillinger: Stimmen Sie einmal mit uns gegen die Marxisten, wenn Sie sich trauen! Kommen Sie mit dem Volksbegehren! Sie sind ja zu feig dazu! Zu feig sind Sie, dem Volksbegehren zuzustimmen, weil Sie Angst haben vor den Roten! Jetzt geht er hinaus! — Abg. Mayr: Ich gehe nicht hinaus!*) Im übrigen würde ich dem Herrn Kollegen Mayr empfehlen, sich bei seinen Parteifreunden Präsident Dr. Maleta und Dr. Hurdus über diesen Fall Dr. Penz belehren zu lassen. (*Abg. Zeillinger: Das sind die Methoden vom Mayr!*)

In den heutigen Tageszeitungen ist eine Erklärung des Herrn Finanzministers Doktor Schmitz enthalten, daß der auf Druck „freiwillig“ — meine Herren: „freiwillig“ in Österreich — in Pension gegangene Sektionschef Dr. Othmar Penz nicht mehr bekomme, als er bisher bekommen habe, denn er habe diesen Konsulentenposten nur zum Ausgleich bekommen, weil er jetzt an Aktivitätsbezügen weniger erhält. (*Abg. Kindl: Schiebung!*) Ich stelle fest — und angesichts der Sparsamkeitsdeklamationen und der widerwärtigen demagogischen Schilling-Schützerei werden diese Dinge dem Volke klargemacht werden müssen —: Der Herr Sektionschef Dr. Othmar Penz bekam bisher an Aktivitätsbezügen 16.000 S brutto. Dazu kamen noch Zulagen

Dr. van Tongel

in der Höhe von 3000 S brutto. Er hätte ab 1. Jänner 1966 — ich habe diese Ziffer eingesetzt, weil sie allein wirtschaftlich interessant ist —, wenn er weiter aktiv geblieben wäre — ich sage das, um nicht durch Ziffernspielereien angeblich widerlegt zu werden —, 19.000 S brutto monatlich bezogen. Nun ist er „freiwillig“ in Pension gegangen, nachdem man ihm einen Werkvertrag als Konsulent für drei Jahre zugesichert hat. Er bekommt daher ab 1. Jänner 1966 an Pension 13.000 S brutto und als Konsulent 9000 S brutto, das macht nach Adam Riese 22.000 S, also erhält er monatlich 3000 S mehr, als er bisher als aktiver Beamter bekommen hat!

Jetzt werden geistvolle Abgeordnete sagen: 3000 S, das ist nichts, das spielt keine Rolle! — Es handelt sich um das System, das hier vor-exerziert wird!

Dann noch etwas! Der Beamte, der an die Stelle von Dr. Penz getreten ist, wird in Bälde zum Sektionschef ernannt werden, weil er eine Sektion leitet, er wird eine Zulage bekommen, und er wird daher dem Staat höhere Kosten verursachen. Es werden dann dort zwei Sektionschefs sein: einer, der „freiwillig“ in die Wüste geschickt wurde und jetzt als Konsulent mit bestimmten Aufgaben betraut ist, und der neue Sektionschef.

Meine Damen und Herren! Wo ist hier die Verwaltungsreform? Wo ist die so gerühmte und uns und dem Volk empfohlene Sparsamkeit? Und ich frage: Wer rechtfertigt es, daß nur, weil die ÖVP einen ihr unbequem gewordenen Beamten, der noch dazu ihrer eigenen Partei angehört, abhalftern will, die Steuerträger diese höheren Beträge zu bezahlen haben?

Darauf möchte ich eine Antwort haben, und ich möchte auch vom Koalitionspartner der ÖVP hören, was dieser Koalitionspartner dagegen getan hat oder zu tun gedenkt! Denn wenn er nichts macht, ist er mitschuldig! (*Ruf bei der SPÖ: Eine Anfrage!*) Ich habe gehört, daß es nicht im Ministerrat gewesen sein soll. Ich nehme das gern zur Kenntnis. Aber die zweite Regierungspartei hat sehr wohl die Möglichkeit, solche, sagen wir, merkwürdige Methoden, um nicht das einfachere kurze Wort zu nennen, abzustellen. Vor allem nach den gewaltigen Worten, die wir hier vom Klubobmann der SPÖ, Kollegen Uhlir, hinsichtlich einer „Lex Freund“ gehört haben, könnte man auch bei einer solchen Sache vielleicht einmal so gewaltige Worte sprechen und entsprechend handeln.

Meine Damen und Herren! Die Regierung Klaus-Pittermann hat am 23. Oktober ihren Rücktritt erklärt. Sie wurde am 25. Oktober

auf ihren Antrag des Amtes enthoben. Ich hatte bereits Gelegenheit, namens meiner Fraktion in der Sitzung des Nationalrates am 25. Oktober festzustellen, daß eine Fortführung der Verwaltung durch eine einstweilige Regierung im Sinne des Artikels 71 des Bundes-Verfassungsgesetzes auf, wie sich jetzt herausstellt, mindestens sechs Monate — denn diese sechs Monate sind gerechnet, wenn nach dem 6. März 1966 sehr bald eine Regierungsbildung gelingt, wenn es nicht so lange dauert wie schon einmal — nicht dem Geist unserer Bundesverfassung entspricht.

Sie können sich auf den Standpunkt stellen, meine Damen und Herren: Was in der Bundesverfassung nicht ausdrücklich verboten ist, kann stattfinden. Dann könnte ich Ihnen stundenlang erzählen, was man in Österreich alles verfassungsrechtlich aufführen könnte, nur weil es in der Bundesverfassung als nicht vorhergesehener und als nicht denkbarer Fall nicht enthalten ist. Denn im Jahre 1920 — ich habe hier wiederholt Gelegenheit gehabt, die Erste Republik gegen die Schlechtmacherei, die man sich in der Zweiten gegenüber der Ersten Republik angewöhnt hat, in Schutz zu nehmen — hat man an solche Dinge gar nicht gedacht. Man hat auch gar nicht daran gedacht, daß zum Beispiel eine Regierung säumig werden könnte hinsichtlich der Budgeterstellung. Es steht in der Verfassung nur drinnen: Wenn der Nationalrat ein ihm fristgerecht vorgelegtes Budget nicht rechtzeitig bis zum 31. Dezember erledigt, dann treten jene zwei Budgetzwölfel für Jänner und Februar in Kraft, und zwar als Budgetprovisorium. Die Möglichkeit, daß es in Österreich einmal eine Regierung geben könnte, die nicht einmal ein Budget zusammenbringt, diese Möglichkeit haben die Verfassungsgeber der Ersten Republik gar nicht ins Auge gefaßt. Daraus aber abzuleiten, daß man jetzt solche kühne Konstruktionen machen kann wie diesmal? Obwohl sogar in der Zweiten Republik Präzedenzfälle, die ich schon zitiert habe, vorliegen, daß man es eleganter, verfassungsmäßig richtiger gemacht hat. Aber diesmal hat man alle Scheu fallenlassen. Die Angst beider Koalitionspartner, aus der Bundesregierung zu verschwinden — das könnte ja bei einer regelrechten Regierungsbildung im Zuge einer solchen vielleicht passieren (*Abg. Mitterer: Sie meinen, wenn Sie sie übernehmen, dann ist das die einzige Lösung!*) —, hat sie veranlaßt, diese Konstruktion gegen den Geist der Verfassung zu wählen. — Ich gebe Ihnen Gelegenheit, jetzt das zu sagen, was Sie sagen wollten. (*Abg. Mitterer: Wenn Sie sie übernehmen! Das wäre dann die einzige Lösung!*) Ich bedaure, Herr Abgeordneter Mitterer, Sie hatten schon geistvollere Tage für Ihre

Dr. van Tongel

Zwischenrufe als heute. (*Heiterkeit. — Abg. Mitterer: Auf Ihre Erklärungen kann man nichts anderes sagen!*) Die Erklärungen sind vielleicht nicht geistvoll, aber sie sind verfassungsrechtlich und politisch richtig. Den Geist überlasse ich heute Ihnen! (*Neuerliche Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Wir haben heute Ausführungen gehört über eine Sitzung, die die Fraktion der Sozialistischen Partei aufgelöst hat durch die Unterschriften eines Viertels der Abgeordneten. Jawohl, das stimmt. Aber als diese Sitzung zustande kam, war von der Courage der SPÖ nichts mehr zu merken. (*Zwischenruf des Abg. E. Winkler.*) Wenn es uns in der Präsidialsitzung nicht gelungen wäre, als Ersatz eine außerordentliche Fragestunde einzuschieben, so hätte am Mittwoch, vorgestern, der Herr Präsident verkünden müssen: Ich habe eine außerordentliche Sitzung auf Verlangen einberufen müssen, aber es ist nichts los, ich schließe daher die Sitzung. So ist es doch, meine Herren!

Wir haben uns daher erlaubt, unsererseits eine Anfrage mit dem Antrag auf Dringlichkeit einzubringen, und beide Koalitionsparteien haben diese Dringlichkeit niedergestimmt. Angesichts dieser Tatsache berührt es uns eigen tümlich, wenn Kollege Uhlir heute hier beklagt hat, daß dieses Hohe Haus keine Debatte über den provisorischen Charakter der gegenwärtigen Bundesregierung und die Dauer ihrer Betrauung durchführe. Vorgestern, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, hätten Sie nur, wenn Sie schon selbst keine dringliche Anfrage eingebracht haben, unsere Anfrage unterstützen müssen, und die Debatte wäre abgehalten worden.

Meine Damen und Herren! Über das Volksbegehren ist heute hier auch schon geredet worden. Wir stellen fest: Die Art und Weise der Behandlung dieses ersten Volksbegehrens in unserer Republik ist das Problem der Demokratie in Österreich!

An diesem Beispiel, an diesem signifikanten Beispiel hat unsere Bevölkerung erkennen können, was die Koalitionsparteien von der direkten Demokratie halten. Ich darf Sie daran erinnern, wie sehr die Österreichische Volkspartei 1962 — vielleicht wird es Herr Mayr jetzt endlich bemerken, wie sehr ich gleichgewichts mäßig meine Kritik auf links und rechts verteile — den Wahlkampf im Zeichen von Volksabstimmung und Volksbegehren geführt hat. Das Volk fragt: Was ist daraus geworden? Dabei wäre es so einfach gewesen, nicht die „Lex Freund“, sondern die „Lex Volksbegehren“ hier zu beschließen, da in dem Volksbegehrensausschuß — ich rufe die Kollegen der Österreichischen Volkspartei in diesem

Ausschuß zu Zeugen auf — bis auf einen einzigen Punkt, nämlich den Punkt des Programm entgeltes, und hier auch vornehmlich nur wegen technischer Schwierigkeiten, wegen der Frage, wie dieses Programm entgelt eingehoben werden soll, durch Postinkasso oder sonst irgendwie, völlige Einigung zwischen der Freiheitlichen Partei und der Österreichischen Volkspartei erzielt werden konnte, sodaß der abschließende Ausschlußbericht durch den der ÖVP angehörenden Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dr. Halder, innerhalb kürzester Zeit in einer einzigen Sitzung des Sonderausschusses hätte erstattet werden können. Und das Volksbegehren hätte damit verabschiedet werden können.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen vor Monaten hier in diesem Saal schon gesagt: Das schäbigste ist das feige Auskneifen. Wenn dieser Nationalrat das Volksbegehren nicht haben will, dann soll er es beraten, aber er soll dann darüber abstimmen, er soll es von mir aus verwerfen. Aber es in die Tischlade zu legen und dort verkommen zu lassen, ist eines Parlamentes, ist einer Volksvertretung unwürdig! (*Beifall bei der FPÖ.*) Wir hätten es ruhig beraten können. Wenn sich eine Mehrheit dagegen gefunden hätte, dann hätte die Bevölkerung gewußt: Bei dieser Mehrheit liegt die Verantwortung! Aber jetzt kommt man mit Scherzen wie dem folgenden — wir haben das heute übrigens auch von der anderen Seite gehört —: Die ÖVP wird in der ersten Sitzung des neugewählten Nationalrates einen Initiativantrag mit dem Text des Volksbegehrens einbringen. Man glaubt, damit einen kolossalen Wahlschlag gefunden zu haben. Die SPÖ hat heute verkündet, sie werde Wirtschaftswachstumsgesetze ebenfalls in der ersten Sitzung des neuen Nationalrates als Initiativantrag einbringen.

Wir Freiheitlichen wissen, wie Initiativanträge in diesem Hohen Hause behandelt werden. Ich kann Ihnen garantieren: Diesen beiden Initiativanträgen, so sie überhaupt ernst gemeint sein sollten, wird das Schicksal koalitionsärer Bestimmungen und Entscheidungen nicht erspart bleiben. Im übrigen ist ohne Widerspruch in der Öffentlichkeit behauptet worden, es handle sich hier um ein übles Tauschgeschäft, im Volksmund „Kuhhandel“ genannt: Verweigerst du die Wahlreform, so werden wir nicht auf der Durchsetzung des Volksbegehrens bestehen. — Ich weiß nicht, ob dieses Gerücht stimmt, aber das ist jedenfalls ernsthaft in der Presse behauptet worden.

Es ist auch ernsthaft behauptet worden, daß der entscheidende Grund für die Nichtverabschiedung des Volksbegehrens der Wille beider Koalitionspartner ist. Die einen möchten

4932

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Dr. van Tongel

gerne im Wahlkampf das Fernsehen haben, und die anderen möchten gerne das Massenmedium Rundfunk haben. (*Abg. Altenburger: Nein, die Stimmen wollen wir haben!*) Das stimmt nicht, Sie wollen die Stimmen mit Hilfe der Massenmedien haben, Herr Altenburger.

Wenn aber auf dem Landesparteitag der Österreichischen Volkspartei am 7. November in Graz der Herr Bundeskanzler erklärt hat, die ÖVP-Abgeordneten seien von den sozialistischen überfahren worden, so steht es mir nicht zu, darüber weitere Ausführungen zu machen. Für die gleichzeitig abgegebene Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, die Zustimmung zum Volksbegehren durch die ÖVP wäre doch eine Aufwertung der Freiheitlichen gewesen, bin ich ihm dankbar, denn diese Mitteilung beleuchtet klar und deutlich die richtige Auffassung innerhalb der ÖVP über das demokratische Instrument eines Volksbegehrens, denn das ist in Wahrheit der Gesichtspunkt der ÖVP für das erste Volksbegehren in Österreich, für die erstmalige Anwendung der in der Bundesverfassung verankerten direkten Demokratie. Nicht der Wille der 833.000 Österreicher und Österreicherinnen, sondern die Angst, es könnten die Freiheitlichen dadurch aufgewertet werden! Nur ja nicht in diesem Hohen Hause einmal mit den Freiheitlichen zusammen stimmen!

Meine Damen und Herren! Daß ich mit dieser Auffassung nicht allein bin, geht aus einigen Pressestimmen in Zeitungen hervor, die keineswegs als freiheitliche Zeitungen anzusprechen sind. Zum Beispiel schreibt die „Kleine Zeitung“, Graz:

„Das Volksbegehren ist, zumindest für diese Gesetzgebungsperiode, gestorben: Gemeuchelt von den bestimmten Kreisen der SPÖ, die sich auch über die Forderungen der Gewerkschaftler kurzerhand hinwegsetzten, da sie ihre Positionen im Fernsehen um keinen Preis aufgeben wollen, zu Grabe getragen“ — schreibt die „Kleine Zeitung“, Graz weiter — „von der Österreichischen Volkspartei, die in letzter Zeit so viele schöne Worte für dieses Volksbegehren gefunden hatte, die aber um ihren Einfluß im Hörfunk allzusehr zittert, als daß sie den Mut gefunden hätte, ihren Worten Taten folgen zu lassen ... Die Parteien werden bald draufkommen, daß ihr Sieg ein Pyrrhussieg war, den sie auch teuer erkaufen, ein Sieg, der vieles von dem ohnehin nur noch bruchstückhaft vorhandenen politischen Vertrauen in weitesten Kreisen noch weiter zerstört. Ein Sieg“ — so schreibt die „Kleine Zeitung“, Graz —, „der ein Sieg über die Demokratie ist.“

Nicht ich sage das, sondern die „Kleine Zeitung“ in Graz. Es heißt dort weiter:

„Jetzt ist das Spiel der Heuchelei zu Ende. Die Karten liegen auf dem Tisch, und viele Wähler werden den bevorstehenden Wahlkampf dazu benützen, den Abgeordneten beider Regierungsparteien jene peinliche Frage zu stellen, die das Exekutivkomitee der unabhängigen Presse so formuliert hat: „Herr Abgeordneter! Wie war das mit dem Volksbegehren?““

Eine andere Zeitung, von der man weiß, daß sie nicht der Freiheitlichen Partei, wohl aber dem Herrn Bundesobmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, dem Präsidenten dieses Hohen Hauses, Herrn Dr. Maleta, sehr nahesteht, die „Oberösterreichischen Nachrichten“, hat zu diesem Gegenstand geschrieben:

„Eine Koalition, die in den letzten Wochen das allenfalls noch vorhandene kümmerliche Restchen von Treu und Glauben in einem ungeheuren Bankrott verwirtschaftet hatte“ — das steht in den „Oberösterreichischen Nachrichten“, Linz! —, „vermochte am vergangenen Donnerstag noch einmal Koalitionstreue zu produzieren: Zwietracht fand sich zu einmütigem Verrat am Volksbegehren. Gemeinsam wurde ein oppositioneller Antrag abgelehnt“ — den Namen „FPÖ“ sollst du nie nennen in solchen Blättern! —, „dem parlamentarischen Volksbegehrensausschuß eine Frist zur Berichterstattung an das Plenum zu setzen. Vereint hatten die Abgeordneten der ÖVP und SPÖ das bißchen Glauben in ihren demokratischen Willen in den Staub getreten. Was 832.000 ihrer Wähler als Auftrag an sie unterschrieben hatten, wurde an diesem Donnerstag“ — dem 4. November, muß man dazusagen — „in schöner Eintracht und Gemeintraut behandelt wie ein beliebiger Fetzen Papier. Hinab mit ihm! Das zeigt, wieviel jeder der beiden Koalitionsparteien in Wahrheit am Volksbegehren gelegen war und ist. Die SP empfand es von vornherein als Bedrohung ihres Machtbereiches, und die VP versuchte es als Mittel zum Zweck der Erweiterung ihres Machtbereiches gegenüber der SP zu benützen. Der Inhalt des Volksbegehrens war beiden gleich unwichtig: die Generalreform unseres Rundfunks und seine Loslösung aus der Parteiknechtschaft, um ein objektives Informationsinstrument aus ihm zu machen. Jedes beifällige Wort, das daher über das Rundfunkvolksbegehren von seiten der Parteien“ — das soll doch heißen: Regierungsparteien — „gesprochen wurde, war hohl und leer. Was aber am Donnerstag im Parlament geschah, stellte nur den letzten Akt einer schamlosen Selbstentlarvung dar.“

Ich würde mich nie trauen, hier in diesem Hohen Hause von einer der Regierungsparteien so zu sprechen. (*Heiterkeit!*)

Dr. van Tongel

Meine Damen und Herren! Die vorgerückte Zeit und die Tatsache, daß meine Fraktionsfreunde noch genügend Gelegenheit haben werden, hier in diesem Hohen Hause heute unsere Auffassungen darzulegen, enthebt mich der Verpflichtung, aufzuzeigen, daß eine Fülle von Gesetzesvorlagen, gar nicht zu reden von den Initiativanträgen, in diesem Hohen Hause ruht, die nicht erledigt worden sind. Ich möchte nur eine erwähnen, weil man sich mit dieser gerne so wichtig macht.

Vor kurzem hat in Wien ein Kolloquium stattgefunden, das sich mit der Europäischen Menschenrechtskonvention befaßt hat. Es wurden tönende Reden gehalten, aber nicht gesagt wurde folgendes: Österreich hat diese Europäische Menschenrechtskonvention schon vor vielen Jahren unterschrieben, und auch der Nationalrat hat sie ratifiziert. In der vergangenen IX. Gesetzgebungsperiode hat die Bundesregierung dem Nationalrat eine allerdings nicht in allen Punkten ausreichende Gesetzesvorlage, aber immerhin eine Gesetzesvorlage vorgelegt, womit die österreichische Rechtsordnung den Bestimmungen dieser von Österreich unterzeichneten und ratifizierten Europäischen Menschenrechtskonvention angepaßt werden sollte. Für diese Regierungsvorlage wurde vom Verfassungsausschuß ein Unterausschuß eingesetzt. In diesem Unterausschuß kam es zu einem Koalitionsstreit wegen einer an sich nicht sehr aufregenden Bestimmung, und seither ruht die Angelegenheit. In der X., in der jetzigen, seit November 1962 laufenden Gesetzgebungsperiode hat die Bundesregierung dieses sogenannte Aufstockungsgesetz zur Anpassung an die Menschenrechtskonvention überhaupt nicht mehr eingebracht. Man hat es einfach liegen lassen, aber man hält Kolloquien ab und produziert tönende Reden.

Meine Damen und Herren! Noch etwas: Am 2. April 1964 haben wir hier die Regierungserklärung der Regierung Klaus-Pittermann gehört. Ich darf schon mit Rücksicht auf die heutigen Szenen hier in diesem Hohen Hause Ihnen allen einige Sätze aus dieser Regierungserklärung in Erinnerung rufen, denn ich glaube, Sie selbst haben Sie nicht so oft gelesen wie ich; denn wenn Sie sie öfters gelesen hätten, hätten Sie vielleicht darüber nachgedacht. Bundeskanzler Dr. Klaus erklärte damals namens der Gesamtregierung, daher auch namens der sozialistischen Regierungsmitglieder:

„In seinen Grundsätzen“ — ich zitiere wörtlich — „ist das Programm der neuen Regierung gleichgeblieben.“ — Wozu man dann die andere, die vorherige, abgelöst hat, weiß man nicht. — „Diese Regierungserklärung ist eine Erklärung der beiden in dieser Regie-

rung vertretenen Parteien. Mit dieser Erklärung erneuern wir zugleich auch unser Bekenntnis zur Zusammenarbeit. Ich möchte allerdings von vornherein betonen, daß wir die großen vor uns liegenden Aufgaben nur dann bewältigen werden können, wenn diese Gemeinsamkeit nicht nur Lippenbekenntnis ist, sondern in den vor uns liegenden Monaten und Jahren durch Taten erhärtet wird. Mit dem Bekenntnis zur Zusammenarbeit, aber auch mit dem Bekenntnis zur Sparsamkeit auf allen Gebieten, insbesondere im Staatshaushalt, und mit dem Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit und zu anderen wesentlichen Grundsätzen allein ist es nicht getan. Wir werden — ich wiederhole dies ausdrücklich — für alle diese Bekenntnisse in der vor uns liegenden Zeit täglich aufs neue konkrete Beweise zu erbringen haben.“

Wie diese konkreten Beweise ausgesehen haben, davon hat sich nicht nur der Hohe Nationalrat, sondern vor allem auch unsere ganze Bevölkerung überzeugen können. Und diese „täglich aufs neue“ zu beweisende Zusammenarbeit hat ihren Höhepunkt in der Budgetkrise des 22. Oktober 1965 gefunden, bei der es dem Volk völlig gleichgültig ist, welche Anträge von wem wo in dieser oder jener Form gestellt, von wem dann wieder irgendeinmal etwas zurückgezogen worden ist, sondern das Volk sieht in der Unfähigkeit der Regierung, die wichtigste Aufgabe einer Staatsführung zu lösen, nämlich einen Haushaltsplan vorzulegen, den Zusammenbruch eines Systems, dem natürlich nur die einzig logische Folge folgen kann: der Rücktritt dieser Regierung, und zwar ein Rücktritt, der ein wirklicher Rücktritt der Regierung ist; nicht ein Rücktritt, wo man bei der einen Tür hinausgeht und bei der anderen wieder hereinkommt und dann mühsame Konstruktionen erfindet, um den Artikel 71 der Bundesverfassung über die zeitweilige Betrauung mit der Fortführung der Verwaltung für das Weiterverbleiben der „Demissionierten“ zu mißbrauchen.

Meine Damen und Herren! In Österreich ist in der Zweiten Republik folgendes zur Gepflogenheit geworden: Wenn eine Regierung versagt und dem Parlament keinen Haushaltsplan vorlegen kann, so tritt nicht die Regierung zurück, sie kommt in dieser oder jener Form immer wieder in der gleichen Zusammensetzung bei einer anderen Tür herein, aber regelmäßig wird das Parlament in die Wüste geschickt. Sehen Sie, das ist jene parlamentarische Demokratie in Österreich, über die wir heute so viele Deklamationen gehört haben.

Ich versage es mir, meine Damen und Herren, alle anderen Dinge aus dieser Regierungs-

Dr. van Tongel

erklärung noch zu zitieren. Man könnte stundenlang reden, aber es folgt ja heute noch einiges hier.

Wie sehr die beiden Koalitionsparteien selbst wissen, wie es in dieser Koalition aussieht, das beweist die Koalitionspresse. Wieder muß ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten einige Pressestimmen zu Ihrer Auffrischung, damit Sie nämlich wissen, was die öffentliche Meinung über Sie, meine Damen und Herren, sagt, zitieren.

„Dem Grazer ÖVP-Organ ‚Süd-Ost-Tagespost‘ gibt im Zusammenhang mit den vielen politischen Fehlleistungen der Regierung die ständig härter werdende Kritik des Auslandes zu denken. Sehr offenmütig bemerkt das Blatt, aus dem wegen der großen Koalition vor wenigen Jahren noch beneideten Österreich sei nun“ — und das ist ein wörtliches Zitat — „ein bedauertes und immer wieder hämisch glossiertes geworden.“

Wir werden ja sehen, ob man bei der Diskussion Anfang Dezember mit dem „Spiegel“ in der Lage sein wird, nicht nur die Entgleisungen, die zweifelsohne in diesem Artikel auch enthalten sind, zu widerlegen, sondern ob man in der Lage sein wird, die richtigen Behauptungen dieses „Spiegel“-Artikels zu entkräften. Jedenfalls haben sich die bundesdeutschen Wähler dieses beneidete, bewunderte Österreich mit seiner großen Koalition nicht als Vorbild genommen, um bei der Bundestagswahlentscheidung dementsprechend zu handeln. (Abg. Dr. J. Gruber: Aber die FDP ist auch nicht stärker geworden!) Ich bin hier keinesfalls berufen, mich in die reichsdeutsche Innenpolitik einzumischen. (Abg. Dr. J. Gruber: Warum zitieren Sie es dann?) Das überlasse ich Ihnen. Ich habe jetzt nicht die FDP zitiert, ich habe von den bundesdeutschen Wählern gesprochen, die sich Österreich nicht als Vorbild genommen haben. Das ist wohl eine historische Tatsache. Wenn es Sie aber beruhigt, daß die FDP schwächer geworden ist, und wenn es Ihr Lieblingswunsch ist, auch in Deutschland eine große Koalition zu haben, dann kennzeichnet das die Verlogenheit Ihres Kampfes, Herr Dr. Gruber, mit dem Plakat „Pittermann will an die Macht“. Sie werden sich mit ihm wieder genauso koalieren wie vorher. Das muß an dieser Stelle gesagt werden. Sie bedauern, daß in Deutschland die große Koalition nach österreichischem Proporzmuster nicht zustande kam! Jawohl, das können Sie jetzt nicht wegschaffen. Überlegen Sie sich Ihre Zwischenrufe bitte vorher! (Abg. Mayr: So verdrehen Sie alles! — Abg. Dr. J. Gruber: Das hat weh getan!) Was haben Sie gesagt? Ich verdrehe alles? Ja, das wollen Sie mir bitte nach-

weisen. Ich habe gesagt: Die bundesdeutschen Wähler haben sich Proporz-Österreich nicht als Vorbild genommen. Wo ist da eine Verdrehung? (Abg. Dr. J. Gruber: Sie haben gesagt, daß es unser Lieblingswunsch ist! Das hat er ja nicht gesagt! Und das haben Sie verdreht!) Ihr Wunsch, Herr Gruber, sonst hätten Sie nicht diesen Zwischenruf gemacht. (Abg. Dr. J. Gruber: Das haben Sie verdreht! Da sind Sie ja Meister!) Ich habe nichts verdreht, ich kenne Ihren Zwischenruf, Ihre Absichten genau. Sie leben ja von der großen Koalition. (Heiterkeit.)

Das Grazer ÖVP-Organ, „Süd-Ost-Tagespost“, ein offizielles Parteiorgan, fährt fort:

„Diese Kritik“ — an der großen Koalition, an den österreichischen Regierungsmethoden — „läßt sich durch scheinheilige Beteuerungen, wieviel die Österreicher der Zusammenarbeit zwischen ÖVP und SPÖ verdanken, nicht mehr zum Verstummen bringen. Während sozialistische Zeitungen noch immer die Angriffe des ‚Spiegels‘ auf die schwarz-rote Koalition als eine dreiste Frechheit zurückweisen, wird dieses System nunmehr von österreichischen Zeitungen, die stets als koalitionstreu galten, derart heftig unter Beschuß genommen, daß die vom ‚Spiegel‘ abgefeuerten Salven daneben wie Blindgänger erscheinen.“

Also, wir brauchen gar nicht den „Spiegel“ für eine Kritik an der österreichischen Koalition, uns genügt die österreichische Koalitionspresse vollkommen, wie die von mir zitierten Zeitungen beweisen.

Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ sagen daher mit Recht:

„Die Regierung hat versagt: Sie hat sich angesichts der größten Naturkatastrophe der Zweiten Republik unfähig erwiesen, rasch die notwendigen Gesetze zu beschließen. Selbst in dieser außergewöhnlichen Situation, die außergewöhnliche Maßnahmen erfordert, ist sie über die Tiefebene des gewöhnlichen Zankes nicht hinausgekommen: die Koalitionspartner haben vor den Augen des ganzen Volkes das bisher beschämendste Schauspiel geliefert: eine öffentliche Bankrotterklärung.“

Vielleicht werden Sie auch der ÖVP-Zeitung „Süd-Ost-Tagespost“ ...

Präsident Wallner: Ich bitte den Herrn Abgeordneten, einen Augenblick innezuhalten.

Ich habe inzwischen an Hand des stenographischen Protokolls die mir notwendig erscheinenden Feststellungen machen lassen und erteile nun nachträglich dem Herrn Abgeordneten Altenburger den Ordnungsruf. (Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)

Abgeordneter Dr. van Tongel (*fortsetzend*): Ich möchte den Herrn Präsidenten nicht kritisieren, aber zweifellos hätte diese präsidentielle Erklärung Zeit gehabt, bis ich mit meiner Rede fertig bin. (*Abg. Prinke: Es ist ein Wechsel im Vorsitz!*) Es ist nicht üblich, einen Redner mit Erklärungen des Präsidenten, die mit dessen Rede gar nichts zu tun haben, zu unterbrechen. Aber bitte, in diesem aufzulösenden Haus ist es ja schon gleichgültig, wie das alles gemacht wird.

Herr Dr. Gruber wird den „Oberösterreichischen Nachrichten“ keinesfalls vorwerfen können, sie hätten das verdreht. Aber, meine Herren, es geht noch weiter.

Das schon zitierte Blatt — ich kann nichts dafür, Herr Präsident Dr. Maleta, das Ihnen sehr nahesteht —, die „Oberösterreichischen Nachrichten“ schreiben jetzt folgendes — an guter Koalitions gesinnung hat es diesem Blatt bekanntlich nicht gefehlt —: „Die Bankrott-erklärung der Regierung wäre nur halb so tragisch, wenn die Verursacher“ — für dieses Deutsch kann ich nichts, meine Herren — „dieses Bankrotts die nötigen Konsequenzen daraus zögen und sich selbst oder das System oder beides änderten oder anderen Platz machten. In einer Demokratie stünde angesichts dieser Situation zumindest eine dieser Möglichkeiten zur Debatte.“ — Da haben sie recht, da kann man nichts machen. — „Bei uns“ — in Österreich — „nicht. Da ist es verpönt, derlei auch nur anzudeuten, und wer es tut, wird sofort der destruktiven Kritik bezichtigt. Sehr weit ist diese Art der Argumentation nicht entfernt vom Sabotagegeschrei, mit dem man in den Volksdemokratien jede Kritik abwürgt. Je unfähiger sich unsere Regierungsmitglieder erweisen, Entscheidungen herbeizuführen, desto empfindlicher werden sie, denn sie möchten gern in Unfähigkeit vereint bleiben, bis der Tod Österreichs sie scheidet. Psychologisch ist diese Haltung gewiß verständlich, aber respektieren werden wir sie deshalb nicht. Im Gegenteil: Der Zeitpunkt ist da, das Recht auf demokratische Respektlosigkeit mit allem Nachdruck geltend zu machen.“

So schreiben die „Oberösterreichischen Nachrichten“ in Linz.

Meine Damen und Herren! Ich hätte die Sturmszenen zumindest auf einer Seite dieses Hohen Hauses erleben wollen, wenn ich mir erlaubt hätte, solche Sätze zu sagen. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Quod licet Iovi ...!*) Das hat ein Größerer in diesem Hause schon einmal gesagt, und es war deshalb nicht richtiger.

Meine Damen und Herren! Die Demission und Wiederbetrauung der gegenwärtigen Bun-

desregierung ist ein Schlußpunkt. Diese Demission und diese ganze „Betrauung mit der Fortführung der Verwaltung“ war und ist eine Farce. Es ist der Versuch, sich mit Gewalt an der Macht zu halten, es ist der Versuch, durch die Konstruktion der „einstweiligen Fortführung der Geschäfte“ diese tote Koalition mindestens noch sechs Monate aufrechtzuerhalten.

Die freiheitlichen Abgeordneten werden aus allen diesen Gründen selbstverständlich gegen das Budgetprovisorium stimmen. Sie stellen aber in dieser Stunde, da unaufrichtige Spar-samkeitsparolen gegeben werden, da Schilling-Schützer auftreten, die aber den Schilling nicht schützen, da Plakate mit falschen Parolen von beiden Koalitionsparteien angeschlagen werden, da Minister dieser Koalitions-regierung im Zeichen ihrer „Zusammenarbeit“ mit bezahlten Anzeigen in österreichischen Tageszeitungen gegeneinander einen Inseraten-krieg führen, dessen Bezahlung sie offenkundig dem Steuerträger überlassen — denn diese Minister haben auf die Anfrage der freiheitlichen Abgeordneten, wer diese Inserate bezahlt, bis heute nicht geantwortet —, einen Antrag. Im Zeichen solcher Vorgänge können wir freiheitlichen Abgeordneten dieser Bundes-regierung kein Vertrauen entgegenbringen. Wir beantragen heute in dieser Stunde ein Mißtrauensvotum und beantragen folgende Entschliebung:

Der Nationalrat versagt gemäß Artikel 74 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 den Mitgliedern der am 25. Oktober 1965 aus dem Amte geschiedenen Bundesregierung, die am selben Tage vom Herrn Bundespräsidenten gemäß Artikel 71 des Bundes-Verfassungsgesetzes mit der Fortführung der Verwaltung betraut wurde, das Vertrauen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen von acht Abgeordneten unterstützten Antrag zur Abstimmung zu bringen.

Die Erklärungen beider Koalitionsparteien, die heute von den Abgeordneten Prinke und Uhlir hier dargelegt wurden, beweisen, daß, wie immer die Nationalratswahl am 6. März 1966 ausgehen wird, die Koalition von ÖVP und SPÖ fortgesetzt werden soll und wird. Es ist also klar: Wer Klaus wählt, wählt Pittermann, und wer Pittermann wählt, wählt Klaus. Das muß den Österreichern gesagt werden, wenn sie am 6. März über Österreichs Zukunft entscheiden werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Der vom Herrn Abgeordneten Dr. van Tongel gestellte Antrag ist genügend unterstützt und steht zur Debatte.

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner

Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Moser gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Moser (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hatte am Beginn der heutigen Aussprache zunächst nicht die Absicht, mich an der Diskussion zu beteiligen. Aber nach dem, was der Herr Abgeordnete Prinke hier erklärt hat, glaube ich, muß man reden, weil Schweigen sonst vielleicht als Zustimmung gewertet werden könnte. Ein gewählter Abgeordneter muß auch dann reden, wenn von der Regierungsbank her ein Minister die Abgeordneten so quasi rügen will. Meine Damen und Herren! Ich als freigewählter Abgeordneter war und bin nach wie vor der Meinung, daß das unser Haus, das Abgeordnetenhaus ist und daß hier auf dieser Regierungsbank die Regierung den Abgeordneten verantwortlich ist (*Beifall bei der SPÖ*), daß sich aber kein Regierungsmitglied etwa das Recht herausnehmen darf, zu beurteilen, ob der Abgeordnete recht oder unrecht gehabt hat. (*Ruf bei der ÖVP: Sagen Sie das dem Pittermann!*) Wenn ein Regierungsmitglied polemisieren will, dann hat es auf diesen Platz hier herunterzugehen, es hat aber nicht das Recht, von der Regierungsbank aus eine Polemik gegen einen oder gegen eine Zahl von Abgeordneten in diesem Haus zu entfachen. (*Abg. Mayr: Aber er hat das Recht, die Wahrheit zu vertreten!*)

Meine Damen und Herren! Die Tatsache, daß das Parlament im Begriffe ist, ein Provisorium für die ersten sechs Monate des nächsten Jahres zu beschließen, und daß es im Begriffe ist, in der nächsten Woche einen Auflösungsbeschluß zu fassen, kann nicht vorübergehen, ohne im Hinblick auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Prinke dazu etwas zu sagen.

Noch im Sommer dieses Jahres hat der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann dem Bundeskanzler und Parteiboss der Österreichischen Volkspartei vorgeschlagen, das letzte Jahr dieser Legislaturperiode zur fruchtbaren Arbeit in der Regierung und im Parlament zu verwenden. (*Abg. Hartl: Umgekehrt! Das wollt ihr nicht wegen des Olah!*) Ich habe den Eindruck, daß sich der Herr Bundeskanzler in seiner eigenen Partei nicht durchgesetzt hat und die Österreichische Volkspartei schon damals nicht bereit gewesen ist, dem Wunsche der Sozialisten in diesem Hause zu entsprechen. Ich glaube daher auch, daß es angesichts dieser Tatsache notwendig ist, auch einige Dinge klar auszusagen.

War es nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 sicherlich die vordringlichste Aufgabe der Regierung und des Parlaments, die Ernährung

der Menschen in unserem Staate sicherzustellen und sodann auch für ein ausreichendes Angebot an Bekleidung zu sorgen, so ist leider die Vorsorge für eine ausreichende Zahl von Wohnungen eine bis heute noch ungelöste Frage. Das ist deshalb ein so dringendes Problem, weil die Wohnung die dritte Voraussetzung für die menschliche Existenz überhaupt ist.

Eine Überwindung des Mangels an Wohnungen läßt sich aber sicherlich nicht so ohne weiteres durchführen, jedenfalls nicht, glaube ich, in der Form, wie der Mangel an Nahrungsmitteln und Bekleidungsgegenständen überwunden werden kann. Denn während der Mangel an Nahrung und auch der Mangel an Bekleidung dann, wenn im Inland nicht genügend produziert wird, durch Importe aus dem Ausland behoben werden kann, so ist ein Import von Wohnungen ja nicht möglich. Wir sind daher einzig und allein auf die Herstellung und Erzeugung von Wohnungen im Inland angewiesen. Dazu kommt wohl auch noch, daß die Herstellung von Lebensmitteln oder die Erzeugung von Bekleidungsgegenständen einen wesentlich kürzeren Zeitraum in Anspruch nimmt als etwa die Herstellung von Wohnungen. Daraus ergibt sich auch, daß ein Notstand an Wohnungen sicherlich nur in einem weitaus längeren Zeitraum überwunden werden kann als der Notstand an Nahrung und Bekleidung.

Ich möchte heute nicht wieder, wie ich es schon wiederholt getan habe, auf die Ursachen unseres derzeitigen Wohnungsnotstandes zu sprechen kommen. Ich möchte nur wieder einmal dem Märchen entgegentreten, daß es einmal in Österreich bereits eine Zeit gegeben habe, wo die Menschen eine ausreichende Anzahl von gesunden Wohnungen zur Verfügung hatten, denn in der Zeit, als die Herstellung von Wohnungen einzig und allein dem privaten Kapital überantwortet war, wurden die Wohnungen nicht etwa nach sozialen Grundsätzen, sondern rein nach den Grundsätzen des Profites und der Rentabilität erbaut, und jeder Quadratzentimeter unter einem Dach, sei er im Keller oder auf dem Dachboden, wurde als Wohnraum verwendet. Die Folge davon war die Zusammenballung von Menschen in diesen Wohnungen, weil die gesunden Wohnungen einen Preis aufwiesen, den sich die Menschen nicht leisten konnten. Ja sogar die schlechten Wohnungen hatten einen solchen Preis, daß er oft nur durch die Hereinnahme von Untermietern und Bettgehern überwunden werden konnte. Die Statistik sagt uns doch, meine Damen und Herren, daß etwa um die Jahrhundertwende pro Kopf der Bevölkerung nur eine Wohnfläche von etwa 4 m² zur Verfügung stand.

Moser

Allein diese Statistik beweist uns, daß seit eh und je ein enormer Mangel an Wohnraum vorhanden gewesen ist.

Aber abgesehen von diesem rein ziffernmäßigen Mangel wird ja die heutige Situation dadurch besonders verschärft, daß der größte Teil unserer Altwohnungen als sogenannte Substandardwohnungen anzusehen ist. Ich nenne hier nur die Ziffern, die in der letzten amtlichen Häuser- und Wohnungszählung erarbeitet wurden. Wir verfügten in Österreich zum Zeitpunkt dieser Zählung über 2.153.000 Wohnungen. Von diesen Wohnungen waren leider — müssen wir sagen — nur 456.820 gut ausgestattet, während 694.652 Wohnungen als schlecht ausgestattete Wohnungen gezählt wurden, als Substandardwohnungen, als Wohnungen, die weder über eine eigene Wasserleitung noch über ein eigenes Klosett, geschweige denn über ein Badezimmer verfügen. Wir müssen daher leider auch dazusagen, daß etwa ein Drittel unseres gesamten Wohnbestandes schlecht ausgestattet ist.

Daraus ergibt sich aber auch die Frage: Wie viele Wohnungen brauchen wir dringend? Wenn man sich diese Frage vorlegt, muß man sich zuerst einmal darüber klarwerden, wie hoch der rein ziffernmäßige Fehlbestand ist. Ich weiß, daß diese Feststellung des ziffernmäßigen Fehlbestandes in irgendeiner Form eine gewisse Problematik in sich trägt, aber ich halte die Methode der Gegenüberstellung der Haushalte zu den Wohnungen unter der Voraussetzung, daß man jedem Haushalt eine Wohnung zubilligen muß, doch für einen geeigneten Weg. Er ist natürlich deshalb problematisch, weil ein Überschuß an Wohnungen beispielsweise in einem Grenzbezirk, wie Radkersburg, unter Umständen nicht den Mangel an Wohnungen in Graz oder in Leoben beheben kann. Bei dieser schematischen Gegenüberstellung kommen aber solche Verschiebungen vor.

Wenn wir jedoch den Ergebnissen dieser damaligen Zählung folgen, dann sehen wir, daß 2.313.323 Haushalten 2.249.678 Wohnungen gegenüberstanden, das heißt, der reine, nackte, ziffernmäßige Fehlbestand betrug eigentlich nur 63.645 Wohnungen. Wenn man dazu noch die rund 67.000 Familien zählt, die in Notwohnungen untergebracht sind, dann müssen wir sagen, daß wir einen ziffernmäßigen Fehlbestand von ungefähr 120.000 Wohnungen haben. Wenn alle unsere anderen Wohnungen seinerzeit nicht nach den Grundsätzen des Profits und der Rentabilität gebaut worden wären, sondern wenn sie als gesunde Wohnungen errichtet worden wären, dann, meine Damen und Herren, würde uns an sich dieses Wohnungsdefizit keine allzu großen Sorgen bereiten.

Aber zu diesem echten Fehlbestand von rund 63.600 Wohnungen kommen noch die fast 700.000 Substandardwohnungen, die wir auch zu ersetzen haben und die wir ersetzen müssen.

Ich frage mich nun manchmal selber: Kann angesichts dieser großen Zahl das Problem überhaupt gelöst werden? Oder haben jene recht, die sagen: Mit den Mitteln des sozialen Wohnungsbaues gibt es keine Beseitigung des Wohnungsnotstandes! Es müsse, wie sie sagen, der Mieterschutz abgebaut und das private Kapital angereizt werden, Wohnungen zu bauen. Nur so gäbe es eine Lösung.

Meine Damen und Herren, ich frage mich: Warum investiert denn das private Kapital nicht? Wir alle wissen doch, daß es überhaupt kein gesetzliches Hindernis für solche Investitionen gibt, wir alle wissen doch, daß der Mietzins in einem solchen Haus keinerlei Schranken unterworfen wäre. (*Abg. Prinke: Was kostet dann die Miete, Herr Kollege? Das sagen Sie auch!*) Ja, und jetzt sage ich Ihnen, warum es nicht geschieht.

Nehmen wir die 67 m² große Wohnung, die wir uns als Durchschnittswohnung vorstellen, und sagen wir dazu, daß die Herstellung dieser Wohnung heute 214.000 S kostet. Und jetzt greifen wir zum Rechenstift. Nehmen wir den Fall an, daß wir jemanden fänden, der sagt: Ich möchte das investierte Kapital erst in 100 Jahren wieder zurückhaben und nur mit 4 Prozent verzinst. Die 67 m² große Wohnung kostet dann netto 967 S und brutto um einige hundert Schilling mehr. Wenn Sie bei 100 Jahren Laufzeit 6 Prozent Verzinsung haben wollen — man kann das Geld heute noch viel besser anlegen als bis zu 6 Prozent —, dann beträgt der Nettopreis bereits 1330 S. Wenn Sie haben wollen, daß das Kapital schon in 20 Jahren zurückfließt, dann würde diese Wohnung — das sind bei 67 m² maximal zwei Zimmer und ein Kabinett, also wirklich noch keine phantastische Wohnung — bei 6 Prozent Verzinsung netto bereits 2040 S kosten.

Nun sage ich Ihnen: Ein Wohnungsbau in der Form, daß die Menschen, die die Wohnungen brauchen, vor den Häusern stehen und sagen: „Schön wäre es schon, da drin zu wohnen, aber bei meinen Einkommensverhältnissen kann ich es mir nicht leisten!“, wird nie imstande sein, das Problem zu lösen! (*Beifall bei der SPÖ.*) Meine Damen und Herren! Ich glaube daher, daß uns nur der soziale Wohnungsbau zur Verfügung steht.

Stimmt nun die Behauptung, Herr Kollege Prinke, die Sie auch heute wieder aufgestellt haben, daß mehr Wohnungen verfallen als neu gebaut werden? (*Abg. Prinke: Ja!*) Auch hier muß man die Statistik zu Rate

Moser

ziehen. Aus dieser Zählung ergibt sich, daß von 1951 bis 1961 einem Zugang von 361.875 nach der Baustatistik ein Abgang von 17.832 Wohnungen gegenübersteht, sodaß der Nettozugang eigentlich rund 344.000 Wohnungen betragen müßte. Es ist doch falsch, und es ist doch nur ein Propagandaschlager, wenn gesagt wird, daß heute mehr Wohnungen verfallen, als gebaut werden. Diese Behauptung ist un wahr. (*Abg. Prinke: Wo ist der Zuwachs, Herr Kollege?*) Ja, Herr Kollege Prinke, ich nehme an, daß auch Sie die Statistik sehr genau studieren, und ich nehme an, daß Sie sich auch einer Quelle bedienen, die (*eine Broschüre vorzeigend*) Ihnen unverfänglich erscheint, so wie ich es tue. (*Abg. Prinke: Ausgezeichnet!*) Wir beschäftigen uns auch mit Veröffentlichungen aus Ihren Kreisen. Ihr Gewährsmann kommt doch zu dem Ergebnis: Es sind keine 344.000 Wohnungen zugenommen, sondern nur 192.577. (*Abg. Prinke: Also, die Statistik stimmt!*) Das ist auch eine Ziffer, die natürlich einen echten Zugang bedeutet und nicht etwa einen Beweis dafür — wie Sie sagen —: Es verfällt mehr, als neu gebaut wird.

Aber Ihr Gewährsmann, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, kommt zu der Frage: Wo bleiben denn dann diese anderen Wohnungen? Er kommt zu dem Ergebnis, daß eine Unzahl von Wohnungen durch Zweckentfremdung, durch Umwandlung in Büroräumlichkeiten, in Lager räumlichkeiten, auch durch Zusammenlegungen den Wohnungsuchenden entzogen worden sind.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialisten waren und sind seit eh und je der Auffassung, daß in dieser Situation, daß in dieser Zeit das unkontrollierte Umwandeln von Wohnraum zu anderen Zwecken unterbunden werden müßte, untersagt werden müßte. Wir Sozialisten haben nicht nur in dieser Periode, sondern auch schon in der früheren Initiativanträge nach dieser Richtung hin eingebracht, die leider, leider nicht behandelt werden konnten, weil die Österreichische Volkspartei sich geweigert hat, das zu machen. (*Abg. Prinke: Wie das Gesamtkonzept, das wir vorgelegt haben!*)

Aber zurück zur Frage, ob der soziale Wohnungsbau imstande ist, das Wohnungsproblem zu lösen. Was ist bisher geschehen? Ich sage nichts Neues, wenn ich auf die drei Fonds verweise: Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, Wohnhaus-Wiederaufbau fonds und Wohnbauförderung 1954. Diese drei Fonds haben doch seit dem Jahre 1948 320.525 Wohnungen gebaut. Sie haben damit nicht nur den im Jahre 1948 bestandenem Fehlbestand

an Wohnungen wesentlich abgebaut, sondern, was wir nicht übersehen sollten, auch zu einer erheblichen Auflockerung der Wohndichte bei uns geführt. (*Abg. Rosa Jochmann: So ist es!*)

Es standen noch im Jahre 1900 pro Kopf der Bevölkerung nur etwa 4 m² zur Verfügung, und es stehen uns heute — Gott sei Dank, muß man sagen — bereits 14 m² Wohnraum pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung. Das ist eine beachtliche Leistung, die der soziale Wohnungsbau vollbracht hat. Wir bauen heute — da gehe ich konform mit dem Herrn Abgeordneten Prinke — etwa 35.000 bis 40.000 Wohnungen im Jahr. Davon werden zwei Drittel, nämlich rund 26.000 Wohnungen vom sozialen Wohnbau errichtet.

Worunter wir aber leiden, ist, daß diese Fonds eine voneinander völlig abweichende Finanzierungsmethode haben. Die Wohnungsuchenden können es nicht begreifen, und ich rechne mich auch zu denen, die es nicht begreifen können, daß wir nicht imstande sind, bei gleichen Voraussetzungen auch gleiche Bedingungen zu schaffen. (*Abg. Prinke: Vorschläge sind bereits da!*)

Ich erspare es mir, auf die unterschiedlichen Finanzierungsmethoden der einzelnen Fonds einzugehen, weil ich sie doch in diesem Hause als bekannt voraussetzen darf. Die beiden Regierungsparteien haben ein Komitee eingesetzt, das diese Fragen bereinigen oder lösen sollte. Meiner Meinung nach ist eine Lösung gefunden worden. Meiner Meinung nach ist ein Weg gefunden worden, der einen erheblichen Fortschritt, einen großen Schritt nach vorwärts gebracht hätte. Ich denke daran, daß in Zukunft 90 Prozent der Mittel bei den beiden Fonds — Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und Wohnhaus-Wiederaufbau fonds — praktisch über den Bund finanziert werden sollten und der Wohnungsuchende selbst nur eine Eigenleistung von 10 Prozent aufzubringen gehabt hätte, und wir wissen dazu noch, daß an Stelle der 14.000 Wohnungen, die diese Fonds heute finanzieren, ab 1. Jänner 1966 beide Fonds zusammen 18.000 Wohnungen, also je 9000 Wohnungen finanzieren sollten.

Es wurde auch die Frage der finanziellen Bedeckung dieser Fonds durchaus in einer Form gelöst, die man akzeptieren kann. Wenn ich weiß, daß die Fonds selber 1,9 Milliarden Schilling Eigenaufbringung nachweisen können, daß der Bund 100 Millionen Bundeszuschuß gibt, sodaß wir 2 Milliarden haben, und wenn ich weiß, daß die 10 Prozent der Eigenleistung 390 Millionen Schilling ausmachen, weil 18.000 Wohnungen 3,9 Milliarden Schilling kosten würden, und wenn ich dazu noch weiß, daß letztlich durch ein

Moser

System garantiert worden wäre, daß der Bewohner einer solchen Wohnung pro Quadratmeter mit maximal 5 S an laufender Belastung zu rechnen gehabt hätte — dann, meine Damen und Herren, kann ich sagen, daß das meiner Auffassung nach ein sehr großer Schritt nach vorwärts gewesen wäre. *(Abg. Prinke: Warum haben Sie die Verhandlungen abgebrochen?)*

Meine Damen und Herren! Die Lösung ist gescheitert; sie ist deshalb gescheitert, weil die Österreichische Volkspartei verlangt hat, nicht nur auf dem Neubausektor, sondern, wie Sie, Kollege Prinke, heute gesagt haben *(Abg. Prinke: Alles!)*, eine „sinnvolle Lösung im Althausbestand“ herbeizuführen. Wir wissen bis heute nicht, wie diese sinnvolle Lösung sein sollte, weil ich nur weiß, Kollege Prinke, daß die Folge der generellen Mietzinserhöhung zum Schluß die Durchlöcherung des Mieterschutzes gewesen wäre, denn die Forderung der ÖVP war: Entweder wir machen alles oder überhaupt nichts!

Meine Damen und Herren! Glauben Sie denn wirklich, daß jenen, die heute schon durch hohe Mieten belastet sind, geholfen würde, wenn Sie sagen könnten: Aber regt euch nicht auf, jetzt müssen die anderen auch mehr zahlen! Ich halte das für keine Lösung.

Wir haben noch im Juli des heurigen Jahres einen Initiativantrag eingebracht, der dem Sozialausschuß zugewiesen wurde. Wir hatten gehofft, daß wir im letzten Jahr dieser Legislaturperiode diesen Initiativantrag im Ausschuß in aller Ruhe hätten behandeln und auch erledigen können. Er kann nun also nicht mehr erledigt werden.

Sie reden von einer Generalreform. Ich lese sehr aufmerksam die Zeitschrift der organisierten Zinshausbesitzer, die noch in der Oktobernummer dieses Jahres, nach Ihrer Semmeringtagung, sagen: Bravo ÖVP, weil sie jetzt nicht etwa nur den Neubau von Wohnungen verhandelt, sondern weil die Österreichische Volkspartei erklärt: Alles oder gar nichts! Sie sagen hier dann sehr deutlich: Es müssen nun Maßnahmen für die Erhaltung der Althauswohnungen getroffen werden, und dazu ist eine Anhebung der Hauptmietzinse unbedingt erforderlich!

Bedeutet der Mieterschutz nichts mehr? Bedeutet er nichts mehr? Ist es richtig, daß er nichts mehr bedeutet? *(Abg. Hartl: Das hat doch mit dem Mieterschutz nichts zu tun!)* Der Mieterschutz, Kollege Hartl — Sie kommen aus Wien und sollten es eigentlich wissen —, hat zwei Säulen: den Zinsschutz auf der einen Seite und den Kündigungsschutz auf der anderen Seite. Das eine ohne das andere ist als Schutz nicht möglich, denn

es würde ihnen ein Kündigungsschutz wahrlich nichts nützen, wenn die Menschen Zinse bezahlen müßten, die sie nicht zu leisten instande sind, weil die Nichtzahlung des Mietzinses seit eh und jeh doch ein Kündigungsgrund gewesen ist. Aber was hätte es denn bedeutet, in diesem Jahr, in dem die Preise weitaus mehr angezogen haben als in früheren Jahren, dazu noch eine weitere Preissteigerung, eine Lawine loszutreten, die weit über das bisherige Ausmaß hinausgegangen wäre? *(Abg. Prinke: Sagen Sie das Ihren Kollegen im Wiener Gemeinderat! Gehen Sie dorthin mit Ihrer Argumentation!)* Wenn Sie nur den Mietzins verdoppelt hätten — die Absicht bestand doch, Kollege Prinke, wir wissen es doch aus unzähligen Reden —, um vielleicht nicht auf einmal, das gebe ich nach der letzten Version ja zu, aber etappenweise bis zum Vierfachen hinaufzukommen, dann hätte das doch bedeutet *(Abg. Dr. Kummer: Wie ist es bei der Gemeinde Wien? Wie sieht es dort aus?)*, daß die Mieter in den Altwohnungen in Österreich um 2,1 Milliarden Schilling jährlich mehr hätten aufbringen sollen, als heute geleistet werden muß. *(Abg. Prinke: 80 Prozent weniger als bei der Gemeinde Wien!)* Aber man sagt ja, es spiele das alles keine Rolle mehr, der Mieterschutz, das sei ja nur so ein kleiner Teil, um den zu kümmern es sich nicht mehr lohne.

Ich nehme wieder die Statistik zur Hand und stelle fest, daß 52,4 Prozent unserer Mietwohnungen in Österreich „reinrassige“ — sage ich dazu — Mieterschutzwohnungen sind und daß 20,9 Prozent unserer Mietwohnungen geschützt sind durch einen absolut gleichen Kündigungsschutz wie für die Mieterschutzwohnungen und durch einen gestoppten Zins. Ich rechne auch diese Wohnungen zu den mietengeschützten Wohnungen und finde also 73,3 Prozent aller Mietwohnungen geschützt. Jetzt kommt man aber und sagt: Das ist nur ein Wiener Problem, das spielt in den Bundesländern keine Rolle! Darf ich Ihnen sagen: In der Steiermark sind 62,3 Prozent aller Mietwohnungen ebenso geschützt. Wir sind daher nicht bereit, den sozialen Schutz dieser Menschen durchbrechen oder diese Menschen durch eine lineare Zinserhöhung zur Zahlungsunfähigkeit und damit zum Verlust des Obdachs treiben zu lassen.

Nun wird gesagt: Er muß aber erhöht werden, weil der Mieterschutz die Instandhaltung verhindert, und es gehe ja nur um die Instandhaltung und um sonst gar nichts. Meine Damen und Herren! Die Kenner wissen, daß gerade der Mieterschutz die hundertprozentige Erhaltung der Althäuser sichert. In einem schon lange zurückliegenden Gespräch hat mir

Moser

einmal der steirische Präsident der Hausbesitzer gesagt: Ich kaufe nur ein Mieterschutzhaus; wenn ich mir ein Haus kaufe, dann nur ein Mieterschutzhaus, denn da habe ich die Gewähr, daß die Parteien die Instandhaltung dieses Hauses zahlen müssen. Woran leiden wir aber? Das Gesetz läßt eine Erhöhung der Mietzinse für die Zwecke der Instandhaltung ohne jedwede Begrenzung nach oben zu. Weil jahrelang, vielleicht sogar jahrzehntelang keine nennenswerten Reparaturen durchgeführt worden sind, ist der Reparaturaufwand heute in manchen Einzelfällen so hoch, daß die sich daraus ergebenden Mietzinse von den Bewohnern dieser Häuser nicht mehr getragen werden können, denn wer wohnt denn in den schlechten, abgewohnten Vorstadthäusern? (*Abg. Rosa Jochmann: Die Rentner, die Altrentner!*) Es sind Rentner, Pensionisten und Witwen, die mit ihrem Einkommen nicht mehr imstande sind, solche individuelle Zinserhöhungen zu tragen.

Was brauchen wir daher? Wir brauchen nicht eine generelle Zinserhöhung, um die beschwichtigen und sagen zu können, jetzt müssen die anderen auch mehr zahlen. Das ist keine Hilfe. Denn woran liegt es denn, daß nichts gerichtet wurde? Darf ich Ihnen etwas vorrechnen: Seit 1951 haben die Mieter in den Althäusern jährlich 700 Millionen Schilling unter dem Titel der Instandhaltung bezahlt. Rechnet man das 14mal bis zum Jahre 1965, dann haben sie fast 10 Milliarden Schilling bezahlt. Ich gebe zu, sie sind nicht sichtbar geworden.

Woran liegt es? Leider befindet sich in dem Gesetz die Bestimmung, daß dann, wenn der von den Parteien für die Instandhaltung bezahlte Betrag innerhalb von fünf Jahren nicht für die Instandhaltung verwendet wurde, dieser Betrag verfallen ist und nicht mehr verwendet zu werden braucht. Das ist die Ursache dafür, warum die Reparatur immer wieder hinausgeschoben wird, bis dann einmal ein Verschieben nicht mehr möglich ist und hunderttausende Schilling für die Instandhaltung notwendig sind, die die Parteien dann noch einmal in der Form der individuell erhöhten Zinse bezahlen müssen.

Wir halten nichts davon, wenn die Zimmer-Küche-Wohnungen oder die Zimmer-Küche-Kabine-Wohnungen nun eine erhebliche Zinserhöhung auf sich nehmen müssen, denn die Beträge, die dadurch zusammenkommen, verteilen sich dann wieder auf hunderttausende kleine Handkassen und werden gar nicht wirksam. Sie werden genauso wenig sichtbar werden wie bisher. Wir waren daher immer der Meinung, daß es weder dem Bund noch den Zinshausbesitzern auch nur einen Groschen

kosten würde, wenn die Mieter untereinander so quasi eine Art wechselseitige Versicherung eingehen, das heißt jeder einen Beitrag in einen gemeinsamen Topf zahlt, aus dem heraus man dann dort, wo der einzelne nicht mehr imstande ist, sich selbst zu helfen, Hilfe bringen könnte.

Aber auch wenn die Zinse erhöht werden: Glauben Sie, daß damit auch nur eine Wohnung geschaffen wird? Auch damit werden keine Wohnungen gebaut werden. Die Lösung kann daher nach meiner Auffassung nur im Neubau liegen, und ich bin auf Grund der Leistungen, die der soziale Wohnbau bisher erbracht hat, der Überzeugung, daß der soziale Wohnbau imstande ist, dieses Problem zu meistern. Aber das sehen nicht nur wir, das sehen auch die Gegner des sozialen Wohnbaues, und daher wollen sie jetzt noch im letzten Moment ein enormes Geschäft machen, indem sie sagen, er wäre nie imstande, allein dieses Problem zu meistern, die Lösung müsse daher in einer Zinserhöhung gesucht werden.

Meine Damen und Herren! Was Österreich braucht, das ist nicht etwa das Wiedererstehen der Hausherrnrente von ehemals, sondern das sind vernünftige Maßnahmen, um den Neubau von Wohnungen zu verstärken. Das österreichische Volk ist arbeitsam und fleißig, und es verdient nicht nur, in sauberen, modernen Werkstätten arbeiten zu können, es verdient genauso, in sauberen und modernen Wohnungen wohnen zu können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Unsere Aufgabe kann es doch nicht sein, Altes, unbrauchbar Gewordenes um jeden Preis zu erhalten und als Denkmäler einer unseligen Vergangenheit auch noch unseren Ururenkeln zu übergeben. Die Aufgabe unserer Zeit kann doch nur heißen: mehr Wohnungen, mehr neue Wohnungen zu Bedingungen, die den Menschen auch zugemutet werden können.

Wir Sozialisten bedauern es außerordentlich, daß durch die starre Haltung der Österreichischen Volkspartei in diesen Verhandlungen tausende junge und alte Menschen um die Hoffnung ärmer geworden sind, in absehbarer Zeit ihre bedrückenden Wohnverhältnisse zu einem guten Ende zu bringen. Wir bedauern das deshalb so sehr, weil wir sehr genau um die Not dieser Menschen wissen, die in unwürdigen Wohnungen leben müssen, weil viele von den Abgeordneten, die auf der linken Seite sitzen, selbst diese Zeiten mitmachen mußten. Wir wissen, wie den Menschen ums Herz zumute ist und wie vordringlich eine Lösung dieses Problems für sie ist.

Wir Sozialisten können nur hoffen, daß das neue Parlament und die neue Bundesregierung mehr Verständnis für diese sozialen Belange unserer Bevölkerung haben werden, als das

Moser

derzeit offenbar in der ÖVP der Fall ist. Wir Sozialisten werden nicht müde werden, aufzustehen und darum zu ringen, daß der Wunsch so vieler tausender unserer Mitbürger endlich erfüllt wird. Wir werden hier in diesem Hause und überall dort, wo es notwendig ist, so lange unsere Stimme erheben, bis auch dieses Problem endlich einer zufriedenstellenden Lösung zugeführt ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Scheuch das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Scheuch** (FPÖ): Hohes Haus! Die Regierung Dr. Klaus ist am 23. Oktober dieses Jahres zurückgetreten. Die Regierung Klaus hat damit die Kommandobrücke des wieder einmal schwankenden österreichischen Staatsschiffes vorzeitig und aus eigenem Entschluß verlassen. Mit dem Worte „vorzeitig“ verbinde ich aber gleichzeitig die Feststellung, daß die zurückgetretene Regierung Klaus die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ziele, zu welchen sie sich in ihrer Regierungserklärung vom April 1964 gegenüber dem Parlament und der österreichischen Bevölkerung bekannt hat, nicht erreicht hat. Eine Reihe versprochener Maßnahmen und bekundeter Absichten wurde nicht durchgeführt.

Ich muß in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß eine Regierungserklärung nun einmal eine verpflichtende politische Programmansage ist, und zwar mit einem Arbeits- und auch einem Zuhalteversprechen. Es wäre nach Auffassung unserer Fraktion schon längst Sache des Parlaments gewesen, die Handlungsunfähigkeit der Regierung, die immer wiederum zum Ausdruck gekommen ist, abzustellen. Denn letzten Endes ist die Instanz, die das ganze Volk repräsentiert und vertritt, nach der Verfassung noch immer das österreichische Parlament.

Ich darf weiterhin sagen, daß der wochen-, man könnte sagen monatelange Zustand einer mehr oder minder großen Handlungsunfähigkeit in der österreichischen Bevölkerung mit großem Unbehagen registriert wurde, weil man fast den Eindruck hatte, daß es sich hier um eine Art Exlex-Zustand handelt, und wir sind auch der Meinung, daß damit Österreich ein schlechter Dienst erwiesen wurde, denn es besteht gar kein Zweifel darüber, daß dieser Zustand innen- und außenpolitisch und besonders auch wirtschaftlich ein lähmender gewesen ist. Wir sind der Auffassung, daß eine Wiederherstellung gesunder politischer Verhältnisse zur unabdingbaren Voraussetzung hat, daß das österreichische Parlament wieder der Mittelpunkt politischer

Auseinandersetzungen und Entscheidungen wird.

In der österreichischen Bevölkerung hat man erkannt, daß wahrscheinlich die neue Regierung, wenn sie im Laufe des Frühjahrs zusammentreten wird, vor den gleichen Aufgaben, aber vor noch größeren Schwierigkeiten stehen wird als denen, derentwegen sie jetzt am 23. Oktober zurückgetreten ist.

Auf dem Gebiete der Staatsfinanzen wird nur eine echte Budgetsanierung helfen können, und zwar bedeutet das zweifellos ein wirtschaftsgerechtes Sparprogramm, zu dem die Freiheitlichen alle Jahre bei den Budgetberatungen geraten und das sie gefordert haben. Es ist nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß gerade heute in diesen Zeitläufen reichere Staaten als Österreich hierzu gezwungen sind. Deutschland gibt zum Beispiel hier zurzeit ein Beispiel und liefert den Beweis dafür, daß im allgemeinen eine positive Einstellung der Bevölkerung zu dem dortigen Sparprogramm vorhanden ist, daß die Wähler längst erkannt haben, daß sie ein überdimensionales Budget letzten Endes selbst bezahlen müssen und die Verwaltungskosten dazu.

Das Hauptziel, das die Regierung Klaus in ihrer Regierungserklärung am 2. 4. 1964 herausgestellt hat, war die Stabilisierung. Dazu ist zu sagen, daß dieses anvisierte Ziel zweifellos nicht erreicht wurde; das ging letzten Endes aus den Reden aller Parteien heute hier hervor. Ich möchte dazu sagen, daß nun einmal der Staat bekanntermaßen nicht mehr verteilen kann, als er einnimmt oder was er gesammelt hat oder was er vom Sparer nimmt, indem der normale Einlagezinsfuß kleiner ist als die Inflation, die während der Sparzeit eingetreten ist.

Der jetzige Zustand bedeutet letzten Endes, meine Damen und Herren, eine Torpedierung des Spargedankens der österreichischen Bevölkerung, und dieser Zustand ist gerade deshalb unhaltbar, weil dadurch die kleinen und mittleren Menschen, die das Gros der Sparer bilden, getroffen werden. Jeder einzelne Mensch hat Sonderinteressen, hauptsächlich je nach seiner beruflichen Einstellung, ob Gewerbetreibender, Landwirt, Angestellter oder Bauer oder Freischaffender. Aber eines ist sicher, daß das Gros aller Menschen Steuerzahler sind, und eines steht fest, daß wir alle, wo immer wir im Berufsleben stehen, Konsumenten sind und als solche abhängig sind von der Gesundheit, von der Ertragskraft, von der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft und ferner insbesondere auch von den Leistungen in Forschung und Wissenschaft.

Dipl.-Ing. Dr. Scheuch

Die Landwirtschaft ist bekanntermaßen gleichzeitig größter Produzent und größter Konsument. Sie ist daher als Produzent, da sie viele Bedarfsartikel der gewerblichen und industriellen Wirtschaft kaufen muß, an einer stabilen Preisentwicklung auf das äußerste interessiert. Wir müssen leider feststellen, daß dieses Stabilisierungsprogramm nicht in Erfüllung gegangen ist und nicht einmal der Zustand einer leidlichen Stabilität erreicht worden ist.

Wenn man nun untersucht, was in der Regierungserklärung auf dem Gebiete der österreichischen Landwirtschaft beabsichtigt und versprochen war, und dem gegenüberstellt, was wirklich geschehen ist, also Soll und Haben vergleicht, dann wird man zur Feststellung kommen, daß hier eigentlich ein großes Manko in der Erfüllung der Versprechen besteht.

Ich beginne beim Landwirtschaftsgesetz. Dort steht in der Regierungserklärung vom 2. 4. 1964, daß die Wirkungsfähigkeit dieses Gesetzes weiter intensiviert werden soll. Es handelt sich hier bekanntermaßen um die Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Landwirtschaft im Rahmen der europäischen Integration. Wie hier die Dinge liegen, mögen Sie daraus ersehen, daß ein Sektionschef des Landwirtschaftsministeriums, der ein unbestrittener Fachmann ist — es war Dr. Leopold —, seinerzeit festgestellt hat, daß nur ein Drittel der österreichischen Landwirtschaft integrationsreif ist, ein Drittel allerdings durch agrarpolitische und agrarwirtschaftliche Maßnahmen integrationsreif gemacht werden kann und daß bei einem letzten Drittel der österreichischen Land- und Forstwirtschaft die Voraussetzungen für eine Integrationsreife niemals zu erwarten sind.

Durch das Versagen der Regierung und die halbjährige Folge eines Budgetprovisoriums ist damit eigentlich die Kontinuität der Bestrebungen auf diesem Gebiete, ein langfristiges Entwicklungsprogramm zu verwirklichen, fehlgeschlagen, und es kann nicht realisiert werden. Die Intensivierung wird gestoppt. Alle diese Verringerungen der Entwicklung wirken sich dadurch so stark aus, weil ja bekanntermaßen im Jahre 1952 das Landwirtschaftsgesetz, das der ehemalige Vizekanzler Hartleb dem Hohen Hause hier vorgelegt hat, von Ihnen, von der Volkspartei zur Rechten und von der Sozialistischen Partei zur Linken, einstimmig abgelehnt wurde und weil es dann erst im Jahre 1960, also acht Jahre später, zu dem Hartmannschen Landwirtschaftsgesetz gekommen ist (*Abg. Dr. Staribacher: Das war doch ein ganz anderer Entwurf, den Ihr Vizekanzler vorgelegt hat!*) — ich

spreche ja davon —, das allerdings in seinen materiellen Bestimmungen keineswegs jene umfassenden Vorkehrungen für die Gleichstellung der Landwirtschaft getroffen hat, wie dies im ursprünglichen Antrag von Vizekanzler Hartleb der Fall gewesen ist. Aber die Zielsetzung war auch in der Hartmannschen Fassung die gleiche wie ursprünglich im Entwurf von Vizekanzler Hartleb, nämlich die wirtschaftliche, die kulturelle und soziale Gleichstellung der Landwirtschaft mit allen übrigen Berufsständen.

Ich komme zum nächsten Punkt der Regierungserklärung, Kapitel Land- und Forstwirtschaft. In der Regierungserklärung wird mit Recht gesagt, daß der fachlichen Ausbildung in der Land- und Forstwirtschaft weiterhin größte Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, wozu die eheste Neuregelung des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens gehört. Dazu eine ganz konkrete Feststellung:

Die auf Grund des Schulgesetzwerkes 1962 notwendig gewordene Neuregelung auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Schulwesens ist bis heute nicht erfolgt. Auch in diesem Belange wurde die Regierungserklärung nicht realisiert. Wir haben drei Jahre darauf vergeblich gewartet.

Ich fahre fort in der Erörterung des Götanen gegenüber dem Versprochenen. Es wird in der Regierungserklärung von einer Verbesserung der Agrarstruktur, und zwar in einer intensiven Form, gesprochen. Ich stelle fest, daß auch dieses Versprechen nicht zum Tragen gekommen ist.

Hohes Haus! Ich stelle weiters fest, daß insbesondere auch in der Regierungserklärung von der Notwendigkeit der Erhaltung des österreichischen Waldes als eines wichtigen volkswirtschaftlichen Faktors gesprochen wird.

Ich stelle gleichzeitig fest, daß das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft in seinem letzten Jahresbericht vom Jahre 1964, der vor kurzem erschienen ist, ein Bild über die Entwicklung der österreichischen Waldwirtschaft gibt und in dieser Veröffentlichung bereits die Entwicklung der österreichischen Forstwirtschaft als absolut ungünstig bezeichnet. Mit Sorge muß nämlich festgestellt werden, daß gerade der Export, dessen Förderung ebenfalls in der Regierungserklärung zum Gegenstand eines Versprechens gemacht wird, keine Förderung, sondern eine Restringierung erfahren hat. Die Exporte haben abgenommen, die Holzimporte haben zugenommen. Ein konkretes Beispiel: 1963 wurden 450.000 Festmeter Schleifholz aus dem Ausland importiert,

Dipl.-Ing. Dr. Scheuch

im Jahre 1964 wurden 807.000 Festmeter importiert. Ich mache weiterhin die Feststellung, daß auch die Preissituation zu starken Bedenken Anlaß gibt, da bekanntermaßen bei gleichbleibendem Preisniveau bei Schnittholz im Jahre 1961 allein bei den Werbungsunkosten die Lohnquote um 40 Prozent gestiegen ist.

Ich möchte dazu sagen, daß es hier zweifellos unterlassen wurde, Maßnahmen zu treffen, die den Export fördern, und dazu gehört zweifellos die hundertprozentige Freigabe, das heißt die Liberalisierung des Rohholzexportes.

Ich stelle weiter fest, daß man es auch in Österreich unterlassen hat, wettbewerbsnotwendige Steuererleichterungen zu treffen, und ich verweise hier in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, daß zum Beispiel Deutschland vor kurzem aus den gleichen Gründen, wie sie in Österreich zur Entscheidung stehen, für Holz die Warenumsatzsteuer erlassen hat.

Ferner möchte ich sagen, daß beim Export zweifellos das Regierungsversprechen weit zurückgeblieben ist, insbesondere was die österreichische Viehwirtschaft betrifft. Wir erleben es auf diesem Gebiet, daß wir letzten Endes auch hier ausländische Absatzmärkte nur deshalb verlieren werden, weil immer wieder in die normalen Exportbeziehungen eingegriffen wird, obwohl die Produktionslage auf dem Fleischgebiet in Österreich hiezu keinen Grund bietet.

Ich erinnere an die Tatsache, daß man seinerzeit auf die gleiche Weise den Holzexport nach der Levante eingeschränkt hat, was letzten Endes dazu geführt hat, daß wir diesen wichtigen Holzabsatz in den Vorderen Orient und in die Levante nunmehr vollständig verloren haben.

Was nun das Kapitel Milch anbelangt, ist zu sagen, daß auch hier die Beschlüsse der Regierung vom März vorigen Jahres nicht durchgeführt worden sind und daß auf Grund dieser Nichteinhaltung der eigenen Beschlüsse wiederum im Budget für einen Ersatz vorgesorgt werden mußte.

Ich darf in diesem Zusammenhang, was die Preissituation bezüglich der Landwirtschaft angeht, eines betonen: Auch für die Landwirtschaft sind kostendeckende Preise notwendig. Sie können niedrig sein, und zwar dann, wenn eine Kostensenkung auch der Bedarfsartikel eintritt, wie sie seit 15 Jahren der österreichischen Landwirtschaft immer wieder versprochen wird. Ein eindrucksvolles Beispiel dieser negativen Preisentwicklung zwischen landwirtschaftlichen Produkten und Produkten der industriellen und gewerblichen Wirtschaft sind zweifellos die Landmaschinen

und deren Ersatzbestandteile, die in der Preissituation den landwirtschaftlichen Produkten immer außergewöhnlich weit vorausseilen.

Ein Prüfstein für die Handlungsfähigkeit der Koalition war zweifellos die Hochwasserkatastrophe 1965. Wir haben uns in einer eigenen Hochwassersitzung am 21. September dieses Jahres auf parlamentarischer Ebene mit diesen Problemen befaßt. Ich stelle fest, daß wir damals zwei Gesetze beschlossen haben, und zwar erstens die 3. Novelle zum Bundesfinanzgesetz 1965, wo der Betrag für die Behebung von Hochwasserschäden von 200 Millionen auf 400 Millionen erhöht wurde, wovon die Hälfte für die Behebung von Schäden an öffentlichem Gut und die andere Hälfte zur Behebung von Schäden an privatem Gut vorgesehen war. Wir haben damals weiterhin beschlossen eine Neufassung des Artikels II des Finanzausgleichsgesetzes 1959 und Bestimmungen hinsichtlich der Katastrophenhilfe 1965.

Ich stelle nunmehr zusammenfassend fest, daß es klar und einleuchtend ist, daß auf dieser finanziellen Basis eine echte und ausreichende Schadensbehebung nicht erfolgen kann.

Ich stelle weiters fest, daß durch das Budgetprovisorium als Folge des Regierungsrücktrittes auch die Hochwasserhilfe auf das Prokrustesbett des Monatszwölftels des Budgets 1965 gespannt wird. Ich darf in diesem Zusammenhang weiter sagen, daß insbesondere auch die Mittel zur Behebung der Schäden an den Schutz- und Regulierungsbauten keineswegs ausreichen werden, um hier auch nur die notwendigsten Vorkehrungs-, Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.

Ich darf aber die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses auch darauf lenken, daß ich vor der Annahme warnen muß, daß die bisher gemeldeten Schadenszahlen eine echte Grundlage bilden. Es werden zwar vielleicht durch den günstigen Verlauf der Herbstwitterung leichte Einsparungen bei den Flurschäden zu erzielen sein. Sie werden aber zur Kenntnis nehmen müssen, daß echte Rekultivierungen in den Schadensgebieten viel größere Summen erfordern werden, als dies bisher in den Voranschlägen vorgesehen ist.

Ich muß sagen, daß das Verhalten der beiden Regierungsparteien anläßlich der Hochwasserkatastrophe 1965 schon damals ein sichtbarer Gradmesser für die weitgehende Handlungsunfähigkeit und ein Gradmesser auch für das geringe Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Betroffenen gewesen ist. Wir haben zu diesem Punkt ja bereits in der Hochwassersitzung reichlich gesprochen. Ich

Dipl.-Ing. Dr. Scheuch

muß an das eine erinnern, daß wir Freiheitlichen damals den Antrag gestellt haben, unverzüglich eine Aktion dahin gehend einzuleiten, daß Volksaktien von bestimmten verstaatlichten Betrieben ausgegeben werden, und wir haben weiterhin den Antrag gestellt, soweit eine Bedeckung noch erforderlich ist, diese im Anleihewege vorzunehmen, um diese großen Aufwendungen auf einen längeren Zeitraum zu verteilen und damit alle Auftriebenden in preislicher Hinsicht zu vermeiden. Heute müssen wir fragen: Wo ist und wo bleibt die großzügige Hilfe, für die sich damals die Sprecher aller Parteien des Parlamentes ausgesprochen haben und für die sie eingetreten sind? Ich muß bedauerlicherweise feststellen, daß anscheinend der parteiprogrammatische Regierungstreit in Österreich für wichtiger angesehen wurde als die Not der Betroffenen in unseren Katastrophengebieten.

Ich muß weiterhin sagen, daß dieses Budgetprovisorium eine unendliche Einengung der Schutz- und Regulierungsbauten mit sich bringt, und ich darf daran erinnern, daß allen Mitgliedern des Hohen Hauses damals bei der Hochwassersitzung die Dokumentation über den Wasserbau in Österreich zugekommen ist. Sie können daraus ersehen, daß hier jetzt eine starke Lücke eintritt und daß insbesondere auch viele Bauten jetzt noch während der wasserarmen Zeit — Jänner, Februar und März sind die günstigsten Arbeitsmonate im Wasserbau — deshalb nicht durchgeführt werden können, weil keine ausreichenden Mittel für diese Zwecke zur Verfügung stehen.

Ich darf sagen, daß auch mein Kollege Prinke schon auf die Notwendigkeiten einer raschen und umfangreichen Hilfe für die Opfer der Katastrophe hingewiesen hat. Prinke hat gemeint, daß es bedauerlich wäre, daß im Budget 1966 kein Baustein für die Behebung der Hochwasserkatastrophe vorgesehen wäre. Ich möchte Ihnen nur noch eines sagen: Wir haben uns damals, als wir das Bundesfinanzgesetz abgeändert haben, auch mit den Fragen der wasserbauwirtschaftlichen Notwendigkeiten befaßt. Ich darf Ihnen an einem einzigen Beispiel zeigen, wie unzureichend und unmöglich der jetzige Zustand ist, indem eigentlich für das Jahr 1966 im ersten Halbjahr nur sechs Budgetzwölftel zur Verfügung stehen werden.

Für den ganzen österreichischen Wasserbau sind 7,8 Millionen Schilling vorgesehen, das heißt für das erste Halbjahr 3,9 Millionen Schilling. Wenn Sie allein die Erfordernisse der Wiederherstellung des Meliorationsgebietes Kötschach—Bödnach bei Nikolsdorf in Tirol

nehmen, wozu 3 Millionen Schilling erforderlich sind, geht klar hervor, daß der Wasserbau, die Behebung der Schäden, vollkommen unterdotiert ist und daß nicht einmal die Maßnahmen, die jetzt schon begonnen worden sind, fortgesetzt werden können.

Ein Lichtblick in der ganzen Hochwasserfrage ist einzig und allein der Einsatz unseres Bundesheeres anlässlich der Hochwasserkatastrophe in Kärnten und Osttirol. Dieser Einsatz verdient eine ganz besondere Würdigung. Ich darf hier feststellen, daß unter der Gemeinschaftsleitung von Generalmajor Bach und Oberstleutnant Müller-Elblein die im Katastrophengebiet eingesetzten Einheiten des Bundesheeres Hervorragendes geleistet haben. In den ersten Tagen der Not waren sie es allein, die der schwer getroffenen Bevölkerung durch Arbeit, Hilfe und Einsatzbereitschaft wieder Vertrauen und Mut gegeben haben. Ich muß Ihnen sagen: Ohne Bundesheer wäre in Kärnten und Osttirol bis heute nicht einmal einigermaßen eine Normalisierung der Verhältnisse wiederum eingetreten.

Aus den stolzen Leistungen darf ich dankbar folgende Daten hervorheben: Insgesamt wurden bisher 850.000 Arbeitsstunden geleistet; an Brückenbauten in Kärnten und Osttirol wurden insgesamt 126 in einer Länge von über 3 km errichtet; weiterhin wurden 44 km allein an Wegen und Straßen wieder instandgesetzt; Dammschüttungen im Ausmaß von 5400 m³ wurden vorgenommen; infolge der Anmurung waren Erdbewegungen von 8200 m³ erforderlich, die weggeschafft werden mußten; die Flurschädenbereinigung erfolgte auf rund 10.000 m²; Wasserleitungsrohre wurden in einer Länge von zirka 800 m verlegt, um den gesundheitlichen Anforderungen im Katastrophengebiet unter allen Umständen Rechnung zu tragen.

Ich darf weiterhin noch feststellen, daß gerade in den ersten Tagen der größten Not das Bundesheer durch einen Hubschraubereinsatz geholfen hat, insgesamt 3288 Personen, darunter viele durch die Katastrophe Verletzte, aber auch viele Gäste aus den Nachbarländern, aus den Katastrophengebieten auszufliegen. Gleichzeitig wurden damit auch wiederum 170 t Bedarfsartikel in diese abgeschnittenen Täler geführt.

Ich darf abschließend dazu sagen: Kärnten und Osttirol danken den Soldaten und ihrer Führung für diese Leistungen, die nur durch eine vorbildliche Einsatzbereitschaft erreicht werden konnten. Besonders müssen diese Leistungen deshalb gewürdigt werden, weil zum Teil Kompanien eingesetzt waren, wo auf 100 Präsenzdiener nur 10 Kaderleute gekommen sind. Das Bundesheer hat damit

Dipl.-Ing. Dr. Scheuch

zweifelloos seine Einsatzbereitschaft für lebenswichtige Belange Österreichs unter Beweis gestellt.

Ich komme zu einem weiteren Punkt der Regierungserklärung, und zwar zur sozialen Gleichstellung der Bauernschaft. Ich erinnere daran, daß wir am 7. Juli 1965 hier im Hause das Bauernkrankengesetz beschlossen haben. Ich darf dazu sagen, daß auch meine Fraktion diesem Gesetz ihre Zustimmung gegeben hat, wenngleich sie auch zahlreiche grundsätzliche Bedenken angemeldet und bei diesem Anlaß 16 Abänderungsanträge gestellt hat. Ich darf feststellen, daß ich von meinen damaligen Ausführungen heute nichts wegzunehmen habe und daß ich damals in meinen Ausführungen vom Kollegen Haider attackiert wurde, wobei ich allerdings damals noch nicht gewußt habe, daß er schon präsumtiver Verwalter der Bauernkrankenkasse war und daher, wie man in Kärnten sagt, für die eigene Kost gesprochen hat. (*Abg. Dr. Haider: Jetzt will er mich attackieren!*)

Meine besondere Vorsorge galt bei den damaligen Verhandlungen dem Umstand, daß die Regierungsvorlage in ihrer damaligen Fassung den Vorvereinbarungen zwischen Ärzten und Präsidentenkonferenz nicht entsprochen hatte und daher von der Ärztekammer abgelehnt wurde. Ich muß hier mitteilen, daß einzelne berechnete Forderungen der Ärzteschaft damals nicht erfüllt worden sind und daß die Annahme dieser Abänderungsanträge die Voraussetzung für eine Annahme des Entwurfes auch durch die österreichische Ärzteschaft gewesen wäre.

Ich habe damals, wie schon gesagt, namens meiner Fraktion 16 Abänderungsanträge gestellt, die in einem gewissen Umfange sachlich mit den Forderungen der Ärzteschaft identisch waren als eine Voraussetzung eines Honorarvertrages. Alle Anträge wurden abgelehnt, und Kollege Scheibenreif meinte damals: weil sie nicht mehr wert gewesen sind. Ich möchte der österreichischen Ärzteschaft empfehlen, das Protokoll vom 7. Juli über die 84. Sitzung nachzulesen, um zu sehen, ob die Anträge wirklich nicht mehr wert gewesen sind, als der Ablehnung zu verfallen.

Wir wissen nun, daß in der österreichischen Presse in der letzten Zeit stark das Problem Ärzteschaft und Bauernkrankenkasse behandelt worden ist. Wir wissen, daß auf der Kammertagung des Österreichischen Ärztetages, die zwischen 22. und 24. Oktober dieses Jahres in Krems stattgefunden hat, die österreichische Ärzteschaft ihren Standpunkt zu den Fragen der Sozialversicherung umfassend dargelegt hat. Die österreichische Ärzteschaft

hat auf dieser Tagung zur sozialpolitischen Entwicklung auf dem Gebiete der Ausdehnung der obligatorischen Krankenversicherung Stellung genommen, und zwar zu allen diesbezüglichen Initiativen des Sozialministeriums. Diese Initiativen sind

erstens der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Krankenversicherung der in der gewerblichen Wirtschaft selbständig Erwerbstätigen,

zweitens der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Kranken- und Unfallversicherung der öffentlich Bediensteten und

drittens der Entwurf eines deutsch-österreichischen Sozialversicherungsabkommens.

In Ansehung dieser Situation und dieser im Gange befindlichen Sozialinitiativen hat die Ärzteschaft erklärt, daß sie in Verhandlungen mit der Bauernkrankenkasse nur gleichzeitig mit der Behandlung dieser weiteren Sozialinitiativen eintreten will.

Ich mache nun darauf aufmerksam, daß ein vertragsloser Zustand mit den Ärzten schwerste Bedenken erregen muß, denn Sie wissen alle: Am 1. Oktober 1965 hat die Beitragspflicht der Bauern eingesetzt, die Leistungspflicht der Bauernkrankenkasse beginnt mit 1. April 1966. Ich muß Ihnen sagen, daß Sie, meine Damen und Herren von der Rechten und von der Linken, hier vor einer sehr schweren Entscheidung und Verantwortung stehen, denn viele tausende Bauern, die jetzt privat versichert sind, stehen nunmehr vor der Entscheidung, ob sie von der Bestimmung des § 181 des Bauernkrankenkassen-Versicherungsgesetzes Gebrauch machen sollen oder nicht. Die Bauern müssen sich bis zu diesem Zeitpunkt entscheiden, erstens ob sie ihre Privatversicherung im Sinne dieser Ausnahmebestimmung des § 181 aufkündigen und damit ab 1. April nur mehr Pflichtmitglieder der Bauernkrankenkasse sind, oder ob sie die jetzige private Krankenversicherung in eine Zusatzversicherung umwandeln; es kommt auch noch ein dritter Weg in Frage, von einer Kündigung der Privatversicherung abzusehen, denn wenn im vertragslosen Zustand in einer solchen Familie ein schwerer Krankheitsfall eintritt, dann würde ein vorzeitiger Austritt zweifelloos mit schwersten finanziellen Folgen für die betreffende Familie verbunden sein.

Ich darf zusammenfassen: Die Bauern wissen jetzt nicht, wie sie dran sind. Es muß ehestens von einer verantwortungsbewußten Proporzkassenführung eine restlose Aufklärung der Bauernschaft erfolgen, es muß aber auch garantiert werden dafür, daß aus der Befolgung dieses Rates keine finanzielle Benachteiligung für die Betroffenen eintritt.

Ich darf mich nunmehr noch einem anderen Kapitel zuwenden. Ich darf feststellen, daß

Dipl.-Ing. Dr. Scheuch

in den letzten Tagen zum Kapitel Koalition ein ganz ungewöhnlicher Rettungsversuch lanciert worden ist. Ich stelle hier fest, daß ein politischer Funktionär aus Wiener Neudorf, der einer der beiden Regierungsparteien angehört, vor einigen Tagen zur Frage der Koalition einen Königsgedanken geäußert hat. Er hat nämlich gesagt, oder es ist zum Ausdruck gekommen: Um die mangelnde Zusammenarbeit innerhalb der Koalition fortsetzen zu können, soll die Institution der österreichischen Koalition verfassungsrechtlich verewigt werden. Ich kann dazu nur sagen: Es geht hier um ein einmaliges österreichisches Phänomen einer pathologischen Politik. Ich möchte Ihnen auch noch sagen, daß in Österreich die Mehrzahl der Bevölkerung zweifellos bereits das eine mitbekommen hat, daß Österreich und seine Bevölkerung seit Jahren immer wiederum das Opfer von Kreislaufstörungen in der Koalition ist und es bleiben wird!

Ich darf aber dann noch etwas sagen, was interessant ist: Ich stelle fest, daß wir in Österreich eine Reihe von Hilfen für die Hochwassergeschädigten eingeleitet haben, nicht nur die offizielle Spendensammlung, sondern auch private Spendensammlungen. Ich muß sagen, daß die größte Beunruhigung nunmehr die Tatsache ausgelöst hat, die in der heutigen größten Tageszeitung Österreichs, im „Kurier“, wiedergegeben ist. Es handelt sich nämlich darum, daß in den amtlichen Berichten über die Hochwasserspendsenaktion 1954 offenkundige Widersprüche bestehen, daß es dabei um einen Betrag von 5,2 Millionen Schilling geht, dessen Verbleib laut „Kurier“ vorläufig noch ungeklärt ist. Es werden mit Recht folgende offene Fragen gestellt — ich darf sie mit Zustimmung des Herrn Präsidenten kurz verlesen —:

„Kamen die auf dem Hochwasserkonto der Bundesregierung 1954 bis 1956 gesammelten Spenden den Geschädigten direkt und bis zum letzten Groschen zugute?“

Zweite Frage:

„Oder wurden diese gespendeten Summen unzulässigerweise mit Steuermitteln vermischt, wobei mehr oder minder große Beträge vom Bund oder von den Ländern als eine Art Ausgabenersatz eingenommen wurden?“ (Abg. Kindl: Hör! Hör!)

Dritte Frage:

„Mußten Geschädigte, die mit gespendetem Geld beteiligt wurden, diese Mittel ganz oder teilweise zurückzahlen? Und wenn ja: Was geschah in weiterer Folge damit?“

Ich glaube, die einzige Möglichkeit besteht darin, daß der Herr Kanzler unserer provi-

sorischen Regierung unverzüglich eine strenge Untersuchung einleitet und das Ergebnis dann der Öffentlichkeit bekanntgibt. (Abg. Zeillinger: Der Herr Minister wird gleich antworten, er schaut schon in der Zeitung nach! Das ist besonders höflich!) Sollten Fehlleitungen oder Fehlleistungen eingetreten sein, erachten wir es als selbstverständlich, daß gegen die Schuldigen entsprechend eingeschritten wird.

Jedermann in Österreich hat in den letzten Wochen mitbekommen, daß ein großer Abgrund parteipolitischer Divergenzen hinter der österreichischen Regierungskrise steht. Meine Damen und Herren von der Linken und Rechten! Mit Ihrer Haltung in den letzten Wochen haben Sie der österreichischen Bevölkerung nicht gerade den besten Weg gewiesen. Ich muß der Sorge Ausdruck geben, daß es in unserer Bevölkerung sogar den Glauben an die Demokratie irgendwie geschwächt hat.

Aber zum Schluß eine ernste Feststellung: Der Anlaß, die Art und der Ablauf der Regierungskrise haben in nicht unerheblichen Teilen der österreichischen Bevölkerung das Gefühl einer gewissen Staatsverdrossenheit ausgelöst, und darin sehe ich ein überaus ernstes Symptom in unserer ersten jungen Zweiten Republik.

Der deutsche Bundeskanzler Erhard hat vor wenigen Tagen in seiner Regierungserklärung eine Periode nüchterner Besinnung vom deutschen Parlament verlangt. Ich möchte meine Ausführungen mit der Feststellung schließen, daß ich auch für Österreich eine solche ernste Besinnung (Abg. Zeillinger: Mehr Nüchternheit!) für absolut notwendig erachte. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Withalm das Wort.

Abgeordneter Dr. Withalm (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte vorausschicken, daß ich es persönlich ebenso wie meine Parteifreunde bedaure, wenn wir hier über die Ursachen einer Krise diskutieren müssen. Es wäre uns viel lieber, wenn wir in edlem Wettstreit um unseren Anteil an gemeinsamen Erfolgen stünden. Ich habe am 3. April vergangenen Jahres in der Debatte über die Regierungserklärung von dieser Stelle aus erklärt:

„Das österreichische Volk erwartet nicht neue Regierungskrisen, wohl aber neue Regierungstaten, keine Koalition der Schwierigkeiten, die sich die Koalitionspartner gegenseitig bereiten, wohl aber eine Koalition der Leistungen, die beide Partner gemeinsam vollbringen.“

Dr. Withalm

Ich stehe heute genauso zu diesen Worten wie damals. Ich glaube, daß jene, die die zu Ende gehende Gesetzgebungsperiode hauptsächlich dazu verwendet haben, ihrem Partner Schwierigkeiten zu bereiten, nicht den erwarteten Dank in Form eines größeren Vertrauens der österreichischen Bevölkerung ernten werden.

Wieder geht eine Gesetzgebungsperiode — es ist bereits die fünfte — vorzeitig zu Ende. Die letzte Entscheidung der Wähler ist am 18. November 1962 gefallen. Die nächste Entscheidung fällt am 6. März 1966. Nicht mit Unrecht stellen die Wähler fest, daß wir mit der Zeit, die sie uns geben, nicht sehr sparsam umgehen. Über vier Monate sind nach der letzten Wahl für die Bildung der Regierung gebraucht worden. Zwölf Monate vor dem verfassungsmäßig letzten Termin der nächsten Wahlen werfen die vorverlegten Wahlen bereits ihre Schatten voraus. Nicht mit Unrecht stellen aber auch die Parteien fest, daß die Stärke, die sie besitzen, ja nicht ihr Werk ist, sondern das der Wähler.

Die Wähler haben das letzte Mal die Österreichische Volkspartei mit 81 und die Sozialistische Partei mit 76 Abgeordneten in dieses Hohe Haus entsendet. Wir erblickten darin den Auftrag, die Politik der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien unter Führung der Österreichischen Volkspartei fortzusetzen. Wir haben uns bemüht, diesen Auftrag zu erfüllen, mußten aber schon unmittelbar nach den Wahlen feststellen, daß die Sozialistische Partei diese Entscheidung der Wähler als Fehlentscheidung disqualifizierte.

Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei hat auf dem Parteitag des Jahres 1961 einen Satz mit folgenden Worten begonnen: „Wir müssen uns daher in jeder politischen Situation zuerst fragen, was der Partei nützt...“ Ich stelle dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei das Zeugnis aus, daß er sich bemüht hat, dieser von ihm aufgestellten Maxime in jeder Beziehung gerecht zu werden. Vor den letzten Nationalratswahlen erschien es nützlich, die Sozialistische Partei Österreichs als die Wahrerin der Zusammenarbeit erscheinen zu lassen. Deshalb schickte der Vorsitzende der Sozialistischen Partei in den letzten Tagen vor dem 18. November 1962 an die „liebe Wählerin“ und an den „lieben Wähler“ ein Wahltelegramm mit folgendem Inhalt: „Ehe es zu spät ist: sichern Sie die Zusammenarbeit, die uns auch in Zukunft Wohlstand und Bürgerfrieden garantiert. Erkennen Sie rechtzeitig die Gefahr der Alleinherrschaft der Österreichischen Volkspartei!“ (*Ruf bei der SPÖ: Da hat er recht! — Heiterkeit.*) Ja, hören Sie nur! Nach diesen Wahlen erschien es ihm nicht mehr nützlich, die Entscheidung

der Wähler zu respektieren, obwohl diese Entscheidung durchaus geeignet war, die Zusammenarbeit zu sichern, und keineswegs die Gefahr einer Alleinherrschaft der Österreichischen Volkspartei heraufbeschwor.

Der dialektische Trick, eine Entscheidung der Wähler, die einem nichts nützt, als Fehlentscheidung zu disqualifizieren, führt über das Spielfeld der Demokratie hinaus. Wir verstehen schon, daß die Ungeduld der Sozialistischen Partei groß ist. Sie hat es satt, die zweite Geige zu spielen. Sie möchte nach den Erfolgen dreier sozialistischer Kandidaten bei den Bundespräsidentenwahlen endlich auch einmal eine Nationalratswahl gewinnen. (*Abg. Pay: Herr Doktor! Schon zweimal haben wir gewonnen: 1953 und 1959!*) Ihre Ungeduld ist umso größer, als sie ja in ihrem ideologischen Kern den Sieg des Sozialismus ... (*Abg. Pay: Zweimal haben wir gewonnen: 1953 und 1959!*) Ja, ja, gewonnen! Wir stellen seit 1945 bis heute ununterbrochen nach dem Willen des österreichischen Wählers und des österreichischen Volkes den Bundeskanzler. (*Lebhafter Widerspruch bei der SPÖ. — Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pay: Nach dem Willen der Wahlarithmetik der Nationalrats-Wahlordnung, nicht nach dem Willen der Wähler!*) Herr Kollege, nur sachte, ich komme auf die Wahlrechtsreform zu sprechen, und Sie bekommen schon noch die Antwort. (*Abg. Pay: 1953 und 1959!*) Ich sehe, die Ungeduld, von der ich eben gesprochen habe, ist bei Ihnen wirklich vorhanden. (*Abg. Pay: Wir haben sie zweimal gewonnen!*) Ihre Ungeduld ist umso größer, Herr Kollege, als Sie ja in Ihrem ideologischen Kern den Sieg des Sozialismus als eine geschichtliche Gesetzmäßigkeit ansehen. Das läßt Sie dann auch nicht davor zurückschrecken, Wähler, die sich dieser angeblichen Gesetzmäßigkeit entgegenstellen, zu beleidigen. Es war eine Beleidigung, zu erklären, der Wähler hätte am 18. November 1962 eine Fehlentscheidung getroffen.

Die Sozialistische Partei hat schon in ihrem Neujahrseruf für das Jahr 1964 und in ihrem in diesem Jahr veröffentlichten Entwurf eines sogenannten „Programms für Österreich“ den Führungsanspruch erhoben (*Abg. Rosa Jochmann: Das ist kein „sogenanntes“ Programm! Das ist ein „Programm für Österreich!“*) und damit klargestellt, daß sie nicht länger die zweite Geige spielen will. Frau Kollegin! (*Abg. Rosa Jochmann: Es ist kein „sogenanntes“ Programm! Sie wissen, was das Wort „sogenannt“ heute bedeutet!*) Ich bestreite Ihnen nicht, daß Sie den Ausdruck „Programm für Österreich“ gebrauchen, ich meinerseits gebrauche, wenn Sie gestatten, den Ausdruck „sogenanntes Programm für Österreich“. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg.*

4948

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Dr. Withalm

Rosa Jochmann: Nein, das gestatte ich nicht! Wenn Sie wollen, wir können uns einigen. Auf jeden Fall ist dies ein sozialistisches Programm für Österreich. (*Abg. Dr. Migsch: Na und? — Abg. Rosa Jochmann: Ein Regierungsprogramm!*)

Meine Damen und Herren! Damit ist aber auch klargestellt, daß die Sozialistische Partei, die im innenpolitischen Konzert nicht länger die zweite Geige spielen will (*Abg. Pay: Das ist das Recht jeder Partei! Sie haben keine Pragmatisierung für die Macht!*), nicht daran interessiert sein konnte, daß dieses Konzert, solange sie darin nach dem Willen des Volkes nur die zweite Geige spielen kann, bei der Bevölkerung Beifall findet. (*Abg. Dr. Neugebauer: Wir wollen eine bessere Musik! Sie spielen die erste Geige zu falsch!*) Mit den Dissonanzen, Herr Kollege Dr. Neugebauer, die Sie im Koalitionskonzert der letzten drei Jahre bewußt hervorriefen, plädierte die Sozialistische Partei Österreichs dafür, den Dirigentenstab einem sozialistischen Dirigenten zu übergeben. (*Abg. Dr. Migsch: Na und?*) Angesichts der inneren Logik... (*Zwischenrufe des Abg. Dr. Migsch.*) Nein, das können Sie ja, aber natürlich. Herr Kollege Migsch, reg Sie sich nicht auf, hören Sie nur den Satz, den ich jetzt sagen werde, auch noch an! (*Abg. Dr. Migsch: Ich rege mich nicht auf! Was polemisieren Sie gegen eine Selbstverständlichkeit? Das ist Polemik gegen die Demokratie!*) Angesichts der inneren Logik dieser Zielsetzung könnte ich mir die Anführung konkreter Beispiele eigentlich ersparen, ich möchte es aber trotzdem tun. (*Abg. Dr. Migsch: Ihre Logik können Sie in den Briefkasten stecken! Ihre Logik ist Demagogie und die Verführung und die Belügung der Masse!*)

Was war es denn, was in den letzten Jahren in der Bevölkerung so starke Unruhe und Enttäuschung, berechtigten Mißmut und Erbitterung hervorgerufen hat? (*Abg. Pay: Sie sind der Mephisto der österreichischen Innenpolitik!*) Es begann... — ich glaube, es wird für Sie ganz lehrreich. Herr Minister Migsch ist ein alter Abgeordneter, aber Sie könnten, glaube ich, noch ein bißchen lernen, wenn Sie aufpassen. (*Abg. Dr. Migsch: Herr Withalm, Ihre Person kenne ich in- und auswendig! Sie sind der Totengräber Österreichs! Jawohl! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.*) Herr Minister Migsch, ich werde mich nicht aufregen wie zuvor ein Herr von Ihnen. Ich beantrage nur, daß dem Minister Migsch für diesen Zwischenruf der Ordnungsruf erteilt wird. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich glaube, das hat bereits ein anderer früher gesagt. (*Abg. Dr. Migsch:*

Für eine Wahrheit gibt es keinen Ordnungsruf! — Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Gibt es keinen Ordnungsruf, ja. Sie glauben wahrscheinlich, meine Herren: Derjenige, der nicht all dem pariert, was die Sozialistische Partei sagt, ist dann ein Totengräber für Österreich. Ja, das könnte Ihnen so passen! (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*) Es könnte Ihnen so passen, daß wir alles das apportieren, was die Sozialistische Partei uns hinlegt. (*Abg. Dr. Migsch: Nein, Dr. Withalm!*) Dann wären wir keine Totengräber für Österreich. (*Abermaliger Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Es begann mit der Verschleppung der Verhandlungen über die Regierungsbildung nach den letzten Wahlen. Es folgte dann die Verschleppung der Verhandlungen über die Rundfunkreform und das Rundfunk-Volksbegehren. Damit hat es begonnen. (*Abg. Dr. Migsch: Es begann damit, daß Sie die Republik verraten haben! Es begann damit, daß Sie den Otto Habsburg nach Österreich zurückführen wollten!*) Darauf komme ich auch noch zu sprechen. (*Abg. Dr. Migsch: Sie persönlich!*) Sie werden es ja wissen, natürlich. Ich war bei ihm draußen und habe gesagt: Sie, Dr. Habsburg, wären Sie so lieb und möchten Sie gleich mit mir hineinkommen! (*Abg. Dr. Migsch: Sie haben die Republik verraten! Sie haben einen Verrat an der Republik begangen! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt wiederholt das Glockenzeichen.*) Ach, mein Gott! Herr Minister Migsch, ich glaube, Sie leiden auch an Komplexen. (*Abg. Prinke: Migsch, zum Telefon! — Heiterkeit.*)

Es war die Forderung nach einer weder in der Regierungserklärung noch im Arbeitsübereinkommen vorgesehenen Änderung des Wahlrechtes, auf die ich noch zu sprechen kommen werde. (*Abg. Pay: Sehr gut!*) Es war die nach dem Erkenntnis eines Höchstgerichtes künstlich aufgeputschte Habsburg-Krise. (*Abg. Dr. Migsch: Das sind lauter Nebensachen! Aber die Republik haben Sie verraten! — Heiterkeit.*) Herr Minister Migsch, ich möchte haben, daß wir lauter so gute Republikaner in Österreich haben, wie Sie einer sind und wie ich einer bin. Das möchte ich gerne wünschen. (*Abg. Dr. Migsch: Wenn Sie so ein Republikaner wären wie ich, wäre ich glücklich! Dann brauchte man für Österreich keinerlei Angst zu haben! — Neuerliche Heiterkeit.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter Migsch, ich bitte Sie, sich zu Wort zu melden, wenn Sie dauernd etwas zu sagen haben!

Abgeordneter Dr. Withalm (*fortsetzend*): Ich glaube, daß Sie auf Ihre weiteren Tage

Dr. Withalm

noch insofern glücklich sein können, als Sie diese Überzeugung haben können. Ich lasse mir nämlich von Ihnen nicht bestreiten, daß ich genau der gleiche Republikaner bin wie Sie. Das bin ich nämlich. Darauf gebe ich Ihnen Brief und Siegel. (*Abg. Dr. Migsch: Das müssen Sie erst beweisen!*)

Aber es war — das möchte ich gerade in diesem Zusammenhang noch einmal wiederholen — die nach dem Erkenntnis eines Höchstgerichtes künstlich aufgeputzte Habsburg-Krise. Und es bestand der Plan, ohne vorherige Befragung der Wähler die stärkste Partei aus der Regierung hinauszudrängen und einen Sozialisten an die Spitze einer kleinen Koalitionsregierung zu stellen. (*Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP. — Abg. Kindl: Das ist etwas ganz Neues!*) Es war die Brückierung der Bevölkerung eines ganzen Bundeslandes anlässlich der Schiffstaufe durch den Verkehrsminister. Es waren die Beamtenversetzungen durch den Vorgänger des jetzigen Innenministers, dessen Parteiausschluß zu Demonstrationen und zur Lahmlegung des Verkehrs in Wien geführt hat. Und es war erst zuletzt die Unmöglichkeit, sich bis zum 22. Oktober dieses Jahres um Mitternacht (*Abg. Pay: 10 Uhr!*) über ein ausgeglichenes Budget für das Jahr 1966 zu einigen. (*Abg. Dr. Migsch: Weil Sie Ihren Regierungsmitgliedern eine Einigung verboten haben, weil der Finanzminister Schmitz ein Beauftragter Ihrer Person ist! Das ist das Beschämende in Österreich! — Abg. Scheibeneis: Wie kann man so gehässig sein? Das hat doch keinen Sinn!*) Herr Minister Migsch, ich bin nicht Ihr Arzt, aber ich möchte Ihnen, obwohl ich von diesen Dingen nichts verstehe, raten, sich etwas im Interesse Ihrer Gesundheit zurückzuhalten. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. Migsch: Die Gesundheit für Österreich war nie ein Problem! Aber Ihre Gesinnung für ein demokratisches Österreich ist ein Problem!*) Ich weiß. Schauen Sie, Herr Minister Migsch: Ich weiß ganz genau, wenn ich hierher gehe — das geht jetzt so seit 12 oder 13 Jahren —, werden Sie allergisch. Das ist eine alte Erfahrungstatsache. (*Abg. Dr. Migsch: Sie werden allergisch, Sie persönlich! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Das erlebe ich in jeder Sitzung des Parlaments, in der ich spreche, wenn Sie dort sitzen. Ich habe mir schon gedacht: Wo ist denn heute der Herr Minister Migsch? Den sehe ich nicht. Aber als ich zu sprechen begann, war er prompt im Saal, was mich an und für sich freut. (*Neuerliche Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich frage Sie alle (*Zwischenruf des Abg. Dr. Migsch.*) — ich verstehe Sie gar nicht. Wir sind einmal gemeinsam im Fernsehen aufgetreten. Erinnern Sie sich? (*Abg. Dr. Migsch: Ja! Da habe ich erkannt, daß Sie die österreichische*

Bevölkerung belügen und betrügen! — Lebhaftes Pfui!-Rufe bei der ÖVP. — Abg. Mayr: Das ist unerhört!) So? Das wäre der zweite Ordnungsruf, Herr Präsident.

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Migsch für diese Ausdrücke den Ordnungsruf. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Mayr: Das ist Ihre Demokratie, Herr Abgeordneter Migsch!*)

Abgeordneter **Dr. Withalm** (*fortsetzend*): Ich danke sehr. Ist das der erste oder der zweite?

Meine Damen und Herren! Ich frage Sie alle einschließlich des Herrn Ministers Dr. Migsch: Wer hatte denn hier ein Interesse daran, daß wichtige Entscheidungen verschleppt wurden? Wer hatte hier ein Interesse daran, eine künstliche Krisenstimmung zu erzeugen? (*Abg. Kostroun: Sie, der Mephisto!*) Wer hatte ein Interesse daran, noch vor den nächsten Wahlen durch neue politische Kombinationen zur Macht zu kommen? Ja, waren wir diejenigen, die die kleine Koalition erfunden haben? Haben wir uns das auf einem Parteitag bestätigen lassen? (*Heftige Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Meine Damen und Herren! Ich weiß ganz genau, morgen steht wieder in den sozialistischen Zeitungen: Der Withalm ist hinaufgegangen und hat eine provozierende Rede gehalten. — Wer der derzeitigen Führung der Sozialistischen Partei nicht recht gibt oder wer sich nicht zumindest in Schweigen hüllt, muß damit rechnen, von Ihnen als Provokateur bezeichnet zu werden. Meine Damen und Herren! Sie sehen, es erschüttert mich keineswegs, wenn Sie versuchen, mich als Provokateur oder womöglich gar als den Totengräber von Österreich hinzustellen. (*Abg. Kostroun: Zuerst der Volkspartei! — Abg. Dr. Migsch: Weil Ihnen das Schicksal der arbeitenden Menschen in Österreich gleichgültig ist! — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.*)

Ich glaube jedoch, Herr Minister Migsch, daß nur eine sehr offene Sprache verhindern kann, daß die Krise einer Partei — und in dieser Krise befindet sich Ihre Partei (*ironische Heiterkeit bei der SPÖ*) —, die zu einer Krise der Zusammenarbeit geführt hat, letzten Endes noch zu einer Krise der Demokratie und des Staates wird. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wir müssen uns hier einmal ganz ehrlich die Frage stellen, ob denn unser politisches Leben noch ein echtes Spiegelbild des täglichen Lebens unseres Volkes ist. Ich fürchte, es ist das nicht mehr der Fall. Vielmehr ist unser politisches Leben durch die Dissonanzen derer, die nicht mehr die zweite Geige spielen wollen, zu einem Zerrspiegel des täglichen Lebens geworden. Gehen wir doch

4950

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Dr. Withalm

hinaus in die Dörfer und in die Städte und forschen wir nach Anzeichen dafür, daß die fast 5 Millionen Wähler so schlecht zusammenleben wie jene, die von ihnen gewählt worden sind. Ich stelle die Behauptung auf, wir werden solche Anzeichen nirgends finden. Die Wähler unserer Parteien, auch die der beiden großen Parteien, von denen die eine der anderen den Führungsanspruch streitig machen will, leben Tür an Tür, sie arbeiten und wohnen unter einem Dach, sie sind gute und friedfertige Nachbarn, und sie haben sehr oft kein Verständnis für die Krisen, die da oben heraufbeschworen werden. (*Abg. Dr. Migsch: Von Dr. Withalm!*) Herr Minister Migsch, heraufbeschworen werden nur deshalb, um möglichst bald an die Macht kommen zu können. Das ist Ihr Bestreben. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Kostroun: Von Withalm heraufbeschworen mit dem Ziel, endlich einmal zur Macht zu kommen!*) Wir haben gar kein Interesse daran, wir sind mit dem Vertrauen, das uns das Volk seit 1945 zuteil werden ließ, zufrieden.

Wir stellen seit 1945 den Bundeskanzler. Aber weil Sie es nicht mehr erwarten können, ihn auch einmal zu stellen, deshalb befinden wir uns in der Krise. (*Abg. Kostroun: Sie sind auf dem besten Weg, ihn zu verlieren, durch Sie, durch Ihre Politik!*) Und deshalb, meine Damen und Herren, macht sich die erbitterte Volksseele oft Luft mit dem Seufzer: Wenn doch die da oben so miteinander reden könnten wie wir!

Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei hat schon mehrfach und nicht ohne ironischen Unterton darauf hingewiesen, daß er in seiner Amtszeit als Vizekanzler schon mit drei Bundeskanzlern der Österreichischen Volkspartei zu tun gehabt hat. (*Abg. Horr: Ein großer Verschleiß! — Abg. Dr. Neugebauer: Immerhin war Withalm noch nicht Kanzler! — Abg. Uhlir: Wir haben mit sieben Finanzministern zu tun gehabt!*) Nein, wir scheuen uns nicht, die Zahl drei gleichfalls zu betonen. Meine Damen und Herren! Gesprächspartner der sozialistischen Parteispitze in den letzten acht Jahren waren ein Raab, ein Gorbach und ein Klaus. Der Versuch, allen dreien, Raab, Gorbach und Klaus, das Leben sauer zu machen, blieb bei jedem Bundeskanzler der gleiche. (*Abg. Uhlir: Dem Gorbach habt ihr das Leben sauer gemacht!*) Denn ungeachtet der Koalitionstreue eines Raab, der Konzilianz eines Gorbach und des Arbeitseifers eines Klaus, also aller dieser drei so verschiedenen Persönlichkeiten, störte die Führung der Sozialistischen Partei immer nur dies eine: sie waren Bundeskanzler, gestellt von der Österreichischen Volkspartei und nicht von der Sozialistischen Partei! (*Abg. Horr: Der friedliebende Withalm!*)

Der zweite Präsident dieses Hohen Hauses hat einmal die sehr einprägsamen Worte gesprochen: „Die zwei Komponenten Mißtrauen aus der Vergangenheit und Vernunft in der Gegenwart sind aber bis heute die bestimmenden Faktoren der Koalition geblieben.“ Ich fürchte nur, feststellen zu müssen, daß sich die Akzente inzwischen etwas verschoben haben (*Abg. Dr. van Tongel: Wo ist die Vernunft?*), muß man doch den Eindruck gewinnen, als ob bei unserem Koalitionspartner die Vernunft in der Gegenwart immer mehr dem Mißtrauen aus der Vergangenheit weichen würde.

Wenn bei uns das Mißtrauen größer geworden ist, dann hat das leider weit in die Gegenwart hineinreichende Ursachen. Es ist erst zwei Jahre her, daß Vizekanzler Dr. Pittermann — lesen Sie das bitte in der „Neuen Zeit“ vom 3. August 1963 nach — folgendes erklärte: „Zum erstenmal ist die langjährige Grundlage der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich in Diskussion, nämlich die Fortsetzung der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien oder ihre Ablöse durch eine andere Mehrheitsbildung im Nationalrat.“ (*Abg. Dr. Migsch: Die Frage haben Sie 1955 aufgeworfen!*) Das hat nicht Dr. Withalm in der „Neuen Zeit“ geschrieben, sondern der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Vizekanzler Dr. Pittermann. (*Abg. Mayr: Wer ist nun der Totengräber? — Abg. Dr. Migsch: Sieben Jahre später! Nach Ihnen!*)

Am 26. Mai dieses Jahres, Herr Minister Migsch, erklärte Vizekanzler Dr. Pittermann weiters — der 26. Mai dieses Jahres war drei Tage nach der Bundespräsidentenwahl —: „Die Sozialistische Partei wird nach der Bundespräsidentenwahl ihre Tätigkeit in dieser Richtung fortsetzen; ebenso bereit zur Zusammenarbeit mit österreichischen Republikanern und Demokraten anderer Gesinnung.“

Meine Damen und Herren! Während sich die Äußerung aus dem Jahre 1963 offenkundig auf die Freiheitliche Partei Österreichs bezog, bezog sich die Äußerung des Jahres 1965 ebenso deutlich auf die Kommunistische Partei Österreichs. (*Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Rosa Jochmann: Das haben wir erwartet! — Abg. Pay: Jetzt ist die Rote Katze wieder da!*) Denn nur diese, meine Damen und Herren, hat ja die sozialistische Kandidatur bei der Bundespräsidentenwahl unterstützt. (*Abg. Kostroun: So etwas wundert sich, wenn man ihn Heuchler und Lügner nennt! Sie sind der Mephisto in diesem Staat, auch der Volkspartei!*) Ich käme ja gar nicht nach, Herr Kollege Kostroun, ich käme heute gar nicht nach... „Mephisto“ ist sicherlich auch einen Ordnungsruf wert, davon bin ich ganz überzeugt. Ich glaube, so viele Ordnungsrufe sind

Dr. Withalm

heute noch gar nicht gesammelt worden, wie Sie sich jetzt schon verdient hätten.

In diesem Zusammenhang ist aber gleichfalls eine schon aus dem Jahre 1963 stammende Feststellung interessant, die Professor Klenner in Heft 16/17 der „Zukunft“ getroffen hat. Auf die selbstgestellte Frage, ob die Sozialistische Partei Österreichs eine Koalition mit der Kommunistischen Partei Österreichs befürworten würde, wenn diese über einige Mandate im Parlament verfügen würde, antwortete Klenner — meine Damen und Herren, ich zitiere aus der „Zukunft“, lesen Sie Ihre eigenen Zeitschriften etwas besser —: „Die Kommunistische Partei Österreichs“ — das stammt nicht von mir, sondern von Klenner — „wäre vielleicht imstande, viel eher als die Freiheitliche Partei Österreichs, durchaus klare und ansprechende Vorschläge zu entwickeln.“

Mit anderen Worten: Als Realisten müssen wir damit rechnen, daß unser Koalitionspartner jede Verbindung eingeht oder auch nicht eingeht, die ihm aus der jeweiligen politischen Situation heraus nützlich erscheint. (*Abg. Rosa Jochmann: Wo sind die Kommunisten?*) Daran kann auch die dem Vorentwurf des sozialistischen „Programms für Österreich“ vorausgeschickte Versicherung nichts ändern, es handle sich um das Programm einer Koalitionsregierung unter dem Vorsitz eines sozialistischen Bundeskanzlers, das gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei durchgeführt werden soll. Denn bei welchen Personen sollten wir dieses Versprechen einklagen, wenn nicht bei jenen, die schon einmal bereit waren, die Politik der Zusammenarbeit der beiden großen Parteien ohne weiteres über Bord zu werfen?

Wir müssen darauf gefaßt sein, daß sich im politischen Arsenal der Sozialistischen Partei heute die verschiedensten Waffen befinden, darunter die zwar geplante, aber vorerst noch nicht eingesetzte kleine Koalition (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) — passen Sie jetzt auf —, darunter aber auch die Nichtausschlagung und damit die faktische Inanspruchnahme kommunistischer Schützenhilfe in Form einer Wahlempfehlung der Kommunistischen Partei für die Sozialistische Partei. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Holoubek: Die Katze hat Junge bekommen!*) Sie dürfen uns glauben, meine Damen und Herren, daß es uns wesentlich lieber wäre, wenn wir darauf nicht gefaßt sein müßten. (*Abg. Rosa Jochmann: Die alte Schallplatte!*) Leider ist die Schallplatte nicht so alt, Frau Kollegin. Sie wurde erst vor sehr kurzer Zeit wieder gespielt. (*Abg. Kostroun: Die Katz' hat Junge kriegt!*) Sie wissen — heute haben wir den 12. November —, am 17. Oktober haben wir in Tirol so etwas Ähnliches gehört. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie

dürfen uns glauben, daß es uns wesentlich lieber wäre, wenn wir darauf nicht gefaßt sein müßten (*Abg. Dr. van Tongel: Das glaube ich nicht!*), wenn wir unter allen Umständen auf eine ehrliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit bauen könnten. Herr Kollege van Tongel, ich könnte jetzt einiges dazu sagen, ich nehme aber ganz bewußt davon Abstand, das zu tun.

Als Realisten müssen wir aber auch auf den Tag vorbereitet sein, an dem die politische Situation nicht mehr die gleiche ist wie in den letzten 20 Jahren. Der von mir vorhin zitierte Professor Klenner hat im selben Artikel der „Zukunft“ auch folgendes festgestellt: „Von der heranwachsenden Generation wird die Verewigung der Koalition nicht verstanden.“ Er hat sogar die für seine Partei sehr kühne Behauptung aufgestellt: „Es steht Österreich“ — so sagte Klenner — „unter einer ÖVP-Regierung ohne Sozialisten noch keine totalitäre Herrschaft bevor.“

In diesem Zusammenhang ist auch von seiten der Österreichischen Volkspartei eine grundsätzliche Feststellung notwendig. Selbstverständlich ist es nicht nur das Ziel aller anderen Parteien, sondern auch das Ziel der Österreichischen Volkspartei, bei den nächsten Wahlen das Vertrauen möglichst vieler Wähler zu gewinnen. Wir werden aber dieses Vertrauen, so groß es auch immer sein mag, niemals mißbrauchen. (*Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Dr. Migsch: Das glaube ich Ihnen nicht! Ihnen glaube ich es nicht!*) Wann haben wir das Vertrauen, das uns das österreichische Volk geschenkt hat, mißbraucht? Wann haben wir das mißbraucht? Seit 20 Jahren sind wir gemeinsam in einer Regierung. (*Abg. Kostroun: Sie haben noch keine Gelegenheit dazu gehabt! Wir aber sind voll Mißtrauen gegen Sie!*)

Politische Macht ist in unseren Augen etwas, was uns innerhalb der Grenzen des Rechtsstaates und der demokratischen Verfassung bis auf Widerruf anvertraut ist, nicht aber etwas, wovon wir allein im Interesse unserer Partei schrankenlosen Gebrauch machen dürfen. Der Wille zur Zusammenarbeit ist, was die Österreichische Volkspartei betrifft, keine Redensart (*Abg. E. Winkler: Das wissen wir aus Niederösterreich!*), sondern eine Tat, die wir 20 Jahre lang gesetzt haben (*Beifall bei der ÖVP — Abg. Dr. Migsch: Ihr nicht! — Abg. Kostroun: Die Zusammenarbeit, die Sie zerstören wollen!*); auch in den Jahren 1945 bis 1949, als die Österreichische Volkspartei hier im Hause die absolute Mehrheit hatte, und auch in jenen Bundesländern, in denen die ÖVP von 1945 bis zum heutigen Tag die einfache Mehrheit besitzt. (*Abg. Dr. Migsch: Damals waren Sie in Ihrer Partei eine Null! —*

Dr. Withalm

Heiterkeit.) Herr Minister Migsch, das ist vielleicht gar kein Nachteil. Ich habe mich entsprechend vorbereitet auf meine politische Betätigung. Ich bin sehr spät in die Politik gegangen. *(Abg. Dr. Neugebauer: Immer noch zu früh!)* Ich weiß nicht, ob das ein Nachteil ist. Es muß nicht unbedingt sein, daß man schon in sehr jungen Jahren in die Politik geht. Sie sind ein alter Politiker, das gebe ich Ihnen ohne weiteres zu, mit gewissen Meriten. Ich weiß aber nicht, warum Sie sich heute so aufregen. *(Abg. Dr. Migsch: Ich bin ein absoluter Freund der Leute aus der Volkspartei von 1945, die Sie und Ihresgleichen mit den niederträchtigsten Worten desavouiert haben! Denen Sie nie widersprochen haben!)* Herr Präsident, ich darf um einen neuerlichen Ordnungsruf für den hochgeschätzten Herrn Minister Migsch bitten. *(Abg. Dr. Migsch: Ihnen gegenüber nehme ich einen zweiten und dritten Ordnungsruf gern zur Kenntnis! — Anhaltende Zwischenrufe. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.)*

Meine Damen und Herren! Wenn jemand derart mit Komplexen beladen ist wie Herr Minister Dr. Migsch, dann läßt sich schwer mit ihm reden; von vernünftigem Diskutieren ist überhaupt keine Rede. Herr Minister Dr. Migsch, wir haben weiß Gott Grund, uns den Kopf darüber zu zerbrechen, wie die politische Arbeit nach den nächsten Wahlen fruchtbar gestaltet werden kann.

In der Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Parteien sind schon verschiedene Wege beschritten worden. Wir alle kennen den Begriff der starren Koalition. Als die Zeit der Nachkriegsnot und der vierfachen Besetzung vorüber war, wurde nicht zuletzt von Parlamentariern Kritik daran geübt, daß Gesetze zuerst im Koalitionsausschuß ausgehandelt wurden und dann mit Bindung in das Parlament gingen. Von der Bevölkerung wurde aber auch in immer stärkerem Maße kritisiert, daß ein von einer Partei ausgesprochenes Nein sowohl die Arbeit der Regierung als auch die Arbeit des Parlaments in wichtigen Fragen lahmlegen konnte und leider nur zu oft lahmgelegt hat.

Wir haben dann im letzten Arbeitsübereinkommen den koalitionsfreien Raum geschaffen, nicht aus dem Wunsche, diesen Raum möglichst oft zu betreten, sondern vielmehr aus dem Wunsche, das Damoklesschwert dieses koalitionsfreien Raumes möge die Partner an den gemeinsamen Verhandlungstisch bringen, ja geradezu zwingen und zu gemeinsamen Beschlüssen veranlassen. Durch den Plan einer kleinen Koalition, der gleichbedeutend mit der Delogierung der ÖVP aus dem Raum der Zusammenarbeit war, wurde dieser koalitionsfreie Raum in Mißkredit gebracht. Das gleiche gilt auch für den weder in der Regierungserklärung

noch im Arbeitsübereinkommen enthaltenen Wunsch nach einer Änderung des Wahlrechts, genauer gesagt, für die mit der jeweiligen politischen Situation wechselnden Wahlrechtsänderungswünsche der Sozialistischen Partei Österreichs. Für Rechenexempel zur Manipulierung der Mandatsstärke der Parteien ist ein koalitionsfreier Raum wohl am wenigsten geeignet.

Wir werden deshalb am 6. März 1966 nach dem Wahlrecht wählen, das für die Erste Republik und für 20 Jahre der Zweiten Republik gut genug war und für dessen Verfassungsgrundsätze nicht zuletzt der erste Bundespräsident und frühere Staatskanzler Dr. Renner im Parlament der Ersten Republik überzeugend plädiert hat. Nach diesem Wahlrecht *(Abg. Holoubek: ... wird die Mehrheit der Wähler vergewaltigt!)*, das möchte ich sehr nachdrücklich zum ersten Zwischenruf sagen, nach diesem Wahlrecht, Herr Kollege Holoubek, ist dieser Nationalrat keine Wählervertretung, die das übrige Volk ausschließt, sondern eine Volksvertretung, die die Wähler einschließt! *(Beifall bei der ÖVP.)* Die Österreichische Volkspartei ist in diesem Nationalrat seit 1945 nicht dank der Wahlarithmetik *(Abg. Pay: Zweimal dank der Wahlarithmetik: 1953 und 1959!)*, sondern deshalb die stärkste Partei, weil hinter ihr seit 20 Jahren der größte Teil des österreichischen Volkes steht! *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pay: Diese Überheblichkeit, 1953 und 1959 zu vergessen!)*

Meine Damen und Herren! Wenn die Sozialistische Partei erklärt, sie brauche „Korrekturstimmen“, so erweckt sie damit bewußt die falsche Vorstellung, als würden die beiden großen Parteien mit dem geltenden Wahlrecht nach verschiedenen Maßstäben gemessen werden. Davon kann aber keine Rede sein. Die Sozialistische Partei hat in jedem Wahlkreis genau die gleichen Chancen wie die Österreichische Volkspartei. Wenn die Sozialistische Partei in den kinderreichen Wahlkreisen — es wurde zuvor vom Mühlviertel gesprochen — nicht im gleichen Ausmaß das Vertrauen der Wähler gewinnen konnte wie die ÖVP, so liegt die Ursache bestimmt nicht im Wahlrecht.

Wir haben uns bei den Verhandlungen über die Festsetzung des Wahltermins nicht nur vom Grundsatz des freien und gleichen, sondern auch von dem des allgemeinen Wahlrechts leiten lassen. *(Abg. Dr. Migsch: Geh, geh! Das sind ja Witze!)* Wir mußten deshalb auch der Spekulation auf eine Korrektur des Wahlergebnisses durch die Witterung entgegenreten. *(Abg. Dr. Migsch: Das sind ja Witze!)* Im Falle ungewöhnlicher Witterungsverhältnisse, wie sie nach den Erfahrungen der letzten Jahre zu Beginn des März nicht auszu-

Dr. Withalm

schließen sind, wird deshalb durch eine Verordnung gemäß § 107 der Nationalrats-Wahlordnung dafür vorgesorgt werden, daß auch die Österreicher in entlegenen Gebirgstälern von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können.

Hohes Haus! Diese Gesetzgebungsperiode geht zu Ende, ohne daß das erste Volksbegehren, der erste Akt der direkten Demokratie in der Zweiten Republik, den Anstoß zu einem Gesetzesbeschluß in diesem Hohen Haus gegeben hat. Ich kann in diesem Zusammenhang namens meiner Partei nur dem größten Bedauern Ausdruck verleihen (*Abg. Zeillinger: Dann stimmen Sie doch mit uns!*) und muß zur Vermeidung einer Legendenbildung mit aller Deutlichkeit feststellen (*Abg. Dr. Migsch: Das haben Sie in der Hand gehabt!*), daß die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei in diesem Saale nie gegen das Rundfunk-Volksbegehren gestimmt haben. Die Abstimmung über den am 4. November eingebrachten Antrag der Freiheitlichen Partei, für die Behandlung des Volksbegehrens im Parlament eine Frist bis zum 16. November dieses Jahres zu setzen, erfolgte auf Seite der Österreichischen Volkspartei ausschließlich unter dem Gesichtspunkt, ob dies ein ernst zu nehmender Antrag ist oder nicht. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. van Tongel: Das ist doch unerhört!*) Da ist gar nichts unerhört, Herr Kollege Dr. van Tongel! Wir mußten aus dieser Terminsetzung den Schluß ziehen, daß dieser Antrag nicht ernst zu nehmen ist. Wie konnte ein vernünftiger Mensch erwarten, daß über eine so schwierige Materie ... (*Abg. Zeillinger: Sie sind viel zu feig, mit uns gegen die Roten zu stimmen! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident (*der inzwischen den Vorsitz übernommen hat*): Meine Herren! Wir sind doch nicht am Heumarkt! Bitte, sich etwas zu beruhigen.

Abgeordneter Dr. **Withalm** (*fortsetzend*): ... nun plötzlich innerhalb von 12 Tagen eine Beschlußfassung möglich sein werde? (*Abg. Zeillinger: Sie trauen sich ja gar nicht, mit uns zu stimmen!*) Gerade weil wir die Behandlung des Rundfunk-Volksbegehrens immer ernst genommen haben und nach wie vor ernst nehmen, waren wir nicht bereit, bei einem solchen zur Irreführung der Bevölkerung bestimmten Theater, das ausschließlich aus parteitaktischen Gründen erfolgte, mitzumachen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Meine Herren von der Freiheitlichen Partei! (*Abg. Dr. van Tongel: Ihr Klatsch wird diese Feigheit nicht wettmachen!*) Wenn Sie sich noch so erregen: Der Antrag war ein Theater, dazu bestimmt, daß die Freiheitliche Partei doch im letzten Moment noch einen Rettungsanker in die Hand bekommt. (*Abg. Dr. Kos: Den brauchen wir gerade von Ihnen! — Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Präsident: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen oder sich, wenn man etwas zu sagen hat, nachher zum Wort zu melden. (*Abg. Zeillinger: Dann soll er nicht so provozieren!*) Wir sind ja in keinem Zirkus, sondern im Parlament.

Abgeordneter Dr. **Withalm** (*fortsetzend*): Wie ernst wir das Rundfunk-Volksbegehren stets genommen haben, hat uns in diesem Saal am 15. Juli der für die ÖVP gewiß sehr unverdächtige Abgeordnete Dr. Winter bestätigt. Er sagte laut stenographischem Protokoll (*Abg. Dr. van Tongel: Unerhört!*):

„Wir Sozialisten hatten immer die mühevolle Aufgabe, aus diesem Gesetzesantrag, ich möchte sagen: aus der vielen Spreu den wenigen Weizen herauszusondern, und ich muß gestehen, daß uns dabei ... Dr. van Tongel sehr oft behilflich war — rein kollegial —, um die Arbeit zu fördern, während von den Herren der Österreichischen Volkspartei fast jeder textlichen Änderung zäher Widerstand entgegengesetzt wurde“.

So Dr. Winter am 15. Juli. Mit anderen Worten: Das Bestreben der Österreichischen Volkspartei war ein Gesetzesbeschluß, der die vom Volk begehrte Rundfunkreform möglichst unverfälscht in die Tat umsetzen sollte. (*Abg. Probst: Da haben Sie wieder unser Manuskript erwischt! — Heiterkeit.*) Ich darf hier mit Nachdruck feststellen, daß dies nach wie vor unser Bestreben ist. So wie in der nächsten Gesetzgebungsperiode andere noch offene Probleme unseres Staates gelöst werden müssen, so muß auch die Neuordnung im österreichischen Rundfunk nach dem Willen von 832.000 österreichischen Staatsbürgern eine Vorrangstellung erhalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir am Ende dieser Gesetzgebungsperiode noch vor so vielen ungelösten Problemen stehen und nicht zuletzt vor der Tatsache, daß es nicht möglich war, zu einem Beschluß über ein nicht nur provisorisches, sondern wirklich zukunftsweisendes Budget für 1966 zu kommen, so wird damit in den Augen der Bevölkerung zweifellos eine Schuldfrage aufgeworfen. Wir scheuen uns nicht, in die Debatte über diese Schuldfrage einzutreten.

Jawohl, es war nicht möglich, mit der Sozialistischen Partei in einer Reihe sehr wichtiger Fragen zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen. Das war nicht möglich, weil entweder die Taten der Sozialistischen Partei nicht mit ihren Worten übereinstimmten — die Beweise werde ich sofort erbringen — oder weil der Sozialistischen Partei der Mut zu echten Lösungen fehlte, weil sie manches Krebsgeschwür lieber weiterwuchern läßt, als den heilenden Schnitt zu tun, oder aber weil die

Dr. Withalm

Sozialistische Partei einer Regierung unter der Führung der Österreichischen Volkspartei einfach keine Erfolge mehr gönnen wollte und Probleme auf die lange Bank schob, auf eine Regierungsbank, von der sie hofft, daß einmal ein sozialistischer Bundeskanzler auf ihr sitzen wird.

Ich biete Ihnen dafür einen generellen Beweis. Ich werde Ihnen aber auch im Detail die Beweise nicht schuldig bleiben. Unter dem vielversprechenden Titel „Gespenster der Vergangenheit — Aufgaben der Zukunft“ konnte man im Heft 16/17 der „Zukunft“ — das war eine Fundgrube, dieses Heft 16/17 — aus dem Jahre 1963 folgende aufschlußreiche Sätze lesen:

„Es ist höchst unwahrscheinlich, daß wir in naher Zukunft eine Mehrheit erringen“ — das sage nicht ich, sondern das steht in der „Zukunft“ —, „die stark genug ist, um allein regieren zu können; daher mußte die Kooperation mit der Freiheitlichen Partei Österreichs angebahnt werden ... Falls es dazu kommen sollte, werden wir manche liebe alte Gewohnheit aufgeben müssen.“ — Ich zitiere immer noch die „Zukunft“. — „Die bequeme — ich wiederhole: die bequeme — Rolle der halben Opposition ist dann zu Ende.“ (*Abg. Dr. Neugebauer: Das ist ein Diskussionsblatt!*)

Meine Damen und Herren! Das ist, glaube ich, sehr, sehr aufschlußreich. Es ist nicht dazu gekommen. Wir haben die kleine Koalition nicht bekommen. Aber gerade deshalb trifft es zu, daß die Sozialistische Partei diese bequeme Rolle der halben Opposition bis zum Ende dieser Gesetzgebungsperiode spielen konnte. Und dazu die Beweise im Detail:

Am 24. Juli dieses Jahres erklärte Vizekanzler Dr. Pittermann in seiner Radiosendung im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe:

„Die Politik kann die eingetretenen Schäden nur mildern, nicht aber ungeschehen machen. Die Ernteerträge werden in vielen Teilen Europas geringer und die Produkte schlechter sein. Außerdem müssen wir auch mit einer verspäteten Anlieferung von Obst und Gemüse aus der heimischen Erzeugung rechnen. Daraus ergeben sich unvorhergesehene, aber nicht weniger unangenehme Wirkungen auf die Preise.“

Das war die Sprache eines Regierungsmitgliedes. Heute aber stellen sich sozialistische Regierungsmitglieder in schützender Pose vor den Schilling und tun so, als ob die von ihnen mitbeschlossenen Erhöhungen behördlich geregelter Preise und die Preiserhöhungen im Gefolge der Hochwasserkatastrophe auf das Schuldkonto ihres Regierungspartners gingen.

Am 19. Juni dieses Jahres erklärte Vizekanzler Dr. Pittermann vor dem Sozialistischen Parteitag: „Die Sozialisten haben die Verhandlungen über den für ein Volksbegehrensgesetz an den Nationalrat gelangten Vorschlag eines Komitees aus Vertretern der unabhängigen Presse nicht abgelehnt.“

Am 15. Juli dieses Jahres aber erklärte der SPÖ-Abgeordnete Dr. Winter hier im Nationalrat: „Zugegeben“ — so sagte Dr. Winter —, „eine Schuld haben wir Sozialisten sicher in der Sache auf uns geladen, die zu bekennen ich nicht anstehe, nämlich daß wir nicht sofort nach dem Erscheinen des Volksbegehrens beziehungsweise des Gesetzentwurfes die Aufklärung der Bevölkerung über die Hintergründe und wahren Absichten unternommen haben.“ Das war ein wahres Wort, Kollege Dr. Winter, für das wir und, ich glaube, die 832.000, die die Unterschrift geleistet haben, Ihnen dankbar sein werden.

Am 19. Juni dieses Jahres kommentierte Vizekanzler Dr. Pittermann vor dem Sozialistischen Parteitag den Entwurf des sozialistischen Programms für Österreich unter anderem mit folgenden Worten:

„Zugleich soll die Vermögensbildung nicht nur der Betriebe, sondern auch des einzelnen Staatsbürgers durch Sicherung der Währungsstabilität, der Kaufkraftstabilität und der Wertbeständigkeit der Währung sowie durch eine entsprechende Gestaltung des Steuerrechtes gefördert werden.“

Zur Finanzierung der Behebung der Hochwasserschäden aber wollte die SPÖ ausschließlich jenen Kreis von Staatsbürgern heranziehen, dem sie in ihrem Programmentwurf großzügig eine steuerliche Förderung der Vermögensbildung verspricht.

Am 19. Juni dieses Jahres forderte Vizekanzler Dr. Pittermann, wieder vor dem Sozialistischen Parteitag, die Bundesregierung solle „ein Konzept für die Verwaltungsvereinfachung ausarbeiten lassen“. Als jedoch in einer der letzten Ministerratssitzungen der Finanzminister durch Auflassung eines Sonderfinanzamtes 40 eigene Dienstposten einsparen wollte, scheiterte er am Einspruch der Sozialistischen Partei. (*Abg. E. Winkler: Wie war es bei den Bezirksgerichten?*) So geht es in kleinen Dingen, so geht es aber auch in großen Dingen.

Seit Jahr und Tag, meine Herren, hören wir die Klage der Sozialistischen Partei über die sogenannte Kulturpleite. Im Entwurf des sozialistischen Programms für Österreich können wir folgende Forderungen lesen: „Erweiterung des gesetzlichen Anspruches auf Studienförderung Begabter auch für allgemeinbildende Schulen“, „in Klagenfurt ist eine

Dr. Withalm

Hochschule vorzusehen“, „großzügige Förderung der Neubauten von Hoch- und Mittelschulen“, „Modernisierung der bestehenden Anstalten und Institute“, „Internate für die Besucher der allgemeinbildenden höheren Schulen“, „verstärkter Bau von modernen Heimen für die Studierenden an Hochschulen und mittleren Lehranstalten aller Art“.

Und was hat die Partei, die alle diese Forderungen erhebt, bei den Verhandlungen über das Budget 1966 getan? Sie hat sich gegen die Priorität von Unterricht und Forschung ausgesprochen und diese dem Unterrichtsbudget zugestanden. (*Abg. Uhlir: Das ist nicht wahr! Sagen Sie keine Unwahrheiten!*) Ihr Budgetkonzept bestand vielmehr in der Verteilung ... Herr Kollege, Sie reden von Unwahrheiten. Das stimmt, Sie haben sich dagegen ausgesprochen, daß dem Unterrichtsminister die Priorität eingeräumt wird, sowieso nur im Eventualbudget! Da waren Sie absolut dagegen (*Abg. Uhlir: Erzählen Sie doch keine Märchen!*), und jetzt behaupten Sie, das sei eine Unwahrheit, wenn ich Ihnen soeben vorgehalten habe, daß Sie wohl ein ganz großes Programm der Bevölkerung unterbreiten, aber dann, wenn es darauf ankommt, nicht bereit sind, auch Taten zu setzen. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: 20 Jahre ist das Ministerium in den Händen der Volkspartei!*)

Ihr Budgetkonzept bestand vielmehr in der Verteilung des wachsenden Bundesbahn-defizits auf die übrigen Ressorts, auch zu Lasten der Steuergelder, die sonst für Unterricht, Begabtenförderung und Forschung verfügbar wären. (*Abg. Uhlir: Das ist auch nicht wahr! Wenn Sie endlich einmal bei der Wahrheit bleiben würden!*)

Meine Damen und Herren! Was das Österreich von morgen braucht, ist eine Politik, die das, was sie verspricht, auch zu halten bereit und in der Lage ist, nicht aber eine Politik, wie sie uns die Sozialistische Partei vorexerziert, nämlich eine Politik, die schon heute das nicht hält, was sie unbekümmert für morgen verspricht. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Uhlir: Das ist eine gewagte Behauptung!*)

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß unser Koalitionspartner mit seinem sozialistischen Programm für Österreich beim nächsten Nationalratswahlkampf einen gigantischen Propagandaaufwand treiben wird. Aber die österreichische Bevölkerung wird nach den Erfahrungen in dieser Gesetzgebungsperiode — darauf können Sie sich verlassen — Ihnen auch die Frage stellen: Wer sind denn die Garanten für die Einhaltung und Erfüllung der dort gegebenen Versprechungen? (*Abg. E. Winkler: Die Partei! — Abg. Uhlir:*

Zerbrechen Sie sich nicht unsere Köpfe!) Oder noch deutlicher: Wer sind die Männer, die dafür bürgen, daß diese Worte auch tatsächlich Taten werden?

Ich erinnere daran, daß nach den ersten Nationalratswahlen der Zweiten Republik Bundeskanzler Ing. Figl in diesem Hause eine Regierungserklärung abgab, in der er ausdrücklich betonte, er könne dem österreichischen Volk nichts, aber auch schon gar nichts versprechen. Aber gerade in den Jahren nach dieser Wahl wurde durch eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Parteien und die Opferbereitschaft und den Fleiß des österreichischen Volkes Großartiges für dieses Land geleistet. (*Abg. Uhlir: Da haben Sie noch nichts zu reden gehabt!*) Herr Kollege Uhlir, vielleicht haben auch andere damals noch nichts zu reden gehabt. (*Abg. Mayr: Pittermann! — Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Uhlir: Er war Klubobmann!*) Wir brauchen keine Namen zu nennen.

Noch wissen wir nicht, wie die Volksvertretung nach den Wahlergebnissen des 6. März 1966 zusammengesetzt sein wird. Eines aber wissen wir: Diese Zusammensetzung wird dem Willen des österreichischen Volkes entsprechen und nicht nur dem „momentanen Wahlgluck“, zu dem der Abgeordnete Uhlir am 3. April 1964 hier in diesem Hohen Hause die Entscheidung der Wähler vom 18. November 1962 zu degradieren versuchte. (*Abg. Uhlir: Das ist falsch!*) Wie immer auch die Entscheidung vom 6. März 1966 ausfallen mag — eines möchte ich namens der Österreichischen Volkspartei klarstellen. (*Abg. Dr. van Tongel: „Wir machen wieder eine Koalition!“ — Heiterkeit.*) Ja, passen Sie auf, Sie wären halt gerne dabei gewesen, Herr Kollege Dr. van Tongel, im Jahre 1963, und Sie wären natürlich auch gern dabei nach den nächsten Wahlen. Das wissen wir. Dafür habe ich auch ein gewisses Verständnis. Aber ob der Wähler da mittun wird, das werden wir erst sehen.

Wir werden uns nach den nächsten Wahlen durch nichts mehr davon abhalten lassen (*Abg. Dr. van Tongel: Wieder eine Koalition zu machen!*), für die Entscheidungen einzutreten, die im wohlverstandenen Interesse der Gesamtbevölkerung endlich einmal fallen müssen. (*Abg. Dr. Broesigke: So wie bisher!*) Hier darf es einfach kein polnisches Veto mehr geben!

So die Entscheidung über eine verstärkte Förderung des Unterrichts, der Begabten und der Forschung.

So die Entscheidung über eine verstärkte Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums unserer Wirtschaft.

Dr. Withalm

So die Entscheidung über die nur auf dieser Grundlage mögliche Verbesserung der Realeinkommen, der familienpolitischen Leistungen und der sozialen Sicherheit sowie die breitere Streuung persönlichen Eigentums. (*Abg. Dr. Haider: Bravo!*)

So die Entscheidung über die Schließung des Kuriositätenkabinetts unseres Wohnungswesens und über die verstärkte, der sozialen Lage und dem Familienstand angepaßte Förderung des Wohnungsneubaus und des Eigenheimbaues.

Meine Damen und Herren! Ich habe zuvor mit großer Aufmerksamkeit die Ausführungen des Kollegen Moser verfolgt. Ja, ich frage mich folgendes: Die Gemeinde Wien hat seit 1918 unumschränkte Möglichkeiten — warum gibt es in Wien eine Wohnungsnot, wenn seit 1918 und seit 1945 wieder alle Möglichkeiten bestehen, daß das Wohnungswesen in Ordnung gebracht wird? (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Holoubek: Schauen Sie sich die Inserate in den Zeitungen an! — Abg. Rosa Jochmann: Das ist eine billige Phrase gewesen!*)

So die Entscheidung — um es noch einmal zu wiederholen — über die vom Volk begehrte Reform des Rundfunks.

So die Entscheidung, ob wir die Landesverteidigung ernst nehmen oder ob wir unser Bundesheer lediglich als notwendiges Übel betrachten, das von niemandem recht ernst genommen wird.

Und so nicht zuletzt die Entscheidung über die Sicherstellung unserer wirtschaftlichen Zukunft in einem größeren europäischen Markt.

Wir sind uns dabei sehr wohl der Tatsache bewußt, daß wir nur Versprechungen machen dürfen, die wir in stabilen Schillingen zu halten in der Lage sind. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Das ist die erste Wahlrede!*) Das aber setzt voraus, daß sich das Vokabular unserer Politik nicht im Worte „Fordern“ erschöpfen darf, sondern so wie am Beginn der Zweiten Republik auch jetzt an der Schwelle ihres dritten Jahrzehnts das Wort „Leistung“ enthalten muß. (*Abg. Dr. Haider: Bravo!*)

Wir werden sehen, wem das Volk größeren Glauben schenkt: jenen, die allen alles auf einmal versprechen, ohne etwas dafür zu verlangen, oder jenen, die für eine auf Leistung und sozialen Ausgleich gegründete Gemeinschaft eintreten, in der niemand das Privileg des Forderns, aber jeder die Chance des durch Leistung erworbenen Wohlstandes besitzt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Wenn wir der nächsten Entscheidung entgegensetzen, dann verschließen wir von der Österreichischen Volkspartei nicht

die Augen vor der Tatsache, daß wir diese Entscheidung auf uns allein gestellt zu bestehen haben werden. (*Abg. E. Winkler: Wir auch!*) — Ich hoffe, ich hoffe sehr! Ich weiß nicht, wer gesagt hat: „Wir auch!“ Ich hoffe, Sie „auch“, Herr Kollege Winkler, daß auch Sie allein auf Ihre Kraft gestellt sind und nicht der Unterstützung von anderen bedürfen.

Wir vertrauen aber auf die vor 20 Jahren zum erstenmal unter Beweis gestellte Reife des österreichischen Volkes. Es wird sein Urteil sprechen: über uns alle, die wir in seinem Auftrag hier in diesem Saale sitzen, aber auch über seine eigene Zukunft. Möge dieses Urteil unserem Volk einen Weg in die Zukunft öffnen, den es so wie nach dem 25. November 1945 mit gutem Gewissen beschreiten und von dem es eines Tages rückblickend behaupten kann: Es war der richtige Weg! (*Langanhaltender Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, erteile ich dem Abgeordneten Dr. Migsch den Ordnungsruf wegen des Ausdrucks „Totengräber der Republik“. (*Abg. Holoubek: Der Kollege Mayr hat dasselbe gesagt! — Abg. E. Winkler: Er leugnet es gar nicht!*) Das muß ich auf Grund des Protokolls dann feststellen! (*Abg. Mayr: Dann muß ich aussprechen, daß es der Pittermann ist!*)

Ich bitte den nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Zeillinger. (*Anhaltende Rufe und Gegenrufe bei SPÖ und ÖVP.*)

Das Wort hat der Redner.

Nachdem mich mein Vorgänger, Herr Präsident Waldbrunner, darauf aufmerksam gemacht hat, dürfte ich ja kaum einen Fauxpas begehen. (*Heiterkeit.*)

Bitte, der nächste Redner.

Abgeordneter **Zeillinger** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben heute erstmalig hier als neuen Begriff den Begriff der „nahtlosen Koalition“ kennengelernt. Er wurde uns vorgetragen, erläutert, und es wurde uns an Hand einer anschließenden Demonstration auch deutlich vor Augen geführt, was Sie unter „Zusammenarbeit“ verstehen.

Es war nun keineswegs meine Absicht, Ihre „Zusammenarbeit“, wie Sie sie hier in den letzten Stunden unter gegenseitiger Beweisrührung immer wieder geboten haben, zu stören. Aber eine Stellungnahme ist notwendig in dem Augenblick, wo der Herr Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei die

Zeillinger

Freiheitlichen zur Zielscheibe seiner Angriffe gemacht hat, weil es immer leichter ist (*Abg. Dr. Withalm: Das kann man ja nicht unbedingt behaupten, Herr Kollege!*), mit den Großen eine Koalition zu machen und auf die Kleinen loszugehen; dieser Mut zeichnet Sie, Herr Dr. Withalm, ja schon seit vielen Jahren aus. So war es auch heute wieder, als Sie, unter ständiger Betonung Ihres Willens zur guten Zusammenarbeit mit der Reichshälfte von links, in der Zeit — ich habe genau aufgepaßt —, in der das Fernsehen eingeschaltet war, zur Erleichterung Ihres Gewissens zum Volksbegehren sprachen. Und ich rufe die noch anwesenden Journalisten als Zeugen an, daß das nämlich heute die Wahlrede war, die über das Fernsehen gehen mußte, um die schlechte Lage der Volkspartei in der Frage des Volksbegehrens einigermaßen wieder auszugleichen. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Meine Herren, Sie lachen über das Volksbegehren! Sie lachen über das, was Ihnen die Presse in den letzten Tagen vor Augen geführt hat. Ich bin vollkommen überzeugt: Sie nehmen das alles gar nicht ernst. Ihr Generalsekretär hat allerdings den Ernst der Situation etwas erkannt; deswegen hat er auch das Fernsehen bis jetzt zurückbehalten, und deswegen hat er auch zum Schluß der Rede das Einsatzzeichen gegeben, daß genau jene Stelle in das Fernsehen kommt ... (*Abg. Dr. Withalm: Ich habe gar kein Einsatzzeichen gegeben!*) Doch, Herr Kollege! Da hinten ist einer gestanden und hat mitgelesen, bis jene Stelle gekommen ist, die Ihnen so wertvoll erscheint, daß sie nur ja vom Fernsehen ausgestrahlt wird, jene Stelle, wo Sie auf die Freiheitlichen losgegangen sind. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Herr Kollege Withalm, das können Sie nicht bestreiten — da steht noch der lebende Zeuge des Fernsehens! (*Weitere lebhaftes Zwischenrufe.*)

Wenn Sie Mut hätten, Herr Dr. Withalm, und wenn Sie ein fairer Politiker wären, dann wären Sie einverstanden, daß jetzt das Fernsehen eingeschaltet wird und auch die Antwort der Freiheitlichen auf Ihre unwahre Behauptungen dem österreichischen Volk übermittelt wird. (*Abg. Lola Solar: Das Fernsehen ist ja nicht schwarz, das ist ja rot! — Weitere Zwischenrufe.*) Sie haben uns über das Fernsehen in unverantwortlicher Weise angegriffen. (*Abg. Dr. Withalm: Wir können für das Fernsehen auswählen, was wir wollen! — Abg. Harwalik: Herr Abgeordneter Zeillinger! Withalm ist ja kein Fernsehdirigent! — Abg. Dr. Withalm: Ich habe kein Einsatzzeichen gegeben! — Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident (*der mehrmals das Glockenzeichen gegeben hat*): Das Wort hat der Redner. Bitte den Redner nicht zu unterbrechen!

Abgeordneter Zeillinger (*fortsetzend*): Sie haben zuerst abgestritten, daß es die Wahrheit ist. Jetzt sagen Sie, daß Sie das ausgewählt haben. Ich will Ihnen gar nichts vorschreiben. Ich behaupte nur: Wenn Sie fair sind, Herr Kollege Withalm, dann würden Sie dazu beitragen, daß uns Rundfunk und Fernsehen nicht andauernd vorenthalten werden. Aber Sie haben Angst davor, daß wir Ihnen über Rundfunk und Fernsehen antworten können, und Sie verlassen sich darauf, daß um 5 Uhr nachmittag die Journalisten in ihren Redaktionen sind und nicht mehr erfahren werden, was sich hier in diesem Hause abgespielt hat. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ja, Herr Kollege Withalm, das mag Ihnen sehr unangenehm sein. Aber haben Sie einmal den Mut, nicht nur gegen die Roten zu reden, sondern auch mit uns Freiheitlichen einmal gegen die Roten zu stimmen! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Withalm.*)

Da darf ich nun auf eine Behauptung von Ihnen eingehen, die Sie eben vorgebracht haben. Sie haben erklärt: die Freiheitlichen hätten mit ihrem Antrag, für das Volksbegehren eine Frist zu setzen, einen nicht ernst zu nehmenden Antrag gestellt. (*Abg. Dr. Withalm: Richtig!*) Sie halten es für richtig, Herr Kollege, ich halte es für falsch; ich behaupte sogar, Sie haben das gegen Ihre eigene Überzeugung hier vorgebracht. (*Abg. Dr. Withalm: Nein! Ich habe gesagt: es war ein Theater! Das haben Sie überhört!*)

Darf ich Ihnen ein Beispiel aus der Parlamentsgeschichte, die Sie und Ihre Partei gemeinsam mit den Sozialisten in diesen Tagen praktiziert haben, vorhalten: Sie haben am Mittwoch ein sehr umfangreiches und schwieriges Gesetz, das Pensionsgesetz 1965, in diesem Hause eingebracht. Es sollte am Mittwoch noch im Ausschuß behandelt werden. Es mußten Abänderungen vorgenommen werden, die Beschlußfassung im Ausschuß ist auf heute vertagt worden. Heute nach der Haus-sitzung wird sich erst der Ausschuß damit beschäftigen können. Aber bereits am kommenden Mittwoch werden Sie diese überaus schwierige Gesetzesmaterie beschließen.

Aber ein Jahr lang war die Volkspartei unter der Führung des Generalsekretärs Withalm nicht in der Lage, sich mit den Problemen des Volksbegehrens zu befassen. Zu einer Kampfabstimmung gemeinsam mit den Freiheitlichen, dazu war Herr Withalm — er geht leider jetzt hinaus — zu feig. Aber weil er zu feig ist und weil er von der unabhängigen Presse angegriffen worden ist, richtet er nun seine Pfeile gegen die Freiheitlichen. Und letzten Endes — meine Herren, das werden Sie ja inzwischen erkannt haben — denkt er

4958

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Zeillinger

schon wieder an den 6. März, an den Tag der Wahl, und denkt daran, daß er natürlich die heute so diffamierten Roten, diese „roten Teufel“, diese „Teufel in Person“, wie sie hier sitzen, ja wieder als Blutsbrüder und Koalitionspartner brauchen wird! (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Herren von der Volkspartei! Wenn Sie die Worte, die Ihr Generalsekretär Dr. Withalm hier gesprochen hat, ernst meinen und wenn Sie wirklich hinter diesem Volksbegehren stehen, dann lade ich Sie ein: Wir können noch viel leichter als das Pensionsgesetz, das wir heute erst in den Ausschuß bekommen werden, jenes Volksbegehren, über das wir beide doch im wesentlichen einig sind, beschließen. Ich weiß nicht, warum Sie so viel Angst haben, einmal zuzugeben, daß die Volkspartei und wir einer Meinung sind. Vielleicht nur aus dem Grund, den der Herr Bundeskanzler am Parteitag in Graz genannt hat: daß es für euch von der ÖVP unangenehm ist, uns aufzuwerten, weil es für euch viel angenehmer wäre, die alte Raab-Theorie vom „Inhalieren“ wieder fortzusetzen, die Zeugen seiner eigenen Sünden zu beseitigen. Das wäre euch bestimmt viel lieber gewesen. Aber wenn ihr eure eigenen Worte ernst meint, dann lade ich Sie, Herr Parteiohmann (*sich zur Regierungsbank wendend*) — jetzt ist er hinausgegangen, jetzt ist sowohl der Parteiohmann als auch der Generalsekretär draußen —, dann lade ich den Herrn Klubobmann Dr. Hurdes ein und erkläre im Namen der Freiheitlichen: Wir sind zu jeder Stunde, auch heute, bereit, genau mit derselben Dringlichkeit, mit der das Pensionsgesetz behandelt wird, das Volksbegehrensgesetz, über das Sie in der Volkspartei und wir in der Freiheitlichen Partei in wesentlichen Punkten einig sind, im Ausschuß abzuschließen und in der nächsten Woche vor der Auflösung des Parlamentes zu beschließen! (*Ständige Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Wenn Sie das nicht tun, dann haben Sie hier in aller Offenheit zugegeben, daß Sie gar kein Interesse am Volksbegehren haben.

Ich erkläre Ihnen hier — es tut mir nur leid, daß Dr. Withalm hinausgegangen ist, weil ich an und für sich ungern in Abwesenheit von jemandem etwas behaupte — und behaupte: Nur deswegen, weil Sie genausowenig wie die Sozialisten ein Interesse am Volksbegehren haben, haben Sie es so eilig mit der Auflösung des Parlamentes, denn Sie wissen, daß Sie damit das Volksbegehren für alle Zeiten begraben können. (*Abg. Harwalik: Das ist eine Unterstellung!*) Die Meinung des Volkes, Herr Kollege Harwalik ... (*Abg. Harwalik: Eine Unterstellung ist das!*) Die Meinung des Volkes ist Ihnen gleichgültig, die lehnen Sie

ab! Und wenn es eine Gerechtigkeit gäbe, dann müßte ein oberster Gerichtshof in Ihrem Parteinamen das Wort „Volk“ entfernen! (*Abg. Dr. Hurdes: Zeillinger als Hellseher! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Warum „Hellseher“, Herr Kollege? Wenn Sie sagen „Zeillinger als Hellseher“, dann antworte ich Ihnen, daß ich in einem Punkte hell sehe: Sie, Dr. Hurdes, werden mit Ihrer Partei nach dem 6. März 1966 dieselbe Koalition mit diesen „roten Teufeln“ — entschuldigen Sie, ich zitiere nur Withalm —, mit diesen „roten Untermenschen“ fortsetzen, Sie werden auch in Zukunft ... (*Abg. Dr. Hurdes: Sie werden einen Ordnungsruf bekommen, wenn Sie solche Ausdrücke gebrauchen! — Abg. Dr. Neugebauer: „Untermenschen“ ist ja schrecklich! „Teufel“ lasse ich mir noch gefallen, aber „Untermenschen“ — das ist ja furchtbar!*) Ich wiederhole unter Zitaten nur alles das, was der Kollege Withalm über seine Freunde von der Koalition gesagt hat. (*Erneute Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Sie werden, Herr Kollege Hurdes, die Koalition mit den Roten fortsetzen, Sie werden weiterhin nicht gegen die Roten stimmen, Sie werden lieber darauf verzichten, gegen die Roten zu stimmen, als daß Sie den Willen des Volkes fortsetzen.

Wenn Sie heute erklären, Sie werden einen Initiativantrag stellen, so mag das nur für jene — nicht einmal ein Journalist fällt Ihnen mehr darauf herein — bestimmt sein ... (*Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Hurdes: Was heißt „nicht einmal“?*) Ja, Herr Kollege, ich werde Ihnen das Beispiel — in Gegenwart der Presse — bringen:

Seit Jahren gibt es in diesem Hause ein Pressegesetz, das Sie, Herr Kollege Dr. Hurdes, führend umbringen. (*Zwischenrufe.*) Aber die österreichische Presse glaubt es uns nicht, daß Sie einer der Todfeinde des Pressegesetzes sind und daß Sie zu jenen gehören, die es bis heute verhindert haben. (*Abg. Dr. Hurdes: So mächtig bin ich da? Das wußte ich gar nicht!*) Doch, Herr Kollege Hurdes, das Zeugnis stelle ich Ihnen aus, daß Sie zu jenen führenden Gegnern eines gerechten Pressegesetzes, das von der Presse verlangt wird, gehören. (*Abg. Dr. Hurdes: Das wußte ich gar nicht, wie mächtig ich da bin!*) Es tut mir leid, Herr Kollege, wenn Sie selber nicht wissen, was Sie wollen! (*Abg. Dr. Hurdes: Nein, nein! Was ich bin!*)

Aber, Herr Kollege, Sie haben vom „Hellseher“ gesprochen; ich möchte Ihnen darauf antworten. Ich sage Ihnen eines: Sie werden die Koalition mit den Roten fortsetzen, und Sie werden — das mag sein, was Sie heute versprochen haben — einen Initiativantrag für

Zeillinger

das Volksbegehren mit treuem Augenaufschlag einbringen, wohl wissend, daß Sie ja im Vertrag mit den Sozialisten enthalten haben, daß Sie einem Initiativantrag nur zustimmen dürfen, wenn die Roten einverstanden sind. Und, Herr Dr. Hurdes: Auf die Sozialisten, auf Ihren Koalitionspartner haben Sie sich immer verlassen können, so wie auch umgekehrt! (*Abg. Dr. Hurdes: Das ist sehr schön!*) Sie können sich heute schon darauf verlassen: Die Roten werden nicht einverstanden sein — (*zu den Sozialisten gewendet:*) meine Herren, das können Sie ihnen ja versprechen (*Heiterkeit bei der SPÖ*) —, und die ÖVP wird nicht gezwungen sein, ihrem eigenen Initiativantrag zuzustimmen. (*Abg. Dr. Hurdes: Sie Heilseher!*) Denn eine Kampfabstimmung, Herr Kollege Hurdes, wird es darüber nicht geben.

Und nun möchte ich Ihnen einmal die Zwiespältigkeit Ihrer Politik, der Politik der ÖVP, demonstrieren. Jetzt, heute und noch in dieser Woche, liegt das Volksbegehren im koalitionsfreien Raum. Heute dürfen Sie mit uns für das Volksbegehren stimmen, ob die Roten wollen oder nicht. (*Abg. Dr. Hurdes: Das ist sehr schön, was Sie uns erlauben!*) Bei einem Initiativantrag ... Bitte? (*Abg. Dr. Hurdes: Das ist sehr schön, was Sie uns erlauben! Die Frage ist nur, ob wir wirklich einig sind!*) Nein, das erlaube nicht ich Ihnen, das haben Sie selber behauptet. Ich glaube nicht, daß Sie lügen! (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe des Abg. Dr. van Tongel.*) Aber, Herr Kollege, nach dem 6. März liegt dieser Gesetzentwurf über Rundfunk und Fernsehen als Initiativantrag der ÖVP nicht mehr im koalitionsfreien Raum, und Sie haben die berühmte Ausrede: Wir von der ÖVP wären ohnehin so gern so brav, so gerne hätten wir den Willen des Volkes verwirklicht, aber die bösen Roten haben es uns nicht erlaubt — so wie sie uns alles nicht erlaubt haben, wie sie uns die gesamte Durchführung des Regierungsprogramms nicht erlaubt haben!

Das ist ja das Glück, daß ihr von der ÖVP die Roten habt und daß die Sozialisten euch von der ÖVP haben, daß ihr immer den Partner habt, auf den man sich ausreden kann (*Abg. Harwalik: So einfach ist für Sie der Sinn der Politik!*), daß es nicht möglich war. Herr Kollege! Der Sinn der Politik ist sehr einfach: Es liegt ein Volksbegehren da. (*Abg. Harwalik: Das Volksbegehren haben wir unterstützt!*) Wenn Sie Ihren Auftrag als Volksvertreter ernst nehmen und wenn Sie sich nicht genieren ... (*Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident: Bitte keine Dialoge! (*Abg. Harwalik: Sie mit Ihrer rhetorischen Dampfwalze! — Weitere Zwischenrufe und Gegenrufe.*) Bitte keine Dialoge!

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): Haben Sie den Mut, für das Volksbegehren zu stimmen, auch ... (*Anhaltende Unruhe.*)

Präsident: Abgeordneter Harwalik, bitte sich etwas zurückzuhalten!

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): ... auch wenn es der Pittermann nicht erlaubt! (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Harwalik.*) Herr Kollege, Sie brauchen nicht mit Plakaten herumzulaufen: „Pittermann will an die Macht!“, sondern gehen Sie hinaus und sagen Sie: Ich habe einmal in meiner politischen Laufbahn den Mut gehabt, gegen den Pittermann zu stimmen! (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Hurdes: Geben Sie doch Ihrer Partei Ratschläge und nicht uns!*) Herr Kollege, überlassen Sie es mir, was ich spreche! (*Abg. Dr. Hurdes: Das wäre dringender!*) Ich habe Ihnen schon oft gesagt, daß wir beide über Demokratie sehr verschiedener Auffassung sind. (*Abg. Dr. Hurdes: Woher wissen Sie das?*) Das habe ich Ihnen schon ein paarmal hier im Haus gesagt. (*Abg. Dr. Hurdes: Schon möglich!*) Ich darf hier eines sagen: Das, was ich hier spreche im Parlament, das bestimme vorläufig noch ich. Das, was Sie reden, das bestimmen im allgemeinen die Roten! (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Hurdes: So wenig verstehen Sie von dem, was hier geschieht! — Zwischenruf des Abg. Gram.*) Ich verstehe so schlecht, Herr Collega. Bitte noch einmal; Sie wissen, ich beantworte jeden Zwischenruf, wenn ich ihn höre. (*Abg. Dr. Haider: Sie haben mit den Roten gestimmt, aber dafür ein paar Millionen bekommen!*) Ja, Herr Kollege, was kriegen Sie alles dafür, daß sie dauernd mit den Roten stimmen? (*Heiterkeit.*) Na, sehen Sie. (*Abg. Dr. Hurdes: Das ist schön!*) Herr Kollege Hurdes, wollen wir wieder einmal reden über Gewerkschaftsmillionen? Soll ich Ihnen einmal sagen, was Sie alles bekommen, was die Österreichische Volkspartei alles bekommt vom Österreichischen Gewerkschaftsbund? (*Abg. Dr. Hurdes: Kriegen wir gar nicht!*) Und ich darf Ihnen sagen, Herr Kollege Hurdes: Sie und Ihre Partei sitzen hier, weil Sie die Haselgruber-Millionen noch in Händen haben! Geben Sie sie endlich einmal zurück! (*Beifall bei der FPÖ.*) Dort ist (*Abg. Dr. Hurdes: Aber gehen Sie!*) es darum gegangen, daß kleine Tischlermeister, kleine Handwerker um ihr Geld gestorben sind. Die Volkspartei hat sich nicht geschämt, das Geld einzunehmen. (*Abg. Dr. Hurdes: Um was ist es bei Ihren Millionen gegangen?*) Sie, Herr Kollege Hurdes, Sie haben das Geld noch in Händen. (*Abg. Dr. Hurdes: Um was ist es bei Ihren Millionen gegangen?*) Herr Kollege, ich höre von Millionen. (*Abg. Dr. Hurdes:*

Zeillinger

Man nimmt, woher's kommt!) Nein, Herr Kollege, man nimmt nicht, woher's kommt. Herr Kollege, ich mache Ihnen einen Vorschlag: Geben Sie einmal die 23 Haselgruber-Millionen, die Sie, Herr Kollege Hurdes ... *(Zwischenrufe des Abg. Dr. Hurdes.)* Man behauptet im Volke draußen, daß Sie, Hurdes, es in der Hand haben. *(Abg. Dr. Hurdes: Es wäre viel wichtiger, Ihrer Partei Ratschläge zu geben!)* Nein, Herr Kollege, ich habe Ihnen schon gesagt: So, wie sich Ihr Parteisekretär mit den Freiheitlichen beschäftigt hat, nehme ich mir das Recht heraus, mich einmal mit der Volkspartei zu beschäftigen. Es steht nirgends geschrieben, daß die Volkspartei unter einem Glassturz steht, tabu ist und man sich mit ihr nicht befassen darf. *(Abg. Dr. Hurdes: Aber wir danken für Ihre Ratschläge, und ich empfehle Ihnen: Geben Sie Ihrer eigenen Partei Ratschläge!)* Herr Kollege, ich lege nicht Wert darauf, daß Sie sich für meine Ratschläge bedanken; ich glaube sogar, daß Sie sie gar nicht verstehen. Aber ich bin davon überzeugt, daß es in Ihrer Partei genügend junge Abgeordnete gibt, die den Tag herbeisehnen, wo Männer Ihres Geistes aus dem Parlament verschwinden. *(Abg. Harwalik: Das ist unerhört!)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Das muß ich zurückweisen. *(Heftige Zwischenrufe bei den ÖVP-Abgeordneten.)* Ich bitte um Ruhe. *(Anhaltende Zwischenrufe.)* Ich ersuche um Ruhe. Ich erteile wegen dieses Ausdruckes „Männer Ihres Geistes“ dem Redner den Ordnungsruf. *(Abg. Harwalik: Was hat Hurdes für den Aufbau Österreichs getan und was Sie! — Weitere heftige Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Abgeordneter Zeillinger *(fortsetzend)*: Ich muß das zur Kenntnis nehmen, Herr Präsident. Ich darf aber trotzdem feststellen, daß ich mich weitgehend distanzieren von dem Geist eines Dr. Hurdes, der aus seinen Worten spricht. *(Abg. Mayr: Unter diesen Voraussetzungen lassen wir Sie nicht mehr reden!)* Herr Kollege — ach, jetzt sind wir dort, wo wir sehen, was Sie wollen. Herr Kollege Mayr! Das ist ein Irrtum in einer Demokratie. Das ist die Demokratie, wie Sie sie sich vorstellen. Ich hoffe nur, daß das im Protokoll steht: „Unter diesen Voraussetzungen lassen wir Sie nicht sprechen!“ *(Weitere heftige Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der FPÖ.)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: In einer Demokratie kann jeder reden. Ich bitte sich zurückzuhalten. *(Zwischenrufe.)* Ich bitte den Abgeordneten Mayr, sich zurückzuhalten.

Abgeordneter Zeillinger *(fortsetzend)*: Darf ich jetzt um einen Ordnungsruf bitten für „die Schande hier“.

Präsident: Das habe ich jetzt nicht gehört, aber wenn ich es im Protokoll feststelle, werde ich das mit einem Ordnungsruf bedenken. *(Abg. Harwalik: Denken Sie daran, was Hurdes für Österreich getan hat und was Sie! — Ruf bei der ÖVP: Giftmischer! — Weitere Zwischenrufe.)* Ich bitte, jetzt den Abgeordneten nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Zeillinger *(fortsetzend)*: Herr Präsident, jetzt sollte ich wieder auf den Zwischenruf antworten: was Dr. Hurdes getan hat und was ich getan habe. Ich messe, was Dr. Hurdes getan hat und was ich getan habe. Ich urteile über mich nicht. Ich darf nur sagen: das, was Dr. Hurdes getan hat, nämlich daß er die große Koalition heute noch gutheißt, daß er nach wie vor auf dem Standpunkt steht, die ÖVP dürfe dem Volksbegehren nicht zustimmen, weil es die Roten nicht erlauben, das halte ich für einen Fehler ... *(Abg. Dr. Hurdes: Sie unterschrieben mir immer!)* Lassen Sie mich jetzt antworten, Herr Kollege! Das halte ich nicht nur für einen politischen Fehler, sondern das halte ich auch für einen Verrat der Interessen des Volkes, vor allem jener 833.000, die dieses Volksbegehren unterschrieben haben. *(Abg. Dr. Hurdes: Sie unterschrieben immer!)* Herr Kollege, ich unterschreibe nicht. Wenn Sie für das Volk sein wollen, dann stimmen Sie mit uns Freiheitlichen! *(Abg. Dr. Hurdes: Aber Sie sind doch nicht das Volk! — Abg. Harwalik: Sie haben ein einfaches Rezept für die Politik!)* Ja, Kollege, wir haben ein einfaches Rezept: Wir wollen dem Willen des Volkes zum Durchbruch verhelfen! *(Abg. Harwalik: Wir auch!)* Nein, denn dann würden Sie mit uns stimmen. Hier gibt es keine Entschuldigung für Sie.

Es hat ja Ihr Parteiboss Dr. Klaus — er ist bedauerlicherweise wieder nicht hier — die Wahrheit gesagt, während der Generalsekretär es heute bestreitet. Dr. Klaus hat doch ehrlich gesagt: „Wir sind überfahren worden.“ Wörtlich stand das in allen, auch in Ihren Zeitungen zu lesen. Was ist jetzt wahr? Haben Sie es bewußt abgelehnt, weil Sie uns nicht trauen, oder ist wahr, was Ihr Herr Dr. Klaus sagt: Sie sind mit unserem Antrag überfahren worden! *(Abg. Dr. Hurdes: Weil man binnen 12 Tagen ein Problem nicht klären kann, über das wir monatelang verhandelt haben und zu keiner Einigung gekommen sind! — Abg. Dr. van Tongel: Das ist ja nicht wahr! Wir waren einig! — Abg. Doktor Hurdes: Wieso denn? — Abg. Dr. van Tongel: Sie haben keine Ahnung!)* Lieber Freund Dr. Tongel, du brauchst dich nicht aufzuregen, wenn Dr. Hurdes sagt: wir waren nicht einig. In Gegenwart der Roten wird ein

Zeillinger

Hurdes nie zugeben, daß wir einmal mit der ÖVP in einer Frage einig waren. (*Abg. Dr. Hurdes: Also ich bin der beste Freund der Roten!*) Dr. Hurdes, ja! Ich darf Ihnen etwas sagen: Ich sitze jetzt zwölf Jahre in diesem Parlament hier; ich habe mir ausgerechnet, ich habe über tausendmal gegen die Marxisten gestimmt. Ich habe Sie hier in diesem Hause nur ein einziges Mal gegen die Marxisten stimmen gesehen. (*Abg. Dr. Hurdes: Na, ist denn das ein Malheur?*) Nein, das ist kein Malheur. Das ist Ihre Haltung, das ist Ihre persönliche Note. (*Abg. Dr. Hurdes: Wir pflegen Vereinbarungen zu halten!*) Herr Kollege Hurdes, das ist Ihre persönliche Note, daß Sie nie gegen die Roten stimmen. Meine persönliche Note ist es, daß ich dann, wenn ich die Ansicht der Sozialisten für falsch halte, gegen sie stimme. (*Abg. Dr. Hurdes: Ihr stimmt nur, wenn ihr Geld bekommt!*) Das ist der Unterschied. Das ist, Herr Kollege, eben der verschiedene politische Stil, den Sie vertreten und den wir Freiheitlichen vertreten. (*Abg. Dr. Hurdes: Sie stimmen, wenn Sie Geld kriegen, und wir stimmen auf Grund unserer Vereinbarung!*) Nein, nein, Herr Kollege. (*Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Herr Präsident, wie lange noch soll ich mich unterbrechen lassen? Gibt es wieder einen Ordnungsruf für mich?

Präsident: Vielleicht halten Sie jetzt einen Monolog, und dann werden die Dialoge unterbleiben, von beiden Seiten. (*Abg. Altenburger: Eine Programmdiskussion haben sie! — Heiterkeit.*)

Abgeordneter **Zeillinger** (*fortsetzend*): Der Altenburger rührt sich auch wieder einmal. (*Heiterkeit.*) Er ist mir direkt schon abgegangen. (*Abg. Dr. Neugebauer: Er hat sehr lange Ruhepausen heute! Das ist gesundheitsschädlich!*)

Es hat ja hier heute der Herr Generalsekretär in seiner Wahlrede, die er gehalten hat, so wie der ganze Wahlkampf das letzte Mal schon bewiesen hat, den Schwerpunkt seiner Angriffe gegen die Freiheitliche Partei gerichtet. Es kann sich daher niemand aufregen, wenn ich antworte. Wir haben gar nicht die Absicht gehabt, darüber zu reden. Ich darf Ihnen das unter Beweis stellen: Mein Zettel über meine heute vorbereitete Rede liegt hier. Ich wollte mich mit Problemen der Justiz und des Justizministers in erster Linie befassen; das Presserecht, Herr Kollege Hurdes, wäre dabei gewesen.

Aber nachdem die Österreichische Volkspartei hier an diesem Rednerpult den Wahlkampf eröffnet hat, ist es wohl auch notwendig, daß wir antworten. Denn so, Herr Kollege Mayr, wie Sie sagen, daß wir nicht reden

dürfen, daß man nur das reden darf, was Ihnen paßt und wie Ihre Koalitionspartner reden dürfen, so ist es bei Gott nicht. Wenn Sie mir einen Zwischenruf machen, dann werde ich darauf antworten; soweit sollten Sie mich schon kennen. Wenn Sie mir Zwischenrufe machen, so gehe ich grundsätzlich auf jeden Zwischenruf ein. Und wenn mir ein Abgeordneter sagt, daß wir in dieser Form hier nicht reden dürfen, dann ist es mein gutes Recht, ihm zu sagen: Nach den Ansichten unserer Demokratie kann hier jeder Abgeordnete seine Meinung frei äußern.

Ich habe nichts dagegen, wenn ein Abgeordneter einer anderen Partei sagt, daß er andere Vorstellungen von der Demokratie hat. Sie haben eben offenbar schon in Ihrer Partei von Kollegen, die dieser Fraktion ... (*Abg. Mayr: Sie kommen aus einer anderen Zeit, wo es anders war!*) Herr Kollege, das ist ein Irrtum! Ich komme aus keiner „anderen Zeit“. Sie spielen wieder diese alte, berühmte NS-Walze. (*Abg. Dr. Kos: Aber sie wollen von dort Wähler haben!*) Darf ich Ihnen hier noch einmal wiederholen: Meine politische Vergangenheit ist, von Ihrer Sicht sogar, unbefleckt. Aber ich erkläre Ihnen hier: Prominente „Ehemalige“, die mich seinerzeit für die Partei werben wollten, sitzen heute in Ihrer Fraktion und hetzen gegen mich! (*Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.*) Ich werde nie darüber ein Wort verlieren. Aber gehen Sie nicht auf jemanden los, der sich politisch in der Vergangenheit überhaupt nie in irgendeiner Partei betätigt hat! Wenn es Sie interessiert: Meine einzige politische Tätigkeit war in einer katholischen Mittelschülerorganisation! Das gebe ich hier in aller Offenheit zu. Das ist — wenn es Sie genau interessiert — die einzige politische Vergangenheit, die ich vor meinem Eintreten in den VdU hatte. Vielleicht beruhigt Sie das. Und ich hoffe, daß es Sie veranlassen wird, mit diesen halben Diffamierungen nach dem Motto „Ein bisserl was sagt man, ein bisserl was wird schon hängenbleiben“ einmal aufzuhören. (*Abg. Dr. van Tongel: Herr Mayr soll das in der Wählerversammlung sagen, wo er um diese Stimmen buhlt!*) Sie kennen unseren Standpunkt. Ich glaube, es wäre im Interesse aller gut, wenn man einmal die Jahre von 1938 bis 1945 ruhen ließe. (*Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Dr. Gorbach: Jetzt könnten Sie einmal zum Thema reden! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Herr Kollege, ich kann Ihnen schon sagen: Ich halte nicht meine beabsichtigte Rede, weil es schade ist um die Zeit, sondern ich halte jetzt die „Antwort“ auf den Angriff des Generalsekretärs Dr. Withalm. Er hat sehr lange geredet. Noch

4962

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Zeillinger

habe ich 40 Minuten Zeit, um so lange zu reden wie Generalsekretär Dr. Withalm, der hier eine Wahlrede gehalten hat. Daher nehmen wir Freiheitlichen uns auch heraus, diese Wahlrede des Herrn Dr. Withalm, soweit sie vor allem uns betroffen hat, zu beantworten. Ich werde aber auch, zum Unterschied von Dr. Withalm, dann noch kurz auf das Budget zu sprechen kommen.

Ich möchte nur noch zu einem Punkte, der nicht unmittelbar uns betrifft, Stellung nehmen. Das ist die Auseinandersetzung der Österreichischen Volkspartei mit ihrem sozialistischen Partner. Das ist die Frage, ob die Sozialisten wirklich so schlecht sind, wie es die Volkspartei jetzt behauptet. Das können wir Freiheitlichen nicht entscheiden; wir können es auch nicht wissen, wir liegen nicht seit 20 Jahren in einem Koalitionsehebett mit den Sozialisten. Sie kennen Ihren Partner, mit dem Sie seit 20 Jahren ständig einer Meinung sind, zweifellos viel besser als wir Freiheitlichen. Nur eine Frage hätte ich an Sie. (*Abg. Dr. Hurdes: Nicht ein Ehebett, aber ein Techtelmechtel habt ihr rausbekommen!*) Herr Kollege, ich kann es verstehen, daß eine Frau, die betrogen wird, sehr eifersüchtig ist. Aber daß Sie deswegen, weil die Roten und wir in der Frage Habsburg einer Meinung waren, heute noch eifersüchtig sind, Herr Dr. Hurdes, dafür fehlt mir jedes Verständnis. (*Abg. Dr. Hurdes: Kein Ehebett, aber ein Techtelmechtel!*) Wie Sie sehen, Herr Dr. Hurdes, sind die Sozialisten ja wieder reumütig in das eheliche Bett der Koalition mit der ÖVP zurückgekehrt. Wozu regen Sie sich heute noch auf? (*Abg. Dr. Hurdes: Aber ein Techtelmechtel war es!*) Sie wissen aber: Wenn man dauernd eifersüchtig ist, dann verliert man manchmal den Ehepartner. Ich würde Ihnen empfehlen, jetzt endlich einmal die schon Jahre zurückliegende Eifersuchtsszene zu vergessen.

Aber ich wollte Sie etwas fragen, meine Herren von der Volkspartei! Angenommen, ich würde nun das glauben, was Herr Dr. Withalm hinsichtlich der Sozialisten gesagt hat. Es ist möglich, daß sie wirklich solche Menschen sind, wie er sie geschildert hat. Es ist möglich, daß sie eine so eminente Gefahr für den Bestand unserer Demokratie dadurch darstellen, daß sie mit den Kommunisten Verbindungen haben und daß sie von den Kommunisten im kommenden Wahlkampf unterstützt werden. Aber wenn diese kommunistische Gefahr so groß ist und wenn tatsächlich die Gefahr besteht, daß an dem Bestand dieses Österreich durch die linke Reichshälfte gerüttelt wird, dann frage ich Sie:

Warum schließen Sie dann immer wieder Verträge mit diesen so gefährlichen Menschen, Verträge, wonach es Ihnen verboten ist, im Parlament hier anders zu stimmen als diese so vom Osten beeinflussten Sozialisten? Es werden heute noch Redner von Ihnen sprechen. Ich stelle Ihnen namens der Freiheitlichen Partei die Frage: Wenn das eintritt, was Herr Dr. Withalm sagt, wenn es wahr wird, daß die Sozialistische Partei in diesem Wahlkampf von den Kommunisten unterstützt wird, daß also die Gefahr für den Bestand Österreichs eminent wird, werden Sie dann den Sozialisten die Koalition verweigern, oder werden Sie nach dem 6. März sagen: Jetzt ist eh alles vorbei, jetzt gehen wir mit diesen „Kommunistensöldlingen“ wieder in die große Koalition hinein!?

Sagen Sie das in aller Offenheit hier, sagen Sie das! Wenn Sie es nicht sagen, dann sage ich es Ihnen heute schon: Sie werden nach dem 6. März die 20jährige Ehe wieder schön brav fortsetzen, und Sie werden wieder Mann für Mann unterschreiben, daß Sie auch in den nächsten vier Jahren niemals gegen die Sozialisten stimmen werden. (*Ruf: Das ist nicht der Beichtstuhl der Koalition! — Abg. Harwalik: Wir reden jetzt nicht über Innenpolitik!*) Das ist Ihre „antimarxistische“ Einstellung! — Wir sind bei jedem Kapitel, Herr Kollege! (*Abg. Dr. Hurdes: Früher waren Sie ein Hellseher, jetzt sind Sie ein Neugieriger!*) Nein, ich bin kein Hellseher, ich bin kein Neugieriger, sondern ich möchte nur feststellen, Herr Kollege:

Die „Volksfront“-Parole richtet sich doch gar nicht gegen die Sozialisten! Denn kein Sozialist in Österreich fürchtet sich vor dem Pittermann als Bundeskanzler. Mit der „Volksfront“-Parole wollen Sie nur das erreichen, was Ihr Kanzler schon einmal ausgedrückt hat: die Freiheitlichen endlich einmal aus diesem Parlament entfernen — weil es vielleicht freiheitliche Wähler gibt, die sich vor dem roten Kanzler fürchten. Nur deswegen kommen Sie mit der „Volksfront“-Parole. Niemals aber werden Sie die Sozialisten mit einem sozialistischen Bundeskanzler erschrecken.

Wir Freiheitlichen nehmen aber zur Kenntnis, daß die Volkspartei auch unter der Führung Klaus-Withalm nur einen Feind in diesem Hause sieht: das sind wir Freiheitlichen, und daß Sie auch diesen Wahlkampf so wie den letzten ausschließlich gegen uns und mit größter Schonung Ihres sozialistischen Koalitionspartners führen werden. (*Abg. Dr. Hurdes: Sie machen immer so schöne Feststellungen, die nur nicht stimmen!*) Herr Kollege, ich kann doch ohne weiteres

Zeillinger

feststellen, was wir glauben, was wir annehmen. Ich darf meine Meinung äußern, so wie Sie Ihre äußern, Herr Kollege Hurdes! Ich würde wirklich vorschlagen, wenn Sie heute so in Form sind und solche Dauerreden halten wollen, dann melden Sie sich doch einmal zu Wort und kommen Sie herunter! Aber das wollen Sie ja nicht. Sie trauen sich ja nur, Zwischenrufe gegen einen freiheitlichen Redner zu machen! Hierherzutreten, den Roten einmal die Meinung der ÖVP zu sagen und gegen die Roten zu stimmen, das waren Sie 20 Jahre nicht imstande, und das sind Sie weiterhin nicht! (*Abg. Dr. Hurdes: Er will mich immer gegen die Sozialisten hetzen, mit denen wir einen Pakt haben!*) Nein, Herr Kollege, das will ich nicht! Ich möchte nur halbstarke Äußerungen vermeiden. (*Abg. Dr. Hurdes: Ich lasse mich nicht hetzen!*) Nein, Kollege Hurdes. Ich möchte aber feststellen, daß Sie nur munter werden und nur kämpfen gegen freiheitliche Redner, daß Sie aber niemals den Mut aufbringen ... (*Abg. Dr. Hurdes: Wer sagt das?*) Jetzt sehen Sie es doch: Den ganzen Tag haben Sie geschlafen, Herr Kollege Hurdes, und jetzt, wo ein Freiheitlicher da steht, jetzt werden Sie plötzlich mutig, und jetzt kann ich fast nicht reden. Der Präsident hat schon eine müde Hand, weil er ununterbrochen läuten muß, weil ich nicht weiterreden kann.

Herr Kollege Hurdes, ein Konzept von Ihnen ist falsch: wenn Sie glauben, mich durch Zwischenrufe aus dem Konzept bringen zu können. (*Abg. Altenburger: Die Wähler in Salzburg bringen Sie aus dem Konzept!*) Das ist ein Irrtum. (*Abg. Dr. Hurdes: Und ein Konzept von Ihnen ist unrichtig, wenn Sie glauben, falsche Behauptungen aufstellen zu können, und dann sagen: Das haben die anderen gemacht!*) Herr Kollege! Wenn die Behauptung, daß Sie es nicht wagen, in der Frage Volksbegehren mit den Freiheitlichen gegen die Roten zu stimmen, falsch ist, dann gehen Sie herunter und erklären Sie das! Aber nicht als Zwischenrufer von der Bank aus, sondern erklären Sie das hier vom Rednerpult aus! Wenn es unwahr ist, daß Sie laut Koalitionspakt seit 20 Jahren niemals gegen die Roten — mit Ausnahme der berühmten Habsburg-Geschichte, aber bei allen Gesetzesvorlagen —, sondern immer nur mit den Roten gestimmt haben, dann gehen Sie heraus und sagen Sie: Herr Kollege Zeillinger, Sie lügen, Sie haben nur 700mal gegen die Marxisten gestimmt, ich, Hurdes, habe schon 1000mal gegen die Marxisten gestimmt! Ich werde Ihnen die Hand schütteln. (*Abg. Dr. Hurdes: Nein, das ist nicht wahr, weil ich treu bin!*) Ja, das ist eh nicht wahr; das wissen wir sowieso, daß es nicht wahr ist. (*Abg. Dr. Hurdes: Ich*

bin koalitionstreu!) Herr Kollege! Wenn Sie zugeben, daß das, was Sie gesagt haben, nicht wahr ist, dann sind wir uns vollkommen einig! (*Abg. Altenburger: Überzeugen Sie die Salzburger Wähler, das wäre viel besser!*) Herr Kollege, darf ich Ihnen etwas sagen: Lassen Sie das meine Sorge sein! Ich bemühe mich auch gar nicht, einen Altenburger zu überzeugen, denn das halte ich für vollkommen zwecklos, und außerdem bin ich der Meinung, daß wir hier alle unsere politische Meinung haben. Hier können wir uns nicht überzeugen, wir können nur den Versuch machen. Daß dann, wenn Angriffe gegen eine Partei gestartet werden — in diesem Fall war es meine Partei —, noch dazu über das Fernsehen ausgesendet werden, ein Redner dieser Partei heruntergeht und zu diesen Angriffen auf seine Partei Stellung nimmt, das ist sein gutes Recht, und das lasse ich mir auch weder von Ihnen noch von Ihnen noch vom Kollegen Mayr, der zwar anderer Ansicht war, in irgendeiner Weise beschneiden. (*Zwischenruf des Abg. Hartl.*)

Ich glaube, wir können sowohl das Kapitel des Volksbegehrens beenden wie auch das Kapitel Ihrer Angriffe auf jene „rote Unterwelt“, die sich hier mit Hilfe der Kommunisten versammelt hat und mit der Sie seit Jahrzehnten in so guter und enger Freundschaft leben.

Ich darf mich jetzt noch der Frage des Budgets und der Regierung zuwenden. (*Abg. Dr. Neugebauer: Jetzt fängt die Rede erst an!*) Ich darf vielleicht abschließend noch feststellen (*Redner wendet sich zur Regierungsbank*) — jetzt ist wieder der Herr Vizekanzler hier, aber den Herrn Vizekanzler werde ich bitten, es auch dem Herrn Bundeskanzler auszurichten, damit der Proporz sozusagen gewahrt ist (*Vizekanzler Dr. Pittermann: Das war noch kein Platzwechsel!*) —, daß die Regierung Klaus-Pittermann tatsächlich eine Regierung der Rekorde war. Das haben wir nicht nur heute gesehen; denn die Zusammenarbeit, die Sie uns hier demonstriert haben, die sogenannte „nahtlose Koalition“, ist wirklich ein Höhepunkt in der österreichischen Demokratie der Zweiten Republik. Ich kann mich doch nicht anfreunden: Ich muß mit dem Herrn Abgeordneten Prinke noch einmal in einem Kolloquium unter vier Augen sprechen, wieso er heute auf drei Republiken in Österreich gekommen ist und dabei bleibt, daß es drei Republiken sind. Wir können aber tatsächlich feststellen, daß in dieser Zweiten Republik die Regierung Klaus-Pittermann zu einer Rekordpolitik in jeder Hinsicht führte. Sie war nicht nur schon bei der Installierung die teuerste Re-

Zeillinger

gierung, denn das erste, was sie uns beschert hat, war das Notopfer, wo unsere Länder und Gemeinden gutes Geld in den Bundestopf hineingeben und nach Wien schicken mußten, wo man bekanntlich immer schlecht gewirtschaftet hat, wo man die Ersparnisse der Länder und Gemeinden ... (*Abg. Dr. Hurdes schickt sich an, den Saal zu verlassen.*) Jetzt wird es sachlich, jetzt geht der Hurdes. Jetzt freut es ihn nicht mehr. (*Heiterkeit.*) Bleiben Sie doch da, Herr Kollege! (*Abg. Dr. Hurdes: Ich hoffe, daß Sie bei dieser Sache nicht auch Unrichtigkeiten sagen!*) Nein, nein, Herr Kollege, ich sage keine. (*Abg. Dr. Hurdes: Ich hoffe, daß Sie bei der Wahrheit bleiben!*) Es kränkt mich direkt, Herr Kollege, wenn Sie hinausgehen, denn ich weiß, daß Sie ein dankbarer Zuhörer sind. Bei Ihnen kann man sich immer darauf verlassen, daß Stimmung hereinkommt. (*Heiterkeit.*)

Das erste, was uns die Regierung beschert hat, war bekanntlich das Notopfer, wo wir hunderte Millionen aus den Ersparnissen der Länder und Gemeinden nach Wien schicken mußten, damit die Regierung Klaus-Pittermann überhaupt einmal installiert werden konnte. Wir haben allerdings dafür ein Versprechen bekommen — ein sehr wertvolles Versprechen —, wonach man Teile dieses Notopfers wieder zurückzahlen werde, wenn die Bundeseinnahmen einen bestimmten Betrag über 28 Milliarden erreichen. Kein Mensch in diesem Hause — außer dem Finanzminister, der zumindest behauptete, er glaube daran — hat geglaubt, daß die Staatseinnahmen diesen Betrag erreichen werden. Ich darf erklären, daß wir Freiheitlichen wiederholt als Demagogen bezeichnet wurden; es wurde behauptet, wir verstehen nichts von Volkswirtschaft und so weiter. Ich darf heute nach eineinhalb Jahren fragen — Herr Finanzminister, Sie melden sich ja heute sehr gerne zum Wort, auch mittendrunter, was ganz unüblich ist, vielleicht aber melden Sie sich nach mir und beantworten mir die eine Frage —: Haben die Freiheitlichen recht gehabt? Ist es richtig, daß das Notopfer für die Länder und Gemeinden endgültig verloren ist, entgegen den Versprechen, die man ihnen in den Tagen der Beschlüsse gemacht hat?

Es war nicht nur die teuerste Regierung, es war auch die Regierung, die am meisten versprochen hat. Ich muß wirklich sagen, Herr Kanzler und Herr Vizekanzler: Das Regierungsprogramm, das Sie vorgelegt haben, hat Laien in diesem Hause direkt beeindrucken können. Nur der Fachmann hat gesehen, daß ja nichts versprochen worden ist: „könnte“, „sollte“, „möchte“, „würde“ — es war immer eine Eventualform gesucht, es

war kaum irgend etwas Konkretes. Das war das Klügste, was die Regierung Klaus-Pittermann machen konnte. Denn sie hat nicht nur am meisten von allen Regierungen versprochen, sie hat auch, wie wir sehen, wenn wir jetzt die Bilanz ziehen, am wenigsten gehalten. Wenn Sie nun einmal die lange Liste durchsehen, was alles nicht erledigt wurde, dann werden Sie ebenfalls zugeben, daß die Regierung Klaus-Pittermann jene Regierung war, die bei der Installierung die teuerste war, die am meisten versprochen hat, und jetzt, vor ihrem Rücktritt, nach ihrer Demission müssen wir feststellen, daß sie am wenigsten gehalten hat.

Weil man ja schon weiß, daß die Glaubwürdigkeit der Regierung Klaus-Pittermann im Volke nicht sehr groß ist, hat man sogar Termine — wegen des Wohnbaues gab es heute zuvor schon große Erregung — für die Einhaltung der Versprechungen in Aussicht gestellt. Man hat reuig um Fristverlängerung angesucht, weil es nicht möglich war, diese schwierige Materie fristgerecht zu erledigen. Auch der zweite Termin ist vorbeigegangen, nichts ist geschehen, nichts ist gebaut worden. Sie haben sich über den Wohnbau genauso wenig geeinigt wie über andere brennende Probleme. Sie haben nur eine Aufgabe gesehen in diesem Staate: sich gegenseitig Schwierigkeiten zu machen und gegenseitig echte Lösungen zu verhindern. So war es beim Wohnbau, beim Volksbegehren. Der koalitionsfreie Raum, meine Herren, war doch Ihr Wahlschlager bei den letzten Wahlen! Was ist übriggeblieben? Können Sie jetzt vor die Wähler hintreten und können Sie sagen: Wir haben jede Gelegenheit ausgenutzt, um in den koalitionsfreien Raum zu gehen? Oder müssen Sie ehrlich sagen: Der koalitionsfreie Raum war entweder eine Totgeburt oder ein leeres Wahlversprechen, aber ausgenutzt ist er niemals worden! Die EWG, die Europäische Gemeinschaft — auch eine peinliche Angelegenheit, auch ein Versprechen. Was ist geschehen? Nicht um einen Schritt sind wir weitergekommen.

So müssen wir jetzt eine traurige Bilanz ziehen. Was bleibt übrig? Feststellungen, die wir heute hier gehört haben. Der Herr Kanzler hat zwar vor zwei Tagen erklärt, daß er trotz seines Besuches auf dem Naschmarkt nicht in der Lage ist, festzustellen, um wieviel Prozent die Lebenshaltungskosten, die Ernährungskosten und so weiter während seiner Amtstätigkeit gestiegen sind. Er hat behauptet, es gibt keine amtlichen Ziffern darüber. Nun, ich habe die nichtamtlichen Ziffern, die Sie genauso wie ich bekommen, die keineswegs von uns Freiheitlichen sind. Daraus

Zeillinger

geht hervor, daß zum Beispiel die Ernährungs-kosten in diesen eineinhalb Jahren um mehr als 10 Prozent gestiegen sind, daß die Baukosten um mehr als 10 Prozent gestiegen sind, daß der Schilling, meine Damen und Herren, in diesen eineinhalb Jahren unter Klaus-Pittermann abgewertet worden ist wie nie zuvor, daß der Kaufkraftschwund des Schillings größer geworden ist. Aber jetzt gehen Sie mit Riesenplakaten hinaus: Die ÖVP schützt den Schilling vor der SPÖ — und jetzt habe ich in Wien schon wieder gesehen: Die SPÖ schützt den Schilling vor der ÖVP. — Sie müssen große Plakate nehmen, denn Sie brauchen große Plakate, um Ihre Sünden der letzten eineinhalb Jahre damit verdecken zu können!

Unter dieser Regierung der Rekorde hat es nicht nur die höchsten Preissteigerungen gegeben, nicht nur die höchsten Steigerungen bei den Baukosten, nicht nur die stärkste Abwertung des Schillings, sondern wir haben auch die höchste Einnahmenverschätzung zu verzeichnen, die jemals ein Finanzminister in diesem Staate gemacht hat, meine Damen und Herren! Wir haben die größten Preissteigerungen, die jemals in diesem Staate in einem solchen Zeitraum erlebt worden sind! Das war eine Regierung der Rekorde. Ich muß Ihnen offen sagen: Von diesem Gesichtspunkt her ist man für jeden Tag dankbar, den diese Regierung nicht mehr im Amte sein wird. Denn etwas steht fest: Etwas Schlechteres für Österreich kann nicht mehr nachkommen. Es kann, was immer passieren wird bei dieser Wahl, nur besser werden.

Wir werden in den nächsten Tagen noch sehr viele Gesetzesmaterien vorgelegt bekommen. Die Regierung hat jetzt plötzlich, nachdem sie demissioniert hat, einen Eifer entwickelt, der ihr vorher manchmal besser angestanden wäre. Wir haben noch eine Unzahl von Regierungsvorlagen in das Haus bekommen, die wir alle — es tut mir leid, aber ich kann nichts dafür, daß der Kollege Withalm draußen steht, ich muß es trotzdem sagen — noch erledigen werden. Nur für das Volksbegehren, das schon seit Jahr und Tag daliegt, haben wir keine Zeit mehr. Für Dutzende Gesetze — vielleicht wird hier schon wieder eines ausgeteilt, ununterbrochen wird ausgeteilt —, für alles haben wir noch Zeit; alles, was die Regierung verschlampt und vergessen hat, es muß ins Haus!

Ich sage Ihnen aber jetzt schon: Es besteht zwar kein Zweifel, daß das Volksbegehren verfassungsmäßig in das Haus gekommen ist. Aber man kann als Jurist — und es sind Juristen verschiedener Meinung — sehr darüber streiten, ob das bei den jetzt eingebrach-

ten Regierungsvorlagen so ist. Ich habe bereits namens der Freiheitlichen erklärt, und heute hat es schon ein Vorredner meiner Partei zum Ausdruck gebracht: Wir bezweifeln die Verfassungsmäßigkeit der jetzt ins Haus kommenden Regierungsvorlagen. Die provisorische Regierung ist in der Verfassung deutlich unterschieden von der ordentlichen Regierung. Alle drei Parteien sind sich darüber einig, daß die Verfassung die Grenze nicht genau festlegt. Aber eine Grenze muß es geben, und diese Grenze muß man suchen. Diese Grenze, meine Damen und Herren, müssen Sie jetzt suchen, wo Sie in einer großen Koalition sind! Dann, wenn einmal eine ernste Differenz ist — jetzt sind ja die Differenzen zwischen euren beiden Parteien nicht ernst —, dann, ich darf es hier wiederholen, kann es zur Staatskrise werden, wenn man nicht rechtzeitig festsetzt, was eine provisorische Regierung tun darf und wie lange sie bleiben kann. Wir haben jetzt eine Regierung, die sich schüchtern nur „provisorisch“ nennt. Aber sie wird ein Budget nach Hause tragen mit ihrem Willen; sie wird immerhin die Summe von rund 30 Milliarden Schilling ausgeben, sie wird immerhin Gelder für Projekte bewilligt bekommen, die im nächsten Jahr gar nicht mehr durchgeführt werden, weil sie längst abgeschlossen sind, aber weil sie im Jahre 1965 im Budget gestanden sind, werden Sie dieser Regierung die Gelder auch für das nächste Jahr wieder bewilligen.

Mit dieser Leichtfertigkeit setzt sich die Mehrheit des Hauses über ernste Budgetprobleme hinweg. Mit derselben Leichtfertigkeit — ich darf nur erinnern an die Diskussion im Justizausschuß, wo es manche nicht erwarten konnten, daß wir endlich zu einem anderen Thema kommen — setzen wir uns über die verfassungsrechtlich schwierige Frage hinweg, ob eine provisorische Regierung überhaupt verfassungsmäßig berechtigt ist, noch Vorlagen in das Parlament zu bringen, also an der Gesetzgebung in dieser Form mitzuwirken, oder ob sie nur, wie wir Freiheitlichen behaupten und wofür wir genauso die Auffassungen anderer zitieren können — ich möchte jetzt hier nicht den Streit darüber entfesseln, wie Sie sie für Ihren Standpunkt zitieren, weil die Grenze tatsächlich in der Verfassung nicht gezogen ist —, nur mit der Fortführung der Verwaltung betraut ist, daß sie nur zu verwalten hat, mehr aber nicht.

Gerade Ihr jetziger Standpunkt könnte — nicht jetzt, wo es keine Gefahr für den Bestand des Staates darstellt, sondern dann, wenn dieser Staat einmal nicht mehr auf dieser Mehrheit basieren sollte oder wenn sich die beiden Parteien tatsächlich uneinig sein werden — zu einer Krise führen. Ich habe schon

4966

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Zeillinger

Abgeordneten, die jetzt gesagt haben: „Die Regierung steht auf dem Standpunkt, und daher ist es richtig!“, erklärt, daß sie den Standpunkt, den sie heute in dieser Frage beziehen, einmal bitter bereuen können. Um Ihnen ein Beispiel zu sagen: Es könnte einmal ein sozialistischer Bundespräsident jahrelang eine provisorische Regierung mit weitestgehendsten Vollmachten im Amt halten, weil Sie von der Volkspartei jetzt auf dem Standpunkt stehen, daß die Regierung Klaus-Pittermann solche Rechte hat, und weil Sie alle verfassungsrechtlichen Bedenken, ohne ernsthaft darauf einzugehen, zurückweisen. Ich hoffe im Interesse unseres Staates und unseres Vaterlandes, daß es zu dieser Krise nicht kommt. Aber dennoch sollten wir als Abgeordnete alles tun, um eine solche Krise zu vermeiden.

Ich darf zusammenfassend und abschließend feststellen: Nach all dem, was gesagt worden ist, nach all dem an negativen Rekorden, was uns die Regierung geboten hat, aber auch nach all dem, was uns die so oft betonte Zusammenarbeit der beiden Parteien heute hier gezeigt hat, werden Sie wohl volles Verständnis haben, daß wir Freiheitlichen kein Vertrauen zur Regierung Klaus-Pittermann haben. Wir können nur begrüßen, daß sie zurückgetreten ist. Wir können ihr selbstverständlich nicht mehr die Verwaltung von mehr als 30.000 Millionen Schilling anvertrauen und werden selbstverständlich gegen dieses provisorische Budget stimmen. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Gorbach: Amen! — Abg. Zeillinger, auf seinen Platz gehend: Sagen Sie immer amen? Das ist sehr gefährlich!)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Staribacher. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Staribacher** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte doch am Anfang feststellen, Herr Abgeordneter Zeillinger, daß es mich sehr verwundert hat, aus Ihren Ausführungen zu hören, daß dort nur die Marxisten, die Kommunistensöldlinge, die rote Unterwelt und wie Sie das alles betitelt haben, sitzen. Ich weiß nicht, wo Sie das Recht hernehmen, die Abgeordneten der Sozialistischen Partei so zu bezeichnen. Ich kann mich nur wundern, daß Sie in einer Debatte in diesem Haus, ohne meiner Meinung nach eigentlich einen Grund dafür zu haben, diese Ausdrücke gebraucht haben. Ich möchte für meine Person und sicherlich auch für alle meine Parteifreunde sagen, daß wir das auf das entschiedenste zurückweisen müssen. *(Abg. Prinke: Er kann nicht anders reden! Das darf man ihm nicht übelnehmen!)* Bitte.

(Abg. Zeillinger: Herr Kollege, ich habe doch nur zitiert!) Nein, Sie haben nicht zitiert, das ist gar nicht wahr. Sie haben teilweise zitiert. *(Abg. Zeillinger: Der Sinn meiner Ausführungen war doch klar!)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter Zeillinger! Sie haben jetzt die ganze Zeit gesprochen, jetzt redet der andere!

Abgeordneter Dr. **Staribacher** *(fortsetzend)*: Nun zu dem Problem, welches hier zur Debatte steht, nämlich zum Budget respektive Budgetprovisorium. *(Abg. Dr. van Tongel: Bei der Generaldebatte reden wir über alles, was wir wollen!)* Wir haben uns hier mit einem Problem zu beschäftigen, das gerade uns als Sozialisten sehr, sehr interessiert und von dem wir glauben, daß es für die Bevölkerung von größter Bedeutung ist.

Der Herr Abgeordnete Prinke hat ja schon darauf hingewiesen, und in seinen Erwidern und Zwischenrufen ist es dann immer wieder neu zum Ausdruck gekommen: Ja wo ist denn das eigentlich gestanden? Wo sind denn die Behauptungen, die die Sozialisten jetzt aufstellen, verankert? Ich werde mich jetzt bemühen, Ihnen diese Unterlagen — soweit Sie sie besitzen, davon bin ich überzeugt, kennen Sie sie selbst, und soweit Sie sie nicht besitzen, darf ich sie ergänzend anführen — zur Kenntnis zu bringen.

Es gibt einen Vortrag an den Ministerrat, betreffend den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1966. In diesem Vortrag zum Ministerrat finden Sie also das Bundesfinanzgesetz, dazu aber mit Zahl 101.943-I/65 eine Ergänzung *(Abg. Prinke: Das habe ich ja gesagt!)*, die einen Teil des Bundesfinanzgesetzes bildet, wie auch der Herr Finanzminister eindeutig in seinem Ministerratsvortrag zum Ausdruck bringt. Sie haben dann als nächstes in dieser Anlage B die Erhöhungen, auf die der Herr Abgeordnete Uhlir in seiner Debatterede hingewiesen hat. Es gibt dann — und das kommt noch als Ergänzung dazu — eine Vorlage mit der Zahl 105.971-I/65, betreffend einen Nachtrag zum Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1966, wo der Herr Finanzminister neuerdings darauf hinweist, daß — und jetzt darf ich zitieren — die der SPÖ angehörigen Mitglieder der Bundesregierung eine Erhöhung des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer abgelehnt haben. Dies habe nachstehende Auswirkungen ... und jetzt kommen die Hinweise, die sich daraus ergeben.

Ich glaube also, es steht damit eindeutig fest, daß es diese Vorlage des Finanzministers gegeben hat und daß diese Preiserhöhungen vorgesehen gewesen sind. Wir haben uns daher als Vertreter des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer die Mühe genommen,

Dr. Staribacher

uns auszurechnen, was diese Preiserhöhungen, die sich auf Grund der Tarifierhöhungen ergeben hätten, für den Konsumenten bedeutet hätten.

Der Herr Abgeordnete Withalm hat hier erklärt, es gebe so vieles, was die Bevölkerung beunruhigt. Es ist mir aber aufgefallen, daß er dabei nicht gesagt hat, daß die Bevölkerung am meisten die Preiserhöhungen, die es in der letzten Zeit gab, beunruhigen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Darüber hat der Herr Abgeordnete Withalm wohlweislich geschwiegen; er wird wissen, warum. Ich werde in meinen Ausführungen noch darauf zurückkommen.

Wir haben uns als Interessenvertretung, als Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammer, der Aufgabe unterzogen, zu analysieren, zu welchen Belastungen es hier gekommen wäre. Wir haben feststellen müssen: Wenn es zu diesem Budget gekommen wäre, dann hätte sich infolge dieser Belastungen — ich habe das in der Arbeiterkammer-Vollversammlung unwidersprochen gesagt — der Index, der sich bis jetzt schon um 5 Prozent erhöht hat, um weitere 1,26 Prozent erhöht. Deshalb haben die Sozialisten erklärt, sie können diesem Budget nicht zustimmen. Deshalb, so glauben wir, mußte dieses Budget abgelehnt werden. Der Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer haben erklärt: Wenn es zu Tarifregulierungen kommen muß, wenn es zur Milchpreiserhöhung kommen muß, dann kann das nicht im jetzigen Zeitpunkt sein! Nicht jetzt, wo die Lebenshaltungskosten so stark gestiegen sind, können wir eine neuerliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten auf uns nehmen, und deshalb wurde das abgelehnt.

Es hilft Ihnen daher gar nichts, meine Herren, wenn Sie jetzt der Bevölkerung einreden wollen: Die Sozialisten wollen den Schilling nicht schützen oder ihn vielleicht gar verkleinern. Denken Sie an das Jahr 1962! Damals haben Sie vor den Wahlen gesagt: Weil 1959 die Sozialisten stärker wurden, ist der Schilling kleiner geworden. 1962 sind Sie die stärkere Partei geworden, der Schilling ist aber nicht größer geworden — höchstens Sie hätten ihn auf einen Amboß gelegt und mit einem Hammer draufgehaut —, sondern er ist noch kleiner geworden; denn seit 1962, und besonders seit die Regierung Klaus besteht, ist der Schilling am stärksten „zurückgegangen“, wenn ich diesen Ausdruck, den Sie geprägt haben, gebrauchen darf. Das heißt: Die Lebenshaltungskosten sind am meisten gestiegen, seitdem wir also ... *(Abg. Doktor Weißmann: Die Einkommen auch!)* Die Einkommen selbstverständlich auch! Darauf komme ich noch zurück.

Gestern hat ein Abgeordneter der Volkspartei, Herr Nationalrat Tončić, erklärt, man sollte ein Lohntreibereigesetz beschließen. Er hat gemeint, man sollte die Arbeiter, die um den Kollektivvertragslohn nicht arbeiten wollen, dazu zwingen. Ich werde auf diese Ausführungen noch zu sprechen kommen. *(Abg. Lola Solar: Das ist seine Privatansicht!)*

Die Einkommen sind auch gestiegen, zugegeben, aber die Preise sind wesentlich stärker gestiegen. Was also die Sozialisten verlangt haben und nach wie vor verlangen, ist: In der jetzigen Phase muß alles getan werden, um die Preise zurückzuführen oder sie zumindest nicht weiter steigen zu lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Da komme ich jetzt auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Prinke, die sich darauf beziehen, was die Regierung bezüglich des Stabilisierungsprogramms gemacht hat. Das Stabilisierungsprogramm — das wissen Sie ganz genau — hat der Wirtschafts- und Sozialbeirat, das heißt die Paritätische Kommission, der Bundesregierung empfohlen. Die Bundesregierung hat das angenommen. Dann haben Sie es so dargestellt, als ob die Wirtschaftsminister der Österreichischen Volkspartei alles und die sozialistischen Minister nichts getan hätten. Erstens einmal ist das überhaupt ein schlechter Vergleich, Herr Abgeordneter, denn die Wirtschaftsministerien werden nun einmal jetzt von der Österreichischen Volkspartei geführt: das Finanzministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Handelsministerium, und, wenn Sie wollen, auch noch die Nationalbank, die Bundeskammer sowie die Landwirtschaftskammer stehen unter der Führung der Österreichischen Volkspartei. Diese Institutionen haben einen größeren Einfluß auf das wirtschaftliche Geschehen, und sie haben sich leider — auch das können Sie nachlesen — an die Empfehlungen des Wirtschafts- und Sozialbeirates nur teilweise gehalten.

Das ist sehr betrüblich, denn das hat dazu geführt, daß diese Preisentwicklung stärker Platz gegriffen hat, als es eigentlich der Fall sein sollte. Und das muß man, glaube ich, auch hier aussprechen, denn Sie sagen, der Herr Sozialminister hätte die Empfehlung des Wirtschafts- und Sozialbeirates mißachtet, indem er den Arbeitsmarkt nicht liberalisiert hat. Das stimmt nur teilweise, weil, wie Sie ganz genau wissen, für die Arbeitskräfte ein Kontingent von 34.600 vereinbart war und nur 20.000, also ein bißchen mehr als die Hälfte, tatsächlich ausgenützt wurde. Der Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer haben verlangt, es müsse ein Gesetz geschaffen werden, das eine aktivere Arbeitsmarktpolitik

Dr. Staribacher

ermöglicht. Das ist aber gescheitert, weil die Kompetenzstreitigkeiten nicht zu bereinigen waren. Sie werden mir doch zugeben, daß die Arbeitsmarktpolitik wirklich ins Ressort des Sozialministers gehört. Wenn daher der Herr Handelsminister sagt, er müsse diese Kompetenz kriegen, dann kann man nur sagen: Das ist von seinem Standpunkt aus verständlich, aber sicher nicht berechtigt.

Sie haben hier erklärt, der Sozialminister hätte nichts gemacht, aber der Herr Finanzminister und der Handelsminister hätten alles gemacht. Das gebe ich schon zu. Der Herr Finanzminister hat die Kaffee- und Teezölle gesenkt, allerdings — *(zum Finanzminister gewendet)* das weiß er sehr genau — aus einem anderen Grund: erstens waren die Preise damals sehr stark gestiegen; aber der Kaffee- und Teezoll ist nicht deswegen gesenkt worden. Denn zu derselben Zeit gab es in Genf eine Verhandlung, und dort haben die unterentwickelten Länder erklärt, sie können es sich nicht immer gefallen lassen, daß die Länder, die sie unterstützen wollen, nicht bereit sind, ihre Waren, nämlich Kaffee und Tee, einführen zu lassen, daher wäre es auch für diese unterentwickelten Länder von größter Bedeutung, daß die Kaffee- und Teezölle gesenkt werden. Und das war mit einer der Gründe. *(Abg. Hartl: Ein Zwiegespräch mit dem Finanzminister!)* Ja, ich will den Herrn Finanzminister nur ansprechen. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Das ist kein Disput. Ich kenne den Herrn Finanzminister schon aus dem Wirtschafts- und Sozialbeirat, wir verstehen uns in dieser Beziehung viel besser als ich mich mit Ihnen, Herr Abgeordneter Hartl, verstehe, weil wir uns auf einer anderen Basis aussprechen können. Aber ich kann Ihnen sagen: Diese Kaffee- und Teezollsenkung war also, wenn Sie wollen, für die Schwarzen in Afrika bestimmt *(Heiterkeit)* und hat sich halt auch für uns ganz gut ausgewirkt.

Herr Abgeordneter Prinke! Sie haben von der Liberalisierung gesprochen. Ich wollte fast sagen: Wenn Sie sich ein bisschen besser von Ihren Herren hätten informieren lassen, dann hätten sie Ihnen das gleich gesagt. Sie ist mit Ach und Krach um einen Monat vorverlegt worden. Der Herr Handelsminister — ich habe es hier schwarz auf weiß — hat die Liberalisierungsetappe vom 1. Juli auf 1. Juni 1964, also um einen einzigen Monat, vorgezogen. Die von uns geäußerten Wünsche auf eine weitere Liberalisierung sind glattweg abgelehnt worden. Erst jetzt haben wir gehört: Es hat sich die Handelskammer mit Vehemenz — und der Handelsminister hat das angenommen — dagegen

gewehrt, noch weitere Produkte zu liberalisieren, noch weitere Zollsenkungen zu machen, obwohl sich jetzt herausstellt, daß es eigentlich zu spät ist und daß man das alles eigentlich schon längst hätte machen müssen.

Damit will ich nur sagen, Herr Abgeordneter Prinke, Sie können jetzt das — das ist entscheidend — nicht so darstellen, als ob, wie gesagt, auf dem Preissektor wirklich alles geschehen wäre. Es ist leider nicht alles geschehen. Dadurch, daß Sie die Wirtschaftsministerien leiten, daß Sie also den größeren Einfluß haben, sind gewisse Versäumnisse entstanden, die wir, gerade die Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten, sehr, sehr bitter zu spüren bekommen haben.

Nun darf ich, weil die Frau Abgeordnete Solar einen diesbezüglichen Zwischenruf gemacht hat, auf diese gestrige, sehr wichtige und entscheidende Sitzung und Besprechung im Justizausschuß doch noch kurz zurückkommen. Es ist dort um das Problem der Verlängerung der Geltungsdauer des Preistreibereigesetzes gegangen. Dort hat der Herr Abgeordnete Tončić erklärt: Schauen Sie, die kleinen Gewerbetreibenden, die werden da immer bestraft! Ich habe ihm schon damals gesagt, es sind nicht immer die Kleinen, die gestraft werden. Ich habe das Ziffermaterial hier, ich bedauere, daß er heute nicht hier ist, ich würde ihm sehr gerne sagen: Es sind nicht die Kleinen, die bestraft werden, sondern das Gegenteil stellt sich heraus. Ich werde Ihnen einige Fälle zitieren, um die es sich gehandelt hat.

Er hat einen Fall von Salzburg erzählt, wo ein Eisverkäufer — nicht ein kleiner Eisverkäufer, es war schon ein ganz großes Kaffeehaus oben auf dem Berg; nie sollt ihr mich befragen, wie es heißt *(Heiterkeit)*, es ist aber ganz klar und deutlich — an Stelle der 10 S, die er hätte verlangen dürfen, 15 S für das Eis verlangt hat und hiefür bestraft worden ist.

Ich habe schon gesagt, daß der Herr Justizminister schon einmal eine Novelle des Preistreibereigesetzes wollte, die eine Verschärfung der Bestimmungen gegen die Praktiken, die ich dann aufzeigen werde, enthalten sollte. Die kleineren Fälle kommen ja sowieso nicht vor Gericht. Im ganzen vorigen Jahr sind nur 36 Fälle bei Gericht gewesen. Wir bedauern das nicht, sondern stellen es nur fest.

Schon damals habe ich dem Herrn Abgeordneten gesagt: Nehmen Sie nicht immer die kleinen Fälle, sondern nehmen Sie die Fälle, die wir in der Arbeiterkammer zu begutachten gehabt haben. Firmen darf ich jetzt nicht nennen, weil ich sonst in ein Verfahren eingreifen würde. Ich nenne sie aber

Dr. Staribacher

schon deshalb nicht, weil ich sonst für sie Reklame machen würde.

Für eine Wärmestrahledecke wurden statt 280 S, wie es ortsüblich ist, 550 S verlangt. (*Abg. Mitterer: Im Kolonnenhandel, den Sie unterstützen!*) Nein — seien Sie vorsichtig —, nicht nur im Kolonnenhandel. Daß wir den Kolonnenhandel nicht unterstützen, wissen Sie, Herr Abgeordneter Mitterer, sehr genau. Wir unterstützen den unanständigen Kolonnenhandel nicht. (*Abg. Mitterer: O ja!*) Es ist aber etwas anderes: Sie wollen sich eine gewisse Konkurrenz vom Halse schaffen — und da machen wir nicht mit!

Für die Therapeutik-Therm wurden statt 115 S 640 S verlangt, für einen Massageapparat statt 65 S 450 S, für eine Waschmaschine, deren Bezugspreis 4466 S war, 16.980 S (*Abg. Mitterer: Kolonnenhandel!*), für eine Waschmaschine statt 4000 S 17.980 S. Das sind die Fälle, die wir auf Grund des Preistreibereigesetzes zu begutachten hatten. Wenn Sie auch sagen, daß das beim Kolonnenhandel geschehen ist, werden Sie doch hoffentlich mit mir einer Meinung sein, daß es sich dabei um eine glatte Preistreiberei handelt. (*Abg. Mitterer: Natürlich!*)

Jetzt kommt das Interessante. Der Herr Abgeordnete Tončić sagte dann: Warum gibt es kein Gesetz, nach dem ein Bauarbeiter, der nicht um den Kollektivvertrag arbeitet, bestraft wird? Wissen Sie, wie hoch der Kollektivvertragslohn bei den Bauarbeitern ist? 12,30 S! Wenn also ein Bauarbeiter 14, 15 oder 16 S bekommen soll, dann ist es anscheinend die Meinung der ÖVP, daß er vor Gericht zitiert werden soll. (*Abg. Lola Solar: Ich habe gesagt: Das war seine Privatansicht!*) Ich nehme das gerne zur Kenntnis, daß das die Privatansicht des Herrn Dr. Tončić war. Ich hätte nämlich sonst sehr gerne einige sehr interessante Zitate gebracht. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gorbach.*) Ich werde sie kürzen. (*Abg. Dr. Kummer: Kürzer geht es nicht mehr! — Heiterkeit.*) Ich habe ihm nämlich schon in der Ausschusssitzung gesagt, Herr Abgeordneter Gorbach, er müßte sich schämen, eine solche Behauptung aufgestellt zu haben. Im Verein für Sozialpolitik wurde schon erklärt — Sie werden das vielleicht von der Studienzeit her kennen, da lernt man das —, daß Arbeitslohn und Preis für eine Ware nicht dasselbe sind. Ich habe ihm gesagt, Herr Professor Brentano — ich habe das Zitat hier vorbereitet, darf es mir aber ersparen — hätte ihn eines Besseren belehrt.

Heute könnte ich ihm sagen, daß zum Beispiel Nell-Breuning — wahrlich kein Marxist oder wie das heißt — 1960 festgestellt

hat — 1960, sonst hätte er vielleicht gesagt, das ist schon 100 Jahre her —: Daß der Liberalkapitalismus den Arbeitsmarkt so verstanden und die Arbeit wirklich als Ware, als Kostengut und nichts anderes betrachtet und behandelt hat, ist geschichtliche Tatsache, ist aber eine große, himmelschreiende Sünde. Daß einzelne neoliberale nationalökonomische Theoretiker dahin neigen, gleichfalls den Arbeitsmarkt rundweg anderen Märkten gleichzusetzen, die Lohnbildung einfachheitshalber den angeblich zwingenden Marktgesetzen zu unterwerfen, ist vielleicht der Punkt, in dem am allerschärfsten, jedenfalls für den einfachen Mann am ersichtlichsten, die Unvereinbarkeit eines solchen Neoliberalismus mit katholischer Soziallehre zum Vorschein kommt.

Frau Kollegin, weil Sie so richtig dazu nicken: Dr. Kummer war so lieb und hat mir die Enzyklika Mater et Magistra geschickt. Es wäre besser gewesen, du hättest sie dem Kollegen Dr. Tončić gegeben, denn dort steht unter Bezug auf Rerum novarum, die Arbeit dürfe nicht als eine bloße Ware behandelt werden, sei sie doch eine Äußerung der menschlichen Person, für die große Mehrheit der Menschen ist sie zudem die einzige Quelle ihres Lebensunterhalts. Daher dürfe die Höhe ihrer Vergütung nicht dem Spiel der Marktgesetze überlassen sein!

Das, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, steht in der Enzyklika. (*Abg. Grete Rehor: Das wissen wir! — Abg. Dr. Kummer: Das war die Ansicht des Kollegen Tončić! — Abg. Prinke: Er wird es ihm schicken! — Abg. Dr. Hauser: Sie rennen offene Türen ein!*) Ich muß schon sagen, gestern hat es nicht so geklungen. (*Abg. Lola Solar: Wir sind alle über seine Äußerungen erschrocken!*) Wir nehmen aber gerne zur Kenntnis, daß Sie von diesen Ausführungen abrücken. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Präsident: Bitte keine „Kolonnendiskussion“!

Abgeordneter Dr. Staribacher (*fortsetzend*): Ich hätte mich nur gefreut, wenn Sie das auch gestern im Ausschuß zur Kenntnis gebracht hätten. Ich hätte mir viel Arbeit und viel Ärger erspart, den ich heute Nacht deswegen gehabt habe.

Wir haben geglaubt, daß diese Art und Weise noch mehr tot ist als der Marxismus, den Sie hier immer anschneiden.

Nun doch noch eine Frage an den Herrn Finanzminister. Wenn man sich die Äußerungen und die Diskussionen hier angehört hat und wenn man, was, wie ich glaube, unbestritten ist, diese Verteuerung ins Kalkül und in Betracht zieht, wie sehr die Konsu-

Dr. Staribacher

menten belastet werden, dann ist einem eines nicht klar: Wo wäre in Ihrem Budgetkonzept — ich habe das in allen Ihren Entwürfen vergeblich gesucht — die notwendige Stützung für den Milchpreis gewesen, die wir ja heute beschließen? Das ist nämlich nirgends gewesen. Das heißt, es wäre zu einer Erhöhung des Milchpreises gekommen. (*Bundesminister Dr. Schmitz: Nein! Die Bauern hätten nichts bekommen! Die Bauern hätten nichts gekriegt!*) Herr Abgeordneter Wallner! Haben Sie das gehört? (*Abg. Scheibenreif: Das ist ja schon seit Mai festgesetzt!*) Die Bauern hätten nichts bekommen? Ich muß sagen, wir Sozialisten wären dafür nie eingetreten, daß man den Bauern eine Erhöhung um 20 Groschen, die man ihnen heuer gegeben hat, im nächsten Jahr wieder zu zwei Dritteln oder zu einem Drittel wegnimmt. (*Bundesminister Dr. Schmitz: Weil keine Bedeckung da war!* — *Abg. Scheibenreif: Darüber ist ja verhandelt worden!*) Der Herr Finanzminister hat mir gerade gesagt, die Bauern hätten es nicht bekommen. Ich kann Ihnen nicht helfen. Ich habe das nicht behauptet, ich stelle nur fest, wir hätten uns das nicht getraut. (*Abg. Scheibenreif: Die Abgeltung wäre mit 1. Jänner 1966 gewesen!* — *Ruf bei der ÖVP: Wofür treten Sie ein?*) Wofür wir eintreten? Das kann ich Ihnen ganz genau sagen. Die Sozialistische Partei hat zugestimmt, daß die Bauern eine Milchpreiserhöhung um 20 Groschen bekommen. Wir haben uns zwar vorgestellt, daß man diese 20 Groschen nicht gleichmäßig verteilen soll, daß man gewisse Beschränkungen vorsieht, da gewisse Großbauern diese Erhöhung nicht brauchen. Aber das ist vorüber. (*Ruf bei der ÖVP: Die Großbauern existieren gar nicht!*) Aber natürlich! Schauen Sie sich doch die Statistik an. Ich sitze doch im Milchwirtschaftsfonds und weiß es daher. Sie brauchen sich nur das Ziffernmaterial anzusehen. Natürlich gibt es Großbauern, das brauche ich Ihnen doch nicht zu sagen, und daß sie Milch abliefern, das wissen Sie auch. Aber darum geht es jetzt nicht.

Wir haben gesagt, die Bauern sollen diese 20 Groschen bekommen. Über die 7,62 Groschen ab 1. Jänner 1966 hätte neu verhandelt werden sollen. (*Abg. Scheibenreif: Es war schon festgelegt, daß das umgelegt wird!*) Der Gewerkschaftsbund und der Österreichische Arbeiterkammertag haben erklärt: In der jetzigen Phase der Preiserhöhungen können wir diese 7,62 Groschen nicht zusätzlich in den Konsumentenpreis übernehmen. Das ist eindeutig erklärt worden, das können Sie nachlesen. (*Abg. Scheibenreif: Herr Doktor Staribacher, dann würde die Vereinbarung nicht eingehalten!*) Die Vereinbarung wurde inso-

fern nicht eingehalten ... (*Abg. Scheibenreif: Na also!*) Moment, nur Vorsicht, Herr Präsident Scheibengraf. (*Rufe bei der ÖVP: Scheibenreif!* — *Abg. Dr. Hurdes: Graf ist er noch keiner!*) Entschuldigung, nicht weil er ein Graf ist, sondern weil er auf dem Sitz des Herrn Abgeordneten Graf gesessen ist.

Nach unserer Meinung wäre der Überschuß im Milchwirtschaftsfonds — Sie wissen, daß ein solcher vorhanden ist — für eine gewisse Zeit, nämlich für das Jahr 1966, heranzuziehen gewesen, um nicht eine weitere Belastung der Konsumenten herbeizuführen. Und darum geht es uns ja. Es ist uns im Gewerkschaftsbund und in der Arbeiterkammer darum gegangen, den Konsumenten nicht jetzt zu belasten. Schauen Sie sich doch die Entwicklung der Lebenshaltungskosten an! Das ist doch gegenwärtig ein „Matterhorn“, wie wir es bisher noch nie gehabt haben. Daher muß man jetzt alles daransetzen, um das einzudämmen. Das ist meiner Meinung nach das Entscheidende.

Ich glaube daher, daß es richtig war, so vorzugehen. Deshalb mußten wir diesen Gesetzentwurf ablehnen, können aber jetzt, nachdem für die Milchstützung Vorsorge getroffen ist, dafür stimmen. Sehen Sie, so sorgen die „Sozi“ dafür, daß die Bauern das Geld doch bekommen. (*Abg. Scheibenreif: Das glaube ich schon! Mit 1. Mai festgesetzt!*) Das ist kein Geschenk für Bauern. Sicher nicht. Das ist ihr gutes Recht. Aber wir haben dafür gesorgt, denn der Herr Finanzminister hat mir gerade zugeflüstert, er hätte kein Geld gehabt, um das zu bezahlen. Das wäre auf Kosten der Bauern gegangen. Das müssen Sie sich also leider jetzt mit dem Herrn Finanzminister ausmachen, nicht mit mir. (*Abg. Scheibenreif: Einen Satz muß ich Ihnen sagen: Der Milchpreis wurde mit Wirksamkeit vom 1. Mai dieses Jahres festgesetzt! Die Deckung wurde ebenfalls schon im Frühjahr beschlossen! Daher kann man diese Vereinbarung nicht jetzt wieder umstoßen!*) Ja, aber Herr Abgeordneter, Sie stimmen dem nachher ja genauso zu, wie es im neuen Gesetz vorgesehen ist. (*Abg. Scheibenreif: Natürlich, das ist so vereinbart!*) Sie sehen also, wir haben gemeinsam — zuerst hätten Sie es nicht bekommen, aber jetzt machen wir es gemeinsam — für die Bauern diese Milchpreishilfe vorgesehen. Das möchte ich ausdrücklich feststellen und festhalten.

Weil hier vom Herrn Abgeordneten Withalm Professor Klenner zitiert worden ist und dann die „Zukunft“ und so weiter: Ich schätze mich persönlich glücklich, in einer Partei

Dr. Staribacher

zu sein, die ein Diskussionsorgan hat. Ich freue mich immer, daß es so gelesen wird, auch von unseren Gegnern. (*Abg. Grete Rehor: Lesen Sie auch unsere?*) Natürlich, ich lese auch Ihre Organe. Sie sehen aus den Zitaten allein, daß ich das sehr wohl tue. Ich bin froh, daß ich einer Partei angehöre, wo man Probleme diskutieren kann, wo Probleme zur Diskussion gestellt werden und wo man darüber Meinungen äußern kann. Ich wehre mich nicht dagegen ... (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Uns machen Sie das zum Vorwurf, wenn wir es tun!*) Nein, ich mache Ihnen das gar nicht zum Vorwurf! Das wird Ihnen gar nicht zum Vorwurf gemacht! Ich wehre mich nur dagegen, daß man uns unterschiebt und dann sozusagen feststellt: Aha, jetzt haben wir sie, die „Sozi“! Da hat einer etwas gesagt, das muß also jetzt die Meinung der Partei sein! (*Widerspruch.*) Nein, nein, meine Damen und Herren! Ich habe sofort, als Sie gesagt haben, Sie rücken von Tončić ab, erklärt, ich nehme das mit Freude zur Kenntnis. Ja, was wollen Sie denn noch haben? Es ist gestern im Ausschuß leider nicht widersprochen worden. Sie haben bemerkt, ich habe sehr stark dagegen polemisiert, obwohl ich mich sonst in den Ausschußberatungen, insbesondere, wenn es sich um juristische Fragen handelt, wenig dreinmische, weil ich kein Jurist bin; daher habe ich mich zu juristischen Fragen nicht gemeldet. Aber das hat mich wirklich mit Recht, wie Sie bemerkt haben, auf die Palme gebracht. Wenn es also jetzt eine Diskussion gegeben hat über die Artikel der „Zukunft“, so ist das keinesfalls irgendwie eine offizielle Stellungnahme der Partei gewesen.

Jetzt behauptet der Herr Abgeordnete Withalm: Ja, die Schützenhilfe der KP, das ist das, was der österreichischen Wählerschaft gesagt werden muß. Wo gibt es denn einen Beweis dafür, daß die Sozialistische Partei mit den Kommunisten irgendwelche Abmachungen hat, meine Herren? (*Abg. Hartl: Bundespräsidentenwahl! — Ruf: Braucht man nicht!*) Wo gibt es denn das? Ah, braucht man nicht! Sehen Sie, das nennt man amalgamieren, das nennt man unterschwellig darauf hinarbeiten. Ich kann Ihnen einige Beweise sagen. Denken Sie an das Jahr 1947, in dem es KP-Verhandlungen mit Fischer gegeben hat! Denken Sie an das Jahr 1953, wo es Bundesparteileitungsbeschlüsse vom 22. März im Zusammenhang mit dem VdU und so weiter gegeben hat. Da gibt es konkrete Beschlüsse. (*Abg. Hartl: Was machten Vizekanzler und Koplenig?*) Da gibt es konkrete Beschlüsse, die Sie gefaßt haben. Und daher können

Sie nicht versuchen, uns eine Politik zu unterschieben, die wir nicht gemacht haben.

Ich darf nur noch ein Wort dazu sagen — es ist hier sehr strapaziert worden —: 832.000 Wähler haben das Volksbegehren unterschrieben. Sicher eine beachtenswerte Zahl. Die Sozialisten haben das nie negiert, sie haben nur gemeint, es gibt mehr Wähler als diese 832.000. Es gibt nämlich in Wirklichkeit 4,5 Millionen Wähler. Wir glauben nicht, daß dieses Volksbegehren in der Form, in der es gefaßt worden ist, richtig gewesen ist. Das haben unsere Abgeordneten hier zum Ausdruck gebracht, und das, glaube ich, kann man auch ohne weiteres sagen. Es wurde gesagt, wir wollen diese 832.000 sozusagen negieren, aus der Welt schaffen. Das wollen wir gar nicht, denn wir wissen, daß es auch sehr viele Sozialisten gibt, die das unterschrieben haben. Wir wissen das selber sehr genau. Darüber wird man verhandeln müssen, um ein Problem zu lösen. Aber darüber hat ja der Herr Abgeordnete Uhlir schon zur Genüge gesprochen. (*Abg. Hartl: Wir müssen eh aufpassen, wenn ihr zur Regierung kommt! Ihr werdet die 832.000 perlustrieren!*) Aber, aber, Herr Abgeordneter, solche Zwischenrufe, kann ich fast sagen, sind mir persönlich die liebsten. Darüber gibt es doch, glaube ich, gar keinen Zweifel. 832.000 Menschen, sagen Sie, werden perlustriert, weil sie das Volksbegehren unterschrieben haben. Das ist unterschwellige Propaganda. Das ist etwas, was Sie mit gar nichts beweisen können, was Sie aber dennoch behaupten. Und das ist das, was meiner Meinung nach abgelehnt gehört.

Ich darf also daher ganz zum Schluß nur noch etwas zum Wohnungswesen sagen, weil sich der Herr Abgeordnete Moser nicht noch einmal zum Wort melden möchte. Mir ist es unverständlich, Herr Abgeordneter Prinke, daß Sie als Ehrenbürger von Wien so über die Wiener Wohnbaupolitik denken und reden können. (*Abg. Rosa Jochmann: Er weiß es anders!*) Er weiß es anders, natürlich, aber das war ja gar nicht seine innerste Überzeugung. (*Abg. Prinke: Stimmen die Ziffern nicht, die ich gebracht habe?*) Es handelt sich ja nicht um die Ziffern. Aber Sie müssen doch selber zugeben, daß sich die Gemeinde Wien seit 1919, seit Sozialisten im Rathaus sitzen (*Abg. Prinke: Dem Gemeinderat angehören!*), seitdem sie dem Gemeinderat angehören, redlich bemüht, die Wohnbaufrage zu lösen, ein Wohnbauprogramm zu entwickeln, wie es in keiner österreichischen Stadt entwickelt worden ist. Sie müssen das zugeben. Bis 1934 sind Wohnungen in reichlichem Ausmaß gebaut worden. Über

Dr. Staribacher

1934 bis 1938 wollen wir schweigen, sonst müßten wir vielleicht über Wunden reden. Im Jahre 1945 haben wir genau dasselbe fortgesetzt.

Der Herr Abgeordnete Withalm hat gemeint, die Sozialisten sind es, die alles versprechen. Das ist nicht wahr. Gerade bei den Wiener Sozialisten hat sich das bewahrheitet: Sie haben nur das versprochen, was sie halten wollten oder was sie halten konnten. Und sie haben das dann auch immer gehalten. Und ihr Wohnbauprogramm in Wien, wenn Sie wollen, ist in Wirklichkeit der schlagendste Beweis dafür. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Meißl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Meißl** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als der fünfte im Bunde der freiheitlichen Abgeordneten nehme ich die Gelegenheit wahr, zu zwei Problemen Stellung zu nehmen, die die Koalition nicht mehr lösen kann. Die Bankrotterklärung einer ungesetzlichen Koalition hat dafür gesorgt, daß dieses Haus seine eigentliche Funktion, Gesetzgebung zu sein, nicht mehr erfüllen kann. Die Regierung — sprich in Österreich: schlechthin Koalition — hat versagt, und dieses Parlament, diese Volksvertretung, wie es so schön heißt, muß sich nun auf Grund eines Koalitionsdikates auflösen, weil angeblich wieder einmal eine klare Wählerentscheidung notwendig ist. Diese klare Wählerentscheidung soll die Fragen klären, die man nun, wie heute schon mehrfach gesagt wurde, seit drei Jahren nicht klären konnte. Es ist ein ganzer Katalog, es wurde darüber schon viel gesprochen. Es ist die Stabilisierung des Lohn- und Preisgefüges — Schilling-Wahlen sind jetzt wieder im Gange —, die Wohnungswirtschaft, die verstaatlichte Industrie, das Rundfunk-Volksbegehren —, darüber wurde schon viel gesprochen — die Verwaltungsreform, Forschung, Hochschulreform und so weiter, alles Fragen, mit denen man bereits im Jahre 1962 in den Wahlkampf gezogen ist. Damals hat eine der beiden Parteien einen Auftrag erhalten, den sie aber nicht genützt hat.

Alle diese Fragen werden auch im Jahre 1966 den Wahlkampf beherrschen, das wissen wir heute. Der Wahlkampf hat ja in Wirklichkeit bereits begonnen. Im heurigen Jahr, in diesem Katastrophenjahr 1965, wäre dieser Staat moralisch verpflichtet gewesen, sachlich zu arbeiten und nicht, wie schon gesagt, jetzt schon einen hemmungslosen Wahlkampf zu beginnen. Es bleibt nur die Frage offen, wie lange sich das der Wähler noch gefallen lassen wird. So wird heute hier in diesem Hause ein Budgetprovisorium beraten und zur Be-

schlußfassung vorgelegt, das mit 30. Juni 1966 befristet ist. Meine Damen und Herren! Es ist aber sehr, sehr fraglich, wie Sie alle wissen, ob zu diesem Zeitpunkt schon eine Regierung, vor allem eine handlungsfähige Regierung vorhanden sein wird. Denken wir nur an die letzte Regierungsbildung.

Hohes Haus! Die Wirtschaft, die ich für meine Fraktion hier zu vertreten die Ehre habe, kann aber nicht warten. Sie unterliegt sehr, sehr harten Gesetzen. Vor allem in der Privatwirtschaft dominiert immer noch das Gesetz der Leistung. Dieses Gesetz der Leistung hat in Österreich Großes zustande gebracht. In diese großen Leistungen für Österreich kann man aber das schwarz-rote Koalitionssystem nicht mit einbeziehen, denn dieses hat Österreich in den letzten Jahren schwersten Schaden zugefügt, wirtschaftlich und auch moralisch im Ansehen der Demokratie. Dieses Haus selbst, das wissen wir alle, ist zu einer Abstimmungsmaschine degradiert. Wir freiheitlichen Abgeordneten benutzen daher die heutige Sitzung, um jeder von uns auf die Probleme hinzuweisen, die nach unserer Meinung ungelöst und brennend sind.

Ich darf zwei solcher Probleme aufzeigen. Das erste ist das Problem der Weiterentwicklung unseres Handels- und Gewerbestandes und der Fremdenverkehrswirtschaft. Was aber sagte dazu Herr Bundeskanzler Dr. Klaus in seiner Regierungserklärung vom 2. April 1964? Damals stellte sich bekanntlich die Regierung Klaus-Pittermann I dem Hohen Hause vor. Es muß dabei aber auch gesagt werden, daß die Verantwortung unteilbar ist. Beide Regierungsparteien sind für die Nichteinhaltung der damals gegebenen Versprechen verantwortlich, und die Formulierung: Der andere ist schuld — auch das wurde heute hier schon gesagt —, ist wirklich zu billig und zu einfach.

Zur Frage der Existenz der Klein- und Mittelbetriebe sagte damals Dr. Klaus wörtlich:

„Die österreichische Wirtschaftsstruktur ist durch ein Vorherrschen der Klein- und Mittelbetriebe charakterisiert. Da auch diese Unternehmungen in größeren europäischen Wirtschaftsräumen ihren Platz und wichtige Aufgaben zu erfüllen haben, muß auch ihre Investitionstätigkeit gefördert werden.“

Weiters sagte er: „Auch auf dem Gebiet der Steuervereinfachung sollen die bereits begonnenen Bemühungen fortgesetzt werden, wobei der seit langem aufgeschobenen Umsatzsteuerreform zur Vermeidung der Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit ... besondere Bedeutung zukommt.“

Meißl

Wie wurde dieses Versprechen eingehalten? Ich möchte folgende Feststellung voranstellen: Unser maßlos aufgeblähter Staatshaushalt wird nur durch eine ebenso maßlose und vor allem leistungsfeindliche Steuerschraube am Leben erhalten. Dabei verschiebt sich das Verhältnis von produktiver zu unproduktiver Arbeit in einem erschreckenden Ausmaß zugunsten der unproduktiven Arbeit. Neben der Lohnsteuer sind die Hauptsäulen unserer Steueraufbringung die Umsatz-, Einkommen- und Gewerbesteuer. Eines haben alle diese Steuern gemeinsam: Sie sind leistungsfeindlich und bestrafen die Mehrarbeit, die Mehrleistung.

Eine Umsatzsteuerepolitik, die bestimmte Gruppen des freien Handels benachteiligt, da diese die volle Wucht dieser Steuergesetzgebung trifft, schafft ungleiche Wettbewerbsverhältnisse. In den letzten Tagen erst haben wir Abgeordnete Klagen einer Handelsorganisation erhalten, die sich darüber beschwert, daß hier noch keine Änderung eingetreten ist, obwohl sie gerade von seiten des Wirtschaftsbundes wiederholt in den Vordergrund gestellt wurde und versprochen wurde. Man hat vor den Wahlen jeweils darüber verhandelt, geschehen ist nichts. Aber darüber sind sich natürlich ÖVP und SPÖ einig, denn was dem einen der Konsum ist, das ist dem anderen die mißbräuchliche Verwendung der Genossenschaften zum Schaden des privaten Handels. Eine Mehrwertsteuer wäre hier längst fällig geworden.

Auch der Fremdenverkehr, der bekanntlich unser Handelsspassivum deckt und hoffentlich auch weiter decken wird, wird nicht in entsprechender Weise gefördert. Ich möchte hier nur auf einen Punkt verweisen, der noch immer der Erledigung harret und ein besonderes Anliegen dieser Fremdenverkehrswirtschaft ist, das ist die Frage der übermäßigen Besteuerung der Küchenbetriebe. Sie wissen selbst, wir haben darüber beraten, eine minimale Regelung ist beschlossen worden, wirkliche Hilfe wäre nur die Herabsetzung auf 1,7 Prozent gewesen, denn Sie müssen sich überlegen, daß der in- und ausländische Gast in Österreich auch zu Mittag und zu Abend essen will. Heute müssen wir feststellen, daß man gerade in der Fremdenverkehrswirtschaft immer mehr in die noch interessantere Form der Frühstückspension flüchtet. Damit ist die Frage des Auskochens der Betriebe und der Versorgung des Gastes akut geworden. Hier wäre eine Regelung wirklich ein Gebot der Stunde.

Ebenso kann man die Einkommensteuer, die vor allem die kleineren und mittleren Einkommen besonders trifft, als reformbedürftig

bezeichnen. Auch hier wäre Hilfe notwendig gewesen, entweder eine Regelung der Progression, es wäre aber immerhin schon eine Hilfe gewesen, den Absetzbetrag für die mittätige Ehefrau, wie von uns freiheitlichen Abgeordneten vorgeschlagen, wenigstens auf 16.000 bis 24.000 S zu erhöhen. Man hätte damit die Arbeit der mittätigen Ehefrau, verglichen mit der Arbeit einer Hausgehilfin, einigermaßen ab- oder aufgewertet.

Daß auch die Gewerbesteuer einer Reformierung bedarf, soll nicht unerwähnt bleiben, denn hier sind vor allem die mittelständischen Betriebe bedroht. Ich habe hier schon im vorigen Jahre ausgeführt, daß, wenn man nicht bald steuerliche Maßnahmen beschließt, die, wie ich es bezeichnete, Flucht von der Selbstständigkeit in die Unselbstständigkeit weiter anhalten wird und daß diese Gruppen, die das wesentliche Steueraufkommen in diesem Staate leisten, eben keine Steuern mehr bezahlen werden. Man muß wirklich die Frage stellen, woher dann der Staat das Geld für seine Ausgaben nehmen wird. Diese Frage muß aber auch von der gesellschaftlichen Struktur einer modernen Mittelstandspolitik, wie wir Freiheitliche sie verstehen, gesehen werden, die im Prinzip der Leistung verankert ist, wo neben dem Selbständigen der qualifizierte Arbeiter und Angestellte, der Beamte und der fortschrittliche Bauer steht. Hier Abhilfe zu schaffen und echte Reformen durchzuführen wäre wirklich, wie ich es schon bezeichnet habe, ein Gebot der Stunde. Dieses Haus wird es nicht mehr machen können, ob es das nächste nach sechs, sieben oder acht Monaten tun wird, ist noch sehr, sehr fraglich. Wir Freiheitlichen sind mit Recht sehr, sehr mißtrauisch.

Ich darf Sie auch noch auf ein zweites Problem aufmerksam machen, und das ist das ebenso brennende Problem des Straßen- und Autobahnbaues. Die Situation auf diesem Gebiet ist trostlos. Meine Damen und Herren! Wenn uns wieder ein strenger Winter mit den Folgeerscheinungen größerer Frostschäden treffen sollte, so muß man nach der gegebenen Sachlage annehmen, daß im nächsten Jahre die Lage auf diesem Sektor katastrophal sein wird. Ich brauche hier nicht zu betonen, welche große Bedeutung dem Ausbau und der Erhaltung des Straßen- und Autobahnnetzes vor allem aus der Sicht des Fremdenverkehrs zukommt. Es ist, so glaube ich, allgemein bekannt, daß die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr unser Handelsbilanzpassivum decken.

Was geschah und was geschieht auf diesem Gebiet? Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom 2. April 1964 eben-

Meißl

falls versprochen, den Ausbau des Straßen- und Autobahnnetzes voranzutreiben. Er machte allerdings dabei die Einschränkung: „im Rahmen der budgetären Gegebenheiten“. Hier muß gesagt werden: Der Verkehr wird jedoch nicht auf diese budgetären Möglichkeiten warten, er wird uns ganz einfach überrollen. Wenn hier nicht bald etwas geschieht, wird Österreich in einem Verkehrschaos ersticken. Was bisher gefehlt hat, war ein wirklich klares Straßen- und Autobahnbaukonzept, auf einen längeren Zeitabschnitt berechnet.

Erst im heurigen Jahr hat Herr Staatssekretär Dr. Kotzina den zuständigen Gremien, dem parlamentarischen Ausschuß, den Abgeordneten einen Bericht über die Verhältnisse auf dem Straßenbausektor zugeleitet und in der weiteren Folge auch Vorschläge gemacht. Planung und Reihung der einzelnen Bauvorhaben waren bisher weitgehend von der politischen Intervention abhängig, das wissen wir alle, von Einzelpersonen, von Personengruppen und von Ländern. Wir glauben aber, daß es hier nur ein Prinzip geben darf, nämlich das Prinzip der Dringlichkeit. Ein langfristiges Programm und die Reihung nach der Dringlichkeit wäre erste Aufgabe des Ministeriums. Aber oft haben sachliche oder fachliche Momente nicht den Vorrang.

Ich darf Ihnen hier ein Beispiel aus meinem Heimatbezirk erzählen, wo man ein Baulos der Gleichenberger Bundesstraße, das Baulos Klausen, mit einem Aufwand ausbaut, daß sich die Bevölkerung fragt, ob das wirklich notwendig gewesen wäre. Denn man hat mit diesem Riesenaufwand erreicht, daß erstens der Aufwand in keinem Verhältnis zum Verkehrserfordernis steht und zweitens hat man damit eine Naturklamm restlos zerstört.

Dazu kommt noch folgendes: Wenn man weiß, daß in einer Entfernung von 6 bis 8 km parallel eine Nord-Süd-Verbindung — die steirischen Kollegen werden das wissen — von Fehring über St. Anna nach Klöch ausgebaut wird, die ebenfalls in Halbenrain in diese Straße einmündet, dann fragt sich wirklich ein Teil der Bevölkerung mit Recht: War es notwendig, das jetzt zu machen, vor allem in diesem Ausmaß, und war es notwendig, die Landschaft so zu zerstören?

Eine Verbesserung oder das Übersichtlichmachen einer einzigen Kurve und eine Verbreiterung hätten hier ohne weiteres genügt. Das ist nur ein Beispiel für viele, das zeigt, daß es hier an Planung und Reihung der Dringlichkeit wirklich gefehlt hat.

Meine Damen und Herren! Entscheidend ist natürlich das liebe Geld, die Finanzierung. In der vorjährigen Budgetdebatte erklärte

der Herr Staatssekretär, daß auf Grund der finanziellen Mittel für die Fertigstellung der Südautobahn mit einem Zeitabschnitt von ungefähr 15 bis 18 Jahren zu rechnen ist. Dieser Zeitplan hat sich inzwischen, wenn man die realen Möglichkeiten sieht, noch verlängert. Gestern hörten wir allerdings im Rundfunk, daß der Herr Staatssekretär erklärt hat, man müßte dieses Autobahnkonzept wenigstens in zwölf Jahren verwirklichen, damit es noch in einem überschaubaren Rahmen liegt. Wir wissen aber, daß die finanziellen Voraussetzungen in keiner Weise erfüllt sind.

Was geschah nun hier? Auf Grund dieses Berichtes wurde der zuständige Ausschuß einberufen. Der Herr Staatssekretär hat berichtet, und der Ausschuß ging auseinander nur mehr mit der Feststellung, daß ein Unterausschuß gebildet wird. So weit, so schön. Der Unterausschuß trat zusammen, hörte wieder den Bericht an, und dann ging man wieder auseinander, weil es in der Koalition wieder einmal Mißstimmung gegeben hat. Die eine Seite war nicht bereit, darüber sachlich zu reden, zu diskutieren, ob vielleicht der damals im Juni zweckgebundene Zuschlag von 20 Groschen zur Mineralölsteuer eine kleine Aufbesserung des Straßenbaubudgets gebracht hätte.

Aber — das ist auch etwas, was man wissen muß — man setzte immerhin eine Tat, man erklärte diesen Unterausschuß als permanent. Hier muß einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Dieses Permanenterklären von Ausschüssen, bei dem man von vornherein weiß, daß in der Urlaubszeit niemand arbeitet, ist eine Frozelei der Bevölkerung. So habe ich als Abgeordneter meiner Partei, der ich diesem Ausschuß angehöre, an den Vorsitzenden des Ausschusses, an den Kollegen Helbich, einen Brief gerichtet und die Einberufung dieses Ausschusses verlangt, damit endlich wirklich etwas weitergeht. Der Herr Kollege Helbich hat mir geantwortet, ich möchte Ihnen nur den Schluß zitieren. In dem Bericht werden nach einer ausführlichen Darstellung der Situation auf den österreichischen Bundesstraßen verschiedene Möglichkeiten der Schaffung zusätzlicher Einnahmen für den Ausbau und die Erhaltung der Straßen angeführt.

Dann heißt es: „Nachdem über diese Möglichkeit einer zusätzlichen Finanzierung des Straßenbaues zwischen den Regierungsparteien noch Verhandlungen stattfinden, scheint es mir nicht sinnvoll, den Unterausschuß des Handelsausschusses jetzt bereits einzuberufen. Ich halte es vielmehr für richtig, zunächst das Ergebnis der diesbezüglichen Verhandlungen abzuwarten.“

Das Ergebnis der diesbezüglichen Verhandlungen haben wir präsentiert erhalten: es

Meißl

gibt kein Ergebnis. Inzwischen hat es den großen Krach gegeben, dieses Haus wird sich auflösen, und wir werden wahrscheinlich zumindest sechs bis acht Monate warten müssen, bis wir sachlich zu arbeiten beginnen können.

Wer all diese Verhältnisse kennt und auch die konkreten Verhandlungen miterlebt hat, weiß, daß in der nächsten Zeit keine Änderung zu erwarten ist. Es ist dies geradezu wieder ein klassisches Beispiel für das Versagen der Regierungsparteien und der Koalition.

Wir freiheitlichen Abgeordneten protestieren als Opposition des Hauses mit aller Schärfe dagegen, daß der Parteihader auf dem Rücken des Volkes ausgetragen wird. Die beiden von mir aufgezeigten Mängel sprechen eindeutig gegen dieses System der Zweiparteien-diktatur. Demokratie, meine Damen und Herren, stellt sich ein großer Teil der Bevölkerung wirklich ganz anders vor. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort ist der Herr Abgeordnete Wallner gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Wallner (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich hätte als Vertreter der Bauernschaft viel lieber zu einem ordentlichen Budget 1966 gesprochen. Die österreichische Land- und Forstwirtschaft hat schon zu wiederholten Malen vor diesem Hohen Haus darauf hingewiesen, daß sie von allen Wirtschaftszweigen ganz besonders an einer ruhigen und kontinuierlichen wirtschaftlichen Entwicklung interessiert ist. Es ist ja der landwirtschaftlichen Urproduktion von der Natur ein unabänderlicher Rhythmus vorgeschrieben, der sie zwingt, vorausschauend zu disponieren, und der es ihr nur in sehr beschränktem Maße gestattet, sich kurzfristigeren Schwankungen der Wirtschaft anzupassen. Wir haben es daher sehr begrüßt, daß sich der Herr Bundesminister für Finanzen um ein längerfristiges Budgetkonzept bemühte, und haben ihn bei seinen Vorarbeiten hiezu nach besten Kräften unterstützt.

Für die österreichische Bauernschaft ist das Budget für das Jahr 1966 von einer außergewöhnlichen Bedeutung. Der Grund hierfür ist vor allem, daß die Landwirtschaft nach einigen Jahren einer steten, durch gute Ernten begünstigten Aufwärtsentwicklung infolge der katastrophalen Witterung des Jahres 1965 einen argen Rückschlag hinnehmen mußte. Ich will Sie, meine Damen und Herren, nicht mit der Wiederholung bekannter Zahlen aufhalten, fühle mich aber verpflichtet, nochmals darauf hinzuweisen, daß die reine Ernteverminderung, die das heurige Katastrophen-

wetter nach sich gezogen hat, vorsichtigen Schätzungen zufolge mit 1,6 Milliarden Schilling zu beziffern ist. Der Einnahmefall, den dieses schlechte Ernteergebnis zur Folge hat, wird die Investitionsbemühungen der Landwirtschaft erheblich behindern. Die Minderbezüge an Kunstdüngemitteln lassen dies bereits jetzt erkennen. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß die Überflutungen der Kulturfleichen nicht nur nachteilige Auswirkungen auf die Ernte des heurigen Jahres hatten, sondern zum Teil auch schon zu längerwährenden Bodenverschlechterungen geführt haben. So ist nach Berichten, die in den letzten Tagen aus dem östlichen Teil unseres Bundesgebietes gekommen sind, infolge der Verdichtungen und Verkrustungen der im Sommer überschwemmten Böden im Zusammenhang mit der Trockenperiode, die bis vor kurzem andauerte hat, die Bestellung der Wintersaat schwer behindert und verzögert worden.

Die Landwirtschaft hatte nach dem Katastrophenjahr 1965 also allen Grund, vom Budget 1966 eine entsprechende Berücksichtigung ihrer Situation zu verlangen. Sie war sich aber ihrer Mitverantwortung für eine ruhige Wirtschaftsentwicklung und für die Stabilität der Währung bewußt und hat ihre Forderungen von Anfang an in einem Rahmen gehalten, welcher der Erstellung eines währungsneutralen Budgets nicht im Weg stand.

Es versteht sich von selbst, daß die Landwirtschaft bei ihren Forderungen an das Budget jene Schwerpunktmaßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur und zur Steigerung der Produktivität in den Vordergrund stellen mußte, deren konsequente Durchführung die Europareife ihrer Betriebe maßgeblich fördern soll.

Wir haben allen Ernstes erwartet, daß eine Einigung über das Budget doch noch zustande kommen wird, und empfinden die Tatsache, daß es für 1966 nur zu einem Budgetprovisorium kommen kann, als einen für uns schmerzlichen Bruch der kontinuierlichen Entwicklung. Wir müssen uns aber mit der Tatsache, daß es zunächst nur zu einem Provisorium kommen kann, abfinden und müssen prüfen, wieweit im ersten Halbjahr 1966 vom Budget her den Anliegen der österreichischen Land- und Forstwirtschaft Rechnung getragen werden kann.

Der Grüne Bericht 1964 und der Grüne Plan 1966, deren Entwürfe vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft am 14. September 1965 fristgerecht dem Ministerrat vorgelegt wurden, können in dieser Legislaturperiode nicht mehr dem Parlament zugeleitet werden. Die Landwirtschaft be-

Wallner

dauert dies sehr, weil sie selbst interessiert ist, daß ein objektiver Bericht über ihre wirtschaftliche Lage dem Hohen Haus bekannt und in aller Öffentlichkeit diskutiert wird. Nur so kann sie erwarten, daß der Grüne Plan organisch fortentwickelt wird. Auf Grund des Budgetprovisoriums muß sich die Landwirtschaft aber damit begnügen, daß im ersten Halbjahr 1966 auf der Basis des Grünen Planes 1965 weitergearbeitet wird. Die Zinsenzuschüsse für die Agrarinvestitionskredite werden allerdings, da das aushaftende Kreditvolumen insgesamt noch in Ausweitung begriffen ist, einen höheren Betrag erfordern.

Auf dem Gebiet der Zinsenzuschüsse sind Einsparungen technisch nicht möglich; sie wären auch sachlich nicht vertretbar, weil der ungeheure Investitionsbedarf der Landwirtschaft nur mit Hilfe zinsverbilligter Kredite einigermaßen gedeckt werden kann. Der Betrag für die Zinsverbilligung muß zu Lasten anderer wichtiger Maßnahmen eingespart werden, was eine bedauerliche Störung unseres Konzeptes bedeutet. Ich möchte der Erwartung Ausdruck geben, daß das neue Parlament dies bei der Beschlußfassung über das endgültige Budget 1966 entsprechend berücksichtigen wird.

Nach der Vorschau des Wirtschafts- und Sozialbeirates über die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1966 ist es durchaus möglich, daß eine vermehrte Dotierung des Grünen Planes nicht nur den Zielen des Landwirtschaftsgesetzes förderlich, sondern auch als Impuls für eine Konjunkturbelebung erwünscht sein wird.

Bei der Durchführung der Treibstoffverbilligungsaktion werden ernste Schwierigkeiten auftreten. Diese Aktion ist ja bekanntlich bisher immer in der ersten Hälfte des jeweiligen Jahres in einem Zuge abgewickelt worden, wobei für jedes Bundesland der betreffenden Landwirtschaftskammer der gesamte Betrag zur Auszahlung an die Landwirte angewiesen wurde. Diese Vorgangsweise wird im Jahre 1966 nicht eingehalten werden können, weil im ersten Halbjahr nur die Hälfte des diesbezüglichen Ansatzes aus dem Jahre 1965 zur Verfügung steht. Eine Beschränkung der Aktion auf einzelne Bundesländer würde zu einer nicht vertretbaren Differenzierung führen. Selbst wenn man die Aktion zunächst auf einen Teil der Bundesländer beschränken wollte, könnte auch dieser Teil nicht definitiv abgewickelt werden, weil der endgültige Punktwert erst nach der Beschlußfassung über das Budget 1966, somit also erst gegen Ende des ersten Halbjahres 1966, feststehen wird. Eine bloße Akontierung würde aber eine Verdoppelung

der Verwaltungsarbeit bedeuten, die den Landwirtschaftskammern keinesfalls zugemutet werden kann. Eine Auszahlung der Treibstoffverbilligung wird daher erst nach Beschlußfassung über das endgültige Budget 1966 erfolgen können.

Erfreulich ist, daß das Budgetprovisorium Vorsorge dafür trifft, daß der für den Milchpreisausgleich vorgesehene Ansatz im Budget 1965 im ersten Halbjahr 1966 um 75 Millionen Schilling überschritten werden kann. Dies bedeutet, daß der Teilbetrag von 7,62 Groschen der Milchpreiserhöhung vom 1. Mai 1965, für dessen Bedeckung damals nur bis zum Jahresende 1965 Vorsorge getroffen werden konnte, für die Dauer des Budgetprovisoriums weiter aus Bundesmitteln bezahlt wird.

Ich bedaure sehr, daß dieser Lösung eine unerquickliche Debatte vorausgegangen ist, in deren Verlauf sogar ein Regierungsmitglied der SPÖ die Behauptung aufgestellt hat, eine der Ursachen für das Scheitern der Budgetverhandlungen sei die Forderung nach einer neuerlichen Erhöhung des Milchpreises um 30 bis 40 Groschen gewesen. Ich mußte diese unrichtige Sachverhaltsdarstellung schärfstens zurückweisen und daran erinnern, daß mit Wirkung vom 1. Mai 1965 für die Landwirte eine Verbesserung des Erzeugermilchpreises um 20 Groschen pro Liter wirksam wurde. Über die Konsumentenpreiserhöhung und über den Zeitpunkt ihrer Durchführung wurden damals zwischen den Regierungsparteien bindende Vereinbarungen getroffen. Über eine neuerliche Erhöhung des Erzeugermilchpreises wurde bei der Erstellung des Budgets für das Jahr 1966 überhaupt nicht verhandelt.

Ich habe die eben erwähnte Unterstellung als besonders unpassend empfunden, weil die Bauernschaft trotz der schweren wirtschaftlichen Rückschläge, welche die Naturkatastrophen des heurigen Jahres für sie gebracht haben, immer großes Verständnis für die Konsumenten aufgebracht und von sich aus in keiner Weise zu Preisexzessen beigetragen hat. Wir konnten durchaus verstehen, daß die Konsumenten durch das Ansteigen der Preise für Saisonprodukte im heurigen Frühsommer sehr beunruhigt wurden, wir müssen aber immer wieder sagen, daß wir weder die Ursache noch die Nutznießer dieser Preissteigerungen waren. Der Produktionsausfall hat ja in erster Linie die Landwirtschaft, also die Bauern selbst getroffen. Auch hat die Landwirtschaft bereitwillig in den Zeiten der Verknappung zugestimmt, daß die Grenzen für den Import ausländischer Waren geöffnet werden. Man kann es uns wirklich nicht anlasten, daß

Wallner

eine Besserung auf dem Preissektor durch Importe nicht erzielt werden konnte, weil auch das Preisniveau des Auslandes außerordentlich hoch war. Es hat sich also wieder einmal in aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Versorgung aus der Inlandsproduktion durch Auslandsimporte nicht zu ersetzen ist. Im übrigen bin ich froh, daß im Herbst dieses Jahres die Märkte wieder unter Kontrolle waren und daß wichtige Gemüsearten sogar wieder billiger angeboten wurden als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Ich möchte diesen Punkt mit der Bemerkung abschließen, daß wohl kaum ein Berufsstand so an stabilen Preisen interessiert ist wie die Landwirtschaft; ist es doch eine unserer ernstesten Sorgen, daß das Vorseilen der Betriebsmittelpreise immer wieder einen großen Teil des Erfolges der mühsam erarbeiteten Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft aufzehrt. Die Landwirtschaft handelt daher im ureigensten Interesse, wenn sie Preisdisziplin nicht nur übt, sondern auch fordert. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Leider besteht nicht überall die gleiche Preisdisziplin wie in der Landwirtschaft. Ich kann mir vorstellen, daß zum Beispiel der Milchpreis bei den vielen hunderttausenden Konsumenten in der Stadt Wien — und da gibt es bestimmt viele Konsumenten, die nicht mit Glücksgütern gesegnet sind — ein sehr wichtiger Faktor ist. Aber ein nicht weniger wichtiger Faktor ist auch das Verkehrsmittel, die Tramway in Wien. Ich habe feststellen können, daß zum Beispiel im Jahre 1952 der Produzentenpreis für die Milch mit 1,40 S festgesetzt war, und jetzt ist er 2,30 S; das ist eine Steigerung von 65 Prozent. Die Tramwayfahrtscheine in der Stadt Wien haben im Jahre 1952 1,30 S und im heurigen Jahr 3 S gekostet, das ist also eine Steigerung um 130 Prozent. (*Abg. Rosa Jochmann: Nur belastet das die Bauern nicht sehr!*) Nein, aber ich stelle nur Vergleiche an, weil man immer behauptet, wir wären die, die die Preise hinaufsetzen. Oder nehmen Sie den Konsumentenmilchpreis: Er ist in der gleichen Zeit von 2,04 S im Jahre 1952 auf 3 S, also um 47 Prozent, angestiegen. Noch drastischer zeigt sich diese Entwicklung, wenn der Bauer Dienstleistungen anderer Berufe in Anspruch nimmt, was er zur Erhaltung seiner Betriebsmittel ständig tun muß. Einen Baufacharbeiter konnte er zum Beispiel vor dem Krieg im Tag mit dem Verkaufspreis von 30 l Vollmilch bezahlen. Heute muß er hierfür den Verkaufserlös von 150 l Vollmilch aufwenden.

Es liegt der Landwirtschaft völlig fern, den anderen Berufsgruppen den erreichten

Wohlstand zu mißgönnen. Wir müssen uns aber gegen eine Unterbewertung der Arbeit in der Landwirtschaft immer mehr zur Wehr setzen und uns immer wieder um eine Verminderung der Disparität zwischen uns und vergleichbaren Berufsgruppen bemühen. Ich meine hierbei nicht nur die Disparität hinsichtlich des Einkommens, sondern auch hinsichtlich des sozialen Fortschrittes. Letzteres kommt dem Bauern und der Bäuerin, die heute oft nur mehr die einzigen Arbeitskräfte am Hof sind, weil so viele Menschen vom Lande weggezogen sind, in erschreckender Weise zum Bewußtsein, wenn sie feststellen, wie gering ihre Freizeit und ihr Urlaub im Verhältnis zu jenen Personen ihres Bekanntenkreises sind, die in anderen Berufen arbeiten.

Nun noch ein Wort zum Schutzwasserbau. Dieser ist durch die Hochwässer des heurigen Jahres so sehr in den Vordergrund getreten, daß das Budgetprovisorium besonders auch unter diesem Gesichtspunkt kritisch geprüft werden muß. Hiezu ist zunächst mit Bedauern festzustellen, daß das Provisorium lediglich die Ansätze des Bundesvoranschlages 1965 gemäß Bundesfinanzgesetz berücksichtigt. Mit umso größerer Genugtuung habe ich die Erklärung des Herrn Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft zur Kenntnis genommen, daß es mit den vorhandenen Mitteln möglich sein wird, im ersten Halbjahr 1966 die Arbeiten am Schutzwasserbau planmäßig und unter rationeller Ausnutzung der vorhandenen Baukapazität fortzusetzen. Die Befürchtung, daß es zu einer Störung in der Abwicklung des vom Landwirtschaftsressort voraussehend aufgestellten Mehrjahresplanes für den Schutzwasserbau kommen werde, erweist sich erfreulicherweise als unbegründet.

Leider ist die Situation hinsichtlich der Behebung der Hochwasserschäden nicht in allen Bereichen so zufriedenstellend wie beim Schutzwasserbau. Anlaß zu dieser Bemerkung gibt mir die Angelegenheit des Notopfers, und ich muß auch feststellen, daß nicht nur die Geschädigten selbst, sondern auch alle sozial empfindenden Mitbürger darüber enttäuscht waren, daß hier keine Einigung erzielt werden konnte, obwohl weiteste Kreise unter dem Eindruck der Katastrophen Verständnis dafür aufgebracht hätten, wenn sie in einer ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Weise zur Aufbringung eines einmaligen Opfers herangezogen worden wären. Eine solche Situation darf sich nicht wiederholen.

Es ist daher unsere Überzeugung, daß das Elementarschadenproblem gelöst werden muß, damit bei Ereignissen dieser Art in Hinkunft unverzüglich ausgiebige Hilfe geleistet werden

Wallner

kann. Auch hier gilt ja der Grundsatz, daß doppelt hilft, wer schnell hilft. Die Landwirtschaft ist gewillt, zu dieser Lösung einen konstruktiven Beitrag zu leisten.

Unseres Erachtens sollte ein bundeseinheitlicher Elementarkatastrophenfonds geschaffen werden, in dem durch Beiträge aller gefährdeten Bevölkerungskreise — etwa in Form der Abtretung des Bonus, den heute schon fast alle Versicherungen gewähren, vor allem Feuerversicherungen — und der öffentlichen Hand vorsorglich ausreichende Mittel angesammelt werden, die im Katastrophenfall sofort zur Verfügung stehen. Der Katastrophenfonds könnte vom Bund unter Mitwirkung eines Beirates verwaltet werden, dessen Mitglieder von den drei großen Kammergruppen zu entsenden sind. Die Schadensermittlung im Einzelfall könnte durch die Länder erfolgen, die auch die vom Fonds zugewiesenen Gelder an die Geschädigten verteilen sollten.

Mit Befriedigung möchte ich noch feststellen, daß im Budgetprovisorium die gesetzlich verankerte Pflichtleistung des Staates für die Bauernkrankenversicherung vorgesehen ist. In diesem Zusammenhang sollte nicht in Vergessenheit geraten, daß die Bauernschaft bereits seit dem Jahre 1959 im Hinblick auf die besorgniserregenden Gesundheitsverhältnisse auf dem Land ein Bauernkrankenversicherungsgesetz gefordert hat. In hartnäckigen Bemühungen der Bauernschaft ist es gelungen, alle entgegenstehenden Hindernisse zu überwinden. Das war nicht leicht, weil bei einer gesetzlichen Pflichtversicherung für Selbständige weitgehend Neuland beschritten werden mußte und sich zunächst das Sozialministerium, aber auch die Ärzteschaft mit den neuartigen Gestaltungswünschen der Bauernschaft nicht befreunden wollten. Es mußten insgesamt drei Vorentwürfe vom Bauernbund verfaßt und diskutiert werden, bis eine Übereinstimmung über die endgültige Fassung erzielt werden konnte. Auch das Sozialministerium mußte sich schließlich zur Auffassung durchringen, daß die Gestaltung einer Pflichtversicherung in erster Linie von den Wünschen des betroffenen Personenkreises getragen sein muß.

Ein zunächst fast unüberwindliches Hindernis war die Frage des Staatszuschusses, mit dem die Bauernkrankenversicherung stand und fiel. Diesbezüglich gilt unser Dank dem Finanzminister, der trotz der bekannten Finanzlage des Bundes die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen konnte.

Angesichts der dargestellten Schwierigkeiten können wir rückblickend mit Befriedigung feststellen, daß es uns in relativ kurzer Zeit

gelingen ist, die Bauernkrankenversicherung aufzubauen. Es liegt in der Natur der Sache, daß Anfangsschwierigkeiten zu überwinden sein werden, und ich darf in diesem Zusammenhang der Erwartung Ausdruck geben, daß in Kürze auch Verträge mit der Ärzteschaft zustande kommen, die den Interessen beider Teile bestmöglich entsprechen.

Die österreichische Landwirtschaft ist unablässig bemüht, durch Fortbildung, Leistungssteigerung, Qualitätsverbesserung, Umstellung und Anpassung den steigenden Ansprüchen des Marktes und der internationalen Konkurrenz gerecht zu werden. Sie steht dem Problem, das ihre Eingliederung in die industrielle Marktwirtschaft aufwirft, abgeschlossen gegenüber. Es ist nicht richtig, wenn oft und immer wieder behauptet wird, daß in der Bauernschaft zuviel Rückständigkeit und Gruppenegoismus wäre. Ich muß sagen, daß gerade heute die gesamte Bauernschaft und vor allem die bäuerliche Jugend, die sich in Leistungswettbewerben gleichsam überbietet, die Zeichen der Zeit erkannt hat und sich in vollem Ausmaß auch zu jenen Aufgaben bekennt, die uns in dieser Zeit der Entwicklung gestellt sind. Dieser Fortschrittswille lebt in besonderem Maße in der bäuerlichen Jugend, die weiß, wieviel sie heute wissen und können muß, um den vielfältigen Anforderungen ihres Berufes gerecht zu werden.

Gerade aus diesem Gesichtspunkt muß ich es besonders bedauern, daß es in dieser Legislaturperiode voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, das land- und forstwirtschaftliche Schulgesetzeswerk zu verabschieden. Hier geht wertvolle Zeit verloren. Ich hoffe daher, daß der neugewählte Nationalrat sich dieser wichtigen und dankenswerten Aufgabe bald annehmen und die gesetzlichen Grundlagen für den Aufbau eines den modernen Ansprüchen nachkommenden land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens schaffen wird.

Zusammenfassend bin ich der Meinung, daß ein Budgetprovisorium, wie es der vorliegende Gesetzentwurf vorsieht, naturgemäß den Ansprüchen einer organischen Fortentwicklung der Wirtschaft nicht voll gerecht werden kann. Ein Weiterarbeiten an der Entwicklung unserer Land- und Forstwirtschaft wird aber erst im ersten Halbjahr 1966 immerhin einigermaßen möglich sein, und unser Berufsstand wird wie immer bemüht sein, auftretende Schwierigkeiten und Mängel nach besten Kräften zu überwinden.

Zum Schluß sei mir noch eine Bemerkung zu einer besonders aktuellen Frage gestattet. Die Bauernschaft ist immer für die volle Ausschöpfung einer Legislaturperiode eingetreten.

Wallner

Sie hat mit vorzeitigen Wahlen keine Freude. Sie sind jetzt bereits festgelegt. Wir von der Landwirtschaft wollten den Termin nicht hinausziehen, weil wir immer den Standpunkt vertreten haben: Der Zeitpunkt der Wahl soll so gewählt werden, daß es allen Bevölkerungsschichten möglich ist, das Wahllokal aufzusuchen, denn jeder weiß, daß es ein Risiko ist, zu Märzbeginn, also noch mitten im Winter, eine so bedeutende Wahl festzulegen, weil es passieren kann, daß durch Schneetreiben, Schneeverwehungen und Lawinenabgänge ganze Gebiete unserer Berglagen ausgeschlossen sind. Wir haben wohl versucht, mittels des Einsatzes von fliegenden Kommissionen Abhilfe zu schaffen, aber die Wahl ist in dieser Jahreszeit immerhin noch ein gewisses Risiko.

Wenn es also schon zur Auflösung des Parlaments und zur Ausschreibung von Neuwahlen gekommen ist, dann sollten sich die Abgeordneten dieses Hohen Hauses selbst und in ihren Parteien bemühen, den Wahlkampf sachlich zu führen. Die Bauernschaft ist zu einem sachlichen Wahlkampf immer bereit, und auch die Österreichische Volkspartei, der wir zugehören, bekennt sich dazu. Die heutige Debatte in diesem Haus hat ja nicht allzu große Hoffnung gegeben, daß dieser mein Wunsch in Erfüllung geht. Ich bin aber der Meinung, daß das Volk Österreichs so urteilsfähig ist, daß es wissen wird, was es am 6. März zu tun hat. Wenn auch mit Propaganda und allen möglichen Mitteln versucht wird, die Bevölkerung zu beeinflussen, wird die Bevölkerung doch selbst am 6. März jenes Votum abgeben, das dann dem Nationalrat für seine weitere Aufgabe das Vertrauen ausspricht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Kos das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kos** (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Am Ablauf einer Legislaturperiode ist es immer nützlich, sich in Erinnerung zu rufen, was zu Beginn der Legislaturperiode versprochen worden ist. Obwohl das heute schon mehrfach geschehen ist, ist es doch notwendig, etwas hervorzukehren, was bisher nur am Rande gestreift worden ist.

Der Herr Bundeskanzler hat am 2. April 1964 festgestellt:

„Die vordringlichste Aufgabe auf außenpolitischem Gebiet wird für die Bundesregierung die Regelung unseres Verhältnisses zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sein. Da etwa die Hälfte des österreichischen Exports in die Märkte der EWG geht, müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um eine

Schmälerung dieser Exportmöglichkeit, wie sie durch die fortschreitende Diskriminierung bereits eingetreten und weiterhin zu befürchten ist, zu verhindern.“

Herr Generalsekretär Withalm hat am nächsten Tag festgestellt:

„Denn eines steht fest: Österreich braucht am Vorabend großer Entscheidungen“ — sicherlich hat er auch die Regelung des Verhältnisses zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft damit gemeint — „nichts notwendiger als eine Regierung, die ihre ureigenste Aufgabe erfüllt, eine Regierung nämlich, die auch wirklich regiert.“

Wenn wir uns nun vor Augen führen, wie das Integrationsproblem, dessen Bedeutung so sehr herausgestrichen worden ist, von dieser Regierung behandelt wurde, dann darf ich Ihnen, meine Damen und Herren, wohl in Erinnerung rufen, daß wir uns in diesem Hohen Hause zum letztenmal am 16. Dezember 1964 über einen Integrationsbericht unterhalten haben. Es war das der zehnte Bericht der Bundesregierung über die europäische Integration, der bis zum 15. September 1964 gelaufen ist. Seither ist in Integrationsfragen nichts geschehen. Es ist sehr viel geredet worden, man hat den elften Bericht der Bundesregierung über den Stand der wirtschaftlichen Integration herausgegeben, man hat ihn am 26. Mai dieses Jahres dem Ausschuß zugewiesen, aber das war auch alles, was diese Regierung geleistet hat. *(Abg. Dr. Kranzlmayr: In Brüssel haben die Verhandlungen schon begonnen!)* Ich komme schon noch darauf zu sprechen, Sie brauchen nicht zu glauben, daß ich das vergesse. Das Parlament hat jedenfalls keine Gelegenheit gehabt, über den Stand der wirtschaftlichen Integration, über unser Verhältnis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und über die Situation der Europäischen Freihandelszone zu diskutieren, obwohl es eine der vordringlichsten Aufgaben ist, wie der Herr Bundeskanzler dargestellt hat.

Uns Freiheitlichen scheint eines wichtig: daß wir die Informationen — das ist heute schon einmal von einem Redner der Koalitionsparteien festgestellt worden — aus den Zeitungen beziehen müssen, daß diese entscheidenden Informationen in einer entscheidenden wirtschaftlichen Frage dem Parlament vorenthalten werden, daß man erst die Zeitung aufschlagen muß, um festzustellen, welcher Minister an welcher Tagung mit welchem Ergebnis an einer Beratung über solche wirtschaftliche Fragen teilgenommen hat. Fest steht eines: Das Parlament hat ein Jahr lang nicht Gelegenheit gehabt, zur Integration Stellung zu nehmen. Vielleicht ist das auch

4980

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Dr. Kos

auf die koalitionäre Konstruktion zurückzuführen, daß einen Teil der Befugnisse der Herr Handelsminister hat, den anderen Teil der Befugnisse der Herr Außenminister. Es ist ja symptomatisch gewesen, daß gerade die letzte Sitzung der Europäischen Freihandelszone, von der ja schon von vornherein feststand, daß sie zu keinen besonderen Ergebnissen führen wird, nur durch die Teilnahme des Herrn Handelsministers ausgezeichnet war, während der Herr Außenminister an dieser Sitzung gar nicht mehr teilgenommen hat.

Es ist sehr sonderbar, meine Damen und Herren — aber vielleicht finden Sie gar nichts dabei —, daß vorgestern Abend im Nachrichtendienst eine Meldung über den Rundfunk gegangen ist, daß die nächste Runde der Besprechungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft „auf Wunsch Österreichs“ wieder um einige Tage verschoben worden sei. So zitiert von der Agence France Press. Aber das Parlament wird mit diesen Dingen überhaupt nicht befaßt. Wahrscheinlich hat man zu scheuen, daß Berichte erstattet werden, die nur das eine zum Inhalt haben können: daß man in dieser Situation anscheinend nicht weiterkommt.

Es soll gar nicht bestritten werden, daß sich Österreich in seinen Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in einer schwierigen Situation befindet, die durch die allseits bekannte Haltung des Generals de Gaulle ausgelöst worden ist. Auf der anderen Seite scheint aber die Art und Weise des Verhandels der österreichischen Regierungsdelegation auch dazu beizutragen, daß die bisher gezogenen Bilanzen über das Verhandlungsergebnis so dürftig sind, daß der Herr Handelsminister am 1. Oktober selbst zugeben mußte, daß es nicht möglich gewesen sei, das schwierige Kapitel der Harmonisierung zum Abschluß zu bringen. Es habe nur eine erste Lesung stattgefunden. Wenn Sie sich vor Augen führen, zu welchem Ergebnis die ersten Lesungen im österreichischen Parlament führen, können Sie sich leicht ausmalen, was bisher bei den Verhandlungen herausgekommen ist.

Das wird die Ursache dafür sein, daß man sich bisher gescheut hat, den elften Bericht über den Stand der wirtschaftlichen Integration zur Diskussion zu stellen, weil diese Regierung auch auf diesem Gebiete einfach nicht imstande ist, konkrete Verhandlungsergebnisse in irgendeiner Form nachzuweisen.

Was die österreichische Wirtschaft davon denkt, das geht aus einem Zitat hervor, das, auf einen Satz gebracht, zum Ausdruck bringt: Wer glaubt, daß bisher noch nichts Nach-

teiliges geschehen sei, der irrt, denn die Wirtschaft trägt von Monat zu Monat schwerer an den Lasten, außerhalb des Gemeinsamen Marktes zu stehen.

Meine Damen und Herren! Das ist ein Signal, und wenn man sich dazu noch die erst vor wenigen Tagen in den Zeitungen veröffentlichten Ziffern der Außenhandelsbilanz der ersten neun Monate des Jahres 1965 vergegenwärtigt, dann kann man zur Kenntnis nehmen, daß sich unsere Exporte um 11 Prozent auf 30 Milliarden Schilling erhöht haben, daß die Importe die besorgniserregende Höhe von 39 Milliarden Schilling erreicht haben und um 11,7 Prozent gestiegen sind. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß der Ausgleich für dieses Passivum praktisch nur durch den florierenden Fremdenverkehr gefunden werden kann. Der Export in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat die Rekordhöhe von 14,3 Milliarden Schilling erreicht, er ist gegenüber dem Vorjahr um 8,9 Prozent gestiegen. Die Importe haben bereits eine Höhe von 23 Milliarden Schilling erreicht und sind um 13 Prozent gestiegen. Wenn hier und bei anderen Gelegenheiten immer wieder davon gesprochen wird, daß, falls eine Regelung unseres Verhältnisses zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht zustande kommt, der Ausgleich entweder in einem verstärkten Handel mit der Europäischen Freihandelszone oder mit den Ostblockstaaten und mit den Entwicklungsländern erfolgen kann, dann darf ich Ihnen auch dazu die Ziffern noch einmal in Erinnerung rufen.

Unser Handel mit der Europäischen Freihandelszone hat einen Umfang von 5,4 Milliarden Schilling auf dem Exportsektor und auf dem Importsektor einen Umfang von 5,8 Milliarden Schilling.

Eine günstige Entwicklung gegenüber der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat nur noch der Handel mit Deutschland und mit den Niederlanden gefunden, während der Export nach Italien auf Grund der bestehenden Zollschränken, die ja niemand bestreiten wird können, bereits um 7,4 Prozent zurückgegangen ist, gegenüber Belgien um 8 Prozent und gegenüber Frankreich um 3,3 Prozent.

Das gesamte Exportvolumen gegenüber dem Ostblock beträgt 2,3 Milliarden Schilling.

Man sieht also, daß die Ausweichmöglichkeiten hier keine sehr großen sind, und wenn wir feststellen müssen, daß diese Regierung heute ein Budgetprovisorium beschließt, dann kann man sich auch über die Möglichkeiten eines Handels mit den Entwicklungsländern klare Vorstellungen machen, denn gerade dieser Handel mit den Entwicklungsländern

Dr. Kos

kann ja keine Ausweitung finden, weil zusätzliche Ausgaben im ersten Halbjahr 1966 in das Budgetprovisorium verständlicherweise nicht eingeplant werden können.

Man tut sich von Zeit zu Zeit direkt genüßlich, wenn man die Schwierigkeiten darstellt, in denen sich heute die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf Grund der Haltung eines Mitgliedstaates befindet, der nicht mehr bereit ist, die abgeschlossenen Verträge zu erfüllen, aber man vermeidet es geflissentlich — man liest es nur am Rande —, auf der anderen Seite aufzuzeigen, daß auch das Arbeiten und die Zusammenarbeit in der EFTA absolut nicht immer allseits befriedigend ist. Die Importabgabe, die Großbritannien im vergangenen Jahr eingeführt hat und von der in absehbarer Zeit abzugehen es nicht bereit ist, hat ja zu empfindlichen Rückgängen der österreichischen Wirtschaft im Handel mit Großbritannien geführt. Im ersten Dreivierteljahr des Jahres 1965 haben wir einen Rückgang des Exportes gegenüber Großbritannien in der Größenordnung von 8,9 Prozent zu verzeichnen, und es ist gerade bei der letzten Sitzung der EFTA wiederum zum Ausdruck gekommen, daß England unter gar keinen Umständen bereit ist, auf diese Importabgabe zu verzichten, solange nicht sein eigener Haushalt völlig ausgeglichen ist.

Man soll also dann, wenn man auf der einen Seite genüßlich in den Schwierigkeiten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wühlt, der Bevölkerung auch zur Kenntnis bringen — und das Parlament ist der geeignete Ort hierfür —, daß die Zusammenarbeit in der EFTA auch nicht auf Rosen gebettet ist, und man soll der Bevölkerung doch gar nicht verschweigen, daß gerade der Rückgang unseres Handels mit Großbritannien zum Beispiel die verstaatlichte Industrie auf dem Sektor Kaltwalzware ganz empfindlich trifft, daß unsere Maschinenausfuhr nach Großbritannien empfindlich beeinträchtigt wird, daß die Ausfuhr von Aluminium zurückgegangen ist und daß unsere chemische Industrie durch diese Benachteiligung schwer in Mitleidenschaft gezogen ist. Soviel zur Darstellung der Verhältnisse auf dem Integrationssektor, die natürlich keinesfalls befriedigen können.

Es wird aber auch notwendig sein, in einer kurzen Stellungnahme auf das Problem einzugehen, das ja in der Presse und auch in den Erklärungen der beiden Regierungsparteien für den Budgetkrach mitverantwortlich gemacht wurde, und das ist die Situation bei den Österreichischen Bundesbahnen. Meine Damen und Herren! In der Regierungs-

erklärung des Jahres 1964 war auch die Rede davon, daß selbstverständlich die Weiterführung der Elektrifizierung, die Modernisierung der Bundesbahn und die Modernisierung des Telephonwesens mit ein Hauptanliegen dieser Bundesregierung sei. Und wenn wir nun am Schluß dieser Legislaturperiode feststellen, wie weit es damit gekommen ist, so muß man eigentlich sagen, daß wir einen absoluten Stillstand auf diesem Sektor verzeichnen können. Es ist bemerkenswert gewesen — und vielleicht nimmt einer der zuständigen Herren von der Bundesbahn oder vielleicht gar der Herr Verkehrsminister dazu Stellung —, daß der Minister selbst es war, der am 14. Dezember 1964 bei der letzten Budgetdebatte festgestellt hat, daß die Österreichischen Bundesbahnen einen zehnjährigen Investitionsplan ausgearbeitet hätten, daß angesichts des langfristigen Investitionsprogramms der österreichischen Bundesregierung, um das es in der Zwischenzeit ja sehr still geworden ist, die Österreichischen Bundesbahnen diese zehnjährige Frist auf eine Sechsjahresfrist zusammengestrichen haben und daß dieser Entwurf seit dem Jahre 1963 im Bundeskanzleramt liegt, aber einfach nicht bearbeitet worden ist.

Diese Bundesbahn — das ist ja heute schon zur Sprache gekommen — ist mit ein Defizitträger unseres ungedeckten Abganges im Staatshaushalt. Das Defizit der Bundesbahn betrug 1963 2,6 Milliarden Schilling, 1964 3 Milliarden Schilling; wie hoch es 1965 sein wird, das weiß man heute noch nicht, und wie hoch es 1966 werden wird, darüber wagen nicht einmal die Propheten zu sprechen. Fest steht jedenfalls das eine, daß das Defizit der Bundesbahn das halbe Lohnsteueraufkommen frißt, und das ist immerhin eine beachtliche Erscheinung.

Wann kommt denn nun der selbständige Wirtschaftskörper Bundesbahn, der durch Fachzeitschriften, durch die Presse und durch alle Veröffentlichungen geistert, die sich mit dem Problem unserer Bundesbahnen befassen? Es ist ganz klar, daß mit diesem selbständigen Wirtschaftskörper auch die Frage der sogenannten betriebsfremden Lasten, die immerhin die beachtliche Höhe von 2,2 Milliarden Schilling ausmachen, behandelt werden muß. Aber derzeit ist die Situation dadurch gekennzeichnet, daß aus dem Staatshaushalt praktisch jeder, der mit der Eisenbahn fährt oder mit der Eisenbahn Güter transportiert, subventioniert wird.

Wenn wir über die Grenzen unseres Landes hinausschauen, hören und lesen wir imponierende Zahlen. Amerika, von dem man immer annimmt, es sei das Land des Autos, das

4982

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Dr. Kos

Land, in dem es gar keine Seltenheit ist, wenn in einer Familie zwei oder drei Autos vorhanden sind, Amerika befaßt sich nun angesichts der Verkehrssituation mit der Frage, wie man durch ein auszubauendes Schnellbahnsystem der Verkehrssituation Herr werden kann. In Japan führt man Züge mit einer Geschwindigkeit von 240 Stundenkilometer. Wer auf der Verkehrsausstellung in München in diesem Jahr war, hat zur Kenntnis nehmen können, daß die Strecke München—Augsburg mit der modernsten Elektrolok der Deutschen Bundesbahn mit einer Geschwindigkeit von 200 Kilometer befahren wird. In Frankreich sind Reisegeschwindigkeiten von 160 Stundenkilometer absolut keine Seltenheit. Wer bei uns das „Vergnügen“ genießt, mit einem sogenannten Eilzug zu fahren oder auch mit einem der sogenannten Expresszüge — das werden vor allem die Kollegen aus den Bundesländern bestätigen müssen —, der weiß, wie es mit den Geschwindigkeiten bestellt ist auf Grund der Versäumnisse der Bundesregierung, die einfach nicht imstande und nicht bereit war, den Bundesbahnen für den notwendigen Ausbau des Oberbaues und auch für den Ausbau des Güterparks entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Man kann aber auch andere Wege gehen. Man kann zum Beispiel den Weg gehen, den die Labour-Regierung in England geht, die einen Ersparungskommissär bei den englischen Staatsbahnen eingesetzt hat, der es gewagt hat, sage und schreibe 182 Linien einzustellen, weil sie unrentabel sind. Wir haben vor ein paar Tagen davon gesprochen, daß Gendarmerieposten eingestellt werden müssen. Die Interventionen laufen bereits, um die Einstellung dieser unproduktiven Gendarmerieposten, die nur mit einem einzigen Gendarmen besetzt sind, zu verhindern. Wenn heute ernstlich der Versuch unternommen wird, eine unproduktive Linie einzustellen, dann werden die Mandatare aller Parteien überlaufen von denen, die angeblich Wert darauf legen, daß diese Linien erhalten bleiben. Auf der anderen Seite haben wir aber gesehen, Herr Kollege, daß die Zugseinschränkungen, die verfügt worden sind auf Grund der wirtschaftlichen Situation unseres Staates, sich auf den Reise- und auf den Güterverkehr gar nicht so entscheidend ausgewirkt haben, wie das immer wieder behauptet wird. Es ist doch typisch, daß es England wagen kann, 8000 km unproduktive Linien bei den Staatsbahnen einzustellen, und daß man sich zum Ziel gesetzt hat, nach einer echten wirtschaftlichen Rationalisierung im Jahre 1970 ohne Verluste zu arbeiten. Ich möchte sehen, wie lange es noch bei den Österreichischen Bundesbahnen dauern wird, bis man endlich

dazu übergeht, echt zu rationalisieren, echt zu modernisieren und diese Probleme wirklich zu lösen, die bei uns genauso dringend sind wie in anderen Ländern.

Nicht nur in England wird eingeschränkt und stillgelegt, was nicht mehr produktiv ist. In Deutschland sollen 8000 km Streckennetz — das sind 25 Prozent — stillgelegt werden. Bei uns redet man sich immer darauf aus — der Herr Verkehrsminister tut es —, daß ein „Auftrag“ bestünde, diese Linien fortzuführen. In Deutschland macht man sich gar keinen Gedanken, sämtliche Expressgutabfertigungen, die eine Jahresleistung von 20 t nicht erreichen, einfach zuzusperren. Man macht sich keine Gedanken darüber, die Stückgutabfertigungen zu schließen, die am Tag nicht 4 t erreichen. Bei uns ist keine Rede davon, daß man wirtschaftlich und sparsam vorgehen will. Man scheut das, was notwendig wäre: den herzhaften Schnitt und die Besinnung darauf, daß ein Teil unseres Staatskörpers, auf den man sich auf der linken Seite soviel zugute tut, auch nach dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit vorgehen müßte.

Wir haben in Österreich eine ganze Reihe von Bundesbahndirektionen, und auf der anderen Seite ist es so, daß jeder Schwellennagel, der gebraucht wird, bei der Zentrale in Wien angefordert werden muß. Das ist das Prinzip, mit dem bei uns eben gearbeitet wird. Man hat einfach nicht zur Kenntnis genommen, daß im Jahre 1965 neben dem Verkehrsträger Bundesbahn auch der Lastkraftwagen ein Verkehrsträger geworden ist und daß es dessen Aufgabe ist, die entlegenen Strecken zu bedienen, die dann im Zuge der Ersparungsmaßnahmen leicht geschlossen werden können. Aber was kann man sich von einem Wirtschaftskörper schon erwarten, der es bis heute nicht fertiggebracht hat, die Doppelgeleisigkeit zwischen dem Kraftwagendienst der Bundesbahnen und dem Kraftwagendienst der Bundespost zu beseitigen? Zwei Einrichtungen mit zwei Köpfen und dem ganzen Leerlauf, der praktisch damit verbunden ist!

So, wie es mit der Bundesbahn aussieht, mit dem Programm der Modernisierung und der Rationalisierung, das man sich gestellt hat, so ähnlich sieht es mit dem Energieplan aus, der bei jeder passenden Gelegenheit in das Gespräch geworfen wird. Wo ist der Energieplan, von dem der Herr Vizekanzler immer wieder betont, daß er für die österreichische Elektrizitätswirtschaft, für die österreichische Kohlenwirtschaft, für den Bergbau und für die gesamte Volkswirtschaft notwendig wäre? Der Geldbedarf der österreichischen Energie-

Dr. Kos

erzeuger für die nächsten fünf Jahre beträgt 12 Milliarden. Sie können sich leicht ausrechnen, wie bei dem Budgetprovisorium und bei der Art und Weise, wie diese Dinge bei uns behandelt werden, der Bauplan und der Ausbauplan der österreichischen Energiewirtschaft in den nächsten Jahren aussehen wird. Das heurige Jahr hat es zum Beispiel mit sich gebracht, daß die kalorischen Kraftwerke sehr wenig in Tätigkeit getreten sind und daß die hydraulische Erzeugung in einem unvergleichlichen Ausmaß gegenüber den Vorjahren gestiegen ist. Was ist das Ergebnis? Das Ergebnis, das sicherlich naturbedingt ist, ist auf der anderen Seite die Tatsache, daß die Kohlenvorräte auf den Halden Ende September dieses Jahres die unerhörte Höhe von 1.100.000 t erreicht haben. Da soll jetzt jemand noch sagen, wir brauchen in Österreich keinen Energieplan, wenn man sich auf der anderen Seite überlegt, was allein der Zinsendienst für diese lagernde Kohlenmenge beinhaltet!

Meine Damen und Herren! Es ist soviel davon gesprochen worden, was sich diese Regierung alles vorgenommen hat. Es hat ein freiheitlicher Redner anlässlich der Regierungserklärung des Jahres 1964 auch davon gesprochen, wie viele Ministerkomitees bei uns in Österreich existieren, die sich mit den Fragen zu befassen haben, über die man sich nicht einigen kann. Es gibt ein eigenes Ministerkomitee, das sich mit dem Pipelinegesetz zu befassen hat. Man streitet vorderhand noch über die Kompetenz, ob das in die Kompetenz des Herrn Handelsministers oder ob es in die Kompetenz des Herrn Verkehrsministers hineingehört. Bis heute ist eine Einigung über dieses Pipelinegesetz nicht geschaffen worden. Es sind dringende Fragen der Wirtschaftlichkeit, die damit zusammenhängen. Wir hören von der Planung verschiedener Linien, die den Rohstoff Erdöl auch nach Österreich hereinbringen sollen, aber man hört nichts davon, daß es bisher möglich war, daß sich die Koalition beispielsweise über die Frage eines Pipelinegesetzes geeinigt hätte.

Und wenn der Abgeordnete Dr. van Tongel schon die Frage des Inseratenkrieges angeschnitten hat, der im Zusammenhang mit der Budgetdebatte ausgebrochen ist: Ist es wirklich notwendig und ist es im Sinne der Steuerzahler, daß zwei Ministerien die Tagespresse dazu benützen, sich gegenseitig die Dinge vorzuwerfen, die sie in der Koalition und in der Regierung nicht ausgekocht haben? Wer bezahlt das? Beahlt das der Herr Verkehrsminister aus seiner Tasche, oder wird das aus Steuermitteln bezahlt? Bis heute haben wir keine Antwort bekommen. Und bezahlt es

der Herr Finanzminister aus seiner Tasche, oder aus irgendeinem Propagandafonds des Handelsministeriums? So viele Fragen aufgeworfen werden, so viele ungelöste Probleme! (*Bundesminister Dr. Schmitz: Sicherlich!*)

Wen wir nun am Schluß dieser Legislaturperiode feststellen müssen, wieviel von den Versprechungen der Regierungserklärung des Jahres 1964 gehalten wurde, so müssen wir wohl sagen: Es ist sehr wenig von dem übriggeblieben, was als Ergebnis eines Wahlkampfes und als Ergebnis der Versprechungen, die man dem Wähler bis zum November 1962 gemacht hat, dann von dieser Regierung verwirklicht worden ist. Weil diese Regierung wegen der internen Auseinandersetzungen über den Weg, den Österreich auf dem wirtschaftlichen Sektor gehen soll oder nicht, eben nicht imstande war, diese Legislaturperiode auslaufen zu lassen, weil man nicht imstande war, ein Budget zu schaffen — die primitivste Forderung, die an eine Regierung gestellt wird —, und weil man sich das System des Weiterwurstelns und des Fortwurstelns zum Ziel gesetzt hat, darum lehnen wir Freiheitlichen dieses Budgetprovisorium ab! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Nach Einblick in das Protokoll erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mayr den Ordnungsruf für den Ausdruck „Totengräber der Republik“, den er gegenüber dem Herrn Vizekanzler gebraucht hat.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ulbrich das Wort.

Abgeordneter Ulbrich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Drei Punkte in der heutigen Debatte haben mich angeregt, bei der Diskussion das Wort zu ergreifen:

1. die Situation des Defizits und das Verhältnis bei den Österreichischen Bundesbahnen,
2. die Erklärungen des Herrn Abgeordneten Prinke bezüglich der Gehalts- und Bezugsregelungen für den öffentlichen Dienst und
3. das Schreiben des Herrn Finanzministers an die Gewerkschaft der Eisenbahner, deren Zentralsekretär ich bin.

Bei Behandlung des Budgets und der Probleme des Defizits der Österreichischen Bundesbahnen stellt sich am Beginn jedem, der die Diskussion in der Öffentlichkeit miterlebt hat, eine Frage: Entweder ist der Herr Finanzminister über die Verhältnisse bei den Österreichischen Bundesbahnen nicht informiert (*Abg. Holoubek: Einseitig informiert!* — *Zwischenruf bei der ÖVP*) — er fährt auch umsonst — oder er tut der Öffentlichkeit

4984

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Ulbrich

gegenüber die Wahrheit nicht kund. (*Abg. Hartl: Ein „böser“ Mensch!*) Er ist der erste Herr Finanzminister, dem derartige Verschätzungen in einem Budget unterlaufen sind. Es wurde bereits von einem Herrn der Freiheitlichen hier erwähnt: Es kommt bei diesen Auseinandersetzungen darauf an, ob der Abgang bei den Bundesbahnen ein Defizit in der Form ist, wie man es in der Öffentlichkeit darstellt, oder ob das nicht der Fall ist.

Wir haben als Gewerkschaft der Eisenbahner an den Finanzminister einen Brief geschrieben, der sich anständig und fair mit dem Problem beschäftigt. Darin waren drei große Motive enthalten: Wir haben erstens eine Aufklärung des Defizits gegeben, das in der Öffentlichkeit dargestellt wurde; wir haben zweitens das Problem der Abgeltung der Fremdlasten dieses größten Betriebes, der Österreichischen Bundesbahnen, angeschnitten; drittens scheint in unserem Schreiben das Problem der Koordination der Verkehrsmittel in Österreich auf.

Ich darf vielleicht zu der grundsätzlichen Aufklärung des Defizits einiges anführen: Es gibt bei den Österreichischen Bundesbahnen Sozialtarife, die für alle Schichten der österreichischen Bevölkerung wirksam werden, deren Betrag 138 Millionen ausmacht. Es gibt Subventionen beim Gütertarif in einer Höhe von 390 Millionen Schilling. Jetzt will ich gleich etwas dazusagen: Die Sätze und das Ausmaß der Begünstigungen werden in einer interministeriellen Kommission festgesetzt, an der beteiligt sind: der Herr Finanzminister, der Herr Minister für Handel und Wiederaufbau, der Herr Sozialminister und der Herr Verkehrsminister. Muß ich Ihnen sagen, wer unter diesen vier bei den Verhandlungen der schwächste ist, wer jedem recht geben soll: den Arbeitern und Angestellten Österreichs, der österreichischen Wirtschaft und den sozialen Notwendigkeiten? Man kann daher diese Ausgaben nicht den Österreichischen Bundesbahnen als Schulden anlasten, man kann hier nicht in ganz einfachem und lauterem Tone, ohne die Verhältnisse zu kennen, erklären, hier bestünde eine Mißwirtschaft. Es gibt eine Pensionsfremdlast, die 1500 Millionen ausmacht.

Wir haben eine Untersuchung angestellt, wieso es überhaupt zu einem Pensionsaufkommen von 2,2 Milliarden Schilling kommt, wieso der Pensionsstand bei den Eisenbahnern derart hoch ist. Ist das eine Ursache der Personalwirtschaft der ÖBB? Da darf ich Ihnen einige Vergleichsziffern nennen. Wenn Sie das Jahr 1923, in dem im Oktober der vielgerühmte Wirtschaftskörper der ÖBB gegründet wurde, mit den Verhältnissen von 1937 vergleichen, ergibt sich folgende Personal-

struktur: 1923 98.789 Aktive im Personalstand, 45.937 Pensionsparteien; 1937 56.903 Aktive und 80.911 Pensionsparteien! Hat in dieser Zeit — von 1923 bis 1937 — ein sozialistischer Mandatar dieses Unternehmen geführt, oder waren es Herren Ihrer Vorgängerpartei? Es war Herr Vaugoin, es waren die Herren Generaldirektoren Strafella und Schöpfer. Und unter diesem Problem der Pensionslast — mit der Gesamtentwicklung und unter den politischen Veränderungen, die sich aus der Struktur unseres Staates entwickelten — leiden wir heute noch.

Der Herr Finanzminister erklärt: Das Budgetdefizit der ÖBB kommt davon, daß man dort nicht wirtschaften und arbeiten kann. Vielleicht ist der Herr Finanzminister so lieb und notiert sich diese Zahlen, damit er sie sich für die Antwort, die er mir gibt, merken kann. (*Bundesminister Dr. Schmitz: Ich habe mir die Zahlen schon notiert, die ich dann brauche!* — *Abg. Altenburger: Wir wollen ein Budget für das Jahr 1966 aufstellen, nicht für das Jahr 1923!*) Ich wollte auch über Ursachen, die man nach außenhin gerne verschweigt, reden. Man läßt andereschuldig werden für Fehler, die auf Ihrer Seite geschehen sind, Herr Abgeordneter Altenburger.

Bei der Diskussion, die sich nun neu ergab, wäre es vielleicht gut, wenn man sagte, wie man zu diesem sogenannten Defizit für das nächste Jahr kommt, das mit rund 1,2 Milliarden höher deklariert wird. Man sagt: 1964 2351 Millionen Abgang, 1965 3500 Millionen — das geht nicht so weiter, schuld daran sind die ÖBB!

Ich möchte klarstellen: 500 Millionen dieses Mehrerfordernisses beruhen auf Beschlüssen dieses Hauses: Lohn-, Gehalts- und Pensionsansprüche, die im Jahre 1964 hier beschlossen wurden und eben für 1965 Geltung haben. Und 750 Millionen sind der Teil der Investitionsrate, die die Österreichischen Bundesbahnen benötigen, um den Betrieb entsprechend ihren Aufgaben führen zu können.

Ich bin kein Volkswirt. (*Abg. Dr. Fiedler: Das merkt man!* — *Abg. Rosa Jochmann: Das kann nicht jeder sein! Das ist ein Arbeiter!* — *Ruf bei der SPÖ: Nur nicht überheblich sein!*) Und ich bin auch kein Kaufmann wie andere von Ihnen. Ich frage mich nur: Welcher Betrieb in Österreich wird sein Investitionsaufkommen am Ende des Jahres als Verlust deklarieren? Das macht man aber bei den Bundesbahnen.

Wir wollen also feststellen, daß dieses Defizit, das so gerne öffentlich herausgestellt wird, kein echtes Defizit ist. Denn würde man die Fremdlasten der Österreichischen Bundesbahnen entsprechend den Beschlüssen der

Ulbrich

Europäischen Ministerkommission oder der Internationalen Eisenbahnenverwaltung korrigieren, dann gäbe es ein Defizit von 169 Millionen Schilling. Ich glaube, darüber brauchte man dann nicht mehr zu debattieren.

Aber die Kontenbereinigung wird in Österreich nicht durchgeführt, man lehnt sie ab. Warum? Weil die Österreichischen Bundesbahnen einen Minister voranstehen haben, der nicht die Couleur des Herrn Finanzministers trägt.

Der Herr Finanzminister hat heute erklärt, niemals sei in den Verhandlungen über das Budget über Preise und Tarife und so etwas ähnliches gesprochen worden. (*Abg. Gram: Das hat er ja nicht gesagt!*) Ich frage den Herrn Finanzminister, ob bei der Ministerbesprechung zwischen ihm und dem Verkehrsminister am 23. September dieses Jahres von ihm nicht gefordert wurde, daß 500 Millionen Schilling, die die Österreichischen Bundesbahnen für ihre Gehaltsregelung im heurigen Jahr benötigen haben, durch Tarifierhöhungen hereingebracht werden müssen. Er hat die gleiche Forderung am 11. Oktober erhoben, nur hat er noch um 150 Millionen mehr verlangt: da waren es nicht mehr 500, sondern 650 Millionen, weil nämlich auf Grund oberstgerichtlicher Entscheidung eine Notwendigkeit zur Regelung auf dem Sektor der Arbeitszeit bei den Österreichischen Bundesbahnen besteht, die eben einen Kostenaufwand von 150 Millionen Schilling verursacht.

Erst am Schluß dieser interministeriellen Verhandlungen hat der Herr Finanzminister gesagt: Schön, entweder Einsparungen oder Tarifierhöhungen! Und jetzt frage ich Sie: Wo ist der Unterschied in der Wirkung auf den Konsumenten und auf die österreichische Wirtschaft? In beiden Fällen trägt diese Politik dazu bei, die Österreichischen Bundesbahnen in eine Situation zu bringen, die untragbar ist.

Wenn hier der Herr Abgeordnete Kos eines teils für die Österreichischen Bundesbahnen Partei ergriff und dann die Stimme für den sogenannten Wirtschaftskörper erhob, dann empfehle ich ihm, er möge in der „Furche“ nachlesen. Darin befindet sich ein Artikel über das Defizit der Österreichischen Bundesbahnen, und im Schlußsatz ist ganz genau angeführt: Man möge den Österreichischen Bundesbahnen die entsprechenden Mittel bereitstellen, die notwendig sind, um ihre Aufgaben zu erfüllen, denn die organisatorische Änderung eines Unternehmens behebt sie keinesfalls von der defizitären Auswirkung. Das gilt überall. (*Abg. Wührer: Rationalisierung!*) Wenn Sie es nicht glauben, ich kann Ihnen behilflich sein.

Wenn Sie einmal Zeit haben, meine sehr verehrten Herren, dann lesen Sie zum Beispiel das Referat von Herrn Dr. Markus Redli, Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, gehalten am 12. Oktober 1965 vor der Schweizerischen Liga für rationelle Verkehrswirtschaft, Bern. Er wird Sie aufklären, daß auch die Schweizer Bundesbahnen defizitär sind und daß die privaten Bergbahnen der Schweiz im Jahre 1965 vor der Situation stehen, defizitär zu werden.

Ich darf Ihnen einen Artikel zeigen (*eine deutsche Illustrierte hochhaltend*), der sehr viel zu der Frage Tarifpolitik beiträgt. Er stammt bestimmt von keinem Freund unserer politischen Richtung, er ist vom Bundesbahnpräsidenten, vom „Bundesbahnchef“ aus Deutschland, Herrn Oeftering, der feststellt, daß das Defizit für das Jahr 1965 1,7 Milliarden D-Mark beträgt und daß die Deutsche Bundesbahn für das Jahr 1966 ein Defizit von mehr als 3 Milliarden D-Mark erwartet. (*Abg. Hartl: Dafür müssen sie jetzt 7 Milliarden einsparen!*) Und da kommt man uns mit dem Hinweis auf die einzelnen Pläne!

Ich darf darauf verweisen, daß man in der Frage der Fremdlasten und Fremdkosten im EWG-Raum einiges regelt. Man hat bei der Deutschen Bundesbahn für Fremdlasten 4,1 Milliarden, bei den Französischen Staatsbahnen 8,6 Milliarden Schilling, in Italien 2,3 und in Belgien 2 Milliarden vergütet.

Wir haben uns also veranlaßt gesehen, mit dieser Frage an die Öffentlichkeit heranzutreten, weil wir glauben, daß es unrichtig ist, wie man die Dinge darstellt. Daß man einen Weg sucht, um die politische Zusammenarbeit zu erhalten, kann ich verstehen, aber dann soll man die Österreichischen Bundesbahnen nicht zum Spielball politischen Streites machen. Ich sage das aus Überzeugung mit dem Hinweis, daß das schon einmal geschehen ist und zu nichts Gutem geführt hat (*Abg. Rosa Jochmann: Sehr richtig!*), als man den Streit mit den Bundesbahnen und in weiterer Folge mit den Eisenbahnen begonnen hat.

Heute vormittag hat Herr Nationalrat Prinke so schön gesagt: die „braven Eisenbahner“. Wenn ich dann zu dem Schreiben unseres Herrn Finanzministers komme, werde ich dazu einiges sagen können. Wir haben also gebeten, man möge sich das alles überlegen.

Sehr sachlich und sehr fair ist unser Schreiben gewesen; jeder von Ihnen konnte es in der Zeitung lesen. Darauf hat der Herr Finanzminister geantwortet. Ich möchte nur sagen: Wenn wir das mit einer Schularbeit in unseren Schulen vergleichen, würde der Lehrer sagen:

4986

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Ulbrich

„Gut geschrieben — Thema verfehlt, daher nicht genügend!“ (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Der Herr Finanzminister ging nämlich auf keines unserer Argumente ein. Er hat die sogenannte Flucht nach vorne begonnen. Und daher beschäftigen wir uns mit diesem Brief, den er so schön schrieb.

Der Herr Finanzminister schreibt zum Beispiel, „daß sich die Gewerkschaft der Eisenbahner sehr massiv für eine Erhöhung des Defizits der Österreichischen Bundesbahnen einsetzt“. Was glauben Sie, wem es mehr Freude machen würde, zu sagen: Die Bilanz ist ausgeglichen! Was glauben Sie, wem die Arbeit vielleicht mehr an Ertrag bringen würde als uns, wenn wir sagen könnten: All jene Mittel, die die Bundesbahnen benötigen, um den modernen Erfordernissen entsprechend zu arbeiten, sind vorhanden!

Man spricht von den Plänen der Deutschen Bundesbahn. Ich kenne den Plan der Kybernetik der Deutschen Bundesbahn. Er ist nicht durchführbar, weil dort auch nicht die Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir haben bei der Generaldirektion der ÖBB eine eigene Abteilung, die sich mit diesen Fragen beschäftigt. Man könnte auf Grund dieser Modernisierungs- und Rationalisierungsmethoden — denn es ist kein Unternehmen in dieser Frage so anfällig wie die Österreichischen Bundesbahnen — nahezu mit der Hälfte des Personalstandes der gegenwärtigen Situation auskommen. (*Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP.*) Aber wenn man seit Jahren, und zwar seit 1945, diesem Betrieb all das vorenthält, was notwendig ist, dann wundern Sie sich nicht über die Entwicklung, die sich ergeben hat!

Der Herr Finanzminister schreibt:

„Vorweg eine Frage: Könnten Sie, wenn Sie für das Budget und die Finanzpolitik des Landes verantwortlich wären, mit ruhigem Gewissen dem ständigen Anwachsen des Defizits der Österreichischen Bundesbahnen zusehen? Ich kann es nicht.“

Er macht im nächsten Absatz dann die Rechnung über die Belastung des österreichischen Steuerzahlers mit 1000 S. Vielleicht wäre es gut gewesen, wenn man neben diesem Bild das gleiche Bild über das Defizit im Straßenverkehr und bei der Landwirtschaft hingestellt hätte. Für den Straßenbau hat jeder österreichische Steuerzahler im Jahre 1963 1400 S bezahlt. Für das Defizit der österreichischen Landwirtschaft im Jahre 1964 mußte er 1100 S entrichten. (*Abg. Minkowitsch: Da sind Sie wohl sehr schlecht informiert, um über das Defizit der österreichischen Landwirtschaft zu sprechen!*) Das ist durchaus möglich, ich bin nicht ein solcher Bauer wie

Sie. (*Heiterkeit. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Minkowitsch: Dann nehmen Sie nicht für sich etwas in Anspruch, was Sie in der nächsten Zeit selbst nicht aufrechterhalten werden können!*) Beweisen Sie, daß es nicht richtig ist, Herr Kollege! Sie haben die Möglichkeit, hier herauszugehen. (*Abg. Minkowitsch: Ich möchte die heutige Sitzung nicht unnötig verlängern, aber ich bin jederzeit zu einem Gespräch nachher bereit!*)

Ich habe an den Herrn Finanzminister eine Frage, die bereits der Herr Abgeordnete Uhlir aufgeworfen hat. In dem Rechnungshofbericht ist eine Ausgabe des Landesverteidigungsministeriums in der Höhe von 660 Millionen Schilling enthalten, die in diesem Haus verfassungsgemäß nicht beschlossen worden ist. Wenn wir in Verhandlungen um Lohnerhöhungen, um Gehaltsregelungen des öffentlichen Dienstes stehen, wird uns immer wieder erklärt, es sei kein Geld vorhanden. Hier sitzen einige Herren, die ich als Zeugen anrufen kann, wie eine solche Verhandlung beginnt. Wir legen unsere Forderung hin, dann sagt man: Jetzt gehen wir in den Ministerrat. Dann kommen wir wieder zur Sitzung, und dann wird in einer Art und Weise gefeilscht, daß ich nicht erzählen mag, wie das vor sich geht. Man hat nie Geld für die Erfordernisse, aber von den Bediensteten verlangt man die Leistung, egal, wo sie im Bundesdienst stehen. Ich kann nur sagen: Bei den Österreichischen Bundesbahnen ist der Plusstundenstand mehr als 2 Millionen Stunden Mehrleistungen. Das dürfte Ihnen irgendwie bezeugen, daß man diese Sache doch in Ordnung bringen sollte. Aber der Herr Finanzminister hat hier eine Ausgabe von 660 Millionen, von der man im Hause nichts wußte, die erst im Rechnungshofbericht aufschien. Ist das ordnungsgemäß?

Der Herr Finanzminister schreibt von der sogenannten Kommission ausländischer Fachleute. Hier wurde auf den Brand-Bericht, der bei der Deutschen Bundesbahn wirksam wird, und auf den Beeching-Bericht, der in England Geltung hat, hingewiesen. Man sprach von einer Strecke von 8000 km in Deutschland, die eingestellt werden sollen. Ich darf mitteilen, daß die deutsche Bundesregierung der Deutschen Bundesbahn verboten hat, die Nebenlinien in dem Ausmaß, wie es vorgesehen war, einzustellen. Vom Beeching-Plan der Engländer wurden nur 10 Prozent der Vorschläge durchgeführt, alles andere wurde zurückgezogen, denn dort ist es genauso wie bei uns.

Wir haben es heuer erlebt, was geschah, als im Frühjahr dieses Jahres drei oder vier Nebenbahnen in Niederösterreich nur zur

Ulbrich

Diskussion standen. Was hier der Abgeordnete Kos gesagt hat, stimmt. Unsere und Ihre, meine sehr verehrten Herren, alle Mandatare waren bei uns und haben sofort Einspruch erhoben: Die Bahnen dürfen nicht eingestellt werden! Aber wenn wir die Bahnen nicht einstellen dürfen, dann antworte ich mit den Worten des Herrn Bundesbahnchefs Oeftering: Die Bundesbahn will keine Züge einstellen, aber dann muß der Staat dafür zahlen, denn umsonst kann man letzten Endes Eisenbahnen auch noch nicht führen. Diesen Hinweis auf die ausländische Kommission finden wir schon irgendwie befremdend.

Der Herr Minister meint dann, man könne damit und mit der „Stabilisierung des Defizits“ den Ruf der Arbeiter, Angestellten und Beamten im Bereich der Österreichischen Bundesbahnen wiederherstellen. Wer hat denn diesen Ruf der Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen herabgesetzt, wenn nicht Sie mit Ihrer Polemik über die Österreichischen Bundesbahnen seit Jahren? Wer erklärt denn immer wieder, die Österreichischen Bundesbahnen seien nicht imstande, ihrem Auftrag gemäß ihre Aufgaben zu erfüllen? Haben Sie schon einmal auf einem Bahnhof erlebt, wenn Pufferbewegungen entstehen und der Mann dann tot dort liegt? Haben Sie schon einmal gesehen, wie es aussieht, wenn jungen Menschen von 19 oder 20 Jahren die Beine abg führt werden? Nur weil die Investitionsmittel zur Einführung der automatischen Kupplung fehlen, zahlen unsere Eisenbahner mit Tod und Verkrüppelung! (*Ruf bei der SPÖ: Hören Sie sich das jetzt an!*) Und dann sagt man, die Bundesbahnen seien daran schuld. (*Lebhafte Zwischenrufe. — Abg. Fachleutner: Was macht denn dann der Landwirtschaftsminister?*)

Der Herr Finanzminister führt eine Anzahl von Möglichkeiten der Rationalisierung an: „Einsparung bei schwach frequentierten Zügen“ — ich habe es beantwortet —, „Umlage unrentabler Nebenlinien auf den Kraftwagendienst“ — auch hier gibt es Diskussionen, weil man mit dem Kraftwagendienst nicht sämtliche Güter befördern kann, die nur mehr die Bahn befördert; auf der Straße werden sie nicht geführt, weil der Ertrag zu gering ist —, „Auflösung beziehungsweise Einstellung des Tätigkeitsbereiches von nichtausgelasteten Bahnhöfen und Haltestellen“. Ich lade den Herrn Finanzminister ein, sich einmal die Diskussionen auf der Verkehrstagung anzuhören, wo die Herren Landeshauptleute, die Herren Nationalräte und auch Landtagsabgeordnete und andere aufstehen und sagen: Warum hält der Expresß von Hamburg nach Wien nicht in der Ortschaft Gigrizpatschen? Warum bleibt er dort nicht stehen, warum

nimmt er dort die Milch nicht auf, und warum macht er das nicht?

Unter solchen Bedingungen kann man manches nicht einlösen, was wir selbst gerne sehen würden. Auch wir hätten es gerne, daß Züge flott und dem Tempo entsprechend fahren könnten. Wir können in Österreich nicht mit einer Geschwindigkeit von 200 Stundenkilometern fahren. Dazu sind die Voraussetzungen geologischer Natur nicht gegeben. Sie werden zufrieden sein müssen, wenn Sie mit 120 Stundenkilometern dahinkommen. Aber selbst diese 120 Stundenkilometer sind nicht haltbar, weil es zu viele Langsamfahrstellen gibt. Die Langsamfahrstellen, die wir haben, kommen dadurch zustande, daß uns die budgetären Mittel für die Herrichtung des Oberbaues infolge Ihrer Finanzpolitik vorenthalten werden.

Ich verweise auf eine Notiz vom 3. November 1965 in den „Salzburger Nachrichten“. Dort heißt es unter der Überschrift „Bitte um Befreiung“:

„Die Bundeswirtschaftskammer hat beim Bundesministerium für Finanzen beantragt, anlässlich der nächsten Novellierung des Beförderungssteuergesetzes auch Flüssiggas im Bahntransport von der Beförderungssteuer zu befreien, weil dies auch bei Steinkohle, Braunkohle, Koks und Preßkohle bereits der Fall sei.“

Das Argument mag logisch, das Anliegen begreiflich, die Forderung berechtigt sein. Das allgemeine Verlangen der Wirtschaft nach Kommerzialisierung der Bundesbahnen und aller übrigen öffentlichen Wirtschaftskörper gerät dadurch freilich in schiefes Licht. Man kann nicht auf der einen Seite sagen: Du, Bundesbahn, dein Defizit geht nicht so weiter, so kann man den Betrieb nicht führen, du mußt dir neue Männer suchen, du mußt eine neue Organisation haben, dann wird es gelingen, dich rentabel zu machen — und auf der anderen Seite sollen wir für die Wirtschaft umsonst fahren.

Die Debatte über die Bundesbahnen, die Debatte über das Defizit ist nicht nur bei uns da, sie ist in der ganzen Welt gleich. Selbst die holländischen Bahnen sind gegenwärtig in der Situation des Abgleitens ins Defizit. Sie finden das Defizit in Deutschland, Sie finden es im britischen Reich vor. Aber der Herr Finanzminister sagt zu uns: „Es wird Ihnen sicherlich nicht unbekannt sein, welche Erfolge die britischen Eisenbahnen und die Deutsche Bundesbahn mit ihren Sanierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen erzielen konnten.“ Ich darf es Ihnen also sagen: 3 Milliarden D-Mark Defizit bei der Deutschen Bundesbahn, 125 Millionen

4988

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Ulbrich

englische Pfund Defizit in England, und so geht es weiter.

Es kann also nicht am Betrieb liegen. Es liegt grundsätzlich an etwas anderem, und das muß auch einmal ausgesprochen werden. Denn das Kuriosum einer Verkehrspolitik oder einer Verkehrswirtschaft, wie wir es hier im Lande haben, ist auch eigenartig. Es gibt keine Koordination zwischen dem entscheidenden Verkehrsträger Eisenbahn, dem Binnenverkehrsträger des Wasserweges und der Straße. Würde man hier eine Koordination herbeiführen und das Verkehrsvolumen entsprechend aufteilen, dann, behaupte ich, würden alle gemeinsam ihrer Verpflichtung gegenüber der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft gerecht werden können. Das fehlt! Das fehlt deswegen, weil innerhalb der österreichischen Innenpolitik nicht die volkswirtschaftlichen Grundsätze gelten, sondern die machtpolitischen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kindl: Sehr richtig!)*

Sie halten uns vor: Wir streben die Macht im österreichischen Staat an. Ich darf eines sagen: Jeder politischen Bewegung im Lande ist es eine Selbstverständlichkeit, daß sie nach der Mehrheit strebt. Ist das eine Unanständigkeit? Sie machen es, wir machen es. Aber daraus eine Polemik zu machen, daß man auf Plakate schreibt „Pittermann will an die Macht“, um daraus Vorteile zu erhalten, ist eigenartig. Kümmern wir uns um die Probleme, Sie und wir, und manches in Österreich würde besser werden für die Eisenbahn und für die dort Beschäftigten.

Nun noch zu einer Frage, die heute vormittag Herr Nationalrat Prinke angeschnitten hat. Er hat in schönen Worten gesprochen, daß die provisorische Regierung, wenn ich sie so bezeichnen darf, bereit ist, mit dem öffentlichen Dienst zu verhandeln. Der Herr Bundeskanzler hat dem Herrn Vorsitzenden des ÖAAB ganz groß die Zusage gegeben: Ja, wir setzen uns an den Verhandlungstisch. Ich frage den Herrn Finanzminister: Worüber will man mit uns verhandeln? Ist jetzt im Budgetprovisorium eine entsprechende Vorsorge zur Bedeckung der Gehalts- und Lohnerhöhungen drinnen? Wenn ja, dann ist es nett; ist das nicht der Fall, dann möge man zur Kenntnis nehmen: Wir werden am kommenden Montag den Verhandlungsausschuß der vier Gewerkschaften einberufen, unsere Forderung erheben und dann durchziehen. Der Herr Finanzminister wird in keiner Presseaussendung oder in keinem Interview mehr erklären können: Die öffentlich Bediensteten streiken um den Milchpreis und in zweiter Linie um ihre Lohnerhöhung. *(Abg. Doktor van Tongel: Es gibt noch die Inserate!)* Das sind seine, nicht unsere.

Als wir im heurigen Frühjahr am 24. März diesen 24stündigen Streik führen mußten, um die Forderung, die allgemein erhoben worden ist, die von allen Fraktionen des Verhandlungsausschusses unterzeichnet worden ist, durchzusetzen, wen hat man angeklagt? Der Herr Finanzminister, in einem Artikel der Presse steht es, habe erklärt, nun dringe auch innerhalb der Regierung etwas Überlegung und Einsicht in der Budgetpolitik auf. Jenes Ministerium, in dem die Bediensteten zum Streik geblasen haben, wird als erstes die Folgen davon zu tragen haben. Das war die Folge. Die Folge war seine Verschätzung beim Budget, die Kürzungen der zuständigen Mittel für das Verkehrsministerium, im speziellen bei den Bundesbahnen, und Zugseinstellungen. Was sich da die Eisenbahner anhören mußten, was man da den Menschen im Dienst sagte und von ihnen verlangte, können Sie nicht beurteilen, weil Sie es nicht erlebt haben und weil Sie auf den Bahnen höchstens einmal in der ersten Klasse fahren. 10 bis 12 Stunden haben die Verspätungen ausgemacht, die sich ergeben haben aus der Notwendigkeit, einzusparen. *(Abg. Mitterer: Sie fahren dritter Klasse?)* Nein, die gibt es nicht mehr. Holzbretteln haben wir nur in ganz kleinen Zügen, wo es sich nicht mehr anders ausgegangen ist. Aber die Folge davon war nun, daß es hier zu Einstellungen kam.

Jetzt entschuldigen Sie mir eine Feststellung, die ich hier noch gern machen möchte: Die Situation, in der wir heute stehen, ist nicht eine Situation, die von irgendwo gekommen ist, sie ist systematisch aufgebaut mit dem politischen Ziel, die Österreichischen Bundesbahnen bei der kommenden Auseinandersetzung um die Entscheidung für dieses Haus als Prügelknaben hinzustellen. *(Abg. Altenburger: Blödsinn!)* Das ist Ihrer Ansicht nach leicht möglich, weil Sie es nicht verstehen, lieber Herr Kollege. Ich werde Ihnen den „Blödsinn“ gleich beweisen. *(Abg. Dr. Gorbach: Das ist nicht zu beweisen!)*

Das erste war der Streik vom 24. März: die Erklärungen unter dem Titel „Schmitz fühlt sich als Sieger“ in der Presse. Das zweite war der Angriff der niederösterreichischen Landesregierung auf die Personalvertretungsvorschrift der Bediensteten der ÖBB. Ich darf Ihnen mitteilen: Hier liegt ein Beschluß des gesamten Zentralausschusses der Gewerkschaft der Eisenbahner vor, daß wir uns von den Rechten, die wir seit 20 Jahren in dem Betrieb besitzen, keines nehmen lassen. Denn wo war mancher von Ihnen im Jahr 1945, wo unsere Menschen unter Lebens-

Ulbrich

gefahr diesen Betrieb aufgebaut haben? (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Fachleutner: Andere auch!*) Andere auch, aber gearbeitet haben sie nichts. (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Der dritte Punkt, den ich noch ganz gerne aufzeige, sind die Budgetkürzungen, und der vierte ist Ihre Entscheidung bei den Budgetverhandlungen.

Ich erkläre Ihnen hier im Namen unserer Gewerkschaft der Eisenbahner, daß wir jegliche Angriffe auf die Österreichischen Bundesbahnen und ihr Personal in vereinter Kraft mit Ihren christlichen Gewerkschaftern gemeinsam abwehren werden! Wir sind nicht daran interessiert, in innerpolitische Auseinandersetzungen zu gehen. Wir sind bereit, unsere Aufgaben, die wir haben, zu erfüllen, aber wir lassen uns den Betrieb ÖBB durch eine demagogische Politik Ihrer Seite nicht zerstören. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mahnert das Wort. (*Abg. Altenburger: Schade, daß es nicht neun sind, sonst könnte man sagen: „Alle neuene“! Es sind nur acht!*)

Abgeordneter **Mahnert** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die heutige Sitzung hat streckenweise den Charakter einer Wahlversammlung gehabt, und besonders der Herr Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei hat sehr interessante Einblicke in das vermutliche Wahlkonzept der Österreichischen Volkspartei gegeben. Es war sehr interessant für uns.

Wir haben aber auch mit einem gewissen Vergnügen registriert, wie krampfhaft Sie sich bemühen, Ihre Haltung in der Frage des Volksbegehrens zu rechtfertigen. Das ist begreiflich, denn die Reaktion der unabhängigen Presse auf Ihre Haltung war nicht so, wie Sie sie gewünscht haben, und die Reaktion auf diese Haltung geht ja weit in Ihre eigenen Reihen hinein. Ich kann mir vorstellen, daß zum Beispiel die in den letzten Tagen erfolgte Resolution der Hochschülerschaft der Technischen Hochschule Graz, der auch der Wahlblock angehört, durchaus nicht Ihr besonderes Wohlgefallen gefunden hat, wenn diese Hochschülerschaft mit Entrüstung feststellt, daß Österreichische Volkspartei und Sozialistische Partei, wie sie sich ausdrücken, den Willen brutal unterdrückt hätten. Sie spüren hier überall die Stimmen. Aber die Begründung und die Ausrede, die Sie bisher dafür gefunden haben, ist noch nicht sehr durchschlagskräftig.

Sie behaupten, daß keine Zeit mehr dazu war. Doch dem muß ich entgegenhalten, daß

Sie sonst durchaus nicht so zimperlich waren, wenn es darum ging, irgendwelche sogar sehr schwierige Materien im Parlament noch durchzuzeitschen. Ich erinnere an das Schulgesetzwerk 1962, das im Schnellzugstempo im Parlament behandelt worden ist, obwohl es eine ungeheuer schwierige Materie war. Sie werden sicher die Begründung haben, das hätten die beiden Koalitionsparteien in jahrelangen Verhandlungen miteinander ausgekocht. Genauso gab es hier monatelange Verhandlungen, in denen sich zwischen zwei Parteien eine absolute Übereinstimmung ergeben hat. Es wäre also genauso möglich gewesen, diese Materie hier im Hause zu erledigen, allerdings nur, wenn Sie grundsätzlich bereit gewesen wären, eine Kampfabstimmung gegen die Sozialisten durchzuführen. Nun reagieren Sie etwas nervös auch auf die Stimmen in Ihrem eigenen Lager, wenn ich nochmals den Wahlblock zitieren darf.

Die Hochschülerschaft ist besonders kritisch geworden, weil die akademische Jugend, die studierende Jugend das Ergebnis der Regierungstätigkeit Klaus-Pittermann nicht anders als kritisch betrachten kann. Es gab in der Regierungserklärung vom 2. April 1964 über die Aufgaben der Kulturpolitik sehr schöne, sehr tönende und sehr klingende Worte. Wie hieß es da — ziemlich vorangestellt, weil man damit die Bedeutung der Kulturpolitik unterstreichen wollte —:

„Mehr denn je aber müssen wir heute erkennen, daß nicht nur das Ansehen Österreichs in der Welt, sondern auch seine wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit davon abhängt, ob es uns gelingt, für eine bestmögliche Ausbildung ... zu sorgen“.

Wie sieht es in der Wirklichkeit damit aus? Was ist auf diesem Gebiet in der Zeit der Regierung Klaus-Pittermann wirklich geschehen? Stellen wir nur einmal fest, daß im Budget 1965, das nunmehr auf ein weiteres halbes Jahr als Provisorium verlängert wird, der Anteil des Kulturbudgets am Gesamtbudget 7,61 Prozent beträgt. Haben Sie sich einmal mit der Frage befaßt, wie dieser Anteil in anderen Kulturstaaten aussieht? Es sind das ganz interessante Vergleichszahlen, die uns zeigen, daß wir innerhalb der europäischen Staaten bedenklich am Ende rangieren. Wir wissen zum Beispiel, daß der Prozentsatz in Norwegen 24 Prozent ist, das heißt, daß 24 Prozent des Gesamtbudgets für Kultur und Unterricht ausgegeben werden, wir stellen fest, daß es in den Niederlanden 21 Prozent sind, und wir erkennen überhaupt bei einem Überblick über die verschiedenen europäischen Budgets, daß die Prozentsätze fast durchwegs zwischen 10 und 17 Prozent liegen. Schließlich müssen wir feststellen,

Mahnert

daß es nur einen einzigen Staat in Europa gibt, der mit seinem Prozentsatz hinter uns liegt, nämlich Zypern mit 6,2 Prozent. Diesen tönenden Worten in der Regierungserklärung ist wenig an Taten gefolgt!

Wie hieß es in der Regierungserklärung? „Die österreichischen Bildungsbestrebungen müssen sich nunmehr mit aller Kraft“ — mit aller Kraft! — „den Anliegen der Lehre und der Forschung auf den Hochschulen zuwenden.“ Man hat im Laufe dieses Jahres, das ein Jubiläumsjahr ist, viel von den Hochschulen gesprochen. Es gab die 600 Jahr-Feier der Universität und die Feier des 150jährigen Bestehens der Technischen Hochschule. Es wurden sehr viele Festreden gehalten. Aber in diese Festreden mischte sich doch die ernüchternde Stimme, die ungeschminkt von der Gefahr des Erstickens der Hochschulen sprach. Außerhalb der offiziellen Festreden sprechen auch die, die unmittelbar mit diesen Aufgaben zu tun haben, etwas anders. Sie sprechen nicht nur von der großartigen Tradition, von der wir noch leben, sondern sie sprechen auch davon, wie es heute in Wirklichkeit aussieht.

Der Vorsitzende der Rektorenkonferenz gab ein Fernsehinterview, in dem folgende Sätze vorkommen: „Wenn Österreichs Hochschulen den internationalen Standard wieder erreichen sollen“ — das heißt, sie haben ihn heute nicht —, „dann brauchen sie wenigstens 200 Millionen Schilling mehr, als zurzeit im Budget vorgesehen ist.“ Das erklärte der Vorsitzende der österreichischen Rektorenkonferenz Professor Dr. Fellinger. „Dann müßten die Anlagenkredite für die Ausstattung der Institute von 80 auf 150 bis 200 Millionen erhöht werden, der Personaletat im mittleren Bereich — Assistenten und Hilfskräfte — von 380 auf 450 Millionen und die Aufwandskredite von 70 auf 100 Millionen Schilling.“

In einem anderen Zusammenhang erklärt ebenfalls Herr Professor Fellinger, wie ich einer Aussendung des „Informationsdienstes für Bildungspolitik und Forschung“ entnehme — ich glaube, dieses Organ hat nahezu offiziellen Charakter —: „Alle Bemühungen, die Abwanderung junger Wissenschaftler zu verhindern, seien aussichtslos, wenn man nur winzige Institute und altmodische Kliniken bieten könne.“ Fellinger spricht weiter davon, daß Österreichs Volk von einer „geistigen Auszehrung“ bedroht sei. Hier werden harte Feststellungen getroffen, die schwer in Einklang zu bringen sind mit so klingenden Erklärungen, wie wir sie in der Regierungserklärung gehört haben.

Bei der letzten Budgetdebatte im vorigen Jahr habe ich mir die Rüge des Herrn Unter-

richtsministers zugezogen, weil ich davon gesprochen habe, daß Österreich auf dem Gebiet der Forschung nicht existent sei. Ich kann diese Behauptung nur wiederholen. Wir haben wohl Wissenschaftler, die arbeiten und etwas leisten, aber auf dem Gebiet der Förderung der Forschung sind wir nicht existent. Das ist gerade ein Gebiet, bei dem man am besten deutlich machen kann, daß die Ausgaben für Forschung, für Unterricht, für die Hochschulen einen unmittelbaren wirtschaftlichen Effekt erzielen, ja daß das bare Münze ist, die dort herauskommt auf Grund dieser Investitionen.

Ich möchte Ihnen nur einige Zahlen nennen, die hoch interessant sind. Österreich hat ein Patentdefizit wie kein anderer Kulturstaat, das heißt, wir zahlen für Patente an das Ausland wesentlich mehr, als wir für Patente bekommen, die das Ausland an uns zahlt. 1958 betrug dieses Patentdefizit 126 Millionen Schilling — 126 Millionen Schilling sind schon eine sehr schöne Summe —, 1962 stieg es auf 177 Millionen, 1963 waren es bereits 217 Millionen, und 1964 haben wir die Viertelmilliarde überschritten: 272 Millionen Defizit, das dadurch entstand, daß unsere Forschung nicht die Möglichkeit bekam, so zu arbeiten, daß sie Schritt halten kann mit den übrigen Kulturstaaten der Welt.

Hohes Haus! Sehen wir uns die Liste an, welche Staaten auf diesem Gebiet positiv arbeiten, also ein aktives Ergebnis haben. Wir stellen fest, daß nahezu alle europäischen Staaten dazugehören, wie Portugal, Spanien, die Türkei und die Niederlande, von Japan gar nicht zu reden, Kanada, Dänemark, nahezu alle europäischen Staaten mit Ausnahme einiger Ostblockstaaten, wie ČSSR, die Deutsche Demokratische Republik und Polen. In diesem Konzert der Kulturstaaten spielen wir eine verdammt traurige Rolle, aber eine Rolle, die nicht nur das Ansehen Österreichs berührt, sondern — das habe ich Ihnen dargelegt — sich auch finanziell und wirtschaftlich in einem erschreckenden Maß auswirkt.

Die Hochschulen würden für die Erfüllung ihrer Forschungsaufgaben jährlich etwa 340 Millionen Schilling benötigen. Das stellte kürzlich eine Fragebogenaktion des Unterrichtsministeriums an den Hochschulen fest. Tatsächlich stehen nur 190 Millionen Schilling zur Verfügung.

Die gleiche Unterlage, also diese Fragebogenaktion des Unterrichtsministeriums, zeigt aber auf, daß es noch andere Möglichkeiten gäbe, unabhängig von dieser finanziellen Seite der mangelnden Unterstützung der Forschung, durch Umorganisation

Mahnert

Kräfte freizumachen. Die Feststellung ergibt, daß ein Hochschulprofessor in Österreich nur 25 Prozent seiner Zeit der Forschung widmen kann, während er für Verwaltung 28 Prozent aufwenden muß, der Rest ist dann für den Unterricht. Das zeigt, daß ein entscheidender Organisationsfehler vorliegt, der sich rächen muß, nämlich der, daß ein Hochschullehrer, der für die Forschung prädestiniert ist, in einem Maß mit Verwaltungsaufgaben behelligt und belästigt wird, daß er für seine eigentliche Aufgabe nicht mehr die entsprechende Zeit hat.

Beim Assistenten ist dieser Verwaltungsaufwand sogar noch größer. Diese Fragebogenaktion stellt fest, daß heute ein Assistent an den österreichischen Hochschulen ein Drittel, also 33 Prozent seiner Zeit für reine Verwaltungsaufgaben aufwenden muß.

Die Forderung, die Hochschullehrer und die wissenschaftlichen Kräfte von der Verwaltungsarbeit zu entlasten, muß daher eine Selbstverständlichkeit sein. Das ist eine Aufgabe, der man zum Beispiel auch nähertreten könnte, indem man die längst fällige Neufassung des Studienbeihilfengesetzes vornimmt. Durch das Studienbeihilfengesetz wurden nämlich Kommissionen gegründet, die aus Hochschullehrern bestehen, welche dadurch im stärksten Ausmaß mit einer reinen Verwaltungsarbeit belastet wurden.

Die Novellierung, die Neufassung des Studienbeihilfengesetzes ist unterblieben. Alle hier im Haus — Sie von der Rechten und Sie von der Linken — sind sich klar darüber, daß dieses Gesetz novelliert werden muß. Wir sind uns schon seit einem Jahr darüber klar, daß dieses Gesetz derartige Mängel aufweist, daß eine Neufassung notwendig ist, und daß Erfahrungen vorliegen, die diese Neufassung ermöglichen. Trotzdem war es in der Ära der Regierung Klaus-Pittermann nicht möglich, diese Fragen zu lösen.

Genauso wenig konnte die Frage der Studiengesetze gelöst werden, die nun schon jahrelang den Gegenstand von Verhandlungen bildet. All das sind Probleme, die nicht nur akademischen Charakter und nicht nur theoretische Bedeutung haben, sondern die auch unmittelbar für den wirtschaftlichen Bereich von größter Bedeutung sind.

Im Rahmen neuer Studiengesetze, neuer Studienordnungen ist es sehr notwendig, auch zu einer Straffung, zu einer Verkürzung des Studiums zu kommen. Dadurch könnten die Akademiker früher in das Berufsleben entlassen und damit Arbeitskräfte, die in die Tausende gehen, gewonnen werden, wenn wir endlich zu dieser notwendigen Straffung und Neufassung kommen.

Wir sind aber nicht so weit gekommen, unter der Regierung Klaus-Pittermann konnten diese Fragen nicht gelöst werden. Statt dessen ist in dieser Zeit der Streit über Autonomie, Lehrfreiheit und so weiter ausgebrochen und haben sich Differenzen über die Frage der Berufung von Hochschullehrern ergeben, wodurch auch Auswirkungen auf den Personalsektor eingetreten sind, die all das, was ich hinsichtlich des Versagens der Regierung gesagt habe, nur noch unterstreichen: unbesetzte Lehrkanzeln, Abwanderung ins Ausland, Verlust wertvollster Kräfte, 45 Assistenten in Österreich werden durch Spenden bezahlt. Ist es nicht eine Schande, daß die Hochschülerschaft selbst Assistenten bezahlen muß, wie das hier an der Technischen Hochschule in zwei Fällen geschieht! Ist das nicht ein schandbarer Zustand, der unter dieser Regierung eingetreten ist?

Wie heißt es doch so schön in der Regierungserklärung? Ich darf es noch einmal zitieren: „Die österreichischen Bildungsbestrebungen müssen sich nunmehr mit aller Kraft“ — diese Kraft war anscheinend nicht sehr groß — „den Anliegen der Lehre und der Forschung auf den Hochschulen zuwenden.“

Mit wenigen Worten darf ich noch die Situation auf dem allgemeinen Schulsektor streifen. Ich kann es mir ersparen, näher darauf einzugehen, denn das ist ein Thema, über das ich seit 1962 bei jeder Gelegenheit spreche und bei dem ich immer wieder feststelle, daß wir in eine Situation schlittern, die noch prekärer werden wird. Was sagt die Regierungserklärung dazu: „Das große Schulgesetzwerk“ — man hält immer noch daran fest — „ist ein Fundament, auf dem wir weiterbauen müssen.“ Die von mir vorhin zitierte offiziöse Korrespondenz sagt über das große Schulgesetzwerk: „Für 1968 droht ein Schulsterben größten Ausmaßes, wenn nicht bereits jetzt die nötigen Mittel aufgebracht werden können, um in den nächsten drei Jahren die geplanten Pädagogischen Akademien zu bauen. Für die Errichtung der vorgesehenen neuen Akademien des Bundes werden 500 Millionen Schilling benötigt.“ Weiter heißt es: „Schon in diesem Jahr mußten allein in Niederösterreich 82 Schulen geschlossen werden, weil die Lehrer fehlten. Der jährliche Abgang an Lehrern — an Österreichs Pflichtschulen unterrichten zurzeit rund 35.000 Pädagogen — beträgt 1500 bis 1600. Dazu kommt ein Mehrbedarf von 2900 Pflichtschullehrern durch die Einführung des neunten Schuljahres ab 1. September 1966. Gegenwärtig“ — wiederum diese offiziöse Korrespondenz — „sind bereits 1700 Dienstposten unbesetzt.“

4992

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Mahnert

So steht es also mit diesem „Fundament“, das in der Regierungserklärung so herausgestrichen wurde.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß Ihnen das, was ich hier oftmals ausgesprochen habe, vielleicht in einem Jahr in Erinnerung kommen wird. 1966 beginnt das 9. Schuljahr, und ich glaube, wir werden in chaotische Zustände hineingeraten.

Wir haben einen Notstand der Schule und damit eines der Fundamente der Gesellschaft, und wir haben, wenn ich noch ein anderes Aufgabengebiet ganz kurz streifen darf, auch einen Notstand der Familie. Auch dazu die Regierungserklärung: Es wird wiederum festgestellt, daß die österreichische Bundesregierung auch weiterhin bemüht sein wird, bei allen ihren Maßnahmen die berechtigten Interessen der Familien zu berücksichtigen.

Wie ist die Situation? Was ist geschehen? Über die Situation hatte ich auch schon mehrmals Gelegenheit hier zu sprechen. Der gerühmte Lebensstandard in Österreich beruht zu einem wesentlichen Teil darauf, daß wir den höchsten Prozentsatz an Frauenarbeit haben. Frau Weber hat vor einem Jahr, als ich darüber gesprochen habe, mit Recht repliziert, man könne die Frauen nicht aus dem Arbeitsprozeß herausziehen. Man kann es aber in einem bestimmten Rahmen halten, Frau Kollegin, wie das in anderen westlichen Staaten auch geschieht. Wir liegen innerhalb der westlichen Staaten diesbezüglich an der Spitze, und es ist heute so, daß soundso viele Familienväter mit ihrem Einkommen die Familie nicht erhalten können und aus diesem Grund die Eingliederung der Frau in den Arbeitsprozeß notwendig ist. Dieser Lebensstandard geht daher auf Kosten des Familienlebens.

Diese Situation ist auch der Ausgangspunkt für alle unsere Überlegungen, daß der Familienausgleich ausgebaut werden muß, daß wir zu einem familiengerechten Steuersystem kommen müßten. In diesen Fragen sind wir unter der Regierung Klaus-Pittermann ebenfalls um keinen Schritt weitergekommen. Es ist in dieser Zeit weder ein Ausbau des Familienlastenausgleichs erfolgt noch eine Steuerreform zugunsten der Familienerhalter.

Wohl hat am 1. Juli eine Enquete stattgefunden, bei der Reden gehalten und alle diese Feststellungen getroffen worden sind, die auch wir immer treffen. Niemand, der sich mit diesen Fragen befaßt, kann eine andere Darstellung der Situation geben, als ich sie gegeben habe. Es wurde — vielleicht ist Ihnen das auch untergekommen — in sehr schönen und eindringlichen Schaubildern gezeigt, wie

sich die steuerliche Situation entwickelt hat, es wurde gezeigt, daß wir ein Steuersystem haben, das langsam geradezu zu einer Diskriminierung der Familie führte. Beispielsweise wird in einer Tabelle der steuerlichen Belastung 1945 bis 1965 festgestellt, daß bei einem Valorisierungsfaktor von 1050 seit 1945 die steuerliche Belastung in der Steuergruppe I um 4 Prozent gesunken und im selben Zeitraum in der Steuergruppe III/5 um 154 Prozent gestiegen ist. Das ist eine Diskrepanz, die einfach untragbar ist.

Daran sehen wir, daß wir eine steuerliche Entwicklung zu verzeichnen haben, die zu einer Diskriminierung der Familie geführt hat. Mit einer Enquete allein ist es nicht getan, das müßte seinen Niederschlag in entsprechenden Vorschlägen finden, die schon wiederholt zur Diskussion standen. Die steuerliche Gerechtigkeit für die Familie ist eines der vielen ungelösten Probleme, bei denen sich auch noch keine Lösung abzeichnet.

Zu den familienpolitischen Maßnahmen gehört das hier mehrfach besprochene Wohnungsproblem. Auch hiezuhin die Regierungserklärung — ich darf es in Erinnerung rufen —: „In der Frage des Wohnungsproblems sind die beiden in der Regierung vertretenen Parteien übereingekommen, einen Ausschuß einzusetzen, der bis Ende des Jahres 1964 versuchen soll, eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen.“ Daß sie trotz Terminverlängerung nicht herbeigeführt werden konnte, wissen wir. Das wurde auch schon hinreichend besprochen; der Herr Kollege Prinke hat es auch getan. Wir werden nach dem 6. März wieder darüber reden. Sicher wird nach dem 6. März wieder darüber geredet werden — Sie werden aber dasselbe Koalitionssystem haben, und Sie werden genauso wenig in der Lage sein, bei der Lösung dieses Problems einen Schritt weiterzukommen.

Ich habe hier nur einige wenige Teilgebiete herausgegriffen. Ich habe die Wirklichkeit konfrontiert mit der Regierungserklärung, die am 2. April 1964 abgegeben wurde. Der zwingende und logische Schluß kann nur der sein: Das von der einstweiligen provisorischen Regierung vorgelegte provisorische Budget konserviert die Fehlleistungen der Regierung Klaus-Pittermann für weitere 6 Monate. Wir Freiheitlichen sind daher nicht in der Lage — meine Herren Vorredner haben es schon ausführlich dargelegt und begründet —, diesem Provisorium unsere Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mitterer das Wort.

Abgeordneter **Mitterer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist sehr erfreulich, daß in den letzten Reden wiederum zu den parlamentarischen Gepflogenheiten zurückgefunden wurde, denn Lautstärke scheint mir ein sehr ungeeignetes Argument zu sein. Ich glaube, daß man der Würde des Hauses auch in der hitzigsten Debatte doch einigermaßen Rechnung tragen sollte.

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich jetzt verschiedene Themen streife, aber ich möchte auf verschiedene Äußerungen meiner Herren Vorredner zurückkommen.

Es wurde hier von einem Redner wieder dargelegt, daß in dem Entwurf des Herrn Finanzministers Steuererhöhungen enthalten gewesen seien. Ich möchte nochmals feststellen, daß das nicht stimmt. Es ist richtig, daß in einem Beibrief eine Reihe von Vorschlägen erörtert wurde, aber in keinem der vorgelegten Budgets, weder in dem ersten noch in dem zweiten noch in dem dritten, sind Steuererhöhungen oder Tarifierhöhungen oder andere Erhöhungen enthalten gewesen. Wenn also in einem Beibrief ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Staribacher.*) — Aber seien Sie doch nicht so nervös! Immer wenn man davon anfängt ... (*Abg. Dr. Staribacher: Ich habe Ihnen doch die Zahlen zitiert!*) Ja, ich weiß. Ich stelle fest, die von Ihnen zitierten Zahlen waren in Briefen zu den Entwürfen, aber nicht in den Entwürfen selbst. (*Abg. Dr. Staribacher: Das ist das gleiche!*) Nun das ist nicht das gleiche, Herr Kollege. Wenn Sie es behaupten und dreimal behaupten, so wird es deswegen nicht wahrer.

Zu einer Frage, die der Herr Abgeordnete Uhlir angeschnitten hat — ich bedaure es sehr, daß er nicht mehr da ist —, möchte ich aber einiges sagen. Er hat immer wieder im Haus wiederholt, daß in den verschiedenen Budgets, insbesondere in den letzten zwei Jahren, Steuersenkungen nicht entsprechend budgetär berücksichtigt gewesen seien. Ich darf darauf hinweisen, daß das falsch ist und daß die Steuerermäßigungen, die überhaupt gemacht wurden — sie haben ja in gleicher Weise dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber gedient, und zwar in einem ziemlich bescheidenen Ausmaß —, bei dem Defizit, das wir haben, gar keine Rolle spielen, weil die Beträge, die errechnet worden sind — und das kann man ja sehr genau errechnen —, in gar keiner Relation zu den anderen Ausfällen gestanden sind.

Zu den Steuerrückständen, die immer wieder angeführt werden: Ich habe das schon kommen gesehen und habe mir die Ziffern geben lassen. Früher hat das der Herr Kollege Dr. Migsch immer gemacht, es war sein

Lieblingsthema. Ich habe angenommen, daß er, weil er weiß, wie sich das wirklich verhält, davon nichts mehr redet. Heute hat dieses Thema der Herr Abgeordnete Uhlir wieder gebracht. Er hat von den Steuerrückständen gesprochen. Ich darf darauf hinweisen, daß sie in den früheren Jahren 6 Prozent des gesamten Steueraufkommens betragen haben und daß sie jetzt nur mehr 4 Prozent betragen. Darf ich nunmehr nochmals — ich weiß nicht zum wievielten Male — feststellen, daß es unrichtig ist, wenn man immer wieder behauptet, während der Lohnsteuerpflichtige seine Lohnsteuer im Abzugsweg sofort bezahlt, habe der Selbständige erst nachträglich seine Steuer zu bezahlen. Er hat Vorauszahlungen zu leisten, und zwar in der richtigen Höhe, die dann, wenn sein Einkommen gestiegen ist, maximal um 20 Prozent differieren kann, das heißt, daß erst später diese 20 Prozent nachgezogen werden. Das ist der maximale Betrag. Er hat also Vorauszahlungen zu leisten, allerdings nur in Österreich; das stammt noch aus jener Zeit, da die Entwicklung der Währung so rasant und die Inflation so stark war, daß man der Meinung war, man könnte nicht erst nachträglich die Steuern einheben. Der Selbständige hat sie also genauso wie der Lohnsteuerpflichtige abzuführen, er ist also weder besser noch schlechter gestellt.

Diese 4 Prozent Steuerrückstände setzen sich aus folgendem zusammen:

1. aus dem gesamten alten Saldo der Steuerrückstände, also alles, was in den letzten Jahren an Rückstand noch nicht abgebucht vorhanden ist.

2. — und das wissen auch sehr viele Leute nicht — beinhaltet es auch die Vorauszahlungen, wenn sie auch noch nicht fällig sind. Denn steuertechnisch zeigt sich das so, daß ein Mandat, wenn es gemacht wird, in seinen Zahlungsverpflichtungen in toto im Kassenstand ausgewiesen wird, auch wenn diese Zahlungen — es sind ja Vierteljahrszahlungen — noch gar nicht fällig sind. Das kann man zahlungstechnisch durch die Einrichtung der Buchhaltung nicht anders machen; daher ist in diesem Rückstand auch ein noch gar nicht fälliger Saldo enthalten.

Ich möchte das also deshalb so klar sagen, damit niemand immer wieder mit diesem alten Märchen der Steuerrückstände aufkreuzt. Es ist in Wirklichkeit so, daß wir einen der niedrigsten Steuerrückstände von allen europäischen Staaten haben. Ich glaube, jeder Betriebsinhaber oder Leiter eines großen Betriebes, ob er nun staatlich oder privat ist, wird zugeben, daß ein Außenstand von 4 Pro-

4994

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Mitterer

zent eine sehr geringe Ziffer darstellt. Außerdem sind dafür Zinsen zu zahlen, wenn es sich um fällige Steuern handelt. Dies nur nebenbei.

Die ungenügende Erledigung der Frage Umsatzsteuer wurde von einem meiner Herren Vorredner erwähnt. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß wir immer wieder versuchen sollen, durch Ausschöpfung der Freibeträge, so wie es in der Bundesrepublik gemacht wird, wo ja dasselbe Umsatzsteuergesetz gilt, eine Verbesserung herbeizuführen. Das ist keine Lösung, das ist eine Verbesserung. Aber sicher ist, daß wir uns — ob wir wollen oder nicht — dem in Europa nunmehr auf immer breiterer Basis stehenden Mehrwertsteuersystem werden zuwenden müssen. Dieser Übergang wird gar nicht leicht sein, wiewohl — ich habe es mit großer Freude gehört — damals der Herr Kollege Uhlir durch einen Zuruf erklärt hat, Sie seien bereit, hier mitzugehen. Ich bin gespannt, ob es wirklich so sein wird. Jedenfalls werden wir in der Frage Umsatzsteuer, der Vertikalbegünstigung und aller Nebenerscheinungen — ich brauche das nicht näher hier auszuführen — wieder einen Schritt weiter machen müssen, weil man nicht den Kleinen dafür bestrafen kann, daß er klein ist, und den Großen belohnen kann, weil er groß ist.

Die Frage der mitarbeitenden Ehegattin: Auch hiezu habe ich wiederholt ausgeführt, daß dieser Betrag, der als Freibetrag für die mitarbeitende Ehegattin gedacht ist, nicht einer Bezahlung für die Gattin oder einem Bezahlungsäquivalent entspricht, weil das nach der österreichischen Verfassung gar nicht zulässig ist, sondern ein Ausgleich dafür sein soll, den die Gattin braucht, um ihre Hilfe, die sie zu Hause eben nicht selbst bringen kann, zu ersetzen, zu bezahlen. Ich gebe zu, daß man heute um den Betrag, der heute für die mitarbeitende Ehegattin angesetzt wird, kaum eine Bedienerin findet. Es war aber doch ein wesentlicher Schritt, denn immerhin war es eine Erhöhung dieses Betrages um ein Drittel.

Vom Kollegen Dr. Staribacher und auch vom Kollegen Uhlir wurde die Frage der Wirtschaftswachstumsgesetze und auch die Frage der Investitionsbegünstigung angeschnitten. Hier muß ich ein deutliches Wort sagen, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten endlich erkennen, daß Wirtschaftswachstumsmaßnahmen die Voraussetzung sind und bleiben werden — ob man das nun hören will oder nicht —, um überhaupt das Staatsbudget zu sanieren beziehungsweise zu erfüllen und um überhaupt einen wirtschaftlichen Fortschritt zu erreichen. Wenn man das nicht erkennen

will, so werden wir die sehr unangenehmen Konsequenzen sehr bald zu spüren bekommen. Wenn man aber nun aus dem ganzen Kompendium der Wirtschaftswachstumsgesetze einfach nur die Investitionsbegünstigung herauszieht, weil dies einer bestimmten Stelle sehr wichtig erscheint, und dort nun selektive Maßnahmen setzen will, also eine Auswahlpolitik über die Investitionen, so darf ich hier auch zum wiederholten Male hinweisen, daß Professor Dr. Hajek, der heute ein in der ganzen Welt anerkannter Nationalökonom ist, in verschiedenen Vorträgen erklärt hat, daß eine selektive Investitionspolitik das Ende jeder freien Unternehmerpolitik überhaupt bedeutet. Eine Selektion, die ja etwa so ausschauen soll, daß eine Kommission — das ist ja der liebenswerte Versuch in Österreich, alles durch Kommissionen zu regeln — entscheiden soll, was und nach welchen Grundsätzen abgeschrieben werden soll und ob überhaupt die Abschreibung richtig ist und ob auch die Anschaffung richtig ist, ist das Ende jeder Wirtschaftsführung, auch der Wirtschaftsführung in einem verstaatlichten Betrieb. Denn eines steht fest: Sowohl die Leiter der großen Betriebe in der verstaatlichten Industrie als auch in der Privatwirtschaft verstehen ihr Geschäft weit besser als Kommissionen, die sich einbilden, von allem etwas zu verstehen.

Ich möchte mich über die Frage nicht verbreitern, die immer wieder angeschnitten wird: Ist es richtig, Schulden zu machen, oder ist es richtig, entsprechende Einengungen vorzunehmen? Derjenige Finanzminister, der Kredite aufnimmt, um Impulse zu geben, wird als Schuldenmacher dargestellt; wenn der andere Finanzminister restriktive Maßnahmen ergreift, wird er als Knauserer, als unverständlich, als Sparmeister und ich weiß nicht als was alles dargestellt. Was immer er macht, es ist falsch; ganz egal, was er machen wird, es ist immer unrichtig. Wir haben es ja schon erlebt, und ich habe heute mit Freude gehört, als man gewissermaßen sagte: Das waren Zeiten unter Kamitz! Ich freue mich, daß Sie das heute gesagt haben, ich teile auch die Meinung, daß er ein hervorragender Finanzminister gewesen ist. Leider haben Sie das ein bißchen spät erkannt und zugegeben, aber immerhin ist es nicht zu spät. Wir registrieren es dankbar.

Wenn nun über die Frage der Vorrangstellung von Bildung und Forschung gesprochen wurde, so darf ich doch wohl eines festhalten. Im Eventualbudget war vom Herrn Finanzminister vorgesehen, daß eventuell eingehende Mehrbeträge vordringlich der Bildung, der Forschung und so weiter zugewiesen werden sollen. Ich verstehe also nicht: Auf der einen Seite hat man — ich glaube, es war der Herr Abge-

Mitterer

ordnete Liwanec — immer wieder von der Kultur- pleite gesprochen, von der mangelnden Dotation, von der schlechten Dotation dieses Resorts, wenn auf der anderen Seite wir eine bessere, eine Vorrangstellung einer Dotation vornehmen, ist das auch wieder falsch, weil man nicht nach dem Grundsatz vorgeht, daß die Wissenschaft dotiert werden soll, sondern danach, ob es ein schwarzes oder rotes Ministerium ist. Ich glaube aber, das ist für die Studierenden völlig egal und auch für die Forschung. Entscheidend ist, daß für die Forschung und für die Lehre etwas getan wird, und nicht, ob es parallel entsprechend rot oder schwarz einiges bringt oder wegnimmt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte mich nicht näher mit der Frage der ganzen Wohnungswirtschaft befassen. Es ist leider sehr spät geworden, ich will Sie nicht aufhalten, aber eines, Herr Kollege Moser, wenn Sie noch da sein sollten — *(Abg. Moser: Ja, ich bin da!)* ja, ich habe schon gesehen, danke schön —, möchte ich doch sagen. Die Wohnungswirtschaft ist in allen Ländern Europas, und zwar nicht nur in den „bösen“ nichtsozialistischen, sondern auch in den Vorzugsschülerländern des sozialistischen Nordens sehr weitgehend, man kann fast sagen, perfekt gelöst. Allerdings gelöst nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht nach jenen dirigistischen Gesichtspunkten, die Sie sich immer wieder vorstellen und von denen Sie doch schon einmal gesehen haben, zu welch herrlichem System der Dirigismus in den Fragen der Produktion für Lebensmittel und für Fahrradschläuche und ich weiß nicht was geführt hat. In Wahrheit gilt das Wort, das damals der Handelsminister ausgesprochen hat: In Österreich werden die Fahrräder schneller erzeugt, als die Bezugsscheine geschrieben werden. Durch die Bewirtschaftung wird nichts mehr, sondern mehr wird es nur dadurch, daß man eine vernünftige Wohnungspolitik betreibt, wie sie auch im sozialistischen Norden überall vorzufinden ist. Wir sind das einzige Relikt in der ganzen freien Welt, indem wir an diese Tabus nicht herangehen wollen und wo daraus ein reines Politikum entwickelt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und nun hat man gesagt: Die Gemeinde Wien wäre beispielgebend vorangegangen mit ihren Regelungen und mit ihrer Wohnbautätigkeit. Darf ich aber doch feststellen, meine Damen und Herren — und zwar nicht, weil ich es sage, sondern das Agieren in der Gemeinde Wien zeigt ja, daß meine Behauptungen richtig sind —, daß man Jahre hindurch in der Gemeinde Wien wichtigste Aufgaben vernachlässigt hat, daß man in der Frage Verkehrs- entwicklung, in der Frage Gas-, Wasser- und Stromversorgung weit zurückgeblieben ist und

hier entscheidende Aufgaben nicht erfüllt wurden und daß man nun durch Teillösungen, durch die Aktion Maulwurf, wenn ich das so nennen darf, versucht, jetzt das nachzuholen, was man damals „großzügig planend“ nicht getan hat. *(Abg. Rosa Jochmann: Trotzdem genießt sie das Vertrauen der Wähler!)* Dort wäre eine Planung am Platz gewesen, aber leider hat man es nicht geschafft.

Es wurde weiters von den steigenden Löhnen gesprochen. *(Abg. Kratky: Ihr Kammerpräsident redet ganz anders als Sie selber!)* Ja, Herr Kollege, bitte, ich habe hier als Abgeordneter zu reden, ich frage Sie auch nicht, was Ihr Präsident oder Vizepräsident redet. Außerdem geht es mich nichts an, was der redet. Ich habe hier das zu vertreten, und das müssen Sie mir schon gestatten. Ich frage Sie auch nicht, was Ihre verschiedenen Herren sagen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Rosa Jochmann: Ja, aber es soll richtig sein!)* Im übrigen hat der Herr Kammerpräsident genau in dieser Richtung gesprochen, Sie werden es morgen in der Zeitung lesen. Aber bitte, seien Sie nicht so eilig, es kommt schon noch.

Die steigenden Löhne: Es ist richtig, meine Damen und Herren, und niemand wird es bestreiten, daß im Zeichen der steigenden Einkünfte und des steigenden Wohlstands selbstverständlich auch die Löhne nicht einfrieren können. Wir sind absolut der Meinung, daß eine vernünftige Lohnpolitik betrieben werden muß und daß sie in allen modernen Staaten betrieben wird. Allerdings muß diese Lohnpolitik produktivitätskonform sein, das heißt, sie darf nicht wesentlich über die Produktivität hinausschießen, weil das letzten Endes damit zur Inflation führt. Ich glaube, wir alle bejahen es, daß die Menschen besser leben sollen. Aber noch etwas — das sollen wir auch einmal eingestehen und nicht nur immer negativ votieren —: Ich sage nicht, daß es allen gut geht, aber daß es dem Großteil der Bevölkerung noch nie so gut gegangen ist, wie es ihm heute geht, mag es auch Gruppen geben, in allen Bereichen des Lebens in Österreich, bei den Selbständigen, bei den Unselbständigen, bei den Arbeitern, überall noch Gruppen, die im Konjunkturschatten stehen. Das ist völlig richtig. Das trifft aber alle Bereiche. Aber dem Gros der Bevölkerung ist es noch nie so gut gegangen. Und daß das nicht der Politik der Österreichischen Volkspartei zuzuschreiben ist, das glaube ich, kann nicht einmal ein perfider Lügner behaupten oder irgendein Demagoge. Tatsächlich hat unsere Wirtschaftspolitik hervorragende Erfolge zeitigt.

Die Preistreiber und die Preisschraube! Ich möchte voranstellen, meine Damen und Herren, der Herr Kollege Dr. Staribacher hat schon

Mitterer

darüber gesprochen: Sie sind mir immer sehr böse, wenn ich das Wort Kolonnenhandel dazwischenrufe. Ja wir wissen nun einmal, daß in dem Kolonnenhandel sehr seriöse Firmen tätig sind, daß es aber auch leider Firmen gibt, die nicht Vertreter beschäftigen, wie es so schön in diesem Tränendrucker-Artikel zu lesen war, die die „armen Angestellten“, die dort als Vertreter tätig sind, beschäftigen, und wir kennen genau jene Gruppe Menschen, die dort versuchen, mit den übelsten Methoden die Waren an die einzelnen Konsumenten zu bringen. Und ich muß Ihnen sagen, ich habe es sehr begrüßt, daß das Handelsministerium eine entsprechende Novelle ausgearbeitet hat. Sie wird nun in Kürze zur Verhandlung stehen, hoffentlich gehen Sie hier mit. Meine Damen und Herren! Glauben Sie doch nicht im Ernst, daß es eine Lösung ist, wenn wir sagen: Ja, wir werden hier aussondieren und wir werden feststellen: Der eine ist ein guter und der andere ist ein schlechter — die guten ins Kröpfchen, die schlechten ins Töpfchen —, das können Sie praktisch nicht machen, so einen Polizeiapparat haben wir nicht. Sie können nicht hinter jedem Vertreter herjagen und Sie können nicht den ganzen Gendarmerieapparat einsetzen, damit er sich mit diesen Dingen befaßt. Es muß also hier eine Änderung kommen. Jene unseriösen Firmen, die es natürlich auch auf diesem Gebiete gibt, werden sich auf die üblichen und bekannten Methoden des Verkaufes umstellen müssen. Wir werden aber hier eine entscheidende Tat setzen müssen, denn wir sind absolut nicht der Meinung, daß man sich vor solche Dinge stellen soll. Ich kenne den täglichen Fall mit der Waschmaschine, mit dem Eisschrank, das waren Fälle eines Warenkolonnenhandels, denn ich habe ja das selber miterlebt, ich kenne diese Geschichte. Wenn man solche Dinge hört, dann muß man sagen: Hier muß eine entscheidende Tat gesetzt werden. Die ist aber nicht darin gelegen, daß wir hier darüber jammern, sondern daß wir gesetzlich Vorsorge treffen, damit diese Dinge ausgemerzt werden, und sie gehören ausgemerzt.

Wir stellen uns nicht vor Preistreiber — das Preistreiberengesetz wurde verlängert, es gilt, es kann gehandhabt werden und es soll gehandhabt werden —, aber daß man deshalb, weil es ein paar solche Fälle gibt, alle verdächtigt und sagt: Alle sind Preistreiber, überall steigen die Preise, der Handel erhöht die Preise, das ist absolut ungerecht. (*Abg. Rosa Jochmann: Das tut ja niemand!*) Wenn Sie Ihre Zeitungen lesen würden — ich nehme an, daß Sie es tun —, dann würden Sie das drinnen finden, aber da Sie offenbar eine andere Presse lesen, haben Sie es vielleicht nicht bemerkt. (*Abg. Rosa Jochmann: Das können Sie nicht beweisen!*)

Gnädige Frau, ich werde mir erlauben, Ihnen eine Reihe von solchen Artikeln zu schicken, wo solche Behauptungen aufgestellt werden. (*Ruf: Eine Kollektivbehauptung!*) Eine Kollektivbehauptung, jawohl, genau das, was wir alle ablehnen, wird dort formuliert.

Ich glaube also, wir sollen uns dazu bekennen, daß solche Einzelfälle ausgemerzt gehören, daß man aber doch anerkennt, daß das Gros der gewerblichen Wirtschaft hier absolut seriös arbeitet. Sonst wäre es ja auch nicht möglich, daß in der Frage der Lebenshaltungskosten einige Ziffern genannt werden konnten, die genau diametral diesen Behauptungen entgegenstehen, auf die ich noch kommen werde.

Und nun sagt man: Das passiert doch in diesen und jenen Fällen. Aber es gibt auch jene Fälle, wo zum Beispiel die von Ihnen so gepriesene Gemeinde Wien verschiedene Dinge macht, die absolut nicht richtig sind. Man hat die Strompreise im Jahre 1965 um 6,7 Prozent nachgezogen, man hat die Müllabfuhrgebühr um 15 Prozent erhöht, man hat die Friedhof- und die Pflegegebühren erhöht. Sicher, Sie werden mir antworten, das sind kostendeckende Tarife. Ja, meine Damen und Herren, unter dem Titel kostendeckende Tarife können Sie alles formulieren. Es fragt sich nur, ob die Kosten berechtigt sind, wie sie entstehen, und ob man wirklich als Kommunalbetrieb sofort alle Kosten überwälzen kann, wenn das letzten Endes den einzelnen ärmeren Konsumenten trifft. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Rosa Jochmann: Sie sind nicht kostendeckend!*)

Ich komme da auf ein sehr heißes Thema zu sprechen, und Sie können mir das wohl nicht bestreiten. Sie wissen genau, daß die Verhandlungen über die Straßenbahntarife im Gange waren. Und hier bitte, sagen Sie nicht, sie waren nicht im Gange; sie sind abgestoppt worden, als klar wurde, daß heuer ein Preisauftriebsjahr sein wird. Die Verhandlungen waren sehr weit vorgetrieben, und der Herr Finanzreferent und Vizebürgermeister Slavik wollte absolut die Tarife durchsetzen, und zwar sehr empfindliche Erhöhungen, Erhöhungen, die jeden Menschen in Wien täglich treffen, denn er konsumiert nicht täglich 10 Deka Waschmaschinen, aber er konsumiert fast immer, wenn er nicht Autobesitzer ist, die Straßenbahn oder den Autobus. Das hätte die Bevölkerung wirklich sehr empfindlich getroffen. Da war keine Rede von irgendwelchen Rücksichtnahmen (*Zwischenrufe*), und selbst als der Herr Abgeordnete Czernetz — ich gebe zu, er hat das Match gewonnen, das ist sehr schön für uns und erfreulich — im Fernsehen erklärt hat: Sie können mich beim Wort nehmen, es wird keine Tarifierhöhungen geben!, hat noch am nächsten Tag Herr Vizebürgermeister Slavik

Mitterer

in einem Kreis, der auch uns zugänglich war, also nicht so on-dit, sondern vor verschiedenen Zeugen gesagt: Nehmen Sie ihn ruhig beim Wort, es bleibt doch dabei. — Er ist dann unterlegen, Gott sei Dank ist es so gekommen, aber man kann doch jetzt nicht sagen, daß nicht auch die Gemeinde Wien versucht hat, hier empfindliche Tarifierhöhungen durchzusetzen. (*Abg. Rosa Jochmann: Das ist eine Lüge!*) Also das ist doch keine Lüge, gnädige Frau, das ist doch nicht wahr. (*Abg. Rosa Jochmann: Mit Ihrem Stadtrat!*) Ja aber, gnädige Frau, der ÖVP-Stadtrat kann weder über das Personal entscheiden, noch kann er Entscheidungen in dieser Richtung fällen, weil es eine Wiener Verfassung gibt, wonach praktisch der Stadtrat nur entscheiden darf, ob er den Bleistift aus der Tasche zieht oder nicht. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Kratky: Das sagen Sie wider besseres Wissen! Ich war in dem Verhandlungskomitee! Das ist gemeinsam mit der Wiener ÖVP ausgehandelt worden!*) Ja, ich weiß, ich weiß. Der Herr Finanzreferent Slavik hat erklärt, daß es ihm unmöglich sei, mehr als die angesetzten 100 Millionen in die Sache hineinzuinvestieren, aber plötzlich nach dem Fernsehdebüt von Czernetz hat er dann noch 100 Millionen dazulegen können. Er ist sicher ein Kalanag und kann zaubern. Wohl ihm, daß er's getan hat! (*Abg. Rosa Jochmann: Das war nicht via Czernetz!*) Gnädige Frau, das können Sie doch nicht bestreiten, daß die Tarifierhöhungen vorgesehen waren, und auch jetzt, als sie nicht durchgeführt wurden, hat man vorsichtig formuliert und hat gesagt: „zurückgestellt“ und nicht „weggenommen“. Es ist also klar, daß, wenn hier nicht im letzten Augenblick dieses Fernsehduell gewesen wäre, die Erhöhungen gekommen wären. (*Abg. Kratky: Das ist sehr naiv! — Ruf: Das ist eine Ente!*) Das ist gar keine Ente, denn das war einige Tage vor dem Abschluß, Herr Kollege, seien Sie mir nicht böse, das weiß ich genauso gut. Solche Geschichten können Sie hier nicht erzählen. Ich weiß, das ist Ihnen sehr unangenehm, aber ich muß es auch sagen. Sie haben ja auch Sachen gesagt, die uns nicht freuen. (*Abg. Kratky: Das ist gar nicht unangenehm! Das, was Sie sagen, ist unrichtig und unwahr!*) Ja eben, es ist unrichtig, die Gemeinde Wien wollte keine Straßenbahntarifierhöhungen. Na, trauen Sie sich das zu sagen! (*Zwischenrufe.*)

Über die Bundesbahn wurde heute hier sehr viel diskutiert. Kein Mensch hat behauptet, daß alle Bundesbahner zu verurteilen seien, und es wird jeder anständige Mensch mit tiefem Bedauern feststellen, wenn ein Arbeitsunfall passiert — und der passiert leider in sehr vielen Betrieben, ob sie nun privat oder staatlich sind, heute gibt es ja jede Woche 40 und 50 Tote

auf der Straße durch Autounfälle. (*Abg. Rosa Jochmann: Oder bei den Manövern!*) Das ist sehr traurig, aber das ist doch kein Argument, um hier über die Frage so zu argumentieren. (*Abg. Rosa Weber: Das war nicht das einzige Argument!*)

Ich glaube aber eines: Wenn hier gesagt wurde, die Bundesbahner werden nicht bereit sein, die Opfer aus dem Jahre 1945 irgendwo umsonst gebracht zu haben, und sie werden es den Herren zeigen, und nächste Woche werden sie die Forderungen präsentieren — der drohende Ton war sehr klar und sehr deutlich zu hören —, dann muß man sagen: Auch der Staat kann nicht wegen der Bundesbahner gefährdet werden.

Wir werden also eine faire Lösung suchen und finden müssen. Aber, meine Damen und Herren, daß man einfach jedes wie immer Namen habende Defizit auf den Finanzminister überbürdet zur gleichen Zeit, da der Finanzreferent der Gemeinde Wien sagt: Ich kann nicht mehr Geld hergeben, wir brauchen kostendeckende Tarife!, so billig kann man sich die Dinge nicht machen. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Staribacher: Man kann auch nicht die Gewerkschaft ausschließen! Das Verhandlungskomitee der öffentlich Bediensteten ist dafür zuständig und niemand anderer!*) Ich habe Ihnen schon gesagt, Herr Kollege, Lautstärke ist zumindest in meinen Augen kein Argument. Wenn Sie lauter brüllen können — wohl Ihrer Stimme! Aber ich möchte mich damit nicht allzusehr abgeben. (*Zwischenrufe.*) Ja, Sie haben lauter gebrüllt! (*Abg. Dr. Staribacher: Es handelt sich nicht ums lauter Brüllen, aber nehmen Sie zur Kenntnis: Über Gewerkschaftsforderungen verhandelt die Gewerkschaft!*) Und nun darf ich zu der Frage (*weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Staribacher*) — ich glaube, da bin ich der Stärkere, denn ich habe das Mikrophon — der Lohnentwicklung eine sehr interessante Statistik hier vorlegen. Es ist doch, glaube ich, nicht nur interessant, wie sich die Löhne und die Preise entwickeln, es ist doch auch wichtig, wie sich das Realeinkommen entwickelt, meine Damen und Herren! Denn letzten Endes ist das doch entscheidend, wie sich das Realeinkommen durch Löhne und Preise entwickelt hat. Hier darf ich sagen, daß Italien mit einem Real-Plus-Einkommen von 5,6, Norwegen 0,9, Niederlande 10,0, Belgien 6,3 und Österreich von 4,8 dastehen gegenüber Schweden — das Sie ja immer wieder anführen — von 2,8. (*Zwischenrufe.*)

Darf ich noch einmal wiederholen, meine Damen und Herren, bis Sie diese Zwischenrunden erledigt haben, darf ich also sagen: Das Realeinkommen ist, wenn man

4998

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Mitterer

die Preis- und Lohnerhöhungen in Relation bringt, in Österreich um 4,8 und in Schweden um 2,8 im Jahre 1963 gestiegen. Also so schlecht, wie man das immer wieder darstellt, ist es auch nicht. (*Abg. Rosa Jochmann: Aber dort sind doch andere Löhne! In Schweden haben die Arbeiter und Angestellten doch ganz andere Löhne als unsere Arbeiter und Angestellten!*) Ja, gnädige Frau, ich stelle ja fest, daß das hier Relationen zwischen Lohn und Preis sind. Hier ist ja nicht die Rede vom absoluten Lohn, da müßte man ja auch die höheren Zinse und andere höhere Ausgaben berücksichtigen. So kann man das nicht machen, daß man die Löhne ohne Rücksicht auf alle anderen Umstände vergleicht. Wenn man aber Realeinkommen vergleicht, ist das doch ein objektives Kriterium. Es liegt auch eine Statistik vor, ich gebe sie Ihnen gerne in die Hand, wonach wir im Mittelfeld der Preise und Löhne und der Realeinkommenentwicklung liegen. Wir sind also durchaus nicht in eine so schlechte Lage gekommen, wie es allenthalben dargestellt wird.

Natürlich, ich habe es schon gesagt, gibt es eine ganze Reihe von Gruppen, die im Schatten der Konjunktur stehen, und es ist unsere gemeinsame Aufgabe, diesen Gruppen zu helfen. In der Paritätischen Kommission, meine Damen und Herren, wurden ja sehr viele solcher Preisanträge und Lohnanträge geprüft, und wir haben dort eine, glaube ich, konstruktive Zusammenarbeit gefunden.

Ich möchte aber doch feststellen, daß die Preise — Sie werden nun sagen, das sind ja nur 0,3, aber Ordnung soll sein, auch in der Statistik — um 4,7 Prozent und nicht um 5 Prozent gestiegen sind. Ich habe gerade heute einen sehr interessanten Artikel in der „Zürcher Zeitung“, datiert vom 12. November 1965, also eine sehr neue Ausgabe, gelesen, in dem festgestellt wurde, daß auch in der, was Kosten und Preise anbelangt, sehr ruhigen, verantwortungsbewußten Schweiz der Kostenindex um 3,76 gestiegen ist. Wir befinden uns also hier durchaus nicht in einem so schrecklichen Zustand, wie es immer dargestellt wird. (*Abg. Rosa Jochmann: Ihre Frau wird nicht dieser Meinung sein!*)

Ich möchte noch eines dazu sagen, meine Damen und Herren: Für den heurigen Preisauftrieb — der Herr Präsident Wallner hat schon darauf hingewiesen — ist nicht nur eine Entwicklung der Löhne, ist nicht nur eine Entwicklung anderer Dinge maßgebend, sondern eine Naturkatastrophe; nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa. Es war noch nie da, daß zum Beispiel die Bundesrepublik einen Großteil ihres Kartoffelbedarfes aus Italien einführen mußte. Es sind also heuer besonders

wetterbedingte Umstände eingetreten. Und ich möchte doch zur Ehrenrettung der Erzeuger und des Gewerbes sagen: In diesen 4,7 Prozent Steigerungen ist das gesamte gewerbliche Wirtschaftsgebiet, also alles, was die gewerbliche Wirtschaft ausmacht, ob es nun Handel, Industrie, Verkehr oder was sonst sein mag, mit ganzen 0,9 Prozent beteiligt. Rund 1 Prozent sind Tarifierhöhungen aller Art, und 2,6 Prozent sind die Kosten, die hauptsächlich durch Obst- und Gemüsepreiserhöhungen entstanden sind. Jetzt hat ein Teil dieser Gemüsepreise wieder auf den normalen Stand zurückgefunden, und wir befinden uns mit vielen Artikeln bereits wieder auf einem ganz erträglichen Niveau.

Das ändert nichts daran, daß in der Zwischenzeit sehr böse Dinge geschehen sind, für die aber weder ein Arbeiter noch ein Selbständiger noch diese oder jene Partei, sondern eben eine europäische Wetterlage etwas kann, die man doch jetzt niemandem in die Schuhe schieben kann. Man kann also nicht sagen: Wenn die SPÖ ein Mandat mehr hat, steigen oder fallen die Preise, oder wenn die ÖVP ein Mandat mehr hat. (*Abg. Dr. Staribacher: Das haben doch Sie gesagt!*) O nein, wir haben etwas ganz anderes gesagt! (*Abg. Rosa Jochmann: Das haben Sie gesagt!*) Sie machen dann eine andere Budgetpolitik, und daraus entsteht eine Entwicklung, die völlig anders ist! Der Preis selbst ist heuer — und das wird niemand bestreiten — durch die Witterung entstanden, die doch niemand bezweifeln kann.

Wenn Sie es also gern hören wollen, so werde ich es sagen. Ich wollte es nicht tun, um die Atmosphäre und die ganze Situation hier nicht wieder aufzuheizen. (*Abg. Libal: Sie sind der reinste Zauberkünstler! — Abg. Wührer: Und Sie sind ein Demagoge!*) Ich bin gar kein Zauberkünstler, ich sage nur die Wahrheit, und ich habe sie hier belegt. Zaubern tun Sie manchmal, wenn Sie falsche Sachen sagen.

Zum Beispiel hat die Konsumgenossenschaft in Kärnten Kraut mit 166 Prozent Nutzen verkauft. Das ist auch kein sehr geringer Prozentsatz. Und es sind auch andere Dinge geschehen, die man ebenfalls nicht bagatellisieren soll.

Ich will also zusammenfassend sagen: Die Preisentwicklung war sehr bedauerlich. Wir sollen sie aber weder bagatellisieren noch dramatisieren. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Aber sagen Sie das den Hausfrauen!*) Ja, das ist ganz richtig, gnädige Frau! Ich habe gerade gesagt, man soll es weder bagatellisieren noch dramatisieren. Wir haben eben heuer ein Katastrophenjahr gehabt, das man niemandem in die Schuhe schieben kann. Das ist geschehen, und es ist sehr bedauerlich, aber wir

Mitterer

können es nicht ändern. Denn auch wenn wir aus den anderen Ländern importieren, stellen wir fest, daß dort die Preise durch die Kälte und die Einwirkungen der Witterung bedeutend gestiegen sind. Sollten Sie es nicht glauben, dann bin ich gerne bereit, Ihnen mit Preistabellen aus Italien, aus Frankreich und aus Spanien zu dienen, damit Sie sehen, daß das nicht unwahr ist.

Wir freuen uns sehr, daß Sie nun, nach Ihren Plakaten und anderen Enunziationen zu schließen, für den Schutz des Schillings ein besonderes Interesse zeigen. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Libal: Nachdem Sie versagt haben!*) Es ist also etwa so, wie Sie es in Wien mit der zweiten Verkehrsebene gemacht haben: Jahrelang haben Sie erklärt, die zweite Verkehrsebene sei ein Unsinn. Plötzlich sagen Sie: Das ist der Schlager, den wir jetzt entdeckt haben! Was Weinberger damals gesagt hat, war Unsinn. Jetzt ist es eine Forderung der SPÖ. (*Abg. Dr. van Tongel: Und mit denen sind Sie auch in Wien koalitiert!*) Offenbar machen Sie es mit dem Schilling auch so.

Nun zur Frage, die der Herr Abgeordnete Uhlir angeschnitten hat: Das Parlament wird nach Hause geschickt. Ich bin der Meinung, daß Sie ja mitstimmen werden, wenn wir die Parlamentsauflösung beschließen werden. Daher kann man nicht sagen: Es wird nach Hause geschickt.

Aber vergessen Sie doch eines nicht, meine Damen und Herren, das muß man doch auch klar erkennen: Bei der heutigen Situation in Österreich wird eine Partei — ganz gleich, welcher Art sie sei —, die die Mehrheit anstrebt und die dann vielleicht auch einmal allein regiert, als Alleinherrscher bezeichnet, während man in England so etwas mit einem Lächeln quittiert, weil das kein Mensch behaupten würde: Die wollen die Alleinherrschaft! Ja, wenn in England eine Partei die Mehrheit bekommt, dann hat sie eben auch die Regierung zu stellen und herrscht dann auch hinsichtlich aller Dinge allein. (*Abg. Rosa Weber: Wer hat denn das Plakat „will an die Macht“ angeschlagen? Sie oder wir?*) Sie bezeichnen es dann als die Alleinherrschaft. (*Abg. Zeillinger: In England sind sie Demokraten!*) Wenn Sie das Streben nach Mehrheit als Alleinherrschaft bezeichnen (*Ruf bei der SPÖ: Das ist doch Ihre Plakatierung!*), ist es doch klar, daß eine normale Demokratie gar nicht so funktionieren kann. (*Abg. Libal: Das ist doch Ihre Erfindung! — Abg. Pay: Das haben doch Sie erfunden!*) Meine Herrschaften! Sie haben doch gesagt, wir streben nach der Macht; es muß ein sozialistischer Bundespräsident kommen, damit die Gewichte verteilt sind. Also Sie lehnen es

ab, wenn eine Partei die Mehrheit anstrebt. Nur jetzt haben Sie den Spieß umgedreht und glauben, daß es jetzt vielleicht eine Chance gibt; also sind wir plötzlich nicht mehr dafür! Aber das ist doch keine Argumentation. Bisher war Ihr Schlager das Gleichgewicht. Das heißt also, es sollte eine Partei diese Stelle, die andere jene Stelle besetzen. Das waren Ihre seit Jahren affichierten Plakate. Jetzt sind Sie plötzlich auf den Geschmack gekommen (*Abg. Rosa Jochmann: Schon lange sind wir auf den Geschmack gekommen!*) und sagen: Was macht das? Wir werden vielleicht doch die Macht haben! Aber ich glaube, so billig kann man sich auch das hier nicht machen.

Und nun sagen Sie: Das Parlament wird nach Hause geschickt. Ja natürlich, in einer reinen parlamentarischen Demokratie ohne Koalitions-pakt mag das anders sein. Aber mit Rücksicht auf den Koalitions-pakt und unsere sehr weitgehenden Vereinbarungen ist es leider so, daß ein Aufhören der Zusammenarbeitsmöglichkeit mit dieser oder jener Gruppe dann eben auch eine Auflösung des Parlaments bedeutet. Und ich glaube, das Parlament wird ja nicht so vorzeitig nach Hause gehen; es handelt sich um einige Monate. Aber wenn wir schon nicht in der Lage waren, diesen sehr bescheidenen Budgetansätzen die Zustimmung zu geben, dann wäre es, glaube ich, zwecklos gewesen, hier weiter zu warten, zumal — ich habe es gelesen, vielleicht hat er es nicht gesagt, aber es wurde in der Zeitung nicht widersprochen — der Herr Vizekanzler Pittermann einmal gesagt hat — vor einigen Wochen war das, vielleicht war es schon vor eineinhalb Monaten, jedenfalls war es in der ganz jüngsten Zeit —, er habe nicht die Absicht, die Regierung zu sprengen, aber sie in Agonie zu legen. (*Zwischenrufe.*) Meine Damen und Herren! Unter solchen Voraussetzungen kann man, glaube ich, ein Weiterregieren kaum erwarten. (*Abg. Kratky: Wo steht das, Herr Kollege? — Abg. Holoubek: Wo hat er das gesagt? — Abg. Zeillinger: Das sind lauter Agonisten! — Heiterkeit.*)

In einer Zeit der europäischen Konjunkturdämpfung müssen wir uns klar sein, daß die Expansion etwas langsamer werden wird. Die Ertragnisse gehen zurück, und das ist nämlich auch der Grund, weshalb die Steuern rückläufig sind. Die Ertragssteuern sind bei allen Betrieben rückläufig, bei der verstaatlichten und bei der Privatwirtschaft. Die Ertragssteuern! Es hat keinen Sinn, wenn Sie dann absolute Ziffern in die Waagschale werfen und sagen: Dieser oder jener Großbetrieb hat diese und diese Steuern bezahlt. Die Umsatzsteuer und andere fixe

5000

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Mitterer

Steuern müssen sie natürlich bezahlen, aber die Ertragssteuern gehen zurück, weil die Kosten steigen und die Erträge rückläufig sind. Ich glaube also, daß man achtgeben soll und daß man sich klar sein muß, daß im Zeichen einer europäischen Dämpfung auch für uns die wirtschaftliche Situation zumindest nicht leichter werden wird.

Außerdem wird es nicht leichter werden, wenn man versucht, die Betriebe durch Dogmen zu führen, daß man den sehr guten verstaatlichten Betrieben — es gibt eine ganze Reihe tadellos geführter verstaatlichter Betriebe — einige Fallit-Betriebe an den Hals hängt nach dem Grundsatz: Jetzt gründen wir eine Neo-USIA à la Pittermann. Man sagt: An die guten hängen wir so lange die schlechten Betriebe, bis sie auch nichts mehr tragen. Das ist die Situation, die wir nicht hinnehmen können und die heute nicht einmal mehr im Osten gilt, wo Sie ja bekannterweise eine gewisse Renaissance der bösen, verhaßten kapitalistischen Wirtschaft durch Liebermann in den russischen Teilen wieder feststellen können. *(Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Es ist aber sehr richtig gesagt worden: Wir — die ÖVP — wollen nicht die Agonie! Wir wollen arbeiten, wir wollen den Aufstieg für alle, für alle Schichten *(Abg. Rosa Jochmann: Wir auch!)*, ganz egal, aus welchem Lager sie kommen mögen. Wir sind der Meinung, daß wir in einer solchen Zeit leben, daß man sich eine Agonie nicht leisten kann, auch nicht eine zeitweilige! Daher hoffen wir, daß die österreichische Bevölkerung einen klaren Führungsauftrag an die Österreichische Volkspartei erteilen wird, die in der bittersten Zeit nicht in Form der Alleinherrschaft, nicht gegen eine Gruppe oder gegen irgendeine Klasse, sondern mit allen zusammen ihre Verpflichtungen erfüllt hat, auch in einer Zeit, wo sie durch ihre Mehrheit zu einem anderen Handeln in der Lage gewesen wäre. Diese Verpflichtungen hat die Österreichische Volkspartei von 1945 an bis zum heutigen Tage erfüllt, im Dienste einer Entwicklung zu einem Wohlstandsstaat und zu der Sicherung des Arbeitsplatzes für jeden! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Kindl. Ich erteile es ihm. *(Bewegung und Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Dr. van Tongel: Das ist der achte! Mehr haben wir nicht! — Abg. Zeillinger: Jetzt fangen wir von vorn wieder an! — Neuerliche Heiterkeit.)*

Abgeordneter Kindl (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist doch vielleicht notwendig — die Geduld bringen wir noch auf —, die heutige mehrstündige Debatte

(Ruf bei der ÖVP: Zehn Stunden!) einer kurzen Betrachtung zu unterziehen. Sie hat sich von allen bisherigen Debatten in diesem Hause insofern unterschieden, als außer einem Ritter ohne Furcht und Tadel — das war mein Vordner — niemand diese Regierung vertreten hat. Sie haben sich außer gegenseitigen Vorwürfen und Wahlpropaganda keiner Mühe mehr unterzogen und haben eigentlich das bestätigt, was die freiheitlichen Sprecher schon zur Regierungserklärung gesagt haben, nämlich daß die Regierung Klaus-Pittermann II mit dem jungen, forschenden Finanzminister eine Pleite erleben wird, denn von der Forschtheit des Herrn Finanzministers ist nicht mehr viel übriggeblieben. Er sitzt heute ziemlich zerzaust hier. *(Abg. Dr. Haider: Gebt acht, was von euch übrigbleibt!)* Aber genauso zerzaust wie der Herr Finanzminister ist auch die übrige Bundesregierung. Es wäre Ihnen auch wirklich sehr schwergefallen, dieser Bundesregierung noch einmal all diesen Lorbeer umzuhängen, wie Sie es die ganzen Jahre gemacht haben. Soviel Unsinn würde Ihnen nämlich wirklich niemand abnehmen. Denn warum sitzen wir heute hier beisammen? *(Allgemeine Heiterkeit.)* Weil eben dieses Kabinett... Sie lachen darüber, und das stimmt mich eigentlich traurig. *(Erneute Heiterkeit. — Abg. Dr. Haider: Schwanengesang!)* Ich habe den Eindruck, sehr geehrte Frauen und Herren, daß Sie sich überwiegend wirklich nicht bewußt sind, was diese Regierungskrise bedeutet *(Abg. Rosa Jochmann: O ja!)*, was das Jahr 1966 bedeuten wird. Alle Zeitungen schreiben: Das dicke Ende kommt noch!

Vorsorglich — vorsorglich! — werden Sie heute hier mit den Stimmen der beiden Regierungsparteien das Budgetprovisorium für das erste Halbjahr 1966 beschließen. Gewählt wird am 6. März. Sie geben also schon der Regierungsbildung in der Nachwahlzeit einen großen Spielraum. Bisher sind so lange Budgetprovisorien nicht beschlossen worden: 3 Monate, 4 Monate. Sie wissen es nämlich genau. Was Sie tun, warum Sie beiderseitig dieser Auflösung zustimmen, das ist die Flucht nach vorne! Sie werden mit all den Versprechungen, die Sie gemacht haben, nicht mehr fertig.

Nun wird die österreichische Bevölkerung am 6. März wieder mit Schreckgespenstern zu einem Wahlgang geführt. Es ist heute schon angeklungen. Wer die Worte des Herrn Abgeordneten Dr. ... *(Abg. Dr. Hurdes: Withalm!)* Withalm doch richtig gedeutet hat *(Abg. Dr. Hurdes: Bin ich nicht ein fescher Kerl? — Heiterkeit)* — fescher Kerl, Herr Dr. Hurdes —, der konnte bereits heraushören, was man will, um was es geht.

Kindl

Er hat nichts davon gesprochen, was eine zukünftige Regierung, ein zukünftiges Parlament wirklich zu tun hätte.

Ich habe in der vorigen Woche in der Fragestunde den Herrn Sozialminister gefragt, ob er die Stellungnahme des Sozialbeirates in der OECD kennt, dieses harte Urteil: In Österreich eine total verfehlte Arbeitsmarktpolitik! Keine Spur von einer Strukturpolitik! Keine Ansätze zu einer antizyklischen Wirtschaftspolitik! Sie haben darüber heute nichts verloren. Wissen Sie, daß wir mit der immer stärker werdenden Liberalisierung auf dem österreichischen Inlandsmarkt sehr stark auf allen Gebieten in der Konkurrenzfähigkeit zu leiden haben? Daß es gar nicht mehr so leicht ist, Produkte abzusetzen? Wenn in der Regierungserklärung des Kabinetts Klaus-Pittermann II die Vollbeschäftigung, die Erhaltung der Kaufkraft des Schillings als vordringlich hingestellt wurde, so ist das zweite von mir Genannte, die Erhaltung der Kaufkraft des Schillings, bereits passé! Das wissen Sie alle.

Das Jahr 1966 wird uns auch vor die Frage der Erhaltung der Vollbeschäftigung stellen. Es sei denn, Sie erfinden neue Einrichtungen, neue Verwaltungsapparate, wo Sie wieder Menschen hineinstecken. Wir haben nämlich nicht nur mit der Einfuhr aus den Ländern, in denen noch sogenannte Reislöhne herrschen, heute schon Konkurrenz zu ziehen, sondern es ist eine Frage, ob unser größter Handelspartner, der EWG-Raum, in der bisherigen Stärke von uns kauft.

Hohes Haus! Es wundert einen, wenn man in einem Organ — heute ist hier soviel verlesen worden, ich habe die letzte Ausgabe des „Privatangestellten“ vor mir — ein Jahr hindurch verfolgt, wie dieses Gewerkschaftsorgan von einer Ausgabe zur anderen immer freudig aufheult, daß es in der EWG Schwierigkeiten gibt, und sich daran freut, daß es mit der EWG „bald aus ist“. Wie das uns treffen wird, das stellen sich diese Herren, die so gern diese Anti-EWG-Artikel schreiben, wahrscheinlich überhaupt nicht vor. (*Abg. Skritek: Das steht ja gar nicht drinnen, was Sie hier zitieren!*) In der letzten Ausgabe: „Illusionen werden begraben“. Treten nämlich im EWG-Raum wirklich diese Wirtschaftsspannungen auf, die sich diese Herren wünschen, dann können Sie sich vorstellen, wie das unseren Export treffen wird, dann können Sie sich auch vorstellen, Herr Dr. Staribacher, ob uns ... (*Abg. Dr. Staribacher: Entschuldigen Sie, ich habe diesen Zwischenruf gar nicht gemacht! — Heiterkeit.*) Sie haben heute hier als Kammer- und Gewerkschaftsvertreter gesprochen! Dann können Sie sich auch vorstellen, ob der Fremdenverkehr noch diese Milliarden zum Ausgleich

unserer staatlichen Bilanz bringen wird. (*Abg. Dr. Winter: Jawohl, er wird! — Abg. Flöttl: Er wird!*)

Meine sehr geehrten Frauen und Herren! Man kann also sagen: Es sind schon Totengräber am Werk, die nämlich bewußt überall sabotieren und überall zuungunsten Österreichs sprechen. (*Abg. Dr. Staribacher: Kennen Sie die Stellungnahme des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zu diesen Problemen?*) Ja, ich kenne die Stellungnahme. (*Abg. Dr. Staribacher: Dann würde ich Ihnen empfehlen, daß Sie sie lesen! Die ist nämlich ganz anders!*) Ich kenne die Stellungnahme.

Ich kenne Ihre Stellungnahme, warum Ihnen das nicht passen würde! Sie, meine sehr geehrten Herren aus allen den sogenannten Vertretungskörperschaften — ich sage es wieder —, Sie wollen in diesem Lande den perfekten Funktionärstaat haben, Sie wollen keiner Freiheit der Person mehr Platz lassen, Sie wollen nur mehr verwalten, sonst gar nichts! (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*) Nur frage ich Sie: Heute war hier nur mehr der Streit der Kammern, der Gewerkschaften, wer bei der Schlüsselverteilung der Geschicktere ist. Aber Sie, Herr Dr. Staribacher, haben kein Wort darüber verloren, wie das Produkt, das Sozialprodukt erhöht werden soll! Darüber macht sich beinahe niemand Gedanken. (*Abg. Dr. Staribacher: Aber Sie kennen doch die Stellungnahme des Gewerkschaftsbundes!*) Lieber Herr Dr. Staribacher! Mit dem Verteilen ist es bereits zu Ende! Das zeigt nämlich das Dilemma der Regierung Klaus-Pittermann. Gäbe es nämlich noch etwas zu verteilen, dann gäbe es keinen Streit. Der Streit geht doch nur mehr ums Verteilen! Hie für die Bundesbahn, hie für die Schulen, hie für die Landwirtschaft. (*Ruf bei der ÖVP: Was der Landwirtschaft vorenthalten wird!*) Forderungen, Forderungen, Forderungen, und es ist nichts mehr da, das ist doch die entscheidende Frage!

Was tut in diesem entscheidenden Zeitpunkt auch dieses Parlament? Was tun die Sprecher beider Parteien? (*Abg. Zeillinger: Auflösen!*) Sie geben Wahlparolen, wie man am 6. März die österreichische Bevölkerung in Schrecken und Angst versetzen kann, um sie sich doch noch einmal gegenseitig zuzutreiben. (*Abg. Scheibenreif: Gegen die Freiheitlichen!*) Sie haben nämlich gar nicht so viele Pro-Wähler, Sie haben einen großen Teil Angst-Wähler. Die einen fürchten sich vor einem roten Kanzler und wählen daher schwarz. Ein Teil fürchtet sich vor der schwarzen Diktatur und wählt rot. (*Abg. Dr. Winter: Nur vor euch fürchtet sich niemand!*) Diese Angst-Wähler kommen Ihnen zugute, und

5002

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Kindl

Sie tun auch alles, um diese Angst aufrechtzuerhalten! (*Abg. Dr. Haider: Sie hätten Psychologe werden sollen! — Abg. Scheibenreif: Wer fürchtet sich vorm Schwarzen Mann?*)

Sie tun nichts, um das Sozialprodukt zu erhöhen, Sie tun sogar das Gegenteil. Wenn sich heute diese Bundesregierung als provisorische Regierung vorstellen muß oder vorgestellt hat, dann ist es eine Regierung, in der ein Minister dem anderen laufend das Haxl gestellt hat, in der praktisch jede Maßnahme verhindert wurde, die für unser Österreich notwendig wäre. Ich sagte — Sie haben darüber gelacht —: Ich bin betäubt, daß man wahrscheinlich nicht sehen will, was das Jahr 1966 bringen wird. Herr Doktor Hurdes ... (*Abg. Dr. Hurdes: Hier! — Heiterkeit.*) In der letzten Parlamentssitzung sagten Sie, ich werde schon noch sehen bei der Beschlußfassung zum Staatsfeiertag. Genau das ist eingetroffen. Die ganze Bevölkerung war nicht in diesem Hochgefühl, das Sie hier prophezeit haben, sondern die ganze Bevölkerung, die in diesem Staate noch schaffen und arbeiten muß, hat gesagt: Was ist denn hier los? Die eh nix arbeiten, die feiern, und die, die arbeiten, die wissen nicht, was sie mit diesem Tag anfangen sollen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Scheibenreif: Ist ja noch ein „Kindl“! — Abg. Kulhanek: Wer sind denn die, Herr Abgeordneter?*)

Und genauso, Herr Dr. Hurdes, prophezeie ich für das Jahr 1966 das dicke Ende. Sie wollen diese Wahlen hinter sich bringen, und Sie werden trotzdem nachher, wenn Sie sich zusammensetzen, wieder keinen Ausweg finden, Sie werden aber auch umsonst auf gute Onkels warten. Vor einem Jahrzehnt war das noch möglich, aber die guten Onkels, die damals noch in Österreich eingesprungen sind (*Abg. Dr. Haider: Der Olah!*), haben heute andere Aufgaben. Ich glaube, wir müssen selbst damit fertig werden. (*Abg. Dr. Hurdes: Ihre Prophezeiungen stimmen nicht immer! Sie haben gesagt, es kann niemand die Bundeshymne! Bei der Feier hier haben alle die Bundeshymne gesungen!*)

Lieber Herr Dr. Hurdes! Noch eines: Heute war wieder ein Streit: mehr Demokrat — weniger Demokrat. Es ist darum gegangen, wer der Patentdemokrat in diesem Hause ist. (*Abg. Dr. Hurdes: Zu welchem Schluß sind Sie gekommen? — Heiterkeit.*) Mir ist ein Ausspruch von Ihrem Kollegen, Herrn Dr. Gorbach eingefallen, der einmal sagte — es sollte damals als Weissagung ausgelegt werden —: Aus den Patrioten wurden Demokraten, und aus den Demokraten wurden Patrioten. Nun haben die Demokraten beiderseits die Spielregeln der Demokratie wahrscheinlich doch

noch nicht ganz gelernt; denn hier wird versucht, etwas zum Dogma zu erheben. Ich sage, zum Dogma, nämlich zu dem Dogma, daß nur die große Koalition in diesem Lande imstande ist, zu regieren. Nun, wie weit wir gekommen sind, sehen Sie ja hier. (*Abg. Grete Rehor: Ihr habt euch heute alle zum Wort gemeldet!*) Herr Dr. Withalm — wollen Sie mir noch ein bisserl zuhören — ging sogar so weit, daß er zum Ausdruck bringen wollte, es sei nur dann demokratisch, wenn die stärkste Partei den Kanzler stellt. In Norwegen haben vier Parteien (*Abg. Mitterer: Das wär' halt was! — Heiterkeit*) — das Zentrum, die Liberalen, die Konservativen, die Bauernpartei — mit einer knappen Mehrheit eine Regierung gebildet gegen die stärkste Partei im Lande, gegen die Sozialdemokraten, aber man hat noch nirgends gelesen, daß das undemokratisch ist. (*Abg. Dr. Hurdes: Soll die FPÖ den Kanzler stellen?*) Herr Dr. Withalm stellt heraus, daß die Partei, die in einem demokratischen Parlament die meisten Mandate hat, einen Erbinspruch auf den Kanzler hätte. Ich will ihn Ihnen nicht streitig machen. Ich will nur dieser Theorie entgegentreten, weil sie nämlich nicht stimmt. Sie stimmt nicht! (*Abg. Dr. Hurdes: O ja!*) Herr Dr. Hurdes, wenn Sie weiterhin demokratischen Unterricht in diesem Hause geben wollen, muß ich feststellen, daß Sie ja übrigens auch Gelegenheit haben, sich die übrigen europäischen Länder anzuschauen; es gibt doch keine Frau Abgeordnete und keinen Herrn Abgeordneten in diesem Hause, die nicht schon an Auslandsreisen beteiligt waren.

Ich habe meinen letzten Eindruck von der Schweiz- und Schwedenreise. Das sind zwei in der politischen Struktur voneinander verschiedene Länder. Aber diese Länder — das gilt für die Schweiz, für die bürgerliche Schweiz, genauso wie für das sozialdemokratisch regierte Schweden — kennen die drei „-ionen“ nicht. Es gibt in diesen Ländern nicht das, was Sie als das entscheidende ansehen: die Subvention, die Protektion und die Intervention. Von diesen drei Dingen scheint man hier zu leben. (*Abg. Mitterer: Und die Mirage-Angelegenheit?*)

Herr Abgeordneter Mitterer! Zum Mirage-Fall: Wir hatten die Ehre, im Schweizer Parlament die Debatte über die Mirage-Angelegenheit anzuhören. Der rote Minister, in diesem Fall ein Sozialdemokrat, Herr Bundesrat Chaudet, der das zu verantworten hatte, wurde von der anderen Seite nicht etwa parteidemagogisch angegriffen, es ging vielmehr darum: War die Zahl, die man bestellt hat, richtig, war die Vergabe im Lizenzwege richtig? Es ging also nur um wirtschaftliche Fragen, aber um kein Politikum.

Kindl

Meine Hochachtung und Reverenz dem sozialdemokratischen Verteidigungsminister von Schweden (*Ruf bei der ÖVP: Der wird sich freuen!*), der als Adjutanten einen Hauptmann Graf Douglas hat. Dies doch nicht vielleicht deswegen, weil der Hauptmann Graf Douglas ein Sozialdemokrat ist, sondern weil er ihn als guten Offizier befunden hat.

Es haben uns auch österreichische Herren in beiden Ländern gesagt, daß wir Vergleiche mit Österreich überhaupt nicht anstellen können, weil eben die Dinge, die die Koalition in Österreich geboren hat, für diese Länder nicht zutreffen. Das ist eine entscheidende Frage. Mit Ihrer großen Koalition, mit Ihrem festen Koalitionspakt haben Sie Österreich doch ziemlich ins Hintertreffen geritten; wir sind nicht in der Spitzengruppe.

Wenn Sie sich, Herr Kollege Mitterer, heute zu Ihrer Ehre als Ritter ohne Furcht und Tadel nochmals vor diese Regierung gestellt haben, so auch mit vielen Einschränkungen; denn ich sage nochmals: Was uns die Regierung beschert hat, war dürftig. Sie sagten ja selber: Es war nicht mehr möglich, sie lag ein Jahr in Agonie, und weil diese Regierung ein Jahr in Agonie lag, konnte das Parlament anscheinend nichts machen.

Ich halte die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Uhlir für vollkommen richtig, frage aber nur: Wo sind die Konsequenzen? Er hat das Problem heute aufgezeigt. Wenn wir vor Jahren gesagt hätten: „Wenn die Regierung nicht regieren kann, geht das Parlament nach Hause“, dann hätte es geheißen: Ihr Freiheitlichen, ihr habt immer etwas zu kritisieren! Heute sagen Sie das alles selber mit den gleichen Worten. Ich glaube beinahe, daß Ihnen im Unterbewußtsein ab und zu wirklich das Grauen angeht, wie es weitergehen soll. Denn wie soll es denn nach dem 6. März weitergehen, wenn sich nichts Wesentliches verändert? Und wenn sich da auch etwas verschoben sollte: Sie sind in diesem Weg so eingefahren, Sie werden wieder beisammensitzen, Sie werden wieder feilschen und werden die Probleme nicht lösen können.

Es stimmt auch, was der Herr Abgeordnete Ulbrich über die Bundesbahnen gesagt hat; es stimmt vollkommen, wenn Sie sagen: Man verlangt von diesem Körper ununterbrochen — und ich habe einmal etwas von allein rund 250 verschiedenen Frachttarifen gehört —, daß jede Gattung von Transportgut ihren eigenen Tarif hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit sind wir bei der Subvention. In allen Ländern Europas und der Welt findet man eine andere Art des Lastenausgleiches, nicht die der Subvention für Nahrungsmittel und

Leistungen der öffentlichen Hand. Warum können wir diesen Weg nicht gehen? (*Zwischenrufe.*) Warum? Ich sage es Ihnen! Weil es Ihnen heute anscheinend gar nicht mehr möglich ist, diese verbandelten Einrichtungen überhaupt abzubauen. (*Abg. Mitterer: In der Schweiz und in Deutschland gibt es auch Subventionstarife!*) Wie wollen Sie dieses Spiel noch weitertreiben? Ich habe einmal in diesem Haus gesagt: Es kommt der Zeitpunkt, wo einer in diesem Staate einen verwaltet! Wollen Sie denn das wirklich so weit treiben, daß für jeden einer zur Verwaltung da ist? Hier wird immer wieder von „Leistung“ gesprochen. Beschreiten Sie doch den Weg der Leistung!

Oder glauben Sie, daß es wirklich sinnvoll war, bis zum heutigen Tage über ein Konzept der Verstaatlichten zu streiten? Sie hatten einen eigenen Ausschuß eingesetzt, den berühmten Fünfzehnerausschuß. Sind Sie um einen Schritt weitergekommen? Sie haben Grünbach lange subventioniert, mit hunderten Millionen. Dann haben Sie zugesperrt. Nun stehen die Grubenarbeiter in Grünbach momentan vor dieser Situation, und da könnte es sein, daß kleine Halsabschneider versuchen, diese Notsituation auszunutzen. Und das Theater mit den Rax-Werken in Wiener Neustadt! 700 Millionen, wurde einmal gesagt, kostet das bis zum heutigen Tag. Wo ist hier die Strukturpolitik? Auf der einen Seite bringt man Fremdarbeiter, Türken nach Österreich, auf der anderen betreibt man keinerlei Strukturpolitik, um dort junge, neue Betriebe anzusetzen, bevor der andere schon ganz gesperrt ist. Sie tun doch auf diesem Gebiete nichts.

Das Pendlerproblem bleibt aufrecht, weil keine Streuung der Industrie vorgenommen wird. Ich weiß nicht, ob diese Probleme zum Lachen sind. Heute wurde schon von meinem Parteikollegen Mahnert auf das Problem der Frauenarbeit hingewiesen. Ja, ja, wir stehen an der Spitze, wir kommen nach der Sowjetunion, nach den Ostländern. 42 von 100 Frauen in Österreich sind voll berufstätig. (*Abg. Rosa Weber: 40 Prozent, und nicht voll!*) Ob das ein großer Vorteil ist, wage ich zu bezweifeln.

Es wurde heute hier behauptet, nicht nur die Preise, sondern auch die Löhne seien gestiegen. Warum, Herr Dr. Staribacher, sagt man nichts von der progressiven Lohnsteuer? (*Abg. Dr. Staribacher: Da haben Sie auch wieder nicht gelesen, was der Gewerkschaftsbund dazu gesagt hat! Sie sind zwar Betriebsrat, aber Sie lesen sehr wenig von dem, was der Gewerkschaftsbund sagt! — Abg. Dr. van Tongel: Lächerlich diese Überheblichkeit! Das ist doch keine Bibel! Eine Anmaßung ohnegleichen!*) Herr Dr. Staribacher!

5004

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Kindl

Es kommt darauf an, welche notwendigen Maßnahmen man bei den Verhandlungen durchsetzen kann. Wir haben auf dem Lebensmittelsektor Preiserhöhungen bis zu 10 Prozent. Nehmen wir im Durchschnitt die Erhöhungen mit 7 Prozent an. Wenn wir aber die Lohn- und Gehaltserhöhungen mit dem gleichen Prozentsatz ansetzen, dann nimmt die progressive Lohnsteuer, die Sie ja genau kennen, Herr Dr. Staribacher, allein schon in der Relation mehr weg, als dazugekommen ist! (*Abg. Mitterer: Aber 4,7 Prozent, nicht 7 Prozent!*)

Die Belastung steigt aber nicht nur bei der Lohnsteuer. Ich sage Ihnen noch etwas, Herr Dr. Staribacher: Mit diesen Erhöhungen steigen nicht nur die Steuereingänge für den Herrn Finanzminister, es steigen auch Ihre Beitragseingänge, die Gewerkschaftsbeiträge steigen wesentlich, die Kammerumlagen steigen. Das heißt: Sie sind alle dort, wo Sie Beiträge und Abgaben einkassieren, an dieser Entwicklung sehr interessiert, weil Ihre Kassen damit voller werden. Ja, Frau Kollegin, Sie lachen dazu. (*Abg. Grete Rehor: Nein, ich lache nicht! Aber wenn Sie so etwas behaupten, kann man das doch nicht ernst nehmen!*) Der Gewerkschaftsbundbeitrag ist jetzt auf 50 S gestiegen. Frau Kollegin! Sie lachen, weil Sie wahrscheinlich keinen Beitrag zahlen, Sie bekommen ja von dort Ihren Gehalt. Das ist etwas anderes. Kollege Dr. Scheuch von uns hat heute schon gesagt, daß es ein Unterschied ist, ob man etwas hineingeben muß oder etwas herausnimmt.

Ich sage das deswegen, weil sich alle diese Faktoren einkommensvermindernd auswirken. Das Einkommen wird dadurch geschmälert, die Preise ziehen aber an. Ich glaube Ihnen gern, daß Sie das nicht gerne hören. Reine Deklamationen, wie sie hier ausgesprochen werden, genügen nicht, man muß auf das Problem des Wirtschaftswachstums wirklich und konkret eingehen.

Ich habe vermißt, daß Redner der großen Regierungsparteien heute ein Konzept hingelegt hätten: Was machen wir mit der Verstaatlichten? Was machen wir mit dem Arbeitsmarkt? Wie streuen wir die Industrie? Darüber wird in anderen Parlamenten diskutiert! Aber das überlassen Sie Ihrem glorreichen Koalitionsausschuß, das überlassen Sie Ministerkomitees, wo jahrelang verhandelt wird, wo alles zu Tode geritten wird. Dann warten Sie auf die nächste Wahl und hoffen, es werde in der Zukunft schon wieder irgendwie gehen. Das ist für Sie typisch. Aber wo ist hier ein Ziel, wo sind konkrete Vorschläge? Nichts! (*Abg. Dr. Staribacher: Ich kann nur sagen: Sie lesen nicht die Gewerkschafts-*

presse! — Heiterkeit. — Abg. Dr. van Tongel: Das ist nach Ihrer Ansicht laesio majestatis!) Aber, lieber Dr. Staribacher, ich sage Ihnen wieder: Was Sie an Positivem in Ihren Zeitungen schreiben, müßten Sie doch als Angehöriger der Regierungspartei irgendwie durchsetzen können. (*Abg. Rosa Weber: Lesen Sie das „Programm für Österreich“, dort steht alles drinnen!*) Nein, es wird gefeilscht, es wird weiterhin Haxl gestellt, jeder versucht, von dem relativ immer geringer werdenden Volkseinkommen den größeren Happen herauszureißen. Dann werden hier ein paar schöne Wahlreden gehalten. Jede Seite erklärt den anderen zum Verhinderer. Man erklärt: Ihr wollt an die Macht, ihr wollt die Mehrheit! Sonst haben Sie der österreichischen Bevölkerung anscheinend nichts zu sagen. (*Abg. Rosa Weber: O doch, wir haben ein kleines Büchlerl bekommen: das „Programm für Österreich“! — Gegenrufe.*)

Zum Abschluß möchte ich noch sagen: Anscheinend ist das alles dieser Regierung doch ein wenig bewußt geworden, denn sonst würden mehr Mitglieder der Bundesregierung auf der Regierungsbank sitzen. Sie ist bei anderen Debatten in diesem Hause weit „brillanter“ als heute auf der Regierungsbank gesessen. Diese Selbstgefälligkeit ist doch etwas zu Ende gegangen. (*Abg. Gram: Ich weiß nicht, warum die FPÖ nicht stärker wird, wenn sie eh so ein Programm hat! — Heiterkeit.*) Lieber Kollege! Soll ich jetzt beginnen, soll ich jetzt loslegen? (*Heiterkeit. — Rufe: Nein!*) Sie reizen mich beinahe dazu.

Ich stelle Ihnen nur eine Frage: Warum ist „Jacobs-Kaffee“ der beste? (*Heiterkeit.*) Kollege Mitterer soll es Ihnen erklären. (*Erneute Heiterkeit. — Abg. Mitterer: Keine Reklame, bitte!*) Die haben nämlich schon vorher Millionen in die Werbung investiert, bevor sie etwas verkauft haben. (*Abg. Doktor Kranzlmayr: Sie glauben, Sie kriegen jetzt etwas für diese Reklame, die Sie da machen!*)

Warum betreibt man Werbung, Reklame über Rundfunk und Fernsehen? Sie haben mich gereizt. Ich frage: Warum kommt man nicht zur Behandlung des Volksbegehrens über Rundfunk und Fernsehen? Weil Sie sich natürlich diesen Apparat nicht aus den Händen nehmen lassen wollen. Es ist doch absurd, wenn wir jetzt bis zum 6. März im Rundfunk die Reden des „provisorischen“ Bundeskanzlers hören; eigentlich ist er ja nur „Vorsitzender der provisorischen Regierung“. Ihn und den Vizevorsitzenden — er ist übrigens in der Verfassung gar nicht vorgesehen, aber Sie werden ihn beibehalten — werden wir abwechselnd, „alternierend“ — ich glaube, so heißt das in der Musik —, zu Gehör bekommen.

Kindl

Das heißt, die beiden bringen ihre Sendungen zum besten, obwohl sie gar keine Ursache dazu mehr hätten. Wenn Sie schon hier eine Verteilung vornehmen wollen, dann doch mit offenen Karten! Machen Sie Schluß mit der Sendung des Kanzlers und des Vizekanzlers, denn es gibt derzeit keinen Kanzler und auch keinen Vizekanzler in Österreich. Es gibt nur eine provisorische Regierung.

Nun zur Frage, warum wir nicht stärker werden! *(Lebhafte Heiterkeit. — Abg. Dr. van Tongel: Weil wir die Veröffentlichungen des Gewerkschaftsbundes nicht gelesen haben!)* Weil ich die Mitteilungen des Gewerkschaftsbundes nicht gelesen habe! *(Heiterkeit.)* Kollege Gram, denken Sie immer an „Jacobs-Kaffee“! Das heißt, auf dieses Hohe Haus bezogen: Wenn Sie besser verkaufen, sind Sie noch lange nicht die Besseren! Sie stecken nur mehr Geld in die Werbung und Propaganda. Sie können es leicht tun, weil Sie es vorher der österreichischen Bevölkerung aus der Tasche ziehen! *(Abg. Mitterer: Sie machen ja Reklame für den „Jacobs-Kaffee“!)* Sie machen eine Riesenpropaganda mit sehr viel Geld, um sich besser zu verkaufen. *(Ruf bei der SPÖ: Darum „Jacobs-Kaffee“! — Heiterkeit.)* Weil wir dieses Geld, diese Werbekraft nicht haben, daher sind wir nicht stärker, Herr Kollege Gram. Aber warum haben wir sie nicht? Reden wir weiter über das Volksbegehren. *(Anhaltende Unruhe.)* Soll das vielleicht wirklich der Grund sein, warum die Österreichische Volkspartei im letzten Moment Abstand genommen hat von der Verabschiedung dieses Gesetzes, das fix und fertig, reif vorgelegen hat? Wollen Sie auch noch bei dieser Wahl wieder den Vorteil dieser „Massenmedien“, wie es so schön heißt, in Händen behalten? Daher lehnen Sie doch eine überparteiliche, eine fachmännische Führung dieser Kultureinrichtungen — wie sie in anderen Ländern heißen — ab. Denn Sie wollen keine Kultureinrichtungen, Sie wollen nur Giftmühlen für Ihre Parteipropaganda haben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Regierung sitzt reuig auf der Bank. Obwohl sie so reuig sitzt, haben wir kein Mitleid und sprechen ihr das Mißtrauen aus. *(Beifall bei der FPÖ. — Abg. Dr. Hurdes: Ein würdiger Abgesang! — Abg. Uhlir: Es warnichts anderes zu erwarten! — Abg. Kindl: Man soll niemandem vorzeitig das Leben absprechen!)*

Präsident: Das Schlußwort hat der Herr Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz. *(Andauernde Zwischenrufe.)*

Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz: Hohes Haus! Der Respekt vor dem Hohen Haus verbietet es mir, auf das Schlußwort zu

verzichten, aber ich glaube in Ihrer aller Interesse zu handeln, wenn ich versuche, mich auf die wichtigsten Fragen zu konzentrieren, die im Laufe der Debatte aufgeworfen worden sind.

Als solch wichtiges Problem erscheint mir in erster Linie das Bundesbahndefizit, das der Herr Abgeordnete Ulbrich heute erneut zur Diskussion gestellt hat. Er hat Zahlen über die, wie er es nennt, betriebsfremden Lasten angeführt. Ich habe sie mir genau notiert: 138 Millionen für Sozialtarife, 390 Millionen für Gütertarife und 1,5 Milliarden für Pensionen; macht zusammen 2028 Millionen. Ich möchte bei der Gelegenheit darauf hinweisen, daß ich ohnehin sehr bescheiden gewesen bin, wie ich zugemutet habe, daß das Defizit der Bundesbahnen nur stabilisiert und nicht vermindert, geschweige denn beseitigt wird. Dieser Betrag von 2 Milliarden Schilling ist ja weitaus in dem Betrag enthalten, der von mir ohnehin als, für das nächste Jahr wenigstens, noch akzeptabel hingenommen worden ist, aus der Erkenntnis heraus, daß man eine Betriebsführung nicht plötzlich ganz umkehren kann. Wie immer man über die Höhe der Beträge, die als betriebsfremd akzeptiert werden können, denken mag, sie finden alle weitaus Deckung in dem Defizit des Jahres 1964, auf dessen Stabilisierung ohnehin nur meine bescheidenen Wünsche gerichtet waren. *(Abg. Dr. Migsch: Aber das ist eine Verschönerung des Problems, Herr Minister! Sie tun nicht Gutes damit, so zu reden! — Weitere Zwischenrufe.)*

Rationalisierungsmaßnahmen haben natürlich nur dann Sinn, wenn sie durchgeführt werden. Wenn man sagt, es wurden Maßnahmen vorgeschlagen und nicht durchgeführt, dann hat es keinen Sinn, sich Rationalisierungsmaßnahmen zu überlegen. Mein Vorschlag, mit Rationalisierungsmaßnahmen etwas energischer vorzugehen, kann daher nur dann einen Sinn haben, wenn man auch daran denkt, sie tatsächlich in die Tat umzusetzen. Ein bloßer Hinweis auf regionale Interventionen, von denen ich sehr wohl weiß, daß sie von beiden Parteien — oder noch mehr — getragen werden, ist nach meiner Meinung keine Entschuldigung dafür, daß man manche Dinge nicht macht, die gemacht werden müssen, wenn man einen Betrieb verantwortlich leitet und nicht nur Wünsche von regionalen oder anderen Interessenten durchführt.

Es ist wieder gesagt worden, daß die Gehalts- und Lohnkosten der Bundesbahnen nicht dem Betrieb angelastet werden können, da sie ja vom Parlament beschlossen werden. Ich darf vielleicht nur kurz darauf hinweisen, daß ein Dienstleistungsbetrieb wie ein Verkehrsbetrieb doch in erster Linie Gehalts- und Lohn-

Bundesminister Dr. Schmitz

kosten hat, ganz gleich, wer sie bestimmt. Das sind doch die Kosten des Betriebes, und sie müssen daher doch auch bei der Betriebsbilanz entsprechend berücksichtigt werden.

Ich darf noch einmal mehr versichern, daß ich niemals vom Herrn Verkehrsminister verlangt habe, daß er Tarifierhöhungen durchführt, auch am 23. September nicht. Herr Abgeordneter, ich habe stets nur die Stabilisierung des Defizits verlangt und es immer ihm überlassen, in welcher Weise es ihm gelingt, dieser Stabilisierung näherzukommen. *(Abg. Uhlir: Was nicht richtig ist! Das ist nicht wahr! — Abg. Dr. Migsch: Da hört sich alles auf! Jetzt habe ich jeden Respekt verloren! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Dr. Migsch: Das ist unerhört, so etwas zu sagen! Als ob da Dummköpfe sitzen würden!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob ich die letzten Worte des Herrn Zentralsekretärs der Eisenbahnergewerkschaft richtig verstanden habe. Ich hoffe, ich habe ihn nicht richtig verstanden. Wenn ich ihn aber richtig verstanden haben sollte, dann möchte ich das Hohe Haus dahin gehend beruhigen, daß für mich Drohungen von gewerkschaftlicher Seite sicher kein Argument sind, von meiner Pflicht Abstand zu nehmen, auch als Interessenwahrer des Steuerschillings so zu wirtschaften oder wenigstens, soweit ich darauf Einfluß nehmen kann, so zu wirtschaften, daß dieses Problem, das auch dann ein Problem bleibt, wenn es auch in anderen Ländern aktuell ist, gelöst wird. *(Abg. Uhlir: Sie haben sachlich zu erwidern, aber nicht zu polemisieren, Herr Minister! — Abg. Doktor Migsch: Eine derartige Phraseologie! Schämen Sie sich! Das hat es im Hause noch niemals gegeben!)*

Der Herr Nationalrat Staribacher hat gesagt, er habe im Budget die Milchpreisregelung gesucht. Ich kann ihm versichern, daß sie dort nicht gefunden werden kann, weil sie nie im Budget verankert sein konnte. Wenn Sie die Milchpreisregelung finden wollen, dann müssen Sie das Ministerratsprotokoll vom 23. März nachblättern. Dort werden Sie finden, daß beide Regierungsparteien beschlossen haben, den Rest der Subvention von 7,62 Groschen ... *(Abg. Uhlir: Sie haben hier nicht zu polemisieren, sondern klar und deutlich Antwort zu geben, wenn Sie gefragt werden! Sie haben nicht zu polemisieren als Minister!)* Herr Abgeordneter Uhlir, ich werde es mir nicht verbieten lassen, die Antworten zu geben, um die man mich gefragt hat. Nehmen Sie das auch zur Kenntnis! *(Abg. Dr. Migsch: Bitte, die Debatte ist weiter eröffnet, wenn der Minister so redet!)* Dann muß man im Ministerratsprotokoll

nachsehen. Daraus geht hervor, daß dort am 23. März beschlossen worden ist ... *(Abg. Uhlir: Geben Sie konkrete Antworten!)* Ja, ich gebe die Antwort, wo der Milchpreis zu finden ist, Herr Abgeordneter Uhlir. In diesem Protokoll ist zu finden, daß beide Regierungsparteien beschlossen haben, am 1. Jänner 1966 die restlichen 7,62 Groschen auf den Konsumentenpreis aufzustocken. Dort ist das zu finden. An dieser Beschlußfassung waren die Sozialisten genauso beteiligt wie die ÖVP-Minister der Bundesregierung. Solange dieser Beschluß besteht, war kein Anlaß und auch keine Möglichkeit, im Budget dafür vorzusorgen.

Es ist dann vorgeschlagen worden, man soll diese Milchpreisregelung aus Mitteln des Milchwirtschaftsfonds subventionieren. Ich habe in der Regierung erklärt, daß wir die Mittel, um die der Milchwirtschaftsfonds heuer weniger Zuschüsse braucht, da es ja nur möglich ist, das Defizit dort zu decken, schon dringend benötigen, um den Haushaltsausgleich heuer zu finden. Ich darf daran erinnern, daß ich bei der Verfügung der Bindungen so knapp vorgegangen bin, um die Verwaltung nur in dem Maße zu beeinflussen, als es zum Ausgleich des Haushaltes notwendig ist. Für den noch offenen Betrag brauchen wir die Mittel des Milchwirtschaftsfonds. Ich habe noch keinen Schilling gesehen, den man für zwei Zwecke gleichzeitig ausgeben kann.

Wenn es nach Ihrem Wunsch gegangen wäre, dann hätte die Versagung des Vollzugs des Ministerratsbeschlusses vom 23. März bedeutet, daß dem österreichischen Landwirt ab 1. Jänner ein Betrag von 7,62 Groschen nicht mehr zugeflossen wäre. Hohes Haus! Ich darf für mich in Anspruch nehmen, dafür gesorgt zu haben, daß der österreichische Landwirt nicht darunter zu leiden hat, daß ein von beiden Regierungsparteien gefaßter Ministerratsbeschluß nicht zur Durchführung gekommen ist.

Ich darf ferner noch auf eine Frage eingehen, über die ich heute schon einmal gesprochen habe. Aber Herr Abgeordneter Dr. Staribacher war offenbar nicht im Saal; ich muß das daher leider wiederholen. *(Abg. Dr. Staribacher: Ich habe es gehört!)* Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß es in dem Ministerratsvortrag, dessen Zahl richtig zitiert worden ist, aber auf dessen Inhalt ich noch einmal hinweisen will, geheißen hat:

„Trotz der vorerwähnten starken Kürzung der Ermessenskredite für Anlagen und Förderungen ergibt sich auf Grund des letzten Verhandlungsstandes noch ein Gesamtgebarungsabgang in einer Größenordnung von 3460 Millionen Schilling, der das Ausmaß der

Bundesminister Dr. Schmitz

Finanzschuldtilgungen und tilgungsähnlichen Ausgaben um rund 1015 Millionen Schilling überschreitet. Zur Beseitigung dieses Abganges könnten“ — ich habe schon vormittag darauf hingewiesen, daß hier steht: „könnten“; weder wird gefordert noch wird verlangt noch wird vorgeschlagen — „folgende Maßnahmen in Erwägung gezogen werden, die in der Spalte ‚Bedeckungsvorschläge‘ der eingangs zur Darstellung gebrachten Gesamtübersicht bereits angeführt sind“.

Dann werden eben die Vorschläge, die erwogen werden könnten, angeführt. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Ich lese auch diese Vorschläge vor, Herr Nationalrat.

„a) Stabilisierung des Defizits der Österreichischen Bundesbahnen durch Ausgabenverminderungen oder Tarifkorrekturen ...“ — Es lag beim Ministerrat oder beim Herrn Verkehrsminister (*Ruf: Weiter vorlesen!*), zu entscheiden, welche Alternative gewählt wird. Ich kann darauf keinen Einfluß nehmen. (*Abg. Dr. Staribacher: Herr Minister! Lesen Sie doch den Antrag, den Sie gestellt haben!*) — „... in einem Gesamtausmaß von 500 Millionen Schilling; Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft erklären, daß eine Ausgabenverminderung nicht vertretbar ist.

b) Verringerung des gestiegenen Abganges der Post durch Ausgabenverminderungen oder Tarifänderungen im Zusammenhang mit a)“ — das ist die Stabilisierung des Bundesbahn-defizits — „in einem Ausmaß von etwa 60 Millionen Schilling“, und so weiter. Ich habe schon vormittag darauf hingewiesen. (*Abg. Dr. Staribacher: Den Antrag sollen Sie verlesen!*) Sie meinen den Antrag? Also bitte:

„Ich stelle somit den Antrag, die Bundesregierung wolle beschließen, den beiliegenden Entwurf des Bundesvoranschlags 1966 (Beilage A) einschließlich der Abänderungen auf Grund der weiteren Verhandlungen (Beilage B) ...“ (*Abg. Dr. Staribacher: Dort waren die Erhöhungen!*) Nein, in der Beilage B waren die weiteren Ausgabenzuteilungen enthalten, die auf Ministerebene bis einschließlich 11. Oktober noch gemacht worden sind, und haben lediglich die Ausgabenseite betroffen. Die Einnahmen waren deswegen nicht da, weil das Defizit ausgewiesen gewesen ist; die Beilage B ist lediglich eine Aufzählung von Ausgaben.

Ich kann nur — und ich werde nicht müde werden, das jedesmal zur Sprache zu bringen, wenn wieder irgendwo in der Öffentlichkeit etwas anderes behauptet werden sollte — nochmals feststellen, daß das so war.

Auch bezüglich der Schlußphase der Budgetverhandlungen war die Begründung unzutreffend, die gegeben wurde. Es heißt dort: „Eine Erhöhung des Milchpreises, der Eisenbahn- und Autobustarife sowie des Benzinpreises stimmt die SPÖ nicht zu. Da der der sozialistischen Regierungsfraktion um 21.00 Uhr überreichte Entwurf des Herrn Finanzministers diesen Voraussetzungen nicht entspricht, kann die sozialistische Regierungsfraktion nicht ihre Zustimmung geben.“

Ich muß abermals versichern: Der Entwurf vom 22. Oktober, 21 Uhr — diese Darstellung bin ich in meiner Verantwortung dem Hohen Hause schuldig —, hat alle diese Dinge nicht enthalten. (*Abg. Dr. Migsch: Das sagen Sie, aber kein Mensch weiß es!*) Wer das als Grund angibt für die Ablehnung, sagt nicht die Wahrheit; denn es ist ein anderer Grund gewesen, aber dieser Grund trifft nicht zu. (*Abg. Dr. Migsch: Das sagen Sie, aber kein Mensch weiß es!*) Herr Minister, ich werde dem Hohen Hause die Dokumentation vorlegen, aus der jeder entnehmen kann, daß das richtig ist, und aus der die einzelnen Phasen der Budgetverhandlung an Hand von Dokumenten genau rekonstruiert werden können. (*Abg. Doktor Migsch: Damals war es nicht auf dem Tisch!*) Herr Minister, ich werde nur Dokumente produzieren, die aus den Parteienverhandlungen hervorgegangen sind und die objektiv einsichtbar sind. (*Abg. Dr. Migsch: Das ist unerhört, daß Sie als Nichtmitglied des Parlaments hier so auftreten! Da können Sie sich die Mehrheit für das Budgetprovisorium suchen!*)

Meine Herren! Ich darf jetzt auf das Budgetprovisorium eingehen. (*Abg. Dr. Migsch: Das ist unerhört!*) Wieso ist das unerhört, wenn ich dem Nationalrat den Bericht erstatte, von dem Sie selbst, Herr Minister Migsch, sagen, daß kein Mensch weiß, ob das so richtig ist? Ich kann nicht mehr tun, als das hier bekanntzugeben. (*Abg. Dr. Migsch: Sie reden hier polemisch und nicht objektiv, sachlich! Das ist eine reine Polemik! — Gegenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Ich muß auf die Anfragen eingehen, wie sie an mich gestellt sind. Ich darf mich auf § 59 der Ihnen sicher bekannten Geschäftsordnung des Nationalrates, Bundesgesetz vom 6. Juli 1961, BGBl. Nr. 178, berufen, wo es heißt: „Die Mitglieder der Bundesregierung können in den Sitzungen des Nationalrates und der Ausschüsse auch zu wiederholten Malen, jedoch ohne Unterbrechung eines Redners, das Wort nehmen.“ Es steht hier nicht, daß ich nicht auf die Fragen eingehen darf, die an mich gestellt worden sind. (*Abg. Dr. Migsch: Gut, jetzt reden wir weiter!*)

5008

Nationalrat X. GP. — 92. Sitzung — 12. November 1965

Präsident: Vielleicht sprechen wir jetzt über das Budgetprovisorium. Die Geschäftsauslegung liegt beim Präsidenten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz *(fortsetzend)*: Darf ich nun auf das Budgetprovisorium eingehen. Ich habe dem Hohen Haus gegenüber kein Hehl daraus gemacht, daß das Budgetprovisorium durchaus keine budgetäre Vorsorge ist, die großen Enthusiasmus des Finanzministers verdient oder hervorzurufen geeignet ist. Ich habe darauf hingewiesen, daß keine Wachstumsvorsorge getroffen werden kann. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß an Stelle des längerfristigen Budgetkonzeptes, wie es eigentlich, wie ich den Eindruck habe, uns allen am Herzen liegt, wir jetzt in sechs Jahreszweifeln vorgehen müssen. Es liegt in der Natur der Sache, daß ein Provisorium für alle diese Möglichkeiten keine Chancen gibt. Ich glaube, daß die Regierung den geringen Chancen, mit dem Budgetprovisorium auch bewußte Budgetpolitik zu machen, doch im weitestgehenden Ausmaß Rechnung getragen hat.

Ich muß nun, wenn jemand sagt — das hat heute auch ein Redner erwähnt —, daß das Provisorium ohnehin das war, was von einer Seite immer schon angestrebt worden ist, sagen: Ich mache es niemandem streitig, sich für das Budgetprovisorium eingesetzt zu haben. Es ist ein Notbehelf, wo wir Analogien der Verfassung und Vorbilder herangezogen haben, damit überhaupt die Verwaltung ab 1. Jänner funktionsfähig sein kann. Und wenn jemand sagt, daß die Sozialisten tatsächlich dieses Provisorium von Anfang an wollten, dann muß ich auch dem Hohen Haus gegenüber das bestätigen. Denn das Budgetkonzept, das schon am 12. Oktober vorgelegen ist, war das Provisorium, nur mit zwei Unterschieden: erstens, daß das Provisorium auf zwölf Monate ausgedehnt worden wäre, und zweitens, daß es dem Wähler keine Gelegenheit gegeben hätte, ein Urteil darüber zu sprechen. *(Abg. Uhlir: Das ist wieder eine Polemik, wie Sie sie von der Ministerbank aus nicht zu führen haben! — Abg. Dr. Migsch: Herr Vorsitzender! Ich bitte, den Herrn Minister zur Ordnung zu rufen! Das ist eine Polemik und keine sachliche Darstellung des Sachverhaltes! Er ist nicht Mitglied des Hauses! Er hat kein Recht dazu!)*

Präsident: Ich möchte dazu folgendes feststellen: Der Herr Minister hat das Recht, jederzeit zu sprechen. Es ist seine Sache, wie er spricht, und es ist Sache des Hauses, dazu dann irgendwie Stellung zu nehmen.

Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz *(fortsetzend)*: Meine Herren! Ich möchte abschließend zum Budgetprovisorium folgendes

sagen. *(Abg. Dr. Migsch: Dann soll er sich den Gesetzesbeschluß suchen! Hier kriegt er ihn nicht!)*

Präsident *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter! Vielleicht verzichten wir jetzt auf Dialoge. Bitte auch, Herr Minister, jetzt zum Budget zu sprechen.

Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz *(fortsetzend)*: Ich bitte also um Nachsicht, wenn ich nicht auf einzelne Wünsche noch hier eingehe. Ich möchte abschließend sagen: Das Budgetprovisorium ist sicher keine ideale budgetäre Vorsorge. Es war das Maximum, das möglich ist, und es war das Maximum dessen, was ein verantwortungsbewußter Finanzminister und eine dem zustimmende Regierung dem Hohen Haus als budgetäre Vorsorge für das nächste Jahr vorsehen kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir gelangen somit zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf samt Titel und Eingang sowie Anlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Dies ist die Mehrheit. Angenommen. *(Unruhe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Wird dagegen ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Ich bitte somit jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Dies ist die Mehrheit. Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen. *(Abg. Dr. van Tongel zu Abg. Dr. Migsch, der gegen die Regierungsvorlage gestimmt hat: Bravo, Migsch! — Abg. Dr. van Tongel begibt sich zu Abg. Dr. Migsch und schüttelt ihm die Hand. — Heiterkeit.)*

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den von den Abgeordneten Dr. van Tongel und Genossen eingebrachten Mißtrauensantrag. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Dies ist die Minderheit. Abgelehnt.

2. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Veräußerung von unbeweglichem Bundeseigentum im zweiten Vierteljahr 1964 (908 der Beilagen)

3. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Veräußerung von unbeweglichem Bundeseigentum im dritten Vierteljahr 1964 (909 der Beilagen)

4. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im Zeitabschnitt vom 1. Oktober 1964 bis 31. Dezember 1964 (4. Viertel 1964) (910 der Beilagen)

5. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im Zeitabschnitt vom 1. Jänner 1965 bis 31. März 1965 (1. Viertel 1965) (911 der Beilagen)

6. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Bericht des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im Zeitabschnitt vom 1. April 1965 bis 30. Juni 1965 (2. Viertel 1965) (912 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen nunmehr zu den Punkten 2 bis 6 der heutigen Tagesordnung, über die beschlossen wurde, die Debatte unter einem abzuführen. Es sind dies die Berichte des Finanz- und Budgetausschusses, betreffend die fünf Berichte des Bundesministeriums für Finanzen über die Veräußerung von unbeweglichem Bundeseigentum im zweiten und dritten Vierteljahr 1964 und von beweglichem Bundesvermögen im vierten Vierteljahr 1964 und im ersten und zweiten Vierteljahr 1965.

Berichterstatte über alle fünf Punkte ist der Herr Abgeordnete Machunze. Ich bitte ihn zu berichten.

Berichterstatte Machunze: Hohes Haus! Gemäß Artikel VIII Abs. 1 des Bundesfinanzgesetzes 1964 berichtet der Bundesminister für Finanzen über die Verfügungen über unbewegliches Eigentum im zweiten Vierteljahr 1964.

Im Berichtszeitraum wurden Verkäufe im Werte von 7,3 Millionen Schilling, Grundtausche im Werte von 3,514 Millionen und unentgeltliche Abtretungen in der Höhe von 2555 S vorgenommen. Belastungen von unbeweglichem Bundeseigentum mit Baurechten und mit Dienstbarkeiten erfolgten im zweiten Vierteljahr 1964 im Werte von 324.336 S. Das ergibt zusammen 11.142.140,07 S. Ferner wurde das Wohnhaus Wien 7., Mariahilferstraße 20 um den Betrag von 7.221.000 S im Berichtszeitraum veräußert.

Im dritten Vierteljahr 1964 wurden Verkäufe im Werte von 2,582 Millionen, Grundtausche im Werte von 641.000 S, Belastungen von unbeweglichem Bundeseigentum mit Baurechten, Servituten, Pfandrechten und so weiter im Werte von 3.420.000 S, zusammen also zu einem Gesamtbetrag von 6.643.661,30 S, vorgenommen.

Verfügungen über bewegliches Bundesvermögen im Zeitabschnitt vom 1. Oktober 1964 bis 31. Dezember 1964 erfolgten in folgenden Fällen:

1. wurde auf die Hereinbringung der Refundierungsrückstände von 4.578.613,43 S von den konfessionellen Mittelschulen verzichtet.

2. Von dem USIA-Betrieb Paul Kollbach, früher Bernhard Schüller, Feintuchfabrik in Klein-Neusiedl, wurde im Zuge der Liquidation ein Betrag von 2.440.953,53 S im Rahmen der Bundeshaftung in Anspruch genommen. Im Zuge der Liquidation konnten noch 139.673,34 S hereingebracht werden. Als uneinbringlich mußte daher der Betrag von 2.301.280,19 S abgeschrieben werden.

Bei der Trauzlwerke A. G. erfolgte ein Nachlaß eines Teiles der aus Mitteln des Investitionsfonds gewährten Darlehen in der Höhe von 5 Millionen Schilling mit Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen. Dieser Betrag wurde abgebucht. Damit habe ich über den Zeitabschnitt vom 1. Oktober 1964 bis 31. Dezember 1964 berichtet.

Im ersten Vierteljahr 1965 wurden erstens durch das Bundesministerium für Inneres unbrauchbare Waffen im Werte von 1.807.400 S verkauft. Zweitens wurden auf Grund des Wertpapierbereinigungsgesetzes Aktien der Milchindustrie-Aktiengesellschaft im Werte von 969.300 S verkauft.

Ferner wurde eine weitere aus dem ehemaligen Deutschen Eigentum stammende Beteiligung des Bundes im Werte von 64.000 S ebenfalls an die MIAG verkauft. Der Kaufpreis wurde bereits entrichtet.

Im zweiten Vierteljahr 1965 wurden vom Bundesministerium für Landesverteidigung an die Firma Hirtenberger Patronenfabrik A. G., Wien, als Bestbieterin 104,9 Tonnen Altmessing zum Preis von 1.712.804 S verkauft.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat sämtliche Berichte in seiner Sitzung vom 10. November behandelt. Namens des Ausschusses stelle ich den Antrag, das Hohe Haus wolle die Berichte des Bundesministeriums für Finanzen zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen.

Präsident: Wortmeldungen liegen keine vor. Wir gelangen somit zur Abstimmung, die ich über jeden der fünf Berichte getrennt vornehme.

Bei der getrennt durchgeführten Abstimmung werden der Bericht des Bundesministeriums über das 4. Viertel 1964 mit Mehrheit, die anderen Berichte einstimmig zur Kenntnis genommen.

Präsident: Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich bitte aber die Abgeordneten, noch im Hause zu bleiben.

Im Einvernehmen mit allen Parteien weise ich folgende zwei in der heutigen Sitzung eingebrachte Initiativanträge der Abgeordneten Rosa Weber, Altenburger, Kindl und Genossen dem Ausschuß für soziale Verwaltung

zu. Es sind dies der Antrag 184/A, betreffend die 14. Novelle zum GSPVG., und der Antrag 185/A, betreffend die 9. Novelle zum LZVG. Wird gegen diese Zuweisungen ein Einspruch erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Ich schließe die Sitzung und berufe die nächste Sitzung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt: Zuweisungen, in fünf Minuten ein.

Ich gebe weiters bekannt, daß der Finanz- und Budgetausschuß nicht nach der Haus-sitzung, sondern Dienstag, um 11 Uhr vormittag tagen wird. (*Abg. Dr. Migsch: Herr Präsident! Davon weiß ich gar nichts!*) Ihr Klubobmann hat es mir soeben mitgeteilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

In fünf Minuten eröffne ich die zweite Haus-sitzung.

Schluß der Sitzung: 21 Uhr 5 Minuten